



Institut für
Angewandte
Wirtschaftsforschung

IMU-Institut



Zur wirtschaftlichen und
beschäftigungspolitischen
Lage in der Region Stuttgart

IG Metall
Region Stuttgart

Industrie- und Handelskammer
Region Stuttgart


Verband Region
Stuttgart

Ulrike Batz
Sigfried Caspar
Jürgen Dispan
Ralf Grammel
Frank Iwer
Jürgen Volkert

Strukturbericht 1998 / 99

Zur wirtschaftlichen und
beschäftigungspolitischen
Lage in der Region Stuttgart

Stuttgart / Tübingen, Oktober 1999

Alle Angaben wurden mit größter Sorgfalt erarbeitet und zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts sowie für zwischenzeitliche Änderungen übernehmen die Auftraggeber und die bearbeitenden Institute keine Gewähr.

Herausgeber:

Verband Region Stuttgart, Kronenstr. 25, D-70174 Stuttgart
Telefon (07 11) 22 75 9-0, Telefax (07 11) 22 75 9-70
E-Mail: verband@region-stuttgart.de, Internet: <http://www.region-stuttgart.de>

Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart, Jägerstr. 30, D-70174 Stuttgart
Postfach 10 24 44, D-70020 Stuttgart
Telefon (07 11) 20 05-2 21, Telefax (07 11) 20 05-2 38
E-Mail: info@stuttgart.ihk.de, Internet: <http://www.stuttgart.ihk.de>

IG Metall Region Stuttgart, Fronackerstr. 60, D-71332 Waiblingen
Telefon (07151) 95 26-0, Telefax (07151) 95 26-22
Internet: <http://www.igmetall.de>

Erstellung und Bearbeitung:

Institut für Medienforschung und Urbanistik, Heusteigstr. 15, D-70182 Stuttgart
Telefon (0711) 23 70 5-0, Telefax (0711) 23 70 5-11
E-Mail: imu-stuttgart@imu-institut.de, Internet: <http://www.imu-institut.de>

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung, Ob dem Himmelreich 1, D-72074 Tübingen
Telefon (07071) 98 96-0, Telefax (07071) 98 96-99
E-Mail: iaw@iaw.edu, Internet: <http://www.uni-tuebingen.de/iaw>

Redaktion:

Dr. Ulrike Batz
Dr. Sigfried Caspar (IAW)
Jürgen Dispan (IMU)
Ralf Grammel (IMU)
Frank Iwer (IMU)
Dr. Jürgen Volkert (IAW)

ISBN 3-924003-87-4

© 1999 Verband Region Stuttgart, Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart,
IG Metall Region Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier und elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Herausgeber.

Vorwort der Herausgeber

Zum zweiten Mal geben der Verband Region Stuttgart, die IG Metall Region Stuttgart und die IHK Region Stuttgart gemeinsam einen Strukturbericht heraus, den IAW, Tübingen, und IMU, Stuttgart, erstellt haben. Ziel der Studie ist es, eine Innenansicht der Region Stuttgart zu geben, ihre wirtschaftlichen Strukturen und deren Veränderungen herauszuarbeiten. Wo sind Arbeitsplätze entstanden, wo hat der Strukturwandel die Gewichte verschoben, welche Branchen mussten Anteile abgeben?

Nachdem im letzten Jahr der Zusammenhang zwischen Qualifizierung und Beschäftigung einen Themenschwerpunkt bildete, wurde in diesem Jahr die Frage untersucht, wo es denn genügend Arbeitsplätze für diejenigen gibt, die nicht qualifiziert sind und nur schwer qualifizierbar. Das Ergebnis ist ernüchternd und wird in der Diskussion über den Arbeitsmarkt in der Region Stuttgart sicher noch eine Rolle spielen.

Je kleiner der Raum, der beobachtet werden soll, desto größer ist das Problem der Datenbeschaffung. Neben der generellen Schwerfälligkeit, mit der sich die amtliche Statistik an Strukturveränderungen anpasst, verursacht auch die geringe Zahl aktueller Daten für die regionale Ebene Schwierigkeiten. Außerdem sind die Fallzahlen oft so klein, dass geringe Veränderungen große Abweichungen zur Folge haben können. Damit steigt der Erklärungsbedarf und auch die Möglichkeit unterschiedlicher Einschätzungen. Die drei Auftraggeber haben ihre Kenntnisse der regionalen Wirtschaft in die Studie eingebracht und die verfügbaren Daten gemeinsam mit den Instituten erörtert.

Auf dieser Basis wurden einige Handlungsempfehlungen formuliert. Diese Handlungsempfehlungen sind kein umfassendes strategisches Konzept, sondern eher ausgewählte Projektvorstellungen; ihre Umsetzung wird sicherlich nicht schematisch erfolgen können, sondern bedarf weiterer Konkretisierung. Zur Diskussion – auch darüber – möchte dieser Bericht einladen.

Stuttgart, im Oktober 1999

*Verband Region
Stuttgart*

*Industrie- und Handelskammer
Region Stuttgart*

*IG Metall
Region Stuttgart*

Vorwort der Verfasser

Zielsetzung des Berichts, Methodik und Vorgehensweise

Zum zweiten Mal legen in diesem Jahr das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) in Tübingen und das Institut für Medienforschung und Urbanistik (IMU) in Stuttgart einen gemeinsamen Strukturbericht für die Region Stuttgart vor. Zur Erarbeitung einer möglichst aussagefähigen Datenbasis wurden Daten aus den verschiedensten Quellen systematisiert und zusammengefasst. Über die gängigen amtlichen Informationen hinaus hat das Statistische Landesamt speziell für diesen Strukturbericht eine Sonderauswertung zur Insolvenzentwicklung in den Kreisen der Region Stuttgart zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus kann sich dieser Bericht sowohl auf Daten der IHK-Konjunkturumfrage als auch auf die Ergebnisse einer eigens erstellten Sonderauswertung der IHK Region Stuttgart für die einzelnen Kreise stützen. Gemeinsam ermöglichen sie eine zeitnahe Einschätzung der Lage und Erwartungen von Unternehmen in der Region für das laufende Jahr.

Eine wichtige Fragestellung dieses ebenso wie der vorgesehenen weiteren Strukturberichte ist die Situation und Entwicklung der Dienstleistungstätigkeiten in der Region Stuttgart. Über die – derzeit nur relativ wenigen – unmittelbar verfügbaren amtlichen Daten hinaus wurde hierzu eine Sonderauswertung zur Beschäftigungsstruktur in der Region Stuttgart auf der Basis von Daten der Bundesanstalt für Arbeit erstellt. Sie ermöglicht zum einen detaillierte Einblicke in die Entwicklung der Beschäftigung in den einzelnen Wirtschaftssektoren in der Region sowie im Land und im Bund. Zum anderen gibt sie Auskunft über die Bedeutung einzelner Tätigkeiten (Produktion, Verwaltung, Forschung und Entwicklung etc.) innerhalb der jeweiligen Sektoren.

Ohne diese breite Datenbasis könnte der Strukturbericht den an ihn gerichteten Erwartungen nicht gerecht werden. Darüber hinaus wurden vertiefende Gespräche mit Akteuren in der Region geführt, um die quantitativen Ergebnisse durch Hintergrundinformationen zu untermauern. Nicht nur, aber insbesondere bei der Ableitung der Handlungsempfehlungen waren die Gespräche mit den Auftraggebern von großer Bedeutung für diesen Bericht.

Der Strukturbericht gliedert sich in sieben Kapitel. Nach der Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse, den Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen, die sich aus dem Bericht ergeben (Kap. 1), wird ein in diesem Rahmen notwendigerweise kursorischer Überblick über ökonomische Rahmenbedingungen in Deutschland und Baden-Württemberg

gegeben, die auch für die Region Stuttgart von Bedeutung sind (Kap. 2). Im Anschluss werden zunächst die wirtschaftliche Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe (Kap. 3) und sodann die entsprechende Beschäftigungsentwicklung aufgezeigt (Kap. 4). Die ökonomische Situation der Dienstleister und die Beschäftigungsentwicklung im tertiären Sektor in der Region bilden den Gegenstand des fünften Kapitels. Es folgt ein Kapitel zum Arbeitsmarkt in der Region Stuttgart (Kap. 6). Schwerpunktthema und abschließendes Kapitel des diesjährigen Strukturberichts bildet die Frage nach den Beschäftigungspotentialen im Bereich einfacher Dienstleistungen.

Besonderen Dank schulden wir Diplom-Soziologin Sylvia Stieler (IMU-Institut) und Jan-Fabio La Malfa (IAW), die uns maßgeblich bei der zügigen Aufbereitung der Vielzahl aktueller Daten und bei der kritischen Durchsicht des Manuskripts unterstützt haben. Ebenso danken wir Christa Schnepf M.A. (IMU-Institut) für die graphische sowie satztechnische Gestaltung und die Bereitschaft, sich auf ständig wechselnde Anforderungen einzulassen. Nicht zuletzt danken wir allen Ungenannten, die zum Gelingen des Berichts durch Sonderauswertungen, flankierende Gespräche und vielfältige anderweitige Unterstützung beigetragen haben.

Die Verfasser

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT DER HERAUSGEBER	I
VORWORT DER VERFASSEN	II
1. ZUSAMMENFASSUNG UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN	1
1.1 Konjunktureller Aufschwung überdeckt Strukturwandel in der Region	1
1.2 Zusammenfassung der Ergebnisse	2
1.3 Handlungsempfehlungen	12
1.3.1 Regionale Innovations- und Kooperationsförderung	13
1.3.2 Qualifizierung und regionale Arbeitsmarktpolitik	23
1.3.3 Mehr Dienstleistungsarbeitsplätze für Geringqualifizierte: Möglichkeiten und Grenzen	26
2. BADEN-WÜRTTEMBERG IM LAND-BUND-VERGLEICH	32
2.1 Wohlstand und Wirtschaftskraft	33
2.2 Überdurchschnittliche Beschäftigungsgewinne im wirtschaftlichen Aufschwung	37
2.3 Baden-Württemberg im internationalen Wettbewerb	40
2.4 Forschung und Entwicklung als Voraussetzungen langfristiger Konkurrenzfähigkeit	42
3. DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IM VERARBEITEN- DEN GEWERBE	45
3.1 Die wirtschaftliche Entwicklung im Fahrzeugbau	57
3.2 Die wirtschaftliche Entwicklung im Maschinenbau	62
3.3 Die wirtschaftliche Entwicklung im Bereich Elektrotechnik und Datenverarbeitung	66
3.4 Die wirtschaftliche Entwicklung in der EBM-Branche sowie im Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	69
4. BESCHÄFTIGUNGSENTWICKLUNG IM VERARBEITENDEN GEWERBE	73
4.1 Beschäftigte insgesamt	74

4.1.1	Beschäftigungsentwicklung in den alten Bundesländern	74
4.1.2	Leichte Beschäftigungsgewinne in Baden-Württemberg	77
4.1.3	Stagnation bei der Beschäftigung in der Region Stuttgart	79
4.2	Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe	81
4.2.1	Verarbeitendes Gewerbe in den alten Bundesländern	81
4.2.2	Verarbeitendes Gewerbe in Baden-Württemberg	82
4.2.3	Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe der Region Stuttgart stagniert	85
4.2.4	Beschäftigungsentwicklung in den einzelnen Kreisen der Region Stuttgart	87
4.3	Frauen im Verarbeitenden Gewerbe	91
4.4	Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes in der Region Stuttgart	93
4.4.1	Fahrzeugbau: Kfz-Boom hinterlässt in der Region nur schwache Spuren bei der Beschäftigung	94
4.4.2	Maschinenbau: Beschäftigung stieg 1998 im Windschatten wachsender Produktion	98
4.4.3	Elektrotechnik: Beschäftigungsabbau in Esslingen prägt negative Situation in der Region Stuttgart	102
4.4.4	EBM-Branche: Beschäftigungsentwicklung stagniert in der Region Stuttgart	105
4.4.5	Druckereigewerbe. Anhaltende Beschäftigtenverluste in der Region Stuttgart	108
4.4.6	Bausektor: Keine Trendwende bei Beschäftigtenabbau in Sicht	109
5.	DER DIENSTLEISTUNGSSEKTOR	110
5.1	Der Dienstleistungssektor: Ein Überblick	110
5.1.1	Die Branchen des Dienstleistungssektors in den alten Bundesländern	110
5.1.2	Dienstleistungen in Baden-Württemberg: überdurchschnittliches Wachstum in den kleineren Wirtschaftszweigen	112
5.1.3	Tertiärisierung in der Region: schwächer als im Bundesdurchschnitt	114
5.1.4	Dienstleistungen im Verarbeitenden Gewerbe	115
5.1.5	Beschäftigungsentwicklung des Tertiären Sektors in den einzelnen Kreisen der Region Stuttgart	116
5.1.6	Die Frauenbeschäftigung im Dienstleistungsbereich	119

5.2	Die Wirtschaftszweige des Tertiären Sektors in der Region	120
5.2.1	Handel: Anhaltender Beschäftigungsabbau	122
5.2.2	Verkehr: Breite Streuung um einen leicht negativen Beschäftigungstrend	129
5.2.3	Kreditinstitute/Versicherungen: Konzentration und verstärkter Wettbewerb	135
5.2.4	Ungebrochene Dynamik bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen	139
5.2.5	Haushaltsbezogene Dienstleistungen	152
5.2.6	Staat/Organisationen ohne Erwerbscharakter	158
6.	ARBEITSMARKT DER REGION STUTTGART	162
6.1	Arbeitslosigkeit wieder rückläufig	162
6.1.1	Sinkender Arbeitslosenbestand seit zwei Jahren	162
6.1.2	Sinkende Arbeitslosenquote	167
6.1.3	Zunahme der gemeldeten offenen Stellen	168
6.1.4	Struktur der Arbeitslosigkeit	169
6.2	Anstieg bei der Kurzarbeit	174
6.3	Fachkräftemangel in Teilarbeitsmärkten	175
6.4	Ausbildungsplatzsituation entschärft sich	176
6.5	Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik auf die Region Stuttgart	178
6.5.1	SGB III: Neues Arbeitsförderungsrecht auf Bundesebene	178
6.5.2	Aktive Arbeitsförderung in der Region Stuttgart	179
6.6	Fazit: Trendwende auf dem Arbeitsmarkt der Region Stuttgart?	181
7.	BESCHÄFTIGUNGSPOTENTIALE IM BEREICH „EINFACHER DIENSTLEISTUNGEN“	183
7.1	Problemstellung	183
7.2	Der Arbeitsmarkt für Geringqualifizierte	184
7.2.1	Weniger einfache Tätigkeiten im Verarbeitenden Gewerbe	184
7.2.2	Einfache Tätigkeiten in der Region Stuttgart im Verarbeitenden Gewerbe	187

7.3	Einfache Dienstleistungen: Beschäftigungschancen für Geringqualifizierte?	189
7.3.1	Region Stuttgart: Situation und Potentiale im Status Quo	192
7.3.2	Einfache Dienste: Beschäftigungspotentiale bei veränderten Rahmenbedingungen	200
7.4	Geringfügige Beschäftigung als Indikator für Beschäftigungspotentiale?	212
7.4.1	Geringfügige Beschäftigung als Billiglohnsegment	212
7.4.2	Der Umfang der geringfügigen Beschäftigung im weiteren Sinne in der Region Stuttgart	213
7.5	Handlungsfelder zur Förderung der Erwerbstätigkeit von Geringqualifizierten	217
7.5.1	Möglichkeiten zur Erschließung und Sicherung von Arbeitsplätzen für Geringqualifizierte	218
7.5.2	Möglichkeiten zur Integration von Arbeitssuchenden durch Erschließung neuer Märkte im Dienstleistungssektor	223
7.5.3	Voraussetzungen für eine Arbeitsmarktintegration Geringqualifizierter	228
7.6	Fazit	231
8.	LITERATURVERZEICHNIS	233
	VERFASSER	243
	INSTITUTE	244
	HERAUSGEBER	246

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2.1: Investitionsquoten (reale Investitionen in Prozent des realen Bruttoinlandsprodukts) 1991 bis 1996	35
Tabelle 2.2: Reales verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner 1991 bis 1996	36
Tabelle 3.1: Umsatz- und Exportentwicklung des Verarbeitenden Gewerbes in Land und Region	46
Tabelle 3.2: Anteile ausgewählter Regionen Baden-Württembergs am Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes 1997 und 1998	47
Tabelle 3.3: Umsatz- und Exportentwicklung des Verarbeitenden Gewerbes in der Region Stuttgart	48
Tabelle 3.4: Anteile der Kreise der Region Stuttgart an den Umsätzen im Verarbeitenden Gewerbe in der Gesamtregion in den Jahren 1997 und 1998	49
Tabelle 3.5: Pro-Kopf-Umsatz und prozentualer Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe 1998	50
Tabelle 3.6: Anteil an Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg in den Jahren 1995, 1996 und 1997	51
Tabelle 3.7: Investitionsquote im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs in den Jahren 1993, 1995 und 1997	52
Tabelle 3.8: Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe in Baden-Württemberg nach Betriebsgrößenklassen 1998	53
Tabelle 3.9: Veränderungen des Auftragseingangsindex zwischen 1997 und 1998 in Baden-Württemberg	55
Tabelle 3.10: Anteile ausgewählter Regionen Baden-Württembergs am Umsatz des Fahrzeugbaus 1996 und 1998	58
Tabelle 3.11: Anteile der Kreise der Region Stuttgart an den Umsätzen im Maschinenbau in der Gesamtregion in den Jahren 1996 und 1998	64
Tabelle 3.12: Veränderungen des Auftragseingangsindex im Maschinenbau gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum in Baden-Württemberg	65
Tabelle 3.13: Anteile ausgewählter Regionen Baden-Württembergs am Umsatz der Branchen Elektro/ADV 1996 und 1998	67
Tabelle 3.14: Veränderungen des Auftragseingangsindex in den Branchen Elektro/ADV gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum in Baden-Württemberg	68
Tabelle 3.15: Anteile der Kreise der Region Stuttgart an den Umsätzen in der Branche EBM in der Gesamtregion in den Jahren 1996 und 1998	72

Tabelle 4.1: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVPB) zwischen 1997 und 1998 insgesamt nach Geschlecht	76
Tabelle 4.2: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 1990 und 1998	78
Tabelle 4.3: Entwicklung der Frauenbeschäftigung in der Region Stuttgart 1980 – 1998 nach Wirtschaftsbereichen	80
Tabelle 4.4: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe in den Jahren 1990 bis 1998 nach Kreisen	89
Tabelle 4.5: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 1997 und 1998 im Verarbeitenden Gewerbe nach Geschlecht	92
Tabelle 4.6: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe sowie seinen Hauptbranchen in der Region Stuttgart in den Jahren 1990 bis 1998.	94
Tabelle 4.7: Beschäftigungsentwicklung im Straßenfahrzeugbau in der Region Stuttgart zwischen 1997 und 1998 nach Geschlecht	96
Tabelle 4.8: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Fahrzeugbau	97
Tabelle 4.9: Beschäftigungsentwicklung im Maschinenbau in der Region Stuttgart zwischen 1997 und 1998 nach Geschlecht	101
Tabelle 4.10: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Maschinenbau zwischen 1990 und 1998	102
Tabelle 4.11: Beschäftigungsentwicklung in der Elektrotechnik in der Region Stuttgart zwischen 1997 und 1998 nach Geschlecht	104
Tabelle 4.12: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Elektrotechnik	105
Tabelle 4.13: Beschäftigungsentwicklung in der Eisen-, Blech- und Metallbearbeitung in der Region Stuttgart zwischen 1997 und 1998 nach Geschlecht	107
Tabelle 4.14: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Eisen-, Blech- und Metallwarenherstellung	108
Tabelle 4.15: Beschäftigungsentwicklung im Druckereigewerbe in der Region Stuttgart zwischen 1997 und nach Geschlecht	109
Tabelle 5.1: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Dienstleistungsbereich in Baden-Württemberg	114
Tabelle 5.2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungsbereich in den Jahren 1990 bis 1998 nach Kreisen	116
Tabelle 5.3: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVPB) zwischen 1997 und 1998 im Dienstleistungssektor nach Geschlecht	120

Tabelle 5.4: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungsbereich sowie seinen Hauptbranchen in der Region Stuttgart in den Jahren 1990 bis 1998	121
Tabelle 5.5: Reale Umsatzentwicklung in ausgewählten Segmenten des Einzelhandels	122
Tabelle 5.6: Beschäftigungsentwicklung im Handel in der Region Stuttgart zwischen 1997 und 1998 nach Geschlecht	127
Tabelle 5.7: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Handel	128
Tabelle 5.8: Beschäftigungsentwicklung im Verkehr in der Region Stuttgart zwischen 1997 und 1998 nach Geschlecht	133
Tabelle 5.9: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Verkehr zwischen 1990 und 1998	134
Tabelle 5.10: Beschäftigungsentwicklung bei Kreditinstituten und Versicherungen in der Region Stuttgart zwischen 1997 und 1998 nach Geschlecht	138
Tabelle 5.11: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei Kreditinstituten und Versicherungen zwischen 1990 und 1998	139
Tabelle 5.12: Veränderungsdaten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Teilbereichen der unternehmensbezogenen Dienstleistungen	143
Tabelle 5.13: Beschäftigtenentwicklung bei Unternehmensbezogenen Dienstleistungen in der Region Stuttgart zwischen 1997 und 1998 nach Geschlecht	148
Tabelle 5.14: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei Unternehmensbezogenen Dienstleistungen zwischen 1990 und 1998	149
Tabelle 5.15: Beschäftigtenentwicklung bei den Haushaltsbezogenen Dienstleistungen in der Region Stuttgart zwischen 1997 und 1998 nach Geschlecht	157
Tabelle 5.16: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei Haushaltsbezogenen Dienstleistungen zwischen 1990 und 1998	158
Tabelle 5.17: Beschäftigungsentwicklung bei staatlichen Stellen und Organisationen ohne Erwerbscharakter in der Region Stuttgart zwischen 1997 und 1998	160
Tabelle 5.18: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei staatlichen Stellen und Organisationen ohne Erwerbscharakter	161
Tabelle 6.1: Entwicklung des Arbeitslosenbestands in den Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart von 04/95 bis 04/99 und die Veränderung in der Region gegenüber dem Vorjahresmonat	163

Tabelle 6.2: Zeitreihe des Arbeitslosenbestands in den Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart	165
Tabelle 6.3: Arbeitslosenquoten nach Arbeitsamtsbezirken in der Region Stuttgart von 04/95 bis 04/99	167
Tabelle 6.4: Langzeitarbeitslose in den Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart im April 1999 im Vergleich zum Vorjahrsmonat	171
Tabelle 6.5: Arbeitslosigkeit ausländischer Erwerbspersonen in den Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart im April 1999 im Vgl. zum Vorjahresmonat	172
Tabelle 6.6: Arbeitslosigkeit von Jugendlichen unter 25 Jahren in den Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart im April 1999 im Vgl. zum Vorjahresmonat: Bestand	173
Tabelle 6.7: Kurzarbeit in den Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart im April 1999 im Vergleich zum Vorjahresmonat	174
Tabelle 6.8: Ausbildungsplatzsituation in den Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart: Gemeldete Berufsausbildungsstellen und gemeldete Bewerbervon Okt. 1998 bis Juni 1999 im Vergleich zu den Vorjahresmonaten	177
Tabelle 6.9: Teilnehmer an beruflichen Weiterbildungsprogrammen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart im April 1999 im Vergleich mit den Vorjahresmonaten	180

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2.1: Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommen 1991 bis 1998	33
Abbildung 2.2: Entwicklung der Arbeitsproduktivität 1991 bis 1998	34
Abbildung 2.3: Arbeitslosenquoten 1991 bis 1999	37
Abbildung 2.4: Entwicklung der Erwerbstätigkeit	38
Abbildung 2.5: Offene Stellen 1991 bis 1999	39
Abbildung 2.6: Exportquoten 1991 und 1998	40
Abbildung 2.7: Welthandelsanteil 1991 bis 1998	41
Abbildung 2.8: Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung 1991 bis 1995	42
Abbildung 3.1: Verteilung der Unternehmensinsolvenzen auf die Kreise der Region Stuttgart 1998	54
Abbildung 3.2: Umsatzanteile des Fahrzeugbaus am Verarbeitenden Gewerbe in der Region Stuttgart	57
Abbildung 3.3: Umsatz- und Exportentwicklung im Fahrzeugbau zwischen 1996 und 1998	59
Abbildung 3.4: Umsatz- und Exportentwicklung im Maschinenbau zwischen 1996 und 1998	63
Abbildung 3.5: Umsatz- und Exportentwicklung in den Branchen Elektrotechnik und ADV zwischen 1996 und 1998	66
Abbildung 3.6: Umsatz- und Exportentwicklung im Papier-, Verlags- und Druckgewerbe zwischen 1996 und 1998	70
Abbildung 3.7: Umsatz- und Exportentwicklung in der Branche EBM zwischen 1996 und 1998	71
Abbildung 4.1: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt gegenüber Vorjahr	75
Abbildung 4.2: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe gegenüber Vorjahr	82
Abbildung 4.3: Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe in der Region Stuttgart und in den Kreisen der Region	86
Abbildung 4.4: Beschäftigtenentwicklung im Fahrzeugbau in der Region Stuttgart und in den Kreisen der Region gegenüber dem Vorjahr	96
Abbildung 4.5: Beschäftigungsentwicklung im Maschinenbau in der Region Stuttgart und in den Kreisen der Region gegenüber dem Vorjahr	99
Abbildung 4.6: Beschäftigtenentwicklung in der Elektrotechnik in der Region Stuttgart gegenüber dem Vorjahr	103
Abbildung 4.7: Beschäftigtenentwicklung in der Eisen-, Blech- und Metallwarenherstellung in der Region Stuttgart gegenüber dem Vorjahr	106

Abbildung 5.1	Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im westdeutschen Dienstleistungssektor gegenüber Vorjahr	112
Abbildung 5.2:	Anteile des Dienstleistungssektors und seiner Teilbereiche an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region Stuttgart	117
Abbildung 5.3:	Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungsbereich in der Region Stuttgart, jeweils im Vergleich zum Vorjahr	118
Abbildung 5.4:	Anteil der Region an den Insolvenzen im Handel (bezogen auf Baden-Württemberg)	123
Abbildung 5.5:	Beschäftigungsentwicklung im Handel der Region Stuttgart und in den Kreisen, jeweils im Vergleich zum Vorjahr	124
Abbildung 5.6:	Verhältnis von Bruttowertschöpfungsanteil zu SVP-Beschäftigtem Anteil im Bereich Handel/Verkehr	126
Abbildung 5.7:	Frauenanteil im Groß- und Einzelhandel 1998	126
Abbildung 5.8:	Gründungsmeldungen und Aufgaben im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung	130
Abbildung 5.9:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Verkehrsbereich in der Region	130
Abbildung 5.10:	Anteile der Beschäftigten im Verkehrsbereich an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	131
Abbildung 5.11:	Beschäftigungsentwicklung im Verkehr in der Region Stuttgart und in den Kreisen der Region gegenüber dem Vorjahr	132
Abbildung 5.12:	Beschäftigungsentwicklung im Kredit- und Versicherungsgewerbe in der Region Stuttgart und den Kreisen der Region gegenüber dem Vorjahr	135
Abbildung 5.13:	Beschäftigte im Kreditwesen und bei Versicherungen	136
Abbildung 5.14:	Frauenanteil an den Beschäftigten im Kreditwesen und bei Versicherungen 1998	137
Abbildung 5.15:	Gründungsmeldungen und Aufgaben bei unternehmensbezogenen Dienstleistern für 1998 in den einzelnen Kreisen	140
Abbildung 5.16:	Beschäftigungsentwicklung bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen in der Region Stuttgart und den Kreisen der Region gegenüber dem Vorjahr	141
Abbildung 5.17:	Beschäftigungsentwicklung ausgewählter Bereiche der unternehmensbezogenen Dienstleistungen in der Region Stuttgart	142
Abbildung 5.18:	Anteile der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den vier größten Bereichen der unternehmensbezogenen Dienstleistungen (1998 nach Kreisen)	144

Abbildung 5.19: Entwicklung des Anteils der SVPB im Bereich Architektur und Ingenieurbüros etc. an den SVPB in den einzelnen Kreisen	145
Abbildung 5.20: Verhältnis von BWS-Anteil zu SVP-Beschäftigtem im allg. Dienstleistungssektor	147
Abbildung 5.21: Gründungsmeldungen und Aufgaben bei den haushaltsbezogenen Dienstleistungen in den Kreisen der Region 1998	153
Abbildung 5.22: Beschäftigungsentwicklung bei den haushaltsbezogenen Dienstleistungen in der Region Stuttgart und den Kreisen der Region, jeweils gegenüber Vorjahr	154
Abbildung 5.23: Entwicklung der Beschäftigung in Teilbereichen der Haushaltsbezogenen Dienstleistungen	155
Abbildung 5.24: Beschäftigungsentwicklung bei staatlichen Stellen und Organisationen ohne Erwerbscharakter in der Region Stuttgart und den Kreisen der Region gegenüber dem Vorjahr	159
Abbildung 6.1: Entwicklung der Anzahl der Arbeitslosen in der Region Stuttgart seit Januar 1998	162
Abbildung 6.2: Bestand an Arbeitslosen nach Arbeitsamtsbezirken in der Region Stuttgart	164
Abbildung 6.3: Indexentwicklung des Arbeitslosenbestands in den Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart im Vergleich zu Baden-Württemberg und zum Bundesgebiet	166
Abbildung 6.4: Verhältnis von Arbeitslosen zu gemeldeten offenen Stellen nach Arbeitsamtsbezirken in der Region Stuttgart von 04/95 bis 04/99	168
Abbildung 6.5: Geschlechtsspezifische Indexentwicklung des Arbeitslosenbestands in der Region Stuttgart	169
Abbildung 6.6: Bestand an männlichen Arbeitslosen nach Arbeitsamtsbezirken in der Region Stuttgart	170
Abbildung 6.7: Bestand an weiblichen Arbeitslosen nach Arbeitsamtsbezirken in der Region Stuttgart	170
Abbildung 6.8: Arbeitsmarktbarometer der Region Stuttgart	182

Abkürzungsverzeichnis

ABM:	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
ADV:	Allgemeine Datenverarbeitung
BA:	Bundesanstalt für Arbeit
BW:	Baden-Württemberg
DL:	Dienstleistungen
EBM:	Eisen-, Blech und Metallbearbeitung
EDV:	Elektronische Datenverarbeitung
F&E:	Forschung und Entwicklung
IAB:	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
IHK:	Industrie und Handelskammer
SVPB:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
SVR:	Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
VRS:	Verband Region Stuttgart

1. Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

1.1 Konjunktureller Aufschwung überdeckt Strukturwandel in der Region

Vor allem die sehr gute Konjunktur der Automobilwirtschaft hat im letzten Jahr in der Region zu einer Stabilisierung der Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe geführt. Im Dienstleistungsbereich konnten einige Felder von dieser Entwicklung profitieren, während andere Bereiche Einbußen verzeichneten. Zusammenfassend kann man von einer Stagnation im Dienstleistungsbereich sprechen. So gesehen, trat der Strukturwandel im letzten Jahr in den Hintergrund gegenüber dem konjunkturellen Aufschwung.

Umstrukturierungen finden aber weiterhin statt und zeigen sich sowohl innerhalb der Branchen als auch an der schlechteren Arbeitsmarktentwicklung für Frauen. Insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe zählen Frauen zu den Verlierern der Entwicklung. Im Unterschied zu den Männern hat die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe für die Frauen abgenommen. Der rückläufige Frauenanteil im Verarbeitenden Gewerbe und die Zunahme in ausgewählten Bereichen des Dienstleistungssektors stehen im Widerspruch zu dem Ziel, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Erwerbsleben zu vermindern.

Durch die konjunkturell günstige Situation trat im letzten Jahr die Bedeutung der steigenden Qualifikationsanforderungen tendenziell etwas in den Hintergrund. Diese Tendenz hält jedoch nach wie vor an und hat ihre Auswirkungen auf allen Qualifikationsebenen. Selbst im Bereich einfacher Tätigkeiten erhöhen sich die Anforderungen: So wird die Kenntnis der deutschen Sprache in Wort und Schrift zunehmend zur Mindestvoraussetzung. Außerdem werden in vielen Fällen soziale Kompetenzen stärker nachgefragt als früher.

1.2 Zusammenfassung der Ergebnisse

Rekordumsätze im Verarbeitenden Gewerbe durch Kfz-Boom

Die **Umsatzentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe** zeigt, dass die konjunkturelle Aufwärtsbewegung auch im Jahr 1998 weiter angehalten hat und sich nochmals leicht verstärken konnte. Dabei kam der größte Wachstumsimpuls mit 12,2 % wiederum aus dem Export; im Unterschied zum Vorjahr konnte auch der Inlandsumsatz einen relevanten Beitrag zur positiven Entwicklung leisten. Sowohl die Region Stuttgart als auch das Land Baden-Württemberg heben sich positiv vom Durchschnitt der alten Bundesrepublik ab und konnten im letzten Jahr neue Rekordumsätze mit knapp 130 Mrd. DM beziehungsweise über 400 Mrd. DM erzielen.

Auffällig ist jedoch, dass die Region Stuttgart erstmals seit 3 Jahren bei allen relevanten Kennzahlen mit Ausnahme des Exportes **leicht hinter dem Landesdurchschnitt** liegt. Zwei andere Regionen Baden-Württembergs, die Regionen **Franken und Mittlerer Oberrhein**, konnten dagegen im letzten Jahr überproportionale Zuwächse realisieren. Beides sind Regionen, in denen – wie auch in der Region Stuttgart – der Fahrzeugbau sowie die Zuliefererindustrie eine erhebliche Rolle spielen. Ursächlich sind hier neben einem Nachholeffekt im Export einerseits neue Modelle und Werke, andererseits aber auch harte („Verkehrsanschluss“) und weiche Standortfaktoren im Zusammenhang mit gezielten Ansiedlungsstrategien.

Neben der absoluten Umsatzhöhe entwickelten sich diejenigen **Indikatoren für die Produktivität**, die sich aus der amtlichen Statistik ableiten lassen, positiv. Der Pro-Kopf-Umsatz erhöhte sich überproportional, und im Gegenzug sank der Anteil von Löhnen und Gehältern am Gesamtumsatz im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen stieg an; in einer längerfristigen Betrachtung erreichen die Investitionen in den meisten Kreisen wieder das Niveau vom Ende der 80er Jahre.

Zum Umsatzplus trugen alle großen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes bei; auch der Bereich Elektrotechnik/Datenverarbeitung (ET/ADV-Branche) konnte im Jahr 1998 wieder Zuwächse verbuchen. Dennoch fällt die **starke Abhängigkeit vom Erfolg des Fahrzeugbaus** auf: Über 70 % des gesamten Zuwachses des Verarbeitenden Gewerbes zwischen 1996 und 1998 wurden hier realisiert, sein Anteil erreichte mit knapp 40 % eine neue Rekordmarke.

Die Aussichten der Industrie insgesamt erscheinen weiterhin positiv; die **Auftragssituation** war 1998 nach wie vor freundlich, und im laufenden Jahr ist nach einer Schwächephase im ersten Quartal wieder eine Verbesse-

rung zu verzeichnen. Deutlich sind jedoch die Unterschiede zwischen den Wirtschaftsbereichen: Einen relevanten Zuwachs weisen nur die Gebrauchsgüterproduzenten aufgrund der Sonderkonjunktur des Fahrzeugbaus sowie die Investitionsgüterproduzenten auf.

Bei der **Umsatzentwicklung im 1. Halbjahr 1999** wirkt sich die gebremste Auftragsentwicklung noch nicht erkennbar aus. Nach einem eher schwachen 1. Quartal ist über den Gesamtzeitraum der Umsatz in der Region Stuttgart doch wieder um 3,3 % gestiegen; dies liegt über dem Landesdurchschnitt von 2,5 %. Da zuletzt die Erwartungen über den Export wieder freundlicher ausfallen, erscheint für das gesamte Jahr 1999 ein Umsatzwachstum zwischen 4 % und 5 % durchaus erzielbar.

Allerdings hält innerhalb der Region eine deutliche Polarisierung an: Der bisherige Zuwachs ist im Grunde allein auf den Kreis Böblingen konzentriert, während er in der Stadt Stuttgart stagniert und alle anderen Kreise Umsatzrückgänge aufweisen.

Auch für die einzelnen Branchen sind die Aussichten sehr unterschiedlich. Während für den Fahrzeugbau der Region Stuttgart erneut ein Wachstum um über 10 % realistisch erscheint und für die ET/ADV-Branche die Erwartungen zwischen 3 % und 4 % liegen, bleibt der Maschinenbau mit erheblichen Risiken behaftet und kann nur unter günstigen Umständen ein leichtes Wachstum erreichen. Absehbar ist zudem ein erheblicher Umsatzrückgang im Bereich der Eisen-, Blech- und Metallverarbeitung (EBM).

Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe der Region Stuttgart stagniert trotz Kfz-Boom

Die **Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe** in der Region Stuttgart konnte 1998 nicht an die positive Entwicklung auf Landesebene anknüpfen. Auch wenn im Verlauf des Zeitraums 1997/98 die Beschäftigungsentwicklung in der Region Stuttgart besser verlief als in den alten Bundesländern, so muss man angesichts eines Zuwachses von 292 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVPB) bzw. 0,07 % von Stagnation sprechen. Für die Region Stuttgart ist aufgrund der starken Ausrichtung des Verarbeitenden Gewerbes auf das Kfz und der Hoffnung, am Kfz-Boom überproportional partizipieren zu können, eine positivere Entwicklung erwartet worden. Die positivere Gesamtentwicklung der Kfz-Branche auf Landesebene zeigt aber, dass andere Regionen in Baden-Württemberg weitaus stärker von der sehr guten Kfz-Konjunktur profitieren konnten als die Kernregion selbst.

Während der **Straßenfahrzeugbau** in der Region Stuttgart gegenüber der Landes- und Bundesentwicklung nur unterdurchschnittliche Beschäf-

tigtenzuwächse aufweisen kann, ragt der **Maschinenbau** als positiver Ausreißer bei der Beschäftigtenentwicklung hervor. Hier konnte zwischen 1997 und 1998 ein deutlich stärkerer Anstieg in der Region Stuttgart bei den Beschäftigten erreicht werden. Dagegen verbuchte die zweitgrößte Branche der Region, die **Elektrotechnische Industrie**, einen massiven Beschäftigtenverlust, der bei weitem negativer ausgeprägt war als im Land und in den alten Bundesländern. Weitere **Problembranchen des Verarbeitenden Gewerbes in der Region Stuttgart** sind die Textilindustrie, der Druckereibereich und die Holzbearbeitungsbranche mit anhaltend starken Beschäftigtenverlusten.

Im Verarbeitenden Gewerbe waren 1998 die Frauen die Verliererinnen der Beschäftigungsentwicklung. Die Verliererinnen waren sie sowohl in den alten Bundesländern als auch in Baden-Württemberg und der Region Stuttgart. Auf allen drei Untersuchungsebenen konnten die Männer - vor allem absolut - deutlich höhere Beschäftigtenzuwächse erzielen als die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen.

Eine zentrale Ursache hierfür ist der Umstand, dass die positive Gesamtentwicklung bei den Beschäftigten vor allem vom Verarbeitenden Gewerbe getragen wird, in diesem Sektor die Frauen aber nur unterdurchschnittlich repräsentiert sind. Der Abbau von Frauenarbeitsplätzen konzentrierte sich im Verarbeitenden Gewerbe auf die Bereiche „Fertigung“, „Verwaltung“ und „Lager“. Überproportional vom Abbau betroffen waren Frauen ohne Berufsausbildung. Differenziert nach einzelnen Wirtschaftszweigen, waren Frauen ohne Berufsausbildung überproportional vom Beschäftigungsabbau im Straßenfahrzeugbau, in der Feinmechanik sowie im Bereich Textil/Bekleidung betroffen. Es zeigt sich, daß bei neu entstehenden Arbeitsplätzen im Verarbeitenden Gewerbe aufgrund der geforderten berufsspezifischen Qualifikationen mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für Männer entstehen als für Frauen.

Mehr Schatten als Licht im Dienstleistungssektor

Nach deutlichen Arbeitsplatzgewinnen zu Beginn der 90er Jahre hat die **Beschäftigung im Dienstleistungsbereich** in den letzten drei Jahren – trotz des konjunkturellen Aufschwungs – **stagniert**. Damit blieb der Anteil des Dienstleistungssektors in der Region (52 % der Beschäftigten) kleiner als im Durchschnitt der alten Bundesländer (59 % der Beschäftigten). Des weiteren zeigt sich, dass die Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungsbereich stärker von strukturellen als von konjunkturellen Faktoren abhängt. Um dieser Beobachtung Rechnung zu tragen, soll im Folgenden die Entwicklung in den Teilbereichen des Dienstleistungssektors kurz erläutert werden.

In den traditionellen Dienstleistungsbereichen Handel, Verkehr und Nachrichtentechnik sowie Kreditwesen und Versicherungen vollziehen sich erhebliche Umstrukturierungsprozesse. Sie schlagen sich sowohl in höherer Konzentration (Fusionen im Handel, bei Banken und im Nachrichtenwesen) als auch in einem Wandel der Anforderungen an die Beschäftigten nieder. Insgesamt werden diese Wirtschaftszweige auch weiterhin Schlüsselbereiche der Wirtschaft bleiben, wenngleich sie durch die elektronischen Medien und die Internationalisierung des Wettbewerbs einem massiven Veränderungsdruck ausgesetzt sind.

In der Region wirkt sich dieser Druck sehr unterschiedlich aus. Der **Konzentrationsprozess im Kreditwesen** ist nicht in erster Linie durch den Zuzug neuer Institute, sondern durch eine Ausdünnung von Filialnetzen in den Landkreisen und durch die Zusammenfassung von Bankdienstleistungen in den Zentralen gekennzeichnet. In Baden-Württemberg kann Stuttgart mittelfristig von diesen Konzentrationsprozessen profitieren. Schließlich sind am baden-württembergischen Börsenplatz bereits einige Zentralen angesiedelt. Die Stuttgarter Börse benötigt für eine weiterhin positive Entwicklung allerdings einen starken Finanzplatz Stuttgart. Andernfalls ist ein Abwandern eines Teils der Unternehmenszentralen nach Frankfurt und München zu erwarten. Hieraus entstünde die Gefahr, dass Banken, die sich aus politischen Gründen auf einen Sitz in Stuttgart festgelegt haben, teilweise von der Entwicklung im Bankenbereich abgekoppelt würden. Gelingt dagegen eine Stärkung des Banken- und Finanzplatzes Stuttgart, so würde sich der langfristige Trend zum Beschäftigungsabbau in diesem Wirtschaftszweig unterschiedlich auf die Beschäftigung in den Kreisen der Region Stuttgart auswirken. Während in den Landkreisen auch unter solch vergleichsweise günstigen Rahmenbedingungen mit einer Stagnation oder einem weiteren Beschäftigungsabbau zu rechnen ist, könnte sich in der Stadt Stuttgart eine Beschäftigungszunahme ergeben.

Im Gegensatz zu den Banken, die verstärkt ins Zentrum der Region, nach Stuttgart, drängen, scheint der **Handel eher aus dem Zentrum zu weichen**. Das ist insofern ein Problem, da eine wesentliche Funktion des Einzelhandels darin besteht, ein Zentrum als solches sichtbar zu machen und zu beleben. Wenn der Einzelhandel hierzu nicht mehr bzw. nicht mehr im gewohnten Umfang in der Lage ist, stellt sich die (politische) Frage nach den Konsequenzen und/oder nach Alternativen zur bisherigen Entwicklung. In diesem Zusammenhang sind die Bemühungen des Verbandes und der Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart zur Stärkung der Innenstädte zu sehen.

Insgesamt hat sich im Handel der Region in den letzten Jahren ein überproportionaler Beschäftigungsabbau vollzogen (-2,7 % 1997/98). Da der Handel sowohl für den Absatz der Unternehmen als auch für die Versorgung der Verbraucher entscheidend ist, besitzt er zentrale ökonomische und sozi-

ale Bedeutung. Eine sehr starke Konzentration im Einzelhandel kann dazu führen, dass kleine Produzenten mit eigenen Markenprodukten einen sehr begrenzten Marktzutritt haben und bei der Produktion von Handelsmarken nur geringe Gewinnspannen realisieren können. Die hohe Konzentration kann zu existentiellen Problemen für unabhängige kleine Fachhändler (Nicht-Filialisten) führen.

Im **Verkehrsbereich** hat die Freigabe der Tarife in den letzten Jahren für verschärften Wettbewerb im Güterverkehr gesorgt. Dies hat sich insbesondere auf die Logistikkonzepte ausgewirkt. Regionale Konzentrationen, wie sie im Kreis Ludwigsburg entlang der Autobahn und in Verbindung mit dem Containerterminal in Kornwestheim bereits vorliegen, können genutzt werden, um fortgeschrittene Technologien und integrierte Verkehrskonzepte zu realisieren. Dies sind Voraussetzungen, um Marktanteile halten zu können. Dabei werden insbesondere die kleineren Unternehmen der Branche auf unterstützende Beratung angewiesen sein.

Die **haushaltsbezogenen Dienstleistungen** sind in den vorangegangenen Jahren expandiert, haben aber im letzten Jahr eine Konsolidierungsphase durchlaufen. Wenn die Erwerbsquote nicht wesentlich absinken und die Kaufkraft der Haushalte steigen wird, ist langfristig mit Beschäftigungspotentialen in diesem Wirtschaftsbereich zu rechnen, wenngleich Teilbereiche (Friseur-/Körperpflegegewerbe, Verlags-/Pressewesen) wahrscheinlich eine Sättigungsgrenze erreicht haben. Andere Wirtschaftszweige, wie z. B. die Gastronomie, die Alten- und Krankenpflege und Einrichtungen zur Betreuung von Kindern, werden von aktuellen Trends begünstigt, nach denen die privaten Haushalte mehr Leistungen über den Markt beziehen. Da diese Entwicklungen in den Zentren früher eintreten als auf dem Land, könnten sie sich im Ballungsraum Stuttgart früher bemerkbar machen als in anderen Regionen.

Schwierig einzuschätzen sind die Perspektiven im Bereich **des Staats und der Organisationen ohne Erwerbszweck**. Die weitgehende Stagnation dieses Wirtschaftszweigs seit 1990 sowie die politische Vorgabe „weniger Staat und mehr Selbsthilfe und Eigenverantwortung“ (die sich häufig in Organisationen ohne Erwerbszweck widerspiegelt), lassen eine Fortsetzung dieser Entwicklung erwarten. In diesem Bereich sind ungefähr ebenso viele Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt wie in der Wirtschaftsgruppe der haushaltsbezogenen Dienstleistungen.

Die **unternehmensbezogenen Dienstleistungen** schließlich zeichnen sich bereits seit einigen Jahren durch die höchsten Wachstumsraten der Beschäftigung (+8,63% 1997/98) aus. Diese Unternehmen, die in der Region am stärksten in Stuttgart und Böblingen vertreten sind, unterstützen die Entwicklung im Produzierenden Gewerbe. Die Region Stuttgart bietet ihnen Standortvorteile, da einerseits die Nähe zu den großen Betrieben des Verar-

beitenden Gewerbes gegeben ist und andererseits in Stuttgart ICE-Bahnhof, Flughafen und Autobahnanschlüsse zur Verfügung stehen, die einen größeren Aktionsradius verschaffen.

Die schnelle Expansion dieses Dienstleistungssegmentes spricht für eine starke und zunehmende Nachfrage aus der Region, so dass die Abhängigkeit vom regionalen Verarbeitenden Gewerbe und damit letztlich vom Fahrzeugbau noch als relativ hoch einzuschätzen ist. Gleichwohl bieten die unternehmensbezogenen Dienstleistungen ein wichtiges Innovationspotential sowohl zur weiteren Ausdifferenzierung des Kfz-Clusters als auch zur Erschließung von neuen Anwendungsfeldern und Produkten. Sie stellen damit einen wichtigen Baustein in einer Strategie zur Verbesserung der längerfristigen wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der Region dar.

Die skizzierten Veränderungen im Dienstleistungsbereich setzen sowohl bei den Unternehmen als auch bei den Arbeitnehmern ein hohes Maß an Flexibilität voraus. Insbesondere qualifizierte Mitarbeiter werden in den expandierenden Bereichen schnell zum Engpass. Dadurch wird sowohl der strukturelle Wandel als auch das wirtschaftliche Wachstum in der Region gebremst. Die rechtzeitige Verfügbarkeit von geeignet qualifizierten Erwerbspersonen ist daher ein Standortfaktor, der weiter an Bedeutung gewinnen wird.

Während die Frauen in der Vergangenheit stark von der Beschäftigungsausweitung im Dienstleistungsbereich profitieren konnten, zeichnet sich derzeit insofern ein Ende dieser Entwicklung ab, als die bislang vorzugsweise von Frauen besetzten Arbeitsfelder nur noch in geringem Umfang wachsen. Dies erfordert eine Umorientierung und eine Höherqualifizierung. Die Verbesserung der beruflichen Ausbildung von Frauen ist ein wichtiger Faktor, um diesen Anforderungen erfolgreich Rechnung zu tragen.

Entspannung am regionalen Arbeitsmarkt

Erstmals seit den krisenbedingten Einbrüchen des Arbeitsmarktes gibt es in der Region Stuttgart seit April 1999 wieder unter 80.000 gemeldete Arbeitslose. Dies wie auch die sinkende Arbeitslosenquote sowie die Zunahme an offenen Stellen signalisiert eine **Entspannung beim regionalen Arbeitsmarkt**. Profitiert haben am stärksten Jugendliche und junge Erwachsene von dieser Entwicklung, seit Mitte 1998 sinkt aber auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen.

Die positiven Tendenzen bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Region Stuttgart machen sich nicht gleichermaßen für Männer und Frauen bemerkbar. Von der gegenwärtigen Erholung des Arbeitsmarktes **profitieren Männer deutlich mehr als Frauen**. Dies liegt nicht zuletzt an der

höheren Konjunkturanfälligkeit der Beschäftigungsbereiche von Männern in der Region.

Neben der Arbeitslosigkeit in vielen Berufsgruppen besteht in einigen Segmenten des Arbeitsmarkts ein **Arbeitskräftemangel**. Es kann von einer Koexistenz von Arbeitslosigkeit und von segmentspezifischer Arbeitskräfteknappheit gesprochen werden, die auch daraus resultiert, dass für einen spürbaren Beschäftigungsaufbau entsprechend qualifizierte Fachkräfte fehlen. Das Phänomen der Arbeitskräfteknappheit betrifft im wesentlichen den Teilarbeitsmarkt für technikorientierte und hochqualifizierte Tätigkeiten. Insbesondere besteht ein Mangel bei Elektrotechnik- und Maschinenbauingenieur/innen, Informations-/Telekommunikationstechniker/innen und Informatiker/innen, Facharbeiter/innen in den Bereichen Elektro- und Metallindustrie, aber auch Bürokräften und qualifizierten und spezialisierten Sekretär/innen. Auch im Zusammenhang mit dem strukturellen und sich verstärkenden Problem „Fachkräftemangel“ ist **Qualifizierung**, bei der sowohl **berufliche** als auch **soziale Kompetenzen** vermittelt werden, **das Zukunftsthema** für den regionalen Arbeitsmarkt.

Der Beitrag, den die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse auf die Entlastung am Arbeitsmarktes hat, ist derzeit noch nicht abzuschätzen. Da es sich um ein stark politisiertes Thema handelt, empfiehlt es sich, eine Einschätzung erst vorzunehmen, wenn sich die Situation wieder gefestigt hat. Insgesamt ist zu erwarten, dass die Effekte nicht allzu groß ausfallen werden.

Frauen sind in der Region vorwiegend im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Allerdings sind sie auch dort in dem stark expansiven Marktsegment der unternehmensbezogenen Dienstleistungen deutlich unterrepräsentiert. Dadurch haben sie im letzten Jahr nur unterdurchschnittlich von der positiven Entwicklung im Dienstleistungsbereich profitiert. Die Frauenbeschäftigung im industriellen Bereich ist hingegen signifikant höher als in anderen Regionen; auch hier ist jedoch eine Konzentration in den perspektivisch riskanten Segmenten der un- und angelernten Montagetätigkeiten festzustellen. Ein weiterer Aspekt, der sich sowohl bei der Integration ins Erwerbsleben als auch bei der beruflichen Weiterentwicklung noch immer als Hindernis erweist, ist eine niedrigere formale Qualifikation. Deshalb sind Frauen in den Bereichen, wo einfache Arbeitsplätze abgebaut werden, besonders stark betroffen und haben schlechtere Chancen bei der Einstellung, da dort oft Fachpersonal gesucht wird. Diese Problematik wird dadurch verschärft, dass auch qualifizierte Frauen, nach einer längeren Phase der Hausarbeit und Kindererziehung nur schwer den Einstieg als Fachkraft finden.

Erschließung Einfacher Dienstleistungen: Chance und Aufgabe

Die Erschließung von Beschäftigungspotentialen im Dienstleistungssektor gilt als ein Kernelement im Rahmen nahezu aller aktuellen politischen Strategiekonzepte zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Große Hoffnungen, insbesondere für die Beschäftigung Geringqualifizierter, richten sich dabei auf den Bereich der personenbezogenen und haushaltsnahen Dienstleistungen. Mit der Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen und einem zunehmenden Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung wird davon ausgegangen, dass die Bereitschaft steigt, hauswirtschaftliche Tätigkeiten durch kommerzielle Anbieter erledigen zu lassen. Im langfristigen Trend hat sich diese Annahme bislang als richtig erwiesen, wenngleich sich das Wachstum in den letzten Jahren deutlich verlangsamt hat.

Unter einfachen Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich verstehen wir alle Tätigkeiten, für die keine explizite Ausbildung erforderlich ist. Im einzelnen wird man unter den haushaltsnahen einfachen Dienstleistungen vor allem hauswirtschaftliche Arbeiten für Privathaushalte, Tätigkeiten im Hotel- und Gaststättengewerbe und im Verkauf sowie in Randbereichen des Gesundheitswesens verstehen. Während Hotel- und Gaststättengewerbe sowie Einzelhandel als Arbeitgeber etabliert sind, treten die privaten Haushalte bislang nur in Ausnahmefällen als Arbeitgeber auf. Entsprechend ist im Handel, gefolgt von den Bereichen Gastgewerbe, Gebietskörperschaften und Verkehr, die größte Anzahl Geringqualifizierter anzutreffen. Dabei besteht bei den geringqualifiziert Beschäftigten häufig eine hohe Fluktuation.

Die skizzierten Arbeitsfelder im Dienstleistungsbereich sind häufig mit Dienst am Kunden verbunden, so dass der Beschäftigte in der Lage sein muss, mit dem Auftraggeber über den Auftrag zu verhandeln. Das setzt sowohl sprachliche Ausdrucksfähigkeiten als auch ein entsprechendes Auftreten voraus. Deshalb werden Studierende und Schüler, die mit solchen Arbeiten ein Einkommen neben Schule oder Studium erzielen, gerne angestellt, während sich die Problemgruppen des Arbeitsmarkts mit den Anforderungen tendenziell schwer tun. Hinzu kommt, dass ein Bedarf an Dienstleistungen für private Haushalte besonders dann entsteht, wenn kleine Kinder oder ältere Menschen im Haushalt sind. In diesen Fällen erfordert die hauswirtschaftliche Dienstleistung die Fähigkeit, sich auf Kinder bzw. alte Menschen einstellen zu können. Zu den sozialen Anforderungen tritt bei den Dienstleistungen die Anforderung, dass der Beschäftigte seine Arbeit zumindest teilweise selbst organisiert und zum Teil eigenverantwortlich Entscheidungen trifft. Maßgeblich für diesen Unterschied zum Verarbeitenden Gewerbe ist, dass sich (repetitive) Tätigkeiten dort in höherem Maße standardisieren lassen als Dienstleistungen und in der Industrie häufiger ein Vorgesetzter verfügbar ist, um eine Entscheidung zu treffen, während Dienstleistungen oft direkt „im Auftrag“ erledigt werden.

Zu den Anforderungen an die Fähigkeiten des Beschäftigten kommt hinzu, dass Dienstleistungstätigkeiten nicht selten sozial weniger anerkannt und weniger einträglich sind als einfache Arbeiten im Verarbeitenden Gewerbe (z. B. Verkäufer/in einerseits und Montagearbeiter/in andererseits). Das sind Aspekte, deretwegen der Übergang von einem Beschäftigungsverhältnis im Verarbeitenden Gewerbe zu einem Arbeitsplatz im Dienstleistungsbereich wenig attraktiv ist, zumal im Dienstleistungsbereich häufig kurzfristig sich ändernde Arbeitszeiten akzeptiert werden müssen. Dies belastet unter Umständen die familiäre Situation.

Aufgrund dieser Faktoren eignet sich die Beschäftigung im Bereich haushaltsbezogener Dienstleistungen wenig für Erwerbspersonen, die direkt aus dem Verarbeitenden Gewerbe kommen. Ein Sachverhalt, der in den Gesprächen mit Fachleuten aus der Region durchgängig bestätigt wurde. Zielgruppen der Beschäftigung in diesem Bereich können vielmehr Jugendliche sein, die sich schwer tun, einen Ausbildungsplatz zu finden und (Wieder-)EinsteigerInnen nach der „Kinderphase“. Die hauswirtschaftlichen Dienstleistungen im engeren Sinne werden dabei in absehbarer Zukunft vor allem ein Frauenarbeitsmarkt sein. Lediglich Randbereiche, wie zum Beispiel Hausmeisterservice, Gartenarbeit etc. spielen derzeit auch als Tätigkeitsfelder für Männer eine Rolle.

Sowohl die oben skizzierten Anforderungen als auch die Erfahrungen aus den Projekten weisen darauf hin, dass Arbeitsplätze im Bereich haushaltsbezogener Dienstleistungen nicht zu den „Einfachstarbeitsplätzen“ gehören. Insofern ist auch die Strategie verständlich, die von den Beschäftigungsförderungsträgern praktiziert wird, nämlich möglichst nur Dienstleistungen zu übernehmen, die man – ähnlich wie Tätigkeiten im Verarbeitenden Gewerbe – zentralisieren und rationalisieren kann (Wäscherei, Essensversorgung von Kindergärten, Einkaufsdienste etc.). Da die Instrumente der Beschäftigungsförderung in der Regel als befristete Förderung gedacht sind, wechseln die Beschäftigten häufig. Diese Fluktuation läßt sich nur schwer mit der Vertrauensstellung einer (selbständig arbeitenden) hauswirtschaftlichen Hilfe in einem privaten Haushalt vereinbaren.

Die Erfahrungen mit Pilotprojekten legen nahe, dass man nicht mit schnellen und statistisch messbaren Beschäftigungseffekten rechnen sollte. Es handelt sich um eine Markterschließung, bei der für die Kunden ein Unterschied beispielsweise zwischen der professionell ausgeführten hauswirtschaftlichen Dienstleistung und der konventionellen Putz- oder Haushaltshilfe sichtbar werden muss. Die unmittelbare Konkurrenz der hauswirtschaftlichen Dienstleistungen mit Schwarzarbeit, mit Eigenarbeit und 630,-DM-Jobs hemmt derzeit die Entwicklung und zwingt zur Professionalität der Anbieter. Trotz der erweiterten steuerlichen Absetzbarkeit von Aufwendungen für Hausarbeit bleibt Schwarzarbeit im Zweifelsfall für Auftraggeber und Auftragnehmer finanziell interessanter.

Die nachfragebezogenen Förderinstrumente (z.B. Absetzbarkeit der Ausgaben von der Steuer) haben, soweit sie auf der steuerlichen Ebene ansetzen, den Vorteil, bei entsprechender Gestaltung der Vorschriften einen relativ starken Nachfrageimpuls auszulösen, sind aber nicht im Bereich der Regionalpolitik angesiedelt und sollten in zweierlei Hinsicht kritisch analysiert werden: 1) Welche (Um-) verteilungseffekte entstehen dadurch? 2) Welche Auswirkungen hat die Förderung auf das Entstehen eines langfristig funktionsfähigen Marktes für diese Dienstleistungen?

Alternativ zur Förderung der Nachfrage ist die Subventionierung des Angebotes zu betrachten. Im Vordergrund stehen dabei Ansätze, die sich zugleich um die Integration von Problemgruppen in den Arbeitsmarkt bemühen. Dabei sollte auf regionaler Ebene oder noch kleinräumiger gehandelt werden, auch wenn es bei einzelnen Projekten notwendig sein mag, eine Kofinanzierung durch übergeordnete Verwaltungseinheiten (Land, Bund oder EU) zu erhalten. Hier könnte dem Zusammenspiel von Region und Kreisen große Bedeutung zukommen. Mit der Angebotsförderung in Form von Dienstleistungspools werden auch solche Haushalte bei der Nachfrage begünstigt, die nicht in der Lage sind, einen sozialversicherungspflichtigen hauswirtschaftlichen Arbeitsplatz bereitzustellen.

Die Dienstleistungspools treten als Arbeitgeber auf und ermöglichen es privaten Haushalten sich an eine professionelle Einrichtung zu wenden und stundenweise, evtl. auch kurzfristig, qualifizierte hauswirtschaftliche Hilfen geboten zu bekommen. Die Vorteile für die Kunden liegen darin, dass sie sich weder mit Rekrutierung, Auswahl und Einstellung noch mit der Lohnzahlung und der Sozialversicherung befassen müssen. Außerdem können Pools bei Krankheit oder Urlaub der zunächst vorgesehenen Arbeitskraft Ersatz stellen. Für die Beschäftigten entstehen dabei reguläre Arbeitsplätze, die tariflich entlohnt werden. Sie bekommen Kontakt zu Kollegen, werden betrieblich eingebunden und erhalten evtl. auch institutionalisierte Qualifizierungsmöglichkeiten. Sobald in diesem Bereich des Dienstleistungsmarktes mehr Transparenz hergestellt wurde, kann man davon ausgehen, dass weitere Pilotprojekte, die die Professionalisierung dieser Tätigkeitsfelder anstreben, sinnvoll sind.

Eine finanzielle Förderung des Angebotes, zum Beispiel durch Lohnsubventionen oder eine Freistellung der Beschäftigten von den Sozialabgaben, ist unter Umständen sinnvoll. Um eine Verzerrung des Marktes zu vermeiden, sollte sie, wie das bei den Beschäftigungsförderungsgesellschaften üblich ist, an spezifische Merkmale (Zugehörigkeit der Mitarbeiter zu einer Problemgruppe des Arbeitsmarktes) geknüpft sein. Voraussetzung für eine Förderung, die nicht marktverzerrend wirkt, ist, dass sich die arbeitsmarktpolitischen Instrumente darauf beschränken, Benachteiligungen am Arbeitsmarkt, etwa als Folge einer lang andauernden Arbeitslosigkeit, auszugleichen. Solche Projekte gibt es vor allem in Stuttgart. Hier lassen sich

zwei Phänomene beobachten: Es fällt den Projektleitern schwer, geeignetes Personal für die Beschäftigungsmaßnahmen zu finden; außerdem rechnen sich Projekte, die ausschließlich hauswirtschaftliche Dienstleistungen für private Haushalte anbieten, derzeit kaum. Vielmehr wird die Wirtschaftlichkeit meistens über die Kombination mit ergänzenden Angeboten sichergestellt (Partyservice, Catering für spezielle Kunden, Reinigung gewerblicher Räume etc.), für die bereits ein Markt, allerdings häufig im Bereich geringfügiger Beschäftigung, besteht. Die Kombination dieser verschiedenen Dienstleistungen verbessert die Chancen, ein wirtschaftlich tragfähiges Angebot zu schaffen, das zugleich eine Berufsperspektive für die Beschäftigten eröffnet. Maßnahmen zur Förderung hauswirtschaftlicher Dienstleistungen können solchermaßen die Palette der Beschäftigungsfördermöglichkeiten ergänzen. Sie eignen sich (nur) für spezifische Zielgruppen und müssen auf den lokalen Arbeitsmarkt und die örtliche Nachfrage zugeschnitten werden.

Trotz dieser Einschränkungen handelt es sich bei den einfachen, haushaltsbezogenen Dienstleistungen um ein Tätigkeitsfeld, das zu Recht eine gewisse Förderung erfährt. Einerseits entstehen hier Arbeitsplätze, die auch von Menschen mit vorwiegend praktischer Orientierung besetzt werden können. Andererseits können reguläre Beschäftigungsverhältnisse entstehen, wo bislang Eigen- und Schwarzarbeit dominiert haben. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass ein lohnender offizieller Markt für diese Dienstleistungen entsteht. Dabei spielen langfristige gesamtgesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Faktoren (Präferenzänderungen, Steuer- und Abgabenregelungen) eine wichtige Rolle. Da haushaltsbezogene Dienstleistungen jedoch kleinräumig vermittelt werden, kommt der Region und den darunter liegenden Gebietskörperschaften ebenfalls eine wesentliche Bedeutung zu, zumal sich wichtige Parameter bereits auf der regionalen Ebene beeinflussen lassen.

1.3 Handlungsempfehlungen

In der Region Stuttgart waren in den letzten Jahren nicht nur wieder wirtschaftliche Erfolge zu verzeichnen, sondern sie hat zugleich ihre früher eher passive Rolle mit Blick auf den laufenden Strukturwandel abgelegt. Insbesondere sind dabei erste Erfahrungen mit dem Instrument einer **regionalen Innovationspolitik** gemacht worden. Man kann konstatieren, dass hier – getragen auch von einem breiten Konsens der Akteure – versucht wird, in verschiedenen Dimensionen eine moderne Regionalpolitik zu konzipieren und umzusetzen.

Dies gilt auf der institutionellen Ebene für den Verband Region Stuttgart, zumal mit Blick auf die geplante Erweiterung seiner Aufgaben und Kompetenzen, sowie für die zunehmende regionale Ausrichtung wichtiger Akteure wie IHK, IG Metall oder Handwerkskammer (HK). Es gilt auch für die Organisation und Arbeitsweise der regionalen Wirtschaftsförderung, die jetzt Nachahmer etwa beim Kommunalverband Ruhrgebiet findet. Und es gilt insbesondere für die Methode, mit der die verschiedenen laufenden Zukunftsprojekte angegangen und umgesetzt werden: systematisch und kommunikativ, gerichtet auf Kooperation und Vernetzung der Akteure zur Erschließung der endogenen Potentiale, also des Know-hows in der Region, statt auf teure und wenig stabile Transfers von Außen zu setzen (worunter selbstverständlich nicht das erfolgreiche Einwerben von projektbezogenen Fördermitteln gerade für neue Ansätze der Existenzgründung oder neue Produktfelder zu verstehen ist).

Es geht uns im folgenden nicht darum, die vorhandenen Projekte und Initiativen zu referieren oder im Detail zu bewerten. Für ersteres ist an anderen Orten Raum, letzteres ist nicht Gegenstand unserer Untersuchung. Es geht uns vielmehr um Akzentsetzungen, um einige Ergänzungen sowie um weiterführende Überlegungen, sofern sie sich aus den im Strukturbericht dokumentierten Befunden oder aus weiteren Arbeitsfeldern der Institute ergeben.

1.3.1 Regionale Innovations- und Kooperationsförderung

Die Befunde dieses Strukturberichts über die wichtigsten Branchen der Region Stuttgart legen den Schluss nahe, dass eine Fortsetzung und Ausweitung des Ansatzes einer innovationsorientierten Regionalpolitik wünschenswert und geboten ist. Eine solche Orientierung auf die Region steht nicht im Gegensatz zur Globalisierung, sondern bedeutet die gezielte Stärkung und Einbeziehung regionaler Potenzen zur Bewältigung der globalen Herausforderungen. Allerdings ist dies kein Selbstläufer, sondern erfordert spezifische Aktivitäten der regionalen Akteure. Regionalpolitik erhält hierdurch über die klassischen Instrumentarien der Infrastruktur- und Verkehrspolitik, des Flächenmanagements und Regionalmarketings hinaus eine gewichtigere und eigenverantwortlichere Rolle, die sie nur mit entsprechenden Ressourcen und Kompetenzen ausfüllen kann.

Im Zentrum eines solchen Politikkonzeptes steht auf der einen Seite die stärkere Koordination der regionalen Aktivitäten in Querschnittsfeldern; ein gutes aktuelles Beispiel hierfür ist der Bereich E-Business. Auf der anderen Seite gewinnt die Initiierung und Begleitung von regionalen Netzwerken mit Blick auf regional bedeutsame Branchen und Cluster an Bedeutung. Solche Netzwerke zielen auf eine Verbesserung der Information, der Transparenz,

der Kommunikation und letztlich der Kooperation von kleineren und mittleren Unternehmen sowohl untereinander als auch mit Wissenschaft, Forschung und Politik. Die Organisation derartiger Netzwerke ist eine eigenständige Aufgabe und wird von uns als **Clustermanagement** bezeichnet.

Dabei stellt sich zu Recht die Frage, für welche Branchen und Cluster in der Region Stuttgart ein solcher Ansatz geeignet ist. Es kommt hier zunächst darauf an, diejenigen Segmente zu identifizieren, in denen entweder absehbare strukturelle Probleme zu erwarten sind, oder in denen es relevante Potenziale gibt, die auch mit Blick auf überregionale Märkte Perspektiven aufweisen. Diese Identifizierung ist ein dynamischer Prozess, da gerade solche Sektoren einem erheblichen Veränderungsdruck ausgesetzt sind. Es besteht in der Region Stuttgart heute ein Konsens über eine Art Agenda der für ein Clustermanagement **relevanten Wirtschaftsbereiche**. Wie folgende Aufzählung zeigt, handelt es sich zum Teil um traditionell in der Region verankerte Cluster, aber auch um potentielle, neu entstehende Cluster:

- die Automobilwirtschaft, insbesondere die Zulieferindustrie, und deren Erweiterung in Richtung Mobilitätswirtschaft,
- der Maschinenbau,
- die Medienwirtschaft,
- die Telekommunikation, die IT-Services und der Bereich E-Business,
- die Umwelttechnologie.

Diese Wirtschaftsbereiche sind dabei nicht nur unter industrieller Perspektive zu betrachten; von gleichrangiger Bedeutung sind die komplementären produktionsorientierten (technischen) Dienstleistungen sowie aus beschäftigungspolitischer Sicht die einfachen (personenbezogenen) Dienstleistungen.

Clustermanagement setzt einerseits an Kernproblemen, andererseits an **Zukunftsperspektiven** von Wirtschaftszweigen in der Region an. Es geht darum, Schwachpunkte und Entwicklungsdefizite zu identifizieren und spezifische Problemlösungen mit regionalen Akteuren auszuarbeiten. Hierzu zählt auch die Beseitigung von Blockaden, die bisher die Entwicklung innerhalb vorhandener Cluster behinderten. Hieraus ergeben sich jeweils sehr spezifische Aktivitäten und keineswegs ein einheitliches Rezept. So steht im Mittelpunkt der MedienRegion Stuttgart das Marketing der vorhandenen Stärken nach Innen und Außen, im Maschinenbau sind eher technologische Herausforderungen, etwa im Bereich der Steuerungen und des Services, zu bewältigen, und die Kfz-Zulieferer sind mit dem Problem einer Neuausrichtung der gesamten Wertschöpfungskette konfrontiert.

Neben der Eingrenzung der jeweiligen Zielgruppe ist die Frage zu beantworten, ob die **regionale Ebene** der geeignete räumliche Zuschnitt für clusterbezogene Aktivitäten ist. Hierfür sprechen zumindest zwei Argumente:

- Erstens ist für den Aufbau und die Begleitung von Netzwerken eine große räumliche Nähe der Beteiligten förderlich. Sie unterstützt den Aufbau einer gemeinsamen Identität, die Chancen zu direkten Kontakten sind groß, und es entsteht Raum für Beziehungen, in denen Vertrauen eine wichtige Stütze darstellt. Diese Überlegungen sprechen auch für einen eher kleinen Kreis von Akteuren; je größer er ist, desto größer ist auch die Anonymität, desto schwerer fällt die Etablierung eines akzeptierten und kompetenten Moderators. Andererseits ist eine gewisse Mindestgröße erforderlich, um aus solchen Netzwerken überhaupt Nutzen ziehen zu können: Es müssen neue Kontakte entstehen, neue Ideen sollen generiert, neue Märkte gemeinsam erschlossen werden.
- Zweitens spricht für die Region als angemessenem Bezugsraum, dass sie nicht nur in die Cluster investieren, sondern auch selbst an den Effekten partizipieren soll. Hier ist neben den allgemeinen Folgen einer wirtschaftlichen Prosperität vor allem an Imagefaktoren zu denken. Wenn die Region für eine Branche ein positives Image besitzt, fällt es viel leichter, Unternehmen zu halten oder anzusiedeln und die Region in der Welt bekannt zu machen. Positive Imagefaktoren sind ein wesentlicher Baustein für ein erfolgreiches Marketing der Region nach innen und außen.

Der Grundgedanke, solche Initiativen mit Blick auf die Region Stuttgart auszurichten, erscheint daher plausibel. Er ist im Grunde bestimmend sowohl für die laufenden als auch für neue Initiativen wie den Wettbewerb zur Förderung regionaler Kompetenzzentren. In diesem Handlungsfeld wurde bereits in der Vergangenheit eine Vielzahl von Aktivitäten und Projekten gestartet, von BioRegio über Mobilist, die MedienRegion und PUSH! bis hin zur Agenda-Initiative ZukunftsRegion. Für alle diese Aktivitäten ist der **Projektbezug** charakteristisch: Im Zentrum steht die Mobilisierung und Vernetzung der Akteure, beispielsweise koordiniert durch den Verband Region Stuttgart oder die regionale Wirtschaftsförderung (WRS). Gesucht wird nach pragmatischen und umsetzbaren Handlungsschritten, für die bei Bedarf externe Mittel eingeworben werden. Diese stellen jedoch eher eine Mobilisierungshilfe dar, sie sind keine existenzielle Voraussetzung der Aktivitäten. Eine solche Innovations- und Kooperationsförderung gilt bundes-, ja sogar europaweit mittlerweile als „state of the art“ einer modernen Regionalpolitik.

Die Initiierung und Begleitung von Verbundprojekten im Zentrum der regionalen Innovationsstrategie hat sich auf breiter Ebene als sinnvoll und operationalisierbar bestätigt. Allerdings muß jetzt in der Umsetzungsphase auch der Nachweis angetreten werden, daß mit ihnen spürbare Effekte für die regionale Entwicklung geleistet werden können. Hier stößt der Ansatz auf ernstzunehmende Probleme. Zu nennen ist als erstes die notwendige Kontinuität: Die Verständigung über die jeweiligen spezifischen Interessen, Konzepte und Handlungsfelder sowie die Bedingungen der einzelnen Akteure ist keine einmalige, sondern eine dauerhafte Aufgabe. Da zudem jede Branche ein spezifisches Herangehen benötigt und es bei den Akteuren in der Region Stuttgart nur begrenzte Ressourcen für einen solchen Ansatz des Clustermanagements gibt, müssen auf dieser Grundlage auch Prioritäten gesetzt werden. Hierfür fehlt es jedoch derzeit noch an klaren Kriterien.

Zweitens wird die starke Orientierung der Projekte auf einen relativ engen Kreis von Spezialisten kritisiert. Sowohl die Einbeziehung von erweiterten Zielgruppen als auch eine Erhöhung der Wirksamkeit der Aktivitäten in die breite Öffentlichkeit hinein erscheint dringend geboten. Auch dies wird jedoch zu einem höheren personellen und sachlichen Aufwand führen, der mit den vorhandenen Ressourcen nicht gedeckt werden kann. Es wird sich daher zeigen müssen, ob der positive Ansatz einer geringen Institutionalisierung und einer starken Projektbetonung mit den Anforderungen der Dauerhaftigkeit, Wirksamkeit und Öffentlichkeit vereinbar ist, oder ob sich so nur eher symbolische Aktivitäten generieren lassen.

Hinzu kommt, dass das Einwerben von Mitteln über Ausschreibungen wie auch das Management der Projekte zunehmend aufwendiger wird. Eine Ausweitung dieses Ansatzes zu einem regionalen Clustermanagement ist zwar von den politischen Entscheidungsträgern gewünscht, kann aber im Rahmen der vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen kaum bewältigt werden. In diesen Zusammenhang fällt die zu geringe Verzahnung mit den strukturpolitischen Instrumenten des Landes. Insbesondere in der Beratung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), der Begleitung von Sanierungsfällen, dem Einsatz neuer arbeitsmarktpolitischer Instrumente sowie der Umsetzung von Förderprogrammen der EU als Zukunftsinvestition in den Arbeitsmarkt sind Ansatzpunkte zu sehen, die bislang weitgehend im Wirtschaftsministerium koordiniert und entschieden werden. Es erscheint mittelfristig notwendig, zur Erhöhung der Effizienz dieser Instrumente eine stärkere **Regionalisierung** vorzunehmen: Die Region bzw. ihre Einrichtungen sollten in die Umsetzung und Begleitung dieser Programme unmittelbar einbezogen werden. Der erste Prüfstein für einen solchen dezentralen Ansatz wird die derzeit laufende Programmentwicklung für die EU-Förderung 2000 bis 2006 sein, in der dem Land erhebliche Mittel für das Aufgabefeld „Entwicklung der Humanressourcen“ zugewiesen werden.

Wettbewerb „Regionale Kompetenz- und Innovationszentren“

Die WRS führt im Auftrag des Verband Region Stuttgart einen Wettbewerb zur Einrichtung von **regionalen Kompetenzzentren** durch, bei dem alle Städte und Gemeinden der Region Stuttgart teilnahmeberechtigt sind und bis Ende des Jahres 1999 Projektanträge einreichen können. Im Zeitraum 2000 bis 2002 werden vom Verband maximal drei Mio. DM zur Förderung der Wettbewerbsbeiträge bereitgestellt. Für die Einrichtung von Kompetenzzentren geeignete Technologie- und Themenfelder sind nach einer Grundlagenstudie der Kommunalentwicklung Baden-Württemberg GmbH die Bereiche Mobilität, Kfz-Zulieferindustrie, Brennstoffzelle, Maschinenbau, Textilforschung, Umwelttechnologie, Multimedia, Softwareentwicklung, Solarenergie, Biotechnologie, Lasertechnologie und Mikroelektronik.

Ziel der Kompetenzzentren ist es, betriebliche Kooperationen und die Zusammenarbeit von Unternehmen mit Hochschulen und Forschungsinstituten in die Wege zu leiten, um das innovative Potential der Region Stuttgart optimal zu erschließen und zu vernetzen.

Obwohl durch den Wettbewerb explizit „regionale Kompetenzzentren“ gefördert werden sollen, besteht, allein schon durch die Wettbewerbsstruktur mit Kommunen als Teilnehmern, die Gefahr, dass von der Reichweite her sehr stark lokal ausgerichtete Beiträge eingereicht und gefördert werden. Komplementär zu diesen Kompetenzzentren als lokale Standortgemeinschaften müssen auch auf regionale Cluster bezogene Instrumente, z.B. Clustermanagement und Networking, zum Zuge kommen, um das obengenannte Ziel für die Region Stuttgart zu erreichen und um die Region im globalen Wettbewerb zu profilieren. Vom Thema her geeignete lokale Kompetenzzentren können dann für ein Clustermanagement relevante Einzelbausteine zur Optimierung regionaler Clusterstrukturen sein. So könnte z.B. in einer regionalen Kfz-Kooperationsplattform Transparenz, Transfer und Vernetzung zwischen clusterbezogenen lokalen Kompetenzzentren initiiert bzw. hergestellt werden.

Clustermanagement: Kooperationsplattform Kfz

Schon im letzten Strukturbericht wurde das Zustandekommen eines **regionalen Branchendialogs in der Kfz-Branche** thematisiert. Die aktuellen Entwicklungen unterstreichen diese Überlegung. Im Gutachten wurde die wieder wachsende Bedeutung der Automobilwirtschaft ebenso herausgearbeitet wie die Risiken, die sich sowohl aus allgemeinen Branchentrends (Überkapazitäten und Sättigungstendenzen) als auch aus ungleichen Verteilungen von Umsätzen, Ergebnissen und Innovationen ergeben. Insbesondere wurde auf die Situation der kleinen und mittleren Zulieferer verwiesen, die in Produktion, Logistik und Innovation mit wachsenden Anforderungen kon-

frontiert werden, denen sie aufgrund schmaler Gewinnmargen sowie geringer personeller und technologischer Ressourcen nur mit großen Anstrengungen Rechnung tragen können.

Kooperationen und Netzwerke bieten einen Ansatz, wie dennoch Handlungsspielräume und damit Entwicklungschancen der Zulieferer erhalten oder neu geschaffen werden können. Zwar gibt es bereits derartige Ansätze zwischen den Kfz-Herstellern und den Systemlieferanten, aktuelle Forschungsergebnisse verweisen aber auf beträchtliche Defizite bei Kooperationen zwischen Teile- und Systemlieferanten (vertikale Beziehungen) sowie zwischen den einzelnen Teilelieferanten (horizontale Beziehungen).

Vorteile für Betriebe ergeben sich dadurch, dass sie sich durch ihre Teilnahme am Branchendialog rechtzeitig mit neuen technologischen Trends auseinandersetzen und sie auf die Konsequenzen für ihre jeweilige Marktposition hin überprüfen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die **Brennstoffzellen-Technologie** mit ihren Einsatzmöglichkeiten in Kraftfahrzeugen. Schon heute ist sicher, dass sich die Wertschöpfungskette im Fahrzeugbau, die ja gerade in der Region Stuttgart stark auf den Antriebsstrang hin ausgerichtet ist (z.B. mit Betrieben wie Daimler-Chrysler Untertürkheim, Bosch, Mahle, Getrag, Beru, aber auch mit Maschinenherstellern für dieses Segment wie Hüller-Hille oder Heller), mit der Einführung der Brennstoffzelle in Kfz erheblich verändern würde. Dies bietet nicht nur Risiken: So wird es etwa Bedarf an einer Vielzahl neuer und spezialisierter Teile geben, die jedoch ein anderes Know-how und andere Produktionstechniken als das heutige Teilespektrum erfordern. Unsicher ist allerdings, wann und in welchem Umfang diese Technologie in Kfz zum Einsatz kommt; derzeit deutet manches darauf hin, dass sich der Serienstart vom ursprünglich geplanten Jahr 2004 in die weitere Zukunft verschieben wird. Die Situation ist also in mehrfacher Hinsicht von Unsicherheit gekennzeichnet; hier kann die Kooperationsplattform durch regelmäßige Informationsveranstaltungen sowie über die Knüpfung von Kontakten dazu beitragen, daß sich die Betriebe angemessen auf diese neue Entwicklung vorbereiten können. Doch nicht nur die Betriebe können von einem solchen Ansatz profitieren, auch für die **Region** sind **positive Effekte** dadurch zu erwarten, dass die Bindung der Betriebe an die Region erhöht wird. Damit können Abwanderungen in benachbarte Regionen (Neckar-Alb, Franken) zumindest abgebremst werden.

Der Struktur des Kfz-Clusters entsprechend dreigliedrig (Endhersteller, Systemlieferant und Teilezulieferer) sollte auch die Zielorientierung des Kfz-Clustermanagement ausgerichtet sein. Bei den Endherstellern und einzelnen großen Systemlieferanten handelt es sich um ein bereits funktionierendes Clustersegment, bei dem regionale Handlungsmöglichkeiten relativ begrenzt sind. Mit Blick auf prosperierende System- und Teilehersteller bedeutet Clustermanagement, die Nutzung vorhandener betrieblicher Innovationspotentiale zu forcieren und auf brachliegende Potentiale hinzuweisen.

Hier geht es in einem ersten Schritt darum, den Kommunikations- und Informationsfluss zwischen den Zulieferunternehmen in der Region zu organisieren, indem ein Raum geschaffen wird, der Unternehmen und Einrichtungen einen konstruktiven und effizienten Informationsaustausch bietet. Im dritten Clustersegment, den kleinen und mittleren Teileproduzenten in oft prekärer wirtschaftlicher und technologischer Situation, sind die Aktivitäten eines Clustermanagements besonders notwendig, aber auch schwierig. Denn hier geht es um langfristige Veränderungen innerhalb eines regional bedeutsamen Segments, in dem die Unternehmen aber eher defensiv reagieren und ihre Innovationsaktivitäten nicht oder kaum auf neu strukturierte Märkte ausrichten (können). Hier besteht die Aufgabe darin, einen Diskurs über mögliche Veränderungen und zukünftige Erfordernisse aufgrund der globalen Nachfrageentwicklungen zu initiieren und geeignete Modellprojekte (z.B. Diversifizierung) in die Wege zu leiten.

Als Einstieg in ein regionales Clustermanagement müßte ein **Forum für den Branchendialog** geschaffen und moderiert werden. Um dies kontinuierlich zu gewährleisten, sollte bei einer neutralen Instanz die Stelle eines „**Kfz-Clustermanagers**“ eingerichtet werden. Im weiteren Verlauf liegt der Tätigkeitsschwerpunkt dieses Ansatzes in der konkreten Anbahnung, Unterstützung und aktiven Begleitung von **Kooperationen zwischen Kfz-Zulieferbetrieben**. Die geplanten Informationsveranstaltungen haben trotz ihrer Relevanz für das Gesamtprojekt einen eher flankierenden Charakter für das Kooperationsmanagement, indem sie die Anstöße zur Zusammenarbeit geben. Das gesamte Spektrum des Kfz-Clustermanagements kann nur von einem **breiten Trägerkreis** geleistet werden. Alle Beteiligten in diesem Verbund relevanter Institutionen müssten bereit sein, hierfür personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen. In dieser Form ist Clustermanagement für die Region Stuttgart auch eine sinnvolle Ergänzung zur Ende des Jahres startenden – vom Wirtschaftsministerium initiierten – Landesinitiative für Kfz-Zulieferer.

Es darf jedoch nicht der Eindruck entstehen, als wäre eine Konzentration ausschließlich auf den Kfz-Bereich eine hinreichende Strategie für die Entwicklung der Region Stuttgart. Ein weiterer zentraler Ansatz ist in der Erweiterung der Kernkompetenz von einer Verkehrs- hin zu einer Mobilitätsregion zu sehen. Ein wichtiges Instrument für diese Strategie ist in dem vom Bundesforschungsministerium (BMBF) mit 25 Mio. DM geförderten regionalen Verbundprojekt **Mobilist** zu sehen. Die Beteiligung von Großunternehmen, KMU, Forschungseinrichtungen, Kommunen sowie dem Verband Region Stuttgart bietet gute Voraussetzungen dafür, sowohl neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln als auch sie prototypisch anzuwenden. So wird im Handlungsfeld „Mobilitätsdienstleistungen“ unter Federführung von Daimler-Chrysler ein dynamischer Mitfahrerservice mit Sprachsteuerung entwickelt. Durch diesen flexiblen, IuK-gestützten Mitfahrerservice für stark

frequentierte Routen im Berufspendlerverkehr soll für den Daimler-Chrysler-Standort Sindelfingen die Bündelung von Verkehrswünschen in dynamischen Fahrgemeinschaften erreicht werden. Im gleichen Handlungsfeld wird für die Mitarbeiter von Hewlett-Packard ein Transportauskunftssystem erprobt. Weitere Handlungsfelder bei Mobilist sind die „Betriebsoptimierung“ im Individual- und Öffentlichen Verkehr (u.a. Verkehrsleitsysteme) sowie „Verkehrssubstitution“ (u.a. durch Telearbeit, eine elektronische regionale Shopping-Mall mit Distributionssystem und raumplanerische Konzepte zur Vermeidung von Freizeitverkehr). In der prototypischen Umsetzung der neuen Produkte und Dienstleistungen liegt eine wesentliche Aufgabe solcher Leitprojekte, denn Referenzobjekte sind ein wichtiger Faktor bei der Vermarktung und erleichtern es Bürgerinnen und Bürgern, sich mit einem neuen Produkt zu identifizieren.

Konzentriertes Management für die Informationstechnologie

Dem Feld des **Electronic Commerce und E-Business** kommt für die Zukunft sowohl der Industrie- wie auch der Dienstleistungsunternehmen eine große Bedeutung zu. Insbesondere KMU stehen vor der Herausforderung, zusätzlich zu ihren bestehenden Kernkompetenzen in den Feldern Engineering, Produktion und Produkte sich Fähigkeiten im Service, im aktiven Kundenbeziehungsmanagement sowie im Aufbau von neuen Wertschöpfungspartnerschaften anzueignen. Die Neudefinition und Integration der Prozesse mit Hilfe von E-Business stellt hierfür eine Schlüsseltechnologie dar.

Im Rahmen einer gemeinsam von der IHK, der HK, der WRS sowie der Stadt Stuttgart geförderten, aktuellen Studie „E-Business: Chancen für die Region Stuttgart“ werden der **Region erhebliche Potenziale** im Bereich E-Commerce attestiert (IHK 1999). Dies gilt sowohl für die Nachfrageseite (potenzielle Anwender und Kunden) als auch für die Anbieterseite. Allerdings gibt es auch das Risiko, zwischen den sich herausbildenden Zentren im Bereich neue Medien und Telekommunikation (Köln, München, Hamburg, Berlin) in eine gewisse Randlage zu geraten.

Die Haupthemmnisse zur Nutzung der Potenziale werden nicht im Bereich der technischen Infrastruktur gesehen, sondern in Informationsdefiziten, Akzeptanzfragen und einer fehlenden „Geschäftsroutine“, die sich erst bei intensiverer Nutzung realisieren lässt. Auf regionaler Ebene werden in Stuttgart gute Ansätze in Projektinitiativen wie dem Online-Marktplatz Stuttgart oder Wettbewerben wie Mobilist, Media@Komm oder dem Electronic Commerce Centrum gesehen. Verglichen mit den Aktivitäten anderer Regionen werden Defizite bei einer zu gering ausgeprägten Leitvision, in fehlenden Identifikationsfiguren, einer zu geringen Koordination der Akteu-

re und der laufenden Projekte sowie in fehlenden Marketingstrategien nach Innen und Außen gesehen.

Hieraus wird in der Studie der Vorschlag abgeleitet, ein intensiveres, synergetisches Zusammenwirken aller beteiligten Institutionen und Akteure zu etablieren. Zur Förderung des Bereiches E-Business werden nicht vereinzelte Initiativen, sondern eher ein komplexes Management auf regionaler Ebene benötigt. Die Vorschläge zielen im Grundsatz – ähnlich wie hier bereits für den Automobilbereich vorgeschlagen – auf die Etablierung eines Clustermanagements mit entsprechenden Handlungsfeldern wie der Erhöhung der Transparenz und Information, der Durchführung von Kompetenzwettbewerben, dem Aufbau und der Koordination eines Beraterteams für KMU sowie der Entwicklung strategischer Ziele und Leitvisionen mit den zugehörigen Leitprojekten und Umsetzungsplanungen. Die Verabredung der IHK, der HK, der WRS sowie der Stadt Stuttgart, in Zukunft ihre medienpolitischen Aktivitäten abzustimmen und zu koordinieren, ist daher ein wichtiger Schritt, um die vorhandenen Chancen der Region Stuttgart optimal nutzen zu können.

Existenzgründung und Technologietransfer

Ein im Zusammenhang der innovationsorientierten Regionalpolitik wichtiger Ansatz ist die seit Januar laufende **Existenzgründungs-Initiative PUSH!** (Partnernetz für Unternehmensgründungen aus Stuttgarter Hochschulen), die zugleich durch ihre Orientierung auf Hochschulabsolventen einen Impuls für den Technologietransfer und die Beschleunigung von spin-offs aus der Forschung anstrebt. PUSH! ist darüber hinaus auch von seinem Beratungsansatz her interessant: Es zielt nicht nur auf eine quantitative Ausweitung von Gründungsaktivitäten, sondern ausdrücklich auf deren langfristige Überlebenschancen. Hierzu sollen über PUSH! Mittel für Beratungs-, Qualifizierungs- und Betreuungsdienste bereitgestellt, Flächen und Infrastruktur z.B. in Gründerzentren vermittelt sowie eine Unterstützung bei der Organisation des Marktzugangs geleistet werden. PUSH! soll zudem Transparenz in dem schwer durchschaubaren Bereich von Qualifizierungsangeboten schaffen; der Weiterbildungsmarkt wird strukturiert aufbereitet und für etablierte Angebote wird eine Zertifizierung erarbeitet. Neben der Erstberatung vermittelt PUSH! zudem Coaches, die ein junges Unternehmen bis zu seiner Stabilisierung fachlich begleiten. Mit dieser Gesamtkonzeption und der längerfristigen Begleitung der Unternehmensgründungen erfährt die Existenzgründungsberatung eine wichtige konzeptionelle Erweiterung.

ZukunftsRegion Stuttgart

Als weitere regionale Kooperationsplattform wurde Mitte 1998 im Zuge des bundesweiten Wettbewerbs „Regionen der Zukunft“ das **Projektnetzwerk Zukunftsregion Stuttgart** als Impulsgeber und Träger einer regionalen Agenda 21 ins Leben gerufen. Dieser projekt- und prozessorientierte Ansatz einer regionsbezogenen Kooperation – zwischen BewohnerInnen der Region, Initiativen (z.B. FrauenRatschlag), Vereinen, Verbänden, Unternehmen und Kommunen unter Federführung des VRS – für eine an Nachhaltigkeit orientierte Regionalentwicklung ist als neuartiges politisches Steuerungsmodell auf regionaler Ebene zu bezeichnen. Organisatorische Elemente dieser „regionalen Dialogstruktur“ sind die „Regionale Koordinationsgruppe“ und acht Arbeitsgruppen zu folgenden strategischen Handlungsfeldern für die angestrebte nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung: Umweltverträgliche Mobilität, Wirtschaft und Umwelt, zukunftsfähiges Planen und Bauen, neue Arbeitswelten, Gewerbeflächenmanagement, Landschaftspark, Vernetzung der Lokalen Agenden 21, regionale Identität und Kultur. Als Leitprojekt wurde ein Verkehrsprojekt gewählt: Entlang einer S-Bahn-Linie sollen alle Verkehrsmittel, die für eine Wegeketten nutzbar sind, miteinander verknüpft, Zugangshemmnisse abgebaut und gezielte Serviceleistungen angeboten werden. Weitere Projekte, wie die Entwicklung von Landschaftsparks, die Reaktivierung von Gewerbebrachen, ein virtuelles Energieberatungszentrum, eine regionale Solarinitiative usw., sind in Vorbereitung bzw. bereits in Umsetzung. Die ZukunftsRegion bietet dafür ein gemeinsames Dach, erleichtert damit die Öffentlichkeitsarbeit und verbessert so die Wirksamkeit der Projekte.

Eine Klammer für die ZukunftsRegion Stuttgart könnte in der für die Region Stuttgart dringend notwendigen Auseinandersetzung mit der Brennstoffzellen-Technologie liegen. Sowohl beim Leitprojekt aus dem Verkehrsbereich als auch bei den Projekten zum energie- und ressourcensparenden Bauen und Wohnen und der Solarinitiative könnte die Brennstoffzelle als umweltfreundlicher, mobiler und stationärer Energieerzeuger thematisiert werden und in Pilotprojekten zum Einsatz kommen. Damit könnte das Projektnetzwerk dazu beitragen, in der Region frühzeitig diese mögliche Basistechnologie des 21. Jahrhunderts zu implementieren und damit auch eine Chance für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region Stuttgart zu nutzen.

Der mit der ZukunftsRegion zum Ausdruck kommende neue Ansatz regionaler Politik zielt auf die Etablierung eines regionalen Politikkonzepts, das auf Partizipation und auf die Bündelung von Kräften durch Netzwerke setzt. Das Projektnetzwerk Zukunftsregion Stuttgart hat dabei zum Ziel, die durch unkoordiniertes Nebeneinander von Aktivitäten verschwendeten Potenziale der Region durch stärkere Zusammenarbeit zu mobilisieren.

1.3.2 Qualifizierung und regionale Arbeitsmarktpolitik

Die aktuelle Arbeitsmarktsituation verdeutlicht einmal mehr die **Bedeutung der Aus- und Weiterbildung** sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer. Die Rekrutierungsprobleme für qualifiziertes Personal in einigen Bereichen sind hierfür ein Beleg. Aber auch für die Beschäftigten wird ein Wandel der Tätigkeiten und der benötigten Qualifikationen zum Regelfall. Dies gilt nicht nur für eine kleine Gruppe von Arbeitnehmern; vielmehr müssten **Qualifizierung on the job** und **lebenslanges Lernen** für die große Mehrzahl der Beschäftigten ein sehr wichtiges Thema sein.

Besondere Bedeutung erhalten dabei Querschnittsqualifikationen, wie die Fähigkeit zum Lernen, zur Organisation von Arbeitsprozessen sowie soziale Kompetenzen (z. B. Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit) usw.. Im Unterschied zur Fachkompetenz im engeren Sinne, die aufgrund der häufig schnellen Veränderungen kaum auf längere Sicht planbar ist, können diese Fähigkeiten oft unmittelbar eingesetzt werden; bei Dienstleistungstätigkeiten werden sie in der Regel vorausgesetzt. Dabei unterscheiden sich die Anforderungen an die sozialen Kompetenzen in den verschiedenen Arbeitsmarktsegmenten gravierend. In Einzelfällen erfordert ihre Vermittlung und Entwicklung einen sozialarbeiterischen Einsatz, der nur in Kooperation von Arbeitsamt und Kommune erbracht werden kann.

Qualifizierung ist auch die beste Strategie für die geringfügig Beschäftigten, die mit einer (Vollzeit-) Erwerbstätigkeit nicht (wesentlich) über den Sozialhilfebedarf hinauskommen. Von dieser Problematik ist allerdings nur ein sehr kleiner Anteil der geringfügig Beschäftigten betroffen, weil die meisten geringfügig Tätigen als Hausfrauen, Studenten, Nebenerwerbstätige etc. anderweitig finanziell abgesichert sind. Wenn also Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger über einen längeren Zeitraum auf 630-DM-Basis arbeiten, ohne in den Bereich sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung integriert zu werden, ist darin kein eigenständiges 630-DM-Problem zu sehen, sondern ein Zusammenspiel regional kaum beeinflussbarer hoher Sozialversicherungsbeiträge und relativ niedriger Arbeitsproduktivität. Regionale Maßnahmen zur Erhöhung des Qualifikationsniveaus leisten zugleich einen Beitrag zur Lösung dieses 630-DM-Problems, wenn damit die Fähigkeit zur Erzielung eines Einkommens über der Sozialhilfeschwelle vermittelt wird.

Auch zur **Verbesserung der Arbeitsplatzchancen von Frauen** spielt die Vermittlung breitangelegter, beschäftigungsrelevanter Qualifikationen nach wie vor eine zentrale Rolle. Dies gilt gleichermaßen für ungelernete wie auch für gut ausgebildete Frauen, die als Voraussetzung für eine erfolgreiche Berufsrückkehr ihr Wissen anpassen und aktualisieren müssen. Darüber hinaus beschränkt die häufige Doppelbelastung durch Familie und Beruf, die dazu führt, dass Frauen in wesentlich größerem Umfang nur Teilzeit-

tätigkeiten ausführen können, auch die Zeit, die für Weiterbildungen zur Verfügung gestellt werden kann. Ganztageseschulungen oder gar Blockseminare an einem anderen Ort werden schnell zu einem Problem für Frauen mit Kindern. Von den Arbeitsämtern angebotene „Weiterbildung in Teilzeit“ ist ein wichtiges Instrument, um auch teilzeitbeschäftigten Frauen und Berufsrückkehrerinnen den Erwerb von Qualifikationen zu ermöglichen.

Als innovative Frauenfördermaßnahme auf regionaler Ebene ist die Schaffung von Mentoring-Strukturen – angelehnt an eine landesweite Internet-Initiative von FH-Professorinnen – in Betracht zu ziehen. Hierbei spielt der FrauenRatschlag eine wesentliche Rolle. Ein weiteres regionales Handlungsfeld ist die Unterstützung und Förderung von betrieblichen Ansätzen und Modellprojekten für Qualifizierungsmaßnahmen vor allem im Verarbeitenden Gewerbe und die regionale Vernetzung dieser Ansätze.

Unter diesen Voraussetzungen werden die Bereiche Aus- und Weiterbildung – trotz der derzeitigen Stagnation in diesem Beschäftigungsfeld – langfristig keinesfalls an Bedeutung verlieren. Um unnötige Ausgaben zu vermeiden, gilt es, die Investitionen in diesen strategischen Faktor zu koordinieren und vorrangig die Möglichkeiten und Angebote der vorhandenen Einrichtungen (Bildungshäuser, Volkshochschulen und Berufsschulen sowie andere Bildungsträger) zu nutzen. Auch bei einem optimierten Einsatz neuer Technologien wird die menschliche Arbeitskraft in der Vermittlung von Wissen höchstens teilweise durch Technik ersetzbar sein.

Während in den letzten Jahren bereits Anstrengungen unternommen wurden, die Übersicht auf dem Weiterbildungsmarkt zu erhöhen, obliegt es den Unternehmen und ihren Mitarbeitern, eine Auswahl aus dem inzwischen sehr breiten Angebot verschiedener Inhalte und Vermittlungsformen zu wählen. Diese Entscheidung ist von Personen, die sich nicht kontinuierlich mit Weiterbildung befassen, schwer zu treffen. Für sie ist eine **qualifizierte Beratung** nahezu unverzichtbar. Sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer sollten bei Entscheidungen über die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen auch die zentralen Trends in der Branche bzw. im Beruf berücksichtigt werden. Das setzt einen entsprechenden Informationsstand voraus. Ein Ansatzpunkt und wichtiger Bestandteil aktiver Arbeitsmarktpolitik auf regionaler Ebene kann hierbei der Aufbau und die Koordinierung eines Netzwerkes von Arbeitsämtern, Weiterbildungsträgern, kommunaler/regionaler Politik, Kammern, Gewerkschaften und Unternehmen sein, um regelmäßig Weiterbildungsbedarfe zu identifizieren und ein abgestimmtes Vorgehen zu beraten; die regionalen Arbeitsgemeinschaften für betriebliche Fortbildung sollten in diesen Abstimmungsprozess einbezogen werden.

Erfahrungen etwa in Österreich zeigen, dass die Erweiterung der Aufgaben der Arbeitsämter in Richtung eines umfassenden „Arbeitsmarkt-Services“ sowie die enge Kooperation des Arbeitsamtes mit weiteren Bera-

tungseinrichtungen und betrieblichen Personalverantwortlichen sinnvoll ist. Insbesondere könnten darüber die schon heute vorhandenen Instrumente einer innovativen Arbeitsmarktpolitik und hier in erster Linie der Innovationsfonds der Arbeitsämter auch für betriebliche Praktiker bekannter und damit vermehrt angewandt werden.

Generell erscheint eine systematische und langfristig ausgelegte Personalentwicklung in den Unternehmen bislang nur schwer umsetzbar. Zwar ist die Notwendigkeit eines verbesserten „Human Resource Managements“ allgemein akzeptiert, die Personalabteilungen – insbesondere von KMU – werden jedoch häufig mit kurzfristigen Anforderungen belegt, so dass das Tagesgeschäft die strategische Bedeutung der Personalentwicklung in den Hintergrund drängt. Deshalb sind Initiativen wie das von der Bertelsmann-Stiftung und den regionalen Trägern Bosch und Hewlett Packard geförderte Projekt „**Systematisches Beschäftigungsmanagement**“ begrüßenswert. Dabei geht es nicht nur um die Entwicklung von Methoden und Hilfen, mit denen z.B. eine betriebliche Personalbedarfsplanung durchgeführt werden kann. Vielmehr erscheint auch eine öffentlichkeitswirksame Flankierung solcher Aktivitäten erforderlich. Damit können einerseits positive Beispiele geschaffen und einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht werden und andererseits erhalten die Akteure eines solchen Beschäftigungsmanagements die Unterstützung, diese Projekte auch in Phasen konjunktureller Schwankungen weiterzuführen. Hierzu erscheint es sinnvoll, eine Art **regionales Gütesiegel „Personalentwicklung“** gemeinsam mit interessierten Unternehmen zu entwickeln und zu verbreiten. Eine dahingehende Initiative würde vor allem der Förderung der IHK und ihrer Mitgliedsfirmen bedürfen.

Neue Handlungsfelder für die Region eröffnen sich auch durch die Reform der **EU-Strukturfonds**. Diese mit dem Beginn nächsten Jahres in Kraft tretenden neuen Förderrichtlinien sehen vor, dass Fördermittel verstärkt auf regionaler und lokaler Ebene vergeben werden sollen. Hierzu bedarf es eines entsprechenden Diskussionsprozesses innerhalb der Region. Die Regionale Beschäftigungsagentur (Rebag) könnte eine wichtige Koordinations- und Vermittlungsaufgabe zwischen dem Land als der bislang einzigen steuernden Instanz der EU-Projekte und zwischen den verschiedenen Beteiligten in der Region übernehmen. Auch solche Koordinationsleistungen werden von der EU inzwischen als förderfähig angesehen. Inhaltlich wird sich die EU-Förderung für die Region Stuttgart auf das Ziel 3, die Unterstützung der Anpassung und Modernisierung der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitiken und –systeme, beschränken. Kernpunkte dabei sind „innovative Arbeitsmarktpolitik“, „Frauenförderung“, „lebenslanges Lernen“, „Stärkung der unternehmerischen Initiative“ und die „Integration von Minderheiten und Behinderten“. In diesem Rahmen ist aus unserer Sicht eine Schwerpunktinitiative zur Qualifizierung von Un-

und Angelernten in der Industrie ein geeignetes Projekt, um den in diesem Bericht beschriebenen Trends der Beschäftigungsentwicklung zu begegnen.

Diesen auch von der EU-Kommission ausgelösten Impuls zur Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik sollte die Region aufgreifen. Eine Vertiefung der regionalen Ansätze in der Arbeitsmarktpolitik ist angesichts einer Vielzahl wirtschaftsstruktureller Gemeinsamkeiten und des regionalen Zusammenhangs sinnvoll, zumal die Beschäftigungsförderung ohnehin vorwiegend kleinräumig stattfindet und eine Koordination dieser beiden Handlungsfelder auch zukünftig wichtig erscheint.

1.3.3 Mehr Dienstleistungsarbeitsplätze für Geringqualifizierte: Möglichkeiten und Grenzen

Noch immer findet ein vergleichsweise hoher Anteil der Beschäftigten ohne Berufsausbildung in der Region Stuttgart einen Arbeitsplatz im Verarbeitenden Gewerbe. Allerdings sind diese Stellen massiv abgebaut worden. Diese Tendenz, wird sich voraussichtlich weiter fortsetzen. Damit stellt sich gerade in der Region Stuttgart die Frage, wie die Position gering qualifizierter Arbeitnehmer dauerhaft gesichert werden kann.

Einfache Dienstleistungen

Die Mehrzahl der wissenschaftlichen Untersuchungen sieht Beschäftigungspotentiale in Teilbereichen der einfachen Dienstleistungen, speziell in der häuslichen Pflege sowie im Bereich der hauswirtschaftlichen Dienste. Allerdings kommen die Arbeitsmarktprognosen übereinstimmend zu dem Schluss, dass nicht nur die Zahl der Einfacharbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe, sondern die gesamte Nachfrage nach wenig qualifizierten Tätigkeiten in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren deutlich zurückgehen wird. Dies gilt auch dann, wenn es gelingen sollte, durch eine Veränderung der Rahmenbedingungen (Steuern, Sozialversicherung) in Teilbereichen des Dienstleistungssektors neue Märkte und Beschäftigungspotentiale zu erschließen. Die Qualifizierung gerade der gering qualifizierten Beschäftigten muss daher soweit wie möglich Vorrang vor einem Verweis auf einfache Arbeitsplätze besitzen. Zumal es sich selbst in den Bereichen der vermeintlich „einfachen“ Dienstleistungen immer weniger um wirkliche Einfachstarbeitsplätze handelt. Vielmehr stellen gerade Dienstleister spezielle Anforderungen an die sozialen Kompetenzen und eine aufgabenorientierte Professionalisierung von Mitarbeitern mit geringer formaler Qualifikation.

Trotz der Bedeutung von beruflicher Qualifizierung können nicht alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Qualifikation erwerben, die sie von der Verfügbarkeit an Einfacharbeitsplätzen unabhängig macht. Für die-

se Personengruppe stellt sich die Frage, welche Möglichkeiten bestehen in der Region, Arbeitsplätze für Geringqualifizierte bereitzustellen.

Die Anforderungen (soziale Kompetenzen, aufgabenorientierte Professionalisierung) an gering qualifizierte Beschäftigte im Dienstleistungssektor unterscheiden sich teilweise deutlich von den Anforderungen im Verarbeitenden Gewerbe. Weitere sektorspezifische Unterschiede liegen in vielen Fällen im Entlohnungsniveau für vergleichbare Tätigkeiten, in der unterschiedlichen sozialen Anerkennung und in den Arbeitszeitstrukturen. Aufgrund dieser Faktoren ist der direkte Wechsel aus einer einfachen Tätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe in den Dienstleistungsbereich derzeit – nicht nur in der Region Stuttgart – eher eine Ausnahme. Für gering qualifizierte Beschäftigte, deren Arbeitsplatz im Strukturwandel gefährdet ist, bietet sich daher eine Weiterqualifizierung und –vermittlung innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes an, die an den Erfahrungen der Vergangenheit anknüpfen kann.

Für die Konzeption einer solchen **Weiterqualifizierung und –vermittlung in vergleichbare Tätigkeitsbereiche** eignen sich regionale Akteure, da die Region als Gesamtarbeitsmarkt zu sehen ist, der über die einzelnen Kreisgrenzen deutlich hinausreicht. So ist die Rebag als Koordinierungs- und Beratungsstelle für die Weiterbeschäftigung von Arbeitnehmern bereits auf der richtigen Ebene angesiedelt. Angesichts der Anzahl der vom Strukturwandel betroffenen Arbeitsplätze ist die Rebag mit dieser Aufgabe jedoch eindeutig überfordert. Die bestehenden Initiativen der Arbeitsämter und der Industrie- und Handelskammer zur beruflichen Weiterbildung Geringqualifizierter sind daher notwendig und sachgerecht. Insgesamt sollte die gerade in der Region sehr wichtige Weiterqualifizierung und -vermittlung Geringqualifizierter speziell im Verarbeitenden Gewerbe eine noch stärkere Betonung und Mittelausstattung erfahren als dies bereits heute der Fall ist.

Über die Weiterqualifizierung und -vermittlung der von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten in andere bestehende Arbeitsplätze hinausgehend ist die **Erschließung neuer Arbeitsplätze für Geringqualifizierte** eine bedeutsame Alternative. Modellversuche, in denen eine Koordinierungsstelle aus Tarifpartnern und Verbänden die Unternehmen dabei berät und unterstützt, neue einfache Arbeitsplätze einzurichten, könnten auch in der Region in Erwägung gezogen werden. Diese Aktivitäten müssen sich nicht auf die Schaffung von Arbeitsplätzen für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger beschränken. Eine solche Strategie zur Schaffung neuer Stellen kann die Weitervermittlung und -qualifizierung von Erwerbstätigen ergänzen. Die Konzeption und Koordination dieser Strategie sollte auf der Regionsebene erfolgen, da hierzu der kreisübergreifende Gesamtarbeitsmarkt der Region Stuttgart ins Blickfeld zu rücken ist. Zu einer direkten, umfassenden Beratung und Unterstützung der einzelnen Unternehmen vor Ort wären die regi-

onalen Träger jedoch nicht in der Lage. Besser geeignet sind hier Tarifpartner, Kammern, Verbände, Arbeitsämter und Arbeitsamtsdienststellen auf Kreis- und Stadtebene, zumal diese in der Regel genauere Kenntnis der konkreten Möglichkeiten und Grenzen der Umsetzung einer solchen Strategie besitzen.

Während die einfachen Dienstleistungstätigkeiten für gering qualifizierte Bewerber aus dem Verarbeitenden Gewerbe häufig nur schwer zugänglich sind, eröffnet die wachsende Zahl der Stellen in diesen Bereichen Chancen für Neu- und Wiedereinsteiger, sofern die beschriebenen Voraussetzungen des Dienstleistungsarbeitsmarktes vorhanden sind oder zuvor vermittelt wurden. Für Jugendliche, manche Arbeitslose sowie Frauen nach der Kindererziehung kann die **Entwicklung neuer Märkte für einfache Dienste** daher interessante Perspektiven bieten.

Die Integration von am Arbeitsmarkt benachteiligten Jugendlichen in den Dienstleistungsbereich setzt voraus, dass diesen Jugendlichen zugleich eine berufliche Perspektive eröffnet wird. Das ist im Regelfall nicht mit einer reinen Anlern Tätigkeit möglich, sondern setzt eine Ausbildung und letztlich auch Aussichten auf einen beruflichen Aufstieg voraus. Dazu müssen Berufsbilder für einfache Dienstleistungstätigkeiten entwickelt werden. Entsprechende Modellvorhaben, die den traditionellen Beruf „Hauswirtschaftlerin“ auf diese Bedürfnisse anpassen wollen, gibt es und können auch in der Region stärker zum Zuge kommen. Aufgrund der regionalen Arbeitsmarktsituation wird eine solche Ausbildung jedoch nur in der Stadt Stuttgart Nachfrage finden. In den anderen Kreisen der Region sind der Anteil Geringqualifizierter, die eine Tätigkeit im Dienstleistungsbereich finden, und die Nachfrage nach solchen Angeboten noch zu gering.

Obwohl überregionale gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedingungen (z.B. gesellschaftliche Anerkennung einfacher Dienste, Steuer- und Sozialversicherungssystem) von Bedeutung für die Erschließung der Beschäftigungspotentiale einfacher Dienste sind, können die Region und ihre Kreise wesentliche Voraussetzungen für die Nutzung dieser Beschäftigungspotentiale schaffen. So sind privatwirtschaftlich arbeitende Unternehmen ohne weitere Unterstützung derzeit – insbesondere im Bereich der „hauswirtschaftliche Dienste und Pflege – nicht selten überfordert. Schließlich sind diese vermeintlichen Zukunftsmärkte noch durch die bislang nicht ausreichende Qualitätssicherung der angebotenen Leistungen, durch eine mangelnde Markttransparenz sowie durch die Notwendigkeit zur Professionalisierung, Entwicklung aussichtsreicher Karrieremuster und zur Erschließung weiterer Nachfrager und Produkte geprägt.

Die Entwicklung aussichtsreicher Karrieremuster wird bei den kommerziellen Anbietern einfacher hauswirtschaftlicher und Pflegeleistungen derzeit durch die Konkurrenz zur Schattenwirtschaft beeinträchtigt. Die schma-

len Gewinnmargen erlauben Einzelanbietern oftmals lediglich den Einsatz geringfügig Beschäftigter. Vor diesem Hintergrund können sich aussichtsreiche Karrieremuster, die beispielsweise die Aufnahme einer dauerhaften sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erlauben nur entwickeln, wenn privatwirtschaftlichen Anbieter zwar teurer sind, aber auch eine bekanntermaßen qualitativ höherwertige Leistung erbringen. Ein Beitrag hierzu stellt die Einführung einer in der Region bekannten Qualitätsgarantie der Leistungserbringer dar. Damit diese Qualitätsgarantie den notwendigen Bekanntheitsgrad erreicht und ein unkoordiniertes Nebeneinander verschiedener **Qualitätsstandards** verhindert wird, wäre es vorteilhaft, diese Standards auf der regionalen Ebene zu erarbeiten. Der Verband Region Stuttgart könnte eine Moderatoren- und Koordinatorenrolle zwischen Tarifparteien, Verbänden sowie Krankenkassen (speziell im Pflegebereich) übernehmen.

Darüber hinaus eignen sich **Dienstleistungspools**, die sich durch ein breiteres und nicht auf Gesundheitsdienstleistungen beschränktes Angebot von den Sozialstationen unterscheiden – insbesondere im Bereich hauswirtschaftlicher Dienste – besser als einzelne geringfügig oder schwarz beschäftigte ArbeitnehmerInnen, um den Wunsch der Nachfrager nach einem verlässlichen Service zu befriedigen. Ein solchermaßen verbesserter Service erlaubt – insbesondere in Verbindung mit einer allgemein bekannten Qualitätsgarantie – eher die Beschäftigung sozialversicherter MitarbeiterInnen in einem betrieblichen Umfeld mit langfristigen beruflichen Perspektiven. Darüber hinaus sind Dienstleistungspools besser geeignet, die Professionalisierung und Qualifizierung formal gering qualifizierter Mitarbeiter zu gewährleisten. Einschränkend muss allerdings betont werden, dass auch die in der Region Stuttgart bestehenden Dienstleistungspools die Kosten ihrer sozialversicherten Beschäftigungsverhältnisse unter den derzeitigen allgemeinen Rahmenbedingungen nicht zu decken vermögen und daher der öffentlichen Unterstützung bedürfen. Im Zusammenspiel von WRS, Kammern, Gewerkschaften und Arbeitsverwaltungen könnten die laufenden Projekte in der Region Stuttgart mit Modellversuchen in anderen Regionen verglichen und hierauf aufbauend optimiert werden mit dem Ziel, einen für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer interessanten Zukunftsmarkt zu erschließen.

Voraussetzung für die Markterschließung ist oftmals die **Verbesserung der Markttransparenz**, da viele Verbraucher gerade bei den in Frage kommenden einfachen Dienstleistungen nur unzureichend über die Anbieter und deren Konditionen informiert sind. Die Märkte speziell für hauswirtschaftliche, aber auch für Pflegedienste, sind in der Regel kleinräumig organisiert. Insofern bietet sich eine institutionalisierte Verbesserung der Markttransparenz auf Kreisebene an. Im Bereich der hauswirtschaftlichen Dienste könnte dies beispielsweise im Zusammenwirken der vor Ort tätigen Dienstleistungspools sowie der lokalen Wirtschaftsförderung geschehen. Ein

verbesserter Marktüberblick trägt zugleich zur Erschließung neuer Kundenkreise bei. Dies erfordert allerdings ebenso wie die Entwicklung neuer Serviceangebote von den Anbietern ein Mindestmaß an Professionalisierung.

Darüber hinaus ist auch das Angebot der kommerziellen und freigeinnützigen Anbieter von **Pflegeleistungen** in der Region wenig überschaubar. Die Verbesserung der Markttransparenz auf diesem Gebiet könnten die dezentralen Informations-, Anlauf- und Vermittlungsstellen erreichen, wenn sie besser ausgestattet würden. Diese Stellen bieten sich zugleich als wettbewerbsschaffende und -erhaltende Instanzen an.

Eine möglichst weitgehende Integration von gering qualifizierten Arbeitslosen und/oder Arbeit suchenden Sozialhilfeempfängern ins Erwerbsleben erfordert, dass die Betroffenen ihre Situation durch die Aufnahme einer Erwerbsarbeit merklich verbessern können. Vor allem in der Sozialhilfe fehlt es jedoch an **Arbeitsanreizen für gering qualifizierte arbeitsmarktnahe Bewerber**. So wird Arbeit suchenden Hilfeempfängern, denen durch eigenes Bemühen ein (Wieder-) Einstieg ins Berufsleben gelungen ist, meist nahezu das gesamte Nettoarbeitseinkommen auf ihren Sozialhilfeanspruch angerechnet. So entstehen Fehlanreize, die der Integration einer möglichst großen Zahl von Hilfeempfängern in den offiziellen ersten Arbeitsmarkt entgegenstehen.

Dieses Problem lässt sich durch verbesserte Arbeitsanreize für Sozialhilfeempfänger lösen. Die Möglichkeiten solcher Anreize für langzeitarbeitslose Sozialhilfeempfänger lässt das baden-württembergische Sozialministerium derzeit im Rahmen eines Modellversuchs „Einstiegsgeld in Baden-Württemberg“ ausloten. An diesem Experiment nehmen auch die Landkreise Böblingen und Esslingen teil. Der Erfolg dieses Experiments wird davon abhängen, dass es weiterhin in konstruktiver Weise durch ein Netzwerk von Kammern, Gewerkschaften sowie Sozial- und Arbeitsverwaltung in den beteiligten Kreisen unterstützt wird.

Lohnende Erwerbschancen durch bessere Arbeitsanreize für Sozialhilfeempfänger und/oder Arbeitslose sind nur dann erfolversprechend, wenn es sich um vergleichsweise arbeitsmarktnahe Bewerber handelt. Zu diesen gehören beispielsweise Absolventen von Qualifizierungs- und anderen Beschäftigungsmaßnahmen, die nicht am ersten Arbeitsmarkt übernommen wurden. Hinzu kommt ein nennenswerter Teil von Alleinerziehenden, sofern die Kinderbetreuung für diese organisiert ist oder wird. Demgegenüber scheidet eine direkte Integration in den ersten Arbeitsmarkt bei zahlreichen anderen Arbeitslosen und erwerbsfähigen Sozialhilfeempfängern an einem Mangel an erforderlichen Mindestqualifikationen, an physischen und psychischen Problemen, die häufig gleichzeitig auftreten, an Sprachbarrieren u.s.w. Priorität haben hier die **Vermittlung von Basiskompetenzen und**

Qualifizierung als Voraussetzungen einer hinreichenden Arbeitsmarktnähe, ohne die anderweitige Integrationsbemühungen erfolglos bleiben müssen. Maßnahmen der Arbeits- und Sozialverwaltung im Bereich des zweiten Arbeitsmarktes, etwa Qualifizierungsprojekte und Sprachkurse, Tagesstrukturierungsmaßnahmen etc. werden auch in Zukunft für viele Arbeitslose die Voraussetzung für den Erfolg aller anderen Maßnahmen bilden.

Die (noch weiter) verstärkte Zusammenarbeit von Arbeits- und Sozialämtern in allen Kreisen der Region ist dabei aus sozialpolitischen ebenso wie aus Effizienzgründen erforderlich, zumal diese Ämter in ihrem Bemühen um eine weitestmögliche Arbeitsmarktintegration überwiegend vor sehr ähnlichen Herausforderungen stehen. In vielen Fällen sind es außerdem dieselben Personen, die sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren versuchen.

Der Verband Region Stuttgart bzw. die Rebag könnten – in Kooperation mit der Arbeits- und Sozialverwaltung sowie den Kammern und Gewerkschaften – durch die Initiierung von arbeitsmarktpolitischen Pilotprojekten in einzelnen Kreisen die Eignung innovativer Arbeitsmarktstrategien für die Region ermitteln. Allgemein gilt es – nicht nur in der Region Stuttgart – stärker als bisher auf die Wirksamkeit und Effizienz dieser Maßnahmen zu achten. So sollte bei der Einführung neuer Programme in den Kreisen eine fundierte Erfolgskontrolle – anders als bisher – zur Selbstverständlichkeit werden. Nur so kann es gelingen, tatsächlich erfolgreiche Wege aus der Arbeitslosigkeit zu erkennen und einer möglichst großen Zahl von Arbeit Suchenden zu eröffnen.

Trotz der breiten Palette von zielgruppenorientierten Integrationsmöglichkeiten sollten die **Grenzen der Arbeitsmarktintegration** nicht aus dem Auge verloren werden. Die Vielzahl der Möglichkeiten kann nicht gewährleisten, dass jeder Arbeitssuchende in der Region eine Qualifikation und Arbeitsmarktnähe erwirbt, die ihm eine auf Dauer sichere, ausreichend bezahlte Stelle am ersten Arbeitsmarkt gewährleistet. Ältere, behinderte Bewerber und Menschen mit mehrfachen Beeinträchtigungen werden es auch künftig schwer haben, eine lohnende, dauerhafte Anstellung zu finden. Ist die bestmögliche Qualifikation und Produktivität der Betroffenen zu gering, um den eigenen Lebensunterhalt mit leistungsgerechten Löhnen zu sichern, so stellt sich die letztlich normativ-politische Frage, ob für diese Gruppen eine Teilnahme am Erwerbsleben durch die dauerhafte Subventionierung von Arbeitsplätzen gesichert werden soll.

2. Baden-Württemberg im Land-Bund-Vergleich

Ein Vergleich der Entwicklung wesentlicher gesamtwirtschaftlicher Indikatoren in Baden-Württemberg und in Deutschland sowie im früheren Bundesgebiet kennzeichnet die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Region Stuttgart und liefert so die notwendige Grundlage für eine Analyse der wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Lage der Region.

Bei dieser Betrachtung ausgewählter gesamtwirtschaftlicher, außenwirtschaftlicher und technologischer Indikatoren sowie verschiedener Kennziffern zum Arbeitsmarkt im Land-Bund-Vergleich erscheint Baden-Württemberg als ein Bundesland, das sich durch eine überdurchschnittlich günstige Arbeitsmarktlage, durch relativ hohe Einkommen, eine ausgeprägte Exportorientierung und eine herausragende technologische Position auszeichnet. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass sich die Position des Landes in einigen Bereichen v.a. bis Mitte der 90er Jahre relativ zum Bundesdurchschnitt und teils auch im Vergleich zum früheren Bundesgebiet verschlechterte: Sowohl die Pro-Kopf-Einkommen, die Arbeitsproduktivität, die Investitionstätigkeit, die Anzahl der Arbeitslosen als auch die Stellenangebote entwickelten sich in Deutschland günstiger bzw. weniger ungünstig als im Land. Die (absolut betrachtet) guten baden-württembergischen Ergebnisse sind mithin teilweise Folge der sehr guten Ausgangsposition des Landes zu Anfang der 90er Jahre, von der gezehrt werden konnte. Die aktuellen Entwicklungen stimmen jedoch grundsätzlich optimistisch: So nahmen im letzten Jahr beispielsweise die Pro-Kopf-Einkommen, der Welthandelsanteil und die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zu Deutschland und zum früheren Bundesgebiet überdurchschnittlich zu; gleichzeitig ging die Arbeitslosenquote im Land stärker zurück als im früheren Bundesgebiet und in Deutschland.

2.1 Wohlstand und Wirtschaftskraft

Als Indikator zur Erfassung des Wohlstands in einer Volkswirtschaft wird i.d.R. das Realeinkommen pro Kopf verwendet.

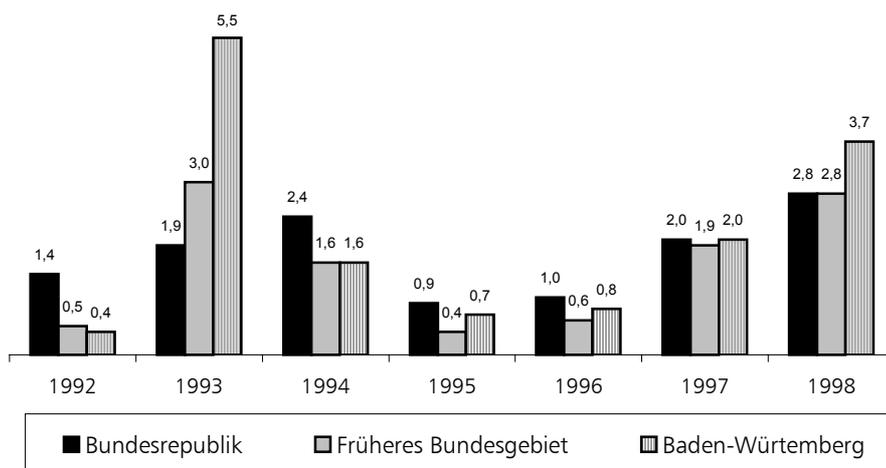


Abbildung 2.1: Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommen 1991 bis 1998 (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %)¹

Quelle: Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt, IAW-Berechnungen

Ausgehend von einem relativ günstigen Ausgangsniveau weist Baden-Württemberg bis 1994 bzw. 1996 eine teilweise erheblich ungünstigere Wohlstandsentwicklung auf als das frühere Bundesgebiet bzw. Deutschland. V.a. im Tiefpunkt der bisher stärksten Rezession der Nachkriegszeit fiel der Rückgang des Pro-Kopf-Einkommens in Baden-Württemberg mit 5,5% beträchtlich höher aus als in Deutschland mit 1,9% und im früheren Bundesgebiet mit 3,0%. Dennoch erzielte das Land mit 41.760 DM pro Kopf auch 1993 einen höheren Lebensstandard als der Bund mit 35.501 DM und das frühere Bundesgebiet mit 40.271 DM pro Kopf. 1998 konnte Baden-Württemberg erstmals wieder mit 3,7% eine stärkere prozentuale Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens verzeichnen als Deutschland mit 2,8%. In diesem Jahr beliefen sich die Pro-Kopf-Einkommen in Baden-Württemberg auf

¹ Als Ausgangsjahr wird im folgenden 1991 zugrundegelegt; ab diesem Jahr liegen gesamtdeutsch Daten vor, so dass die Entwicklung Baden-Württembergs sowohl im Vergleich zu Deutschland als auch im Vergleich zum früheren Bundesgebiet dargestellt werden kann.

45.565, im früheren Bundesgebiet auf 43.322 und in Deutschland auf 38.851 DM.

Eine der wichtigsten Bestimmungsgrößen für die Entwicklung des Wohlstands einer Volkswirtschaft ist - neben der Beschäftigung - die Produktivitätsentwicklung; durch eine hohe Gesamtproduktivität (= Verhältnis zwischen Produktionsoutput und dem Einsatz der Produktionsfaktoren, v.a. Arbeit und Kapital) werden die Grundlagen für die Verbesserung des Lebensstandards geschaffen. Im Mittelpunkt von Produktivitätsbetrachtungen steht häufig die Entwicklung der Arbeitsproduktivität.

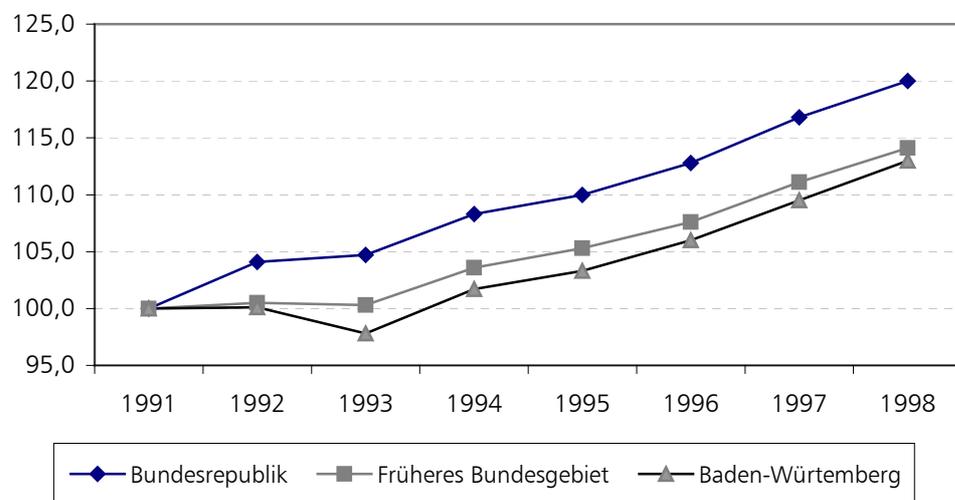


Abbildung 2.2: Entwicklung der Arbeitsproduktivität (reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem) 1991 bis 1998 (1991 = 100)

Quelle: Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt, IAW-Berechnungen

Die Wertschöpfung pro Erwerbstätigen hat im früheren Bundesgebiet und insbesondere in Deutschland im Beobachtungszeitraum erheblich stärker zugenommen als in Baden-Württemberg. 1993 ging die Arbeitsproduktivität im Land sogar vorübergehend - infolge der Abnahme des Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr - zurück. Insgesamt erhöhte sich die Arbeitsproduktivität in Deutschland um 20%, im früheren Bundesgebiet um gut 14% und in Baden-Württemberg um lediglich 13%. Dennoch lag die Produktivität im Land auch noch 1998 mit 103.166 DM pro Erwerbstätigen erheblich höher als in Deutschland mit 93.809 DM pro Erwerbstätigen; im früheren Bundesgebiet lag sie mit 103.496 DM am höchsten. Die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt sprechen sowohl in Baden-Württemberg als auch in den betrachteten Vergleichsräumen dafür, dass das Produktivitätswachstum u.a. auch zu einer zunehmenden Arbeitslosigkeit geführt hat

(siehe hierzu die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Erwerbstätigkeit).

Die langfristige Sicherung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen auf globalisierten Märkten setzt eine ausreichende Investitionstätigkeit voraus. Mit steigendem Investitionsvolumen werden der technische Fortschritt und erforderliche Strukturanpassungsprozesse beschleunigt. Insgesamt erhöhen Investitionen damit die Angebotselastizität einer Volkswirtschaft und beeinflussen so mittelbar die zukünftige internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes.

	Bruttoanlageinvestitionen			Ausrüstungsinvestitionen		
	Baden-Württt.	Früheres Bundesgebiet	Deutschland	Baden-Württt.	Früheres Bundesgebiet	Deutschland
1991	22,7	21,7	23,0	10,3	10,4	10,8
1992	22,5	21,2	23,3	9,8	9,7	10,2
1993	21,1	19,5	22,3	8,0	8,2	8,8
1994	19,8	19,0	22,4	7,5	7,8	8,5
1995	18,4	18,7	22,2	7,6	7,8	8,5
1996	18,6	18,3	21,6	7,9	7,9	8,6

Tabelle 2.1: Investitionsquoten (reale Investitionen in Prozent des realen Bruttoinlandsprodukts) 1991 bis 1996²

Quelle: Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt, IAW-Berechnungen

Die Investitionstätigkeit im Land bleibt – gemessen an den Bruttoanlageinvestitionen und den Ausrüstungsinvestitionen – offenbar bis Mitte der 90er Jahre zunehmend hinter jener im Bund zurück. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die gesamtdeutschen Werte durch die im Vergleich zur Wirtschaftsleistung hohe Investitionstätigkeit in den Neuen Bundesländern überzeichnet sind. So entwickelte sich die Investitionstätigkeit im früheren Bundesgebiet in etwa analog zu Baden-Württemberg. Auch dort gingen beide Investitionsquoten im Zeitraum 1991 bis 1996 deutlich zurück. Ohne ein Investitionsvolumen, das eine ausreichende Kapitalakkumulation garantiert, fällt jedoch ein Wirtschaftsraum im internationalen Wettbewerb über kurz oder lang unweigerlich zurück. Im übrigen ist ein kräftiges Wirt-

² Die Investitionsdaten aus der VGR der Länder liegen gegenwärtig nur bis 1996 vor.

schaftswachstum auch Voraussetzung für eine nennenswerte Zunahme der Erwerbstätigkeit und damit für einen Abbau der Arbeitslosigkeit.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (= Einkommen der privaten Haushalte, unabhängig von der Quelle, die nach Abzug von Steuern und Abgaben frei verwendet werden können) ist der wichtigste Bestimmungsfaktor des privaten Verbrauchs. Unmittelbar profitieren vom privaten Verbrauch insbesondere der Einzelhandel, die Wohnungsvermietung, das Baugewerbe sowie Banken, Versicherungen und freie Berufe.

Für die Entwicklung des Kaufkraftpotentials ist neben den verfügbaren Einkommen, die - wie alle Einkommensgrößen - i.d.R. nominal ausgewiesen werden, die Entwicklung der Verbraucherpreise entscheidend. Zur Abbildung der Entwicklung der Verbraucherpreise wird i.a. der Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte verwendet, der die Verbrauchsgewohnheiten weitestmöglich erfasst. Zur Darstellung der Entwicklung der realen Kaufkraftpotentiale in den Vergleichsräumen werden daher die verfügbaren Einkommen mit diesem Preisindex deflationiert.

	Baden-Württemberg		Früheres Bundesgebiet		Deutschland	
	In DM	in %	in DM	in %	in DM	in %
1991	30.699	-	29.248	-	26.830	-
1992	30.918	0,7	29.391	0,5	27.281	1,7
1993	30.050	-2,8	28.801	-2,0	26.823	-1,7
1994	30.048	0,0	28.816	0,1	26.947	0,5
1995	30.318	0,9	-	-	27.264	1,2
1996	30.876	1,8	-	-	27.721	1,7
91-94	-651	-2,1	-432	-1,5	117	0,4
91-96	177	0,6	-	-	891	3,3

Tabelle 2.2: Reales verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner 1991 bis 1996
(Absolutwerte und Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %)³

Quelle: Statistisches Landesamt, IAW-Berechnungen

Das reale verfügbare Einkommen je Einwohner lag im Land auch 1996 mit 30.876 DM pro Kopf deutlich höher als in Deutschland mit 27.721 DM

³ Ab 1995 wird das verfügbare Einkommen nur noch für Deutschland insgesamt ausgewiesen.

pro Kopf. Allerdings hat das verfügbare Einkommen in Deutschland im Zeitraum 1991 bis 1996 mit insgesamt etwa 3,3% erheblich stärker zugenommen als in Baden-Württemberg mit ca. 0,6%. Dafür ist teilweise auch die Einkommensentwicklung in den Neuen Bundesländern verantwortlich, die sich in den Werten für Deutschland niederschlägt: Während die realen verfügbaren Einkommen pro Kopf bis 1994 in Deutschland um 0,4% zunahmen, gingen sie im früheren Bundesgebiet um 1,5% und in Baden-Württemberg um 2,1% zurück.

2.2 Überdurchschnittliche Beschäftigungsgewinne im wirtschaftlichen Aufschwung

In Baden-Württemberg hat sich in den 90er Jahren - ausgehend von einer zuvor im nationalen Vergleich etwas günstigeren Arbeitsmarktlage - ein beträchtlicher Arbeitslosensockel gebildet: Nachdem die Arbeitslosenquote 1991 im Land noch bei 3,7% lag, belief sie sich zuletzt (1998) auf 8,0%.

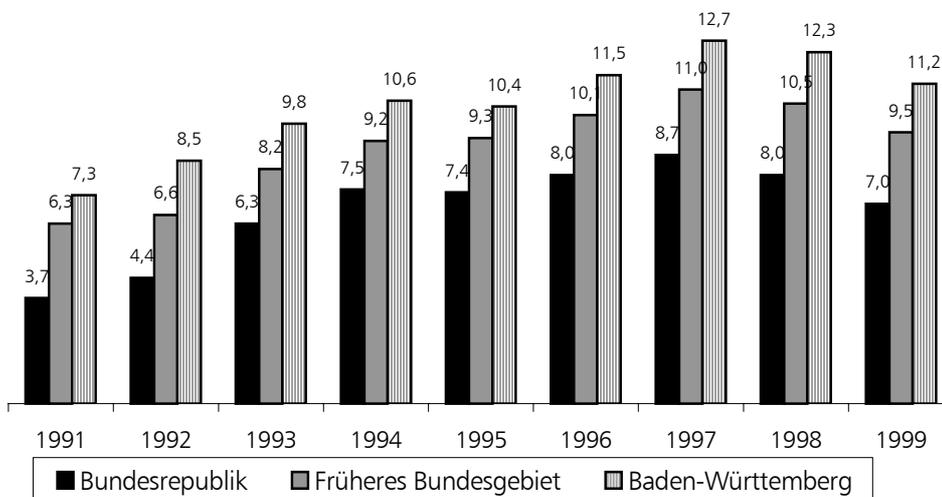


Abbildung 2.3: Arbeitslosenquoten 1991 bis 1999⁴

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, IAW-Berechnungen

⁴ Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (Jahresdurchschnitte; für 1999 = Berichtsmonat Juni 1999).

Der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg hat sich von 1991 bis 1997 etwas ungünstiger entwickelt als im früheren Bundesgebiet und v.a. als im Bundesdurchschnitt, obgleich sich in den Bundesdaten die massiven Arbeitsmarktprobleme in den Neuen Bundesländern niederschlagen: Während sich die Arbeitslosenquote im Land in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt hat, ist sie im früheren Bundesgebiet um insgesamt 75% und in Deutschland um 74% angestiegen. Für das schlechtere Ergebnis in Baden-Württemberg ist u.a. das überdurchschnittlich hohe Gewicht des Verarbeitenden Gewerbes verantwortlich, dessen zentrale Branchen Anfang der 90er Jahre nicht selten durch krisenhafte Entwicklungen gekennzeichnet waren. So gingen im Maschinen- und Anlagenbau – der beschäftigungsstärksten Branche des Verarbeitenden Gewerbes im Land – von 1991 bis 1997 allein über 56.000 Arbeitsplätze verloren.

Erfreulich ist, dass die Arbeitslosenquote ab 1998 in Baden-Württemberg wieder deutlich rückläufig ist. Zuletzt (Juni 1999) lag sie mit 7,0% um 1,7 Prozentpunkte unter ihrem Höchstwert im Jahr 1997. Auch im früheren Bundesgebiet und in Deutschland nahmen die Quoten in den letzten beiden Jahren ab und zwar um jeweils 1,5 Prozentpunkte. Gleichzeitig ist die Zahl der Erwerbstätigen im Land im letzten Jahr um immerhin gut 0,6% angestiegen, also deutlicher als im früheren Bundesgebiet und in Deutschland.

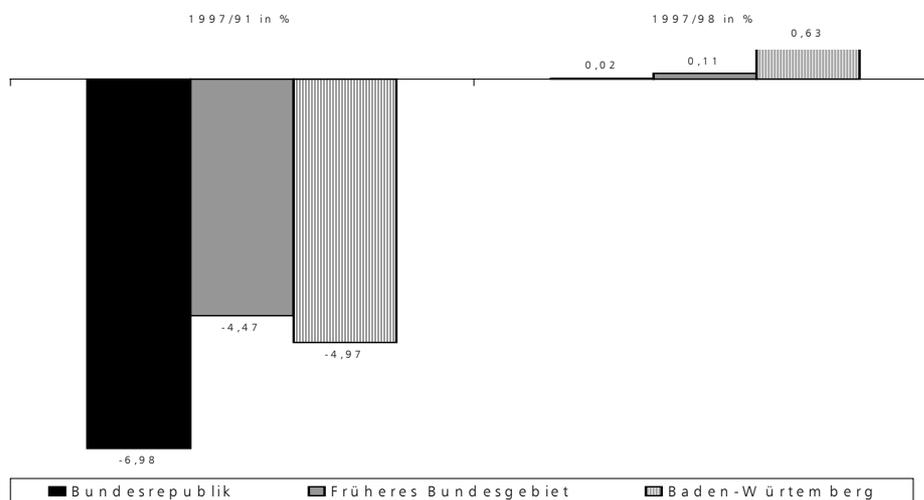


Abbildung 2.4: Entwicklung der Erwerbstätigkeit

Quelle: Statistisches Landesamt, IAW-Berechnungen

In allen drei betrachteten Vergleichsräumen nehmen die bei den Arbeitsämtern eingehenden Stellenangebote – nach zum Teil dramatischen Rück-

gängen v.a. 1993 - seit 1997 wieder kräftig zu. Insgesamt verlief die Entwicklung im früheren Bundesgebiet und noch mehr in Deutschland deutlich günstiger als im Land: Während in Baden-Württemberg auch 1999 mit 75.175 Stellenangeboten das Niveau von 1991 (77.904) noch nicht wieder erreicht werden konnte, übertrafen die offenen Stellen in Deutschland im letzten Jahr (490.580) das Niveau von 1991 (362.835) um immerhin über 35%. Dieser für Baden-Württemberg ungünstige Verlauf ergibt sich vor allem durch den starken Einbruch Anfang der 90er Jahre. Würde man 1995 als Basisjahr der Darstellung wählen, dann ergäben sich für das Land stärkere Zuwächse als im Bund. Bis 1998 ist dieser hohe Zuwachs bei den offenen Stellen auf Bundesebene v.a. auf die Entwicklung in den Neuen Bundesländern zurückzuführen. So nahm der Bestand an offenen Stellen dort im Zeitraum 1991 bis 1998 um 153% zu. Für den jüngsten Zuwachs ist dagegen die positive Entwicklung im früheren Bundesgebiet verantwortlich: Dort stiegen die Stellenangebote von 342.188 (Jahresdurchschnitt 1998) auf 417.644 (Juni 1999). In den Neuen Bundesländern war der Bestand an offenen Stellen dagegen zuletzt rückläufig (von 79.418 im Jahr 1998 auf 72.936 im Juni 1999).

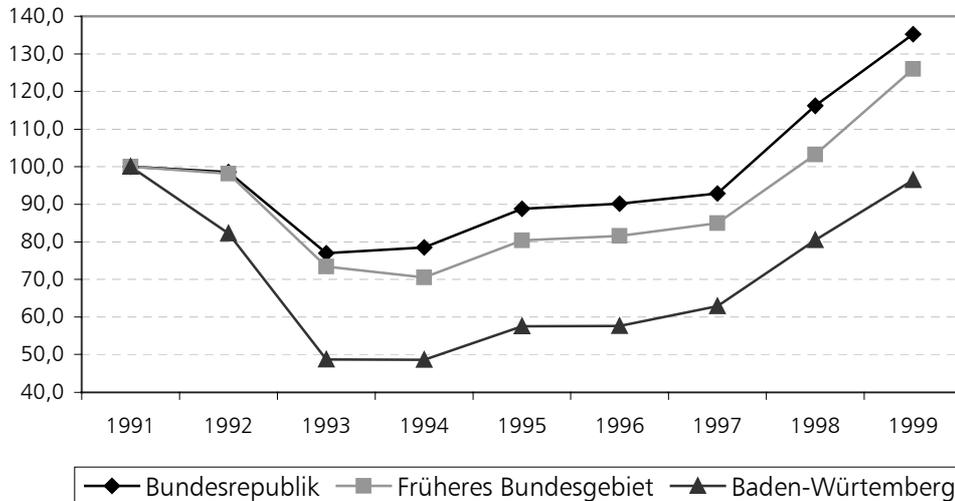


Abbildung 2.5: Offene Stellen 1991 bis 1999 (1991 = 100)⁵

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, IAW-Berechnungen

⁵ Jahresdurchschnitte, für 1999 = Berichtsmonat Juni 1999.

2.3 Baden-Württemberg im internationalen Wettbewerb

Der Anteil der Warenexporte am Bruttoinlandsprodukt belief sich im Land 1998 auf fast 30 %. Hauptabsatzmärkte für baden-württembergische Erzeugnisse sind die USA, Frankreich und Großbritannien.

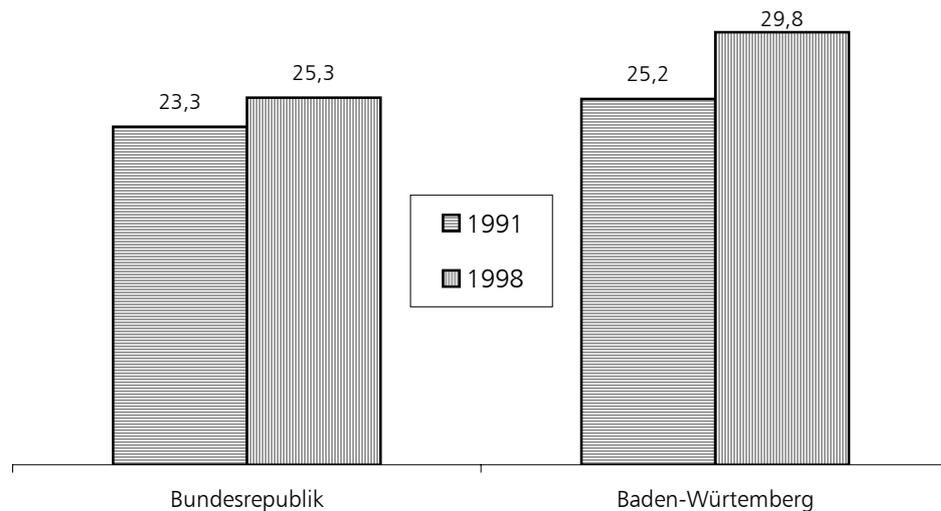


Abbildung 2.6: Exportquoten 1991 und 1998

Quelle: Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt, IAW-Berechnungen

Angesichts der sehr intensiven Einbindung des Landes in die internationale Arbeitsteilung, kommt der Frage nach der Position Baden-Württembergs auf den Weltmärkten eine große Bedeutung zu. Als Maßstab zur Erfassung der Weltmarktposition bietet sich in erster Linie die Entwicklung der Welthandelsanteile an. Dabei werden die Exporte eines Landes in Beziehung zum Welthandel (Summe der Exporte aller Länder) gesetzt. Zur Ermittlung der wertmäßigen Welthandelanteile werden die baden-württembergischen bzw. deutschen Exporte in eine einheitliche Währung umgerechnet (hier: US-Dollar), da die Weltexporte in US-Dollar ausgewiesen werden. Die Entwicklung der Welthandelsanteile wird also nicht nur vom Exportvolumen und Preisänderungen, sondern auch durch Wechselkurschwankungen beeinflusst. Dollarschwankungen ändern unmittelbar die Werte aller nicht in Dollar fakturierten Exporte. Eine Aufwertung des Dollar im Vergleich zur D-Mark führt demnach bei konstantem Exportvolumen zu einer Abnahme der in Dollar umgerechneten Exportwerte Deutschlands bzw. Baden-Württembergs; die entsprechenden deutschen Welthandelsanteile sinken.

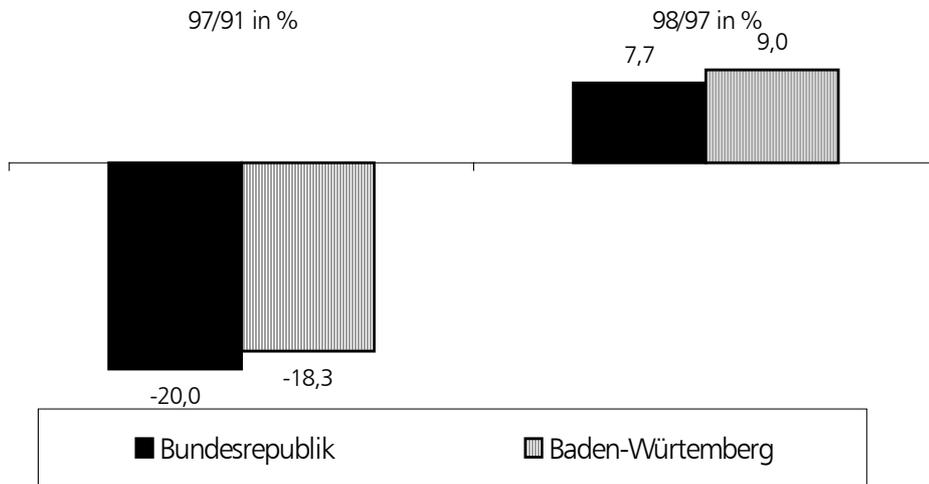


Abbildung 2.7: Welthandelsanteil 1991 bis 1998

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt, IMF, Deutsche Bundesbank, IAW-Berechnungen

Der Welthandelsanteil Baden-Württembergs ist im Zeitraum 1991 bis 1998 wie in Deutschland gefallen. Vor allem bis Mitte der 90er Jahre wurde das Exportgeschäft baden-württembergischer Anbieter durch eine ungünstige Kostenentwicklung und durch die Aufwertungen der D-Mark belastet. Mit den Abwertungen der D-Mark seit 1995 und den 1997 deutlich zurückgehenden Lohnstückkosten verbesserte sich die Preis- und Kostenposition im Land in der zweiten Hälfte der 90er Jahre beträchtlich. Die erneuten Anteilsverluste Baden-Württembergs in den Jahren 1996 und 1997 (0,05 bzw. 0,11 Prozentpunkte) sind daher nicht als weitere Verschlechterungen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit baden-württembergischer Anbieter zu werten. V.a. 1997 wurde die baden-württembergische Exportentwicklung - ausgedrückt in US-Dollar - aufgrund der massiven Dollaraufwertungen erheblich unterzeichnet: Während die baden-württembergischen Ausfuhren in heimischer Währung 1997 um fast 12% zunahmen, gingen sie in US-Dollar gerechnet um gut 3% zurück. Mit der Stabilisierung der Währungsrelationen 1998 nahm der Anteil Baden-Württembergs an der Weltausfuhr 1998 erstmals wieder nennenswert (um 0,14 Prozentpunkte) zu.

2.4 Forschung und Entwicklung als Voraussetzungen langfristiger Konkurrenzfähigkeit

Entscheidend für die langfristige Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs ist die Qualität seiner Exportgüter, zumal in einer hochentwickelten Volkswirtschaft die Fähigkeit zu Preiswettbewerb mehr und mehr zurückgeht. Baden-Württembergs Stärken liegen mit seinen gewerblichen und ingenieurwissenschaftlichen Traditionen gerade im Bereich von Produktionen mit hohem Einsatz von Forschung und Entwicklung (FuE). Der hohe Lebensstandard in Baden-Württemberg kann nur gehalten werden, wenn ständig neue und verbesserte Produkte und Produktionsverfahren entwickelt werden. Voraussetzung dafür sind intensive Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Sektor.

Zur Beschreibung der technologischen Wettbewerbsposition wird hier ein Vergleich der FuE-Aktivitäten als Inputindikatoren und der Patentanmeldungen als Outputindikatoren herangezogen. Als Inputindikator werden die gesamten FuE-Aufwendungen von Wirtschaft und öffentlichem Sektor im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt betrachtet.

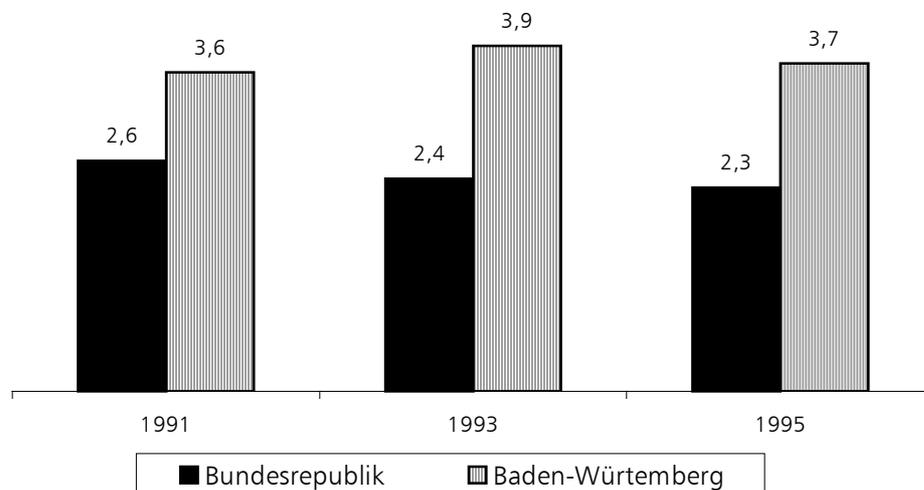


Abbildung 2.8: Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts 1991 bis 1995

Quelle: Statistisches Landesamt, BMBF, IAW-Berechnungen

Baden-Württemberg ist eine der hochschulreichsten⁶ und forschungsintensivsten Regionen Europas. Bei den von Staat und Wirtschaft insgesamt getätigten Forschungsaufwendungen in Bezug zum Bruttoinlandsprodukt nimmt das Land 1995 mit 3,7% nicht nur im Vergleich zu Deutschland eine Spitzenstellung ein. Für Deutschland insgesamt errechnet sich 1995 ein Wert von 2,3% (1997 = 2,27%). Die FuE-Ausgaben Baden-Württembergs machen 1995 fast ein Viertel der gesamten deutschen FuE-Ausgaben aus; auf die baden-württembergische Wirtschaft entfallen im selben Jahr gut 26% der in Deutschland insgesamt vom Wirtschaftssektor getätigten Forschungsaufwendungen.

Baden-Württembergs Unternehmen und öffentliche Institutionen investieren im nationalen Vergleich sehr viel in die Erhöhung des Wissenskaptals. Aus den FuE-Ausgaben geht allerdings noch nicht hervor, wie neues technologisches Wissen in neue Produkte bzw. neue Produktionstechniken umgesetzt wird. Erste Hinweise auf den Output von FuE liefern die Patentaktivitäten. 1998 wurden beim Deutschen Patentamt in München 57.366 Patentanmeldungen (Direktanmeldungen ohne PCT-Anmeldungen⁷) registriert; 47.633 der eingegangenen Patentanmeldungen waren inländischer Herkunft. Diese inländischen Patentanmeldungen werden je nach Sitz der Anmelder auch nach Bundesländern aufgeschlüsselt; auf Baden-Württemberg entfällt hierbei ein Anteil von 22,8%. Der Vergleichbarkeit halber werden die baden-württembergischen und deutschen Patentanmeldungen auf die Anzahl der Erwerbstätigen bezogen (Patentintensität).

Mit 2,4 Patentanmeldungen pro 1000 Erwerbstätige übertrifft Baden-Württemberg 1998 – wie im gesamten Beobachtungszeitraum – die deutsche Patentintensität erheblich. Zunahmen der Patentintensität konnten im Beobachtungszeitraum sowohl im Land als auch in Deutschland erzielt werden. Gemessen an den FuE-Ausgaben und der Patentintensität ist der Technologiestandort Baden-Württemberg im nationalen Vergleich führend.

⁶ Das Land verfügt über 9 Universitäten, 6 Pädagogische Hochschulen, 8 Kunsthochschulen, 21 staatliche Fachhochschulen (darunter 15 technisch orientierte), 9 verwaltungsinterne und 10 private Fachhochschulen und 8 dem Hochschulbereich zugeordnete Berufsakademien (vgl. Faktenbericht 1998 des BMBF, S.171).

⁷ PCT-Anmeldungen sind internationale Anmeldungen beim Deutschen Patentamt nach dem Patentrechtsabkommen PCT.

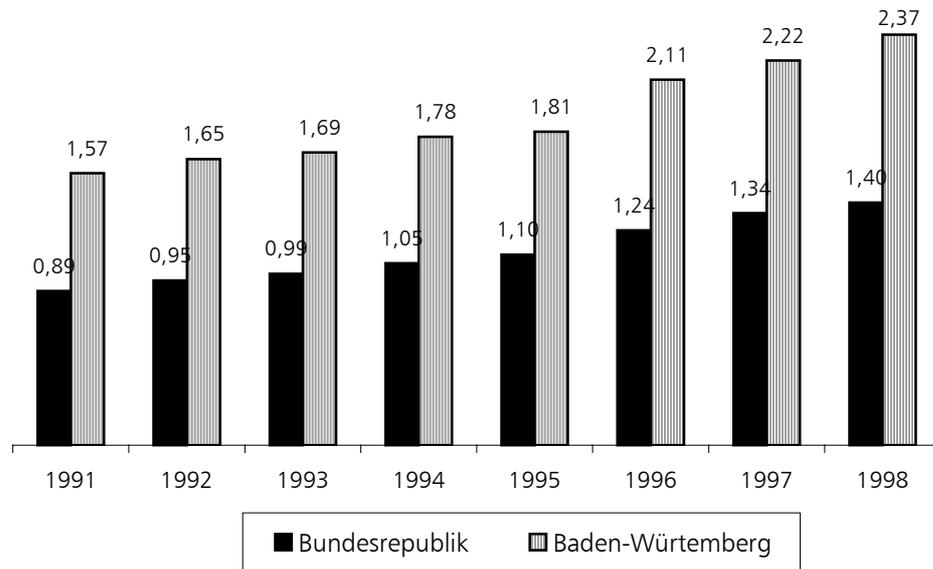


Abbildung 2.9: Patentanmeldungen pro 1000 Erwerbstätige 1991 bis 1998

Quelle: Statistisches Landesamt, Deutsches Patentamt, IAW-Berechnungen

3. Die wirtschaftliche Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe

Anhaltender Aufschwung im Verarbeitenden Gewerbe

Die **Umsatzentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe**⁸ zeigt, dass die konjunkturelle Aufwärtsbewegung auch im Jahr 1998 weiter angehalten hat und sich nochmals leicht verstärken konnte. Der Umsatz in der Region Stuttgart nahm im Jahresvergleich um 7,0 % zu. Dabei kam der größte Wachstumsimpuls mit 12,2 % wiederum aus dem Export; hier hat die Dynamik im Jahresverlauf jedoch im Kontext der weltwirtschaftlichen Entwicklung deutlich nachgelassen. Im Unterschied zum Vorjahr konnte auch der Inlandsumsatz um knapp 2,5 Mrd. DM zulegen und damit einen relevanten Beitrag zur positiven Entwicklung leisten. Dennoch hat sich im Zuge der letzten Jahre die Exportquote von 36,4 % im Jahr 1995 auf 42,9 % erhöht und erreicht damit wieder Werte wie zuletzt Ende der 80er Jahre⁹. Leicht rückläufig (-0,7 %) war – im Unterschied zu den Vorjahren – mit nunmehr 2.047 die Zahl der erfassten Betriebe¹⁰ in der Region Stuttgart.

Sowohl die Region Stuttgart als auch das Land Baden-Württemberg heben sich mit diesen Werten positiv vom Durchschnitt der alten Bundesrepublik ab und konnten im letzten Jahr neue Rekordumsätze mit knapp 130 Mrd. DM beziehungsweise über 400 Mrd. DM erzielen. Der Zuwachs ist dabei sowohl beim Inlandsumsatz als auch beim Export höher als in Westdeutschland. Auffällig ist jedoch, dass die Region Stuttgart erstmals seit 3 Jahren bei allen relevanten Kennzahlen mit Ausnahme des Exports **leicht unter dem Landesdurchschnitt** liegt. Bei der Zahl der Betriebe

⁸ Im Folgenden werden die Daten des Produzierenden Gewerbes verwendet, da hierfür vergleichbare Zeitreihen des Statistischen Landesamtes ohne geheimhaltungsbedingte Lücken vorliegen. Das Produzierende Gewerbe umfasst neben dem Verarbeitenden Gewerbe auch den Wirtschaftszweig „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“. Dieser hat jedoch mit nur 23 Betrieben und einem Umsatz von 178 Mio DM eine untergeordnete Bedeutung. Damit macht es nur rund 0,13 % vom gesamten Umsatz des Produzierenden Gewerbes in der Region Stuttgart aus und kann vernachlässigt werden.

⁹ Keine Beachtung findet hier die sprunghaft ansteigende Exportquote in den Jahren 1989 bis 1991, da hier der Umsatz mit den neuen Bundesländern statistisch noch als Export gewertet wurde.

¹⁰ Vom Statistischen Landesamt werden alle Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten regelmäßig erfasst.

lautet die Relation $-0,7\%$ zu $-0,4\%$, bei der Zahl der Beschäftigten¹¹ $+1,2\%$ zu $+1,6\%$, darunter bei der Zahl der gewerblichen Arbeitnehmer $+0,2\%$ zu $+1,4\%$, bei der Entwicklung der produktiven Stunden $+0,2\%$ zu $+1,8\%$, und beim Umsatz $+7,0\%$ zu $+7,4\%$. Den größten Abstand gibt es im Bereich des Inlandsumsatzes; hier war der Zuwachs im Landesdurchschnitt mit $+5,4\%$ um 2 %-Punkte höher als in der Region Stuttgart.

Verarbeitendes Gewerbe	96/97 in %	97/98 in %
Umsatz:		
BRD (West)	+5,0	+3,4
Baden-Württemberg	+6,4	+7,4
Region Stuttgart	+6,5	+7,0
Inlandsumsatz:		
BRD (West)	+1,6	+1,5
Baden-Württemberg	+2,0	+5,4
Region Stuttgart	+0,1	+3,4
Export:		
BRD (West)	+12,4	+7,3
Baden-Württemberg	+15,3	+11,0
Region Stuttgart	+17,3	+12,2

Tabelle 3.1: Umsatz- und Exportentwicklung des Verarbeitenden Gewerbes in Land und Region

Quelle: Statistisches Landesamt; IMU-Berechnungen

Diese Entwicklung erscheint durchaus überraschend, zumal der bisherige Verlauf der konjunkturellen Entwicklung eindeutig zugunsten der exportorientierten Region Stuttgart sprach. Hierfür kommen **vier mögliche Ursachen** in Betracht: erstens ein Basiseffekt, der durch die zuvor über 3 Jahre günstigere Entwicklung in der Region Stuttgart bedingt ist. Zum zweiten eine langsamere Ausweitung der Produktionskapazitäten als im Landesdurchschnitt; hierfür spricht die Entwicklung bei den gewerblichen Arbeit-

¹¹ Auf Basis der Erhebung des Statistischen Landesamtes, die systematisch (Betriebsgrößen) und vom Erhebungszeitpunkt (Jahresdurchschnitte) von den Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit abweichen.

nehmern und den produktiven Arbeitsstunden. Drittens kann angenommen werden, dass nachgeordnete Wertschöpfungsprozesse nicht in gleichem Maß in der Region Stuttgart konzentriert sind wie exportbasierte Aktivitäten. Hierfür spricht, dass der Anteil am landesweiten Export seit Jahren stabil um etwa 5 %-Punkte über dem entsprechenden Anteil am Umsatz liegt.

In diesem Zusammenhang ist dann viertens danach zu fragen, ob sich **eindeutige Tendenzen zugunsten anderer Regionen** in Baden-Württemberg ausmachen lassen. Es zeigt sich, dass 2 andere Regionen Baden-Württembergs im letzten Jahr überproportionale Zuwächse realisieren konnten. In der **Region Franken** stieg der Umsatz um 16,6 %, der Export um 22,4 %, in der **Region Mittlerer Oberrhein** stieg der Umsatz um 18,3 % und der Export um 23,8 %. Beides sind Regionen, in denen – wie auch in der Region Stuttgart – der Fahrzeugbau eine erhebliche Rolle spielt, in denen jedoch in der Vergangenheit die Exportquote eher noch unterdurchschnittlich war. Sie lag 1997 in der Region Franken bei 33,7 % und in der Region Mittlerer Oberrhein bei 29,0 %; der maßgeblich durch Stuttgart geprägte Landesdurchschnitt lag in diesem Jahr bereits bei 36,0 %. Von daher scheint der leichte Anteilsverlust der Region Stuttgart in erster Linie der besonderen Entwicklung dieser beiden Regionen geschuldet zu sein¹². Im Ergebnis verändert sich auch die Reihenfolge der umsatzstärksten Regionen des Landes.

Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe	Anteile am Landeswert 1997 in %	Anteile am Landeswert 1998 in %
Region Stuttgart	32,0 %	31,9 %
Region Unterer Neckar	10,3 %	9,8 %
Region Mitt. Oberrhein	9,6 %	10,5 %
Region Franken	8,4 %	9,0 %

Tabelle 3.2: Anteile ausgewählter Regionen Baden-Württembergs am Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes in % 1997 und 1998

Quelle: Statistisches Landesamt; IMU-Berechnungen

Ähnlich wie im Vorjahr war 1998 in allen **Kreisen der Region ein Zuwachs der Umsätze** zu verzeichnen. Allerdings blieben die Steige-

¹² Dies wird auch dadurch unterstützt, dass alle anderen Regionen ebenfalls leichte Anteilsverluste aufzuweisen hatten.

rungsraten bis auf den Landkreis Böblingen und den Stadtkreis Stuttgart hinter der Vorjahresentwicklung zurück. Lediglich in Böblingen lag der Zuwachs mit +11,7 % über dem Landes- und dem Regionsdurchschnitt; mit absolut 4,7 Mrd. DM sind dort über 55% des Zuwachses in der Gesamtregion konzentriert. Während Stuttgart den Regionsdurchschnitt noch annähernd erreicht, ist der Abstand aller anderen Landkreise zum Teil erheblich. Besonders auffällig sind die niedrigen Zuwächse in Göppingen (+3,5 %) und im Rems-Murr-Kreis (+2,4 %).

In %	Reg. S	S	BB	ES	GP	LB	R-M
Umsatz:							
96/97	+6,5	+3,9	+9,9	+5,2	+8,4	+5,5	+4,0
97/98	+7,0	+6,5	+11,7	+4,3	+3,5	+4,5	+2,4
Inlands- umsatz:							
96/97	+0,1	-2,3	-2,1	+0,5	+11,9	+3,8	-1,2
97/98	+3,4	+4,4	+1,8	+4,3	+2,0	+5,6	+2,0
Export:							
96/97	+17,3	+17,3	+22,3	+14,9	+0,6	+9,8	+14,1
97/98	+12,2	+10,2	+19,9	+4,1	+7,5	+1,6	+3,1

Tabelle 3.3: Umsatz- und Exportentwicklung des Verarbeitenden Gewerbes in der Region Stuttgart

Quelle: Statistisches Landesamt; IMU-Berechnungen

Zusammen mit Böblingen sind dies zunächst auch diejenigen Kreise, in denen sich der Inlandsumsatz eher zögerlich entwickelt hat. Über dem Regionsdurchschnitt liegen hier Ludwigsburg mit einem Zuwachs um 5,6 % (+570 Mio DM), Stuttgart mit einem Zuwachs um 4,4 % (+780 Mio DM) und Esslingen mit einem Zuwachs um 4,3 % (+530 Mio DM). Damit konnte zwar nur Ludwigsburg das Landesergebnis übertreffen; alle Kreise liegen jedoch über dem (allerdings sehr niedrigen) Bundesdurchschnitt (1,5 %).

Der **überproportionale Exportzuwachs** der Region Stuttgart resultiert vor allem aus der außerordentlich positiven Entwicklung im Landkreis Böblingen, wo nach dem schon guten Vorjahr nochmals ein Zuwachs um 19,9 % oder 4,4 Mrd. DM erzielt werden konnte; dies sind beinahe $\frac{3}{4}$ der Exportsteigerung der Gesamtregion. Während Stuttgart noch annähernd im

Bereich der Landesentwicklung liegt, bleiben gerade beim Export die übrigen Kreise erheblich dahinter zurück. Besonders ins Auge fallen die niedrigen Werte für den Rems-Murr-Kreis mit +3,1 % und den Kreis Ludwigsburg mit lediglich +1,6 %.

Ein Großteil des Umsatzes (57,5 %) und des Exportes (67,2 %) in der Region Stuttgart konzentriert sich auf den Stadtkreis Stuttgart und den Landkreis Böblingen. Hier ist insbesondere die Lokalisierung von Großbetrieben des Fahrzeugbaus und der Elektrotechnik spürbar. Zwar hat sich die Rangfolge der Kreise – bezogen auf ihre Umsatzanteile – nicht verändert; allerdings weisen alle Kreise durch die Sonderentwicklung im Landkreis Böblingen Anteilsverluste auf:

Umsatzanteile	1997	1998
Böblingen	33,3	34,8
Stuttgart	22,9	22,7
Esslingen	15,7	15,3
Ludwigsburg	11,9	11,6
Rems-Murr	10,0	9,5
Göppingen	6,2	6,0

Tabelle 3.4: Anteile der Kreise der Region Stuttgart an den Umsätzen im Verarbeitenden Gewerbe in der Gesamtregion in den Jahren 1997 und 1998

Quelle: Statistisches Landesamt; IMU-Berechnungen

Hervorzuheben ist daneben eine doch deutliche Anteilsdifferenz zwischen den Umsätzen auf der einen und den Beschäftigtenzahlen auf der anderen Seite: so erwirtschaften im Rems-Murr-Kreis 12,9 % der Beschäftigten der gesamten Region Stuttgart lediglich 9,5 % des Umsatzes; in Göppingen 8,5 % der Beschäftigten 6,0 % des Umsatzes. Außer in Stuttgart und Böblingen weist diese Relation überall in die gleiche Richtung. Sie zeigt einerseits eine überdurchschnittliche Produktivität insbesondere in den Großbetrieben in Stuttgart und Böblingen an, andererseits wird darin die höhere Beschäftigungsbindung von kleineren Betrieben in den anderen Landkreisen deutlich.

Pro-Kopf-Umsätze und Investitionen

Ebenfalls positiv entwickelten sich diejenigen Kennzahlen aus der amtlichen Statistik, die **Rückschlüsse über die Produktivität** erlauben.

Dies ist zunächst der Pro-Kopf-Umsatz, der zwar keine direkten Aussagen über die Produktivität ermöglicht¹³, aber doch Trends veranschaulicht, zumal wenn er im regionalen Vergleich betrachtet wird. Der Pro-Kopf-Umsatz – gemessen an der Zahl der Beschäftigten – stieg zwischen 1996 und 1998 mit 5,8 % stärker als im Bundesdurchschnitt, blieb aber absolut gesehen mit 360 TDM dahinter zurück (363 TDM, Zuwachs +2,2 %). Aus dem Rahmen fällt insbesondere der Wert von 675 TDM im Kreis Böblingen (+12,7 %); hier wirken neben der (traditionell) hohen Personenproduktivität in der Elektrotechnik und Datenverarbeitung nicht zuletzt unscharfe Zuordnungen von internen und externen Umsätzen innerhalb der Daimler-Chrysler-AG verzerrend¹⁴.

	Umsatz pro Kopf 1998	Anteil Lohn/Gehalt am Umsatz 1998
BRD (West)	363.413	18,4 %
Baden-Württemberg	325.652	21,0 %
Region Stuttgart	359.853	21,0 %
Stadt Stuttgart	335.091	26,1 %
Böblingen	675.887	11,4 %
Esslingen	284.464	25,4 %
Göppingen	255.114	25,6 %
Ludwigsburg	255.814	27,5 %
Rems-Murr	266.595	25,6 %

Tabelle 3.5: Pro-Kopf-Umsatz und prozentualer Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe 1998

Quelle: Statistisches Landesamt; IMU-Berechnungen

Neben solchen Sondereffekten ist jedoch auffällig, dass der Pro-Kopf-Umsatz in den meisten Kreisen der Region niedriger ist als der Bundeswert. Esslingen (+4,7 %) und Göppingen (+3,2 %) konnten hier etwas aufholen,

¹³ Hierzu müsste man die Beschäftigtenzahlen in Relation zur Wertschöpfung setzen, sprich den Umsatz um die von Außen bezogenen Waren und Dienstleistungen vermindern.

¹⁴ Das interne Zuliefererwerk Untertürkheim bedient das Montagewerk in Sindelfingen zu Transferpreisen, die systematisch niedriger liegen als die nach Außen im Markt erzielten Preise.

während der Rems-Murr-Kreis (+1,4%) sich weiter vom allgemeinen Trend entfernt. Dies findet seine Ursache auch in unterschiedlichen Branchensets: so ist im Rems-Murr-Kreis der Anteil der arbeitsintensiven Branche Eisen-, Blech-, Metallwaren (EBM) relativ hoch und der Anteil der hochautomatisierten Kfz-Teileherstellung relativ niedrig.

Der **Anteil von Löhnen und Gehältern** am Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes sank im Gefolge einer steigenden Produktivität zwischen 1997 und 1998 erneut von 22 % auf nunmehr noch 21 % und liegt damit in gleicher Höhe wie im Land Baden-Württemberg. Zwar stellt sich der Bundesdurchschnitt mit 18,4 % günstiger dar, jedoch hat sich seit 1996 der Abstand zur Region Stuttgart von 3,5 %-Punkte auf 2,6 %-Punkte verringert.

Maßgeblichen Anteil an der Produktivitätsentwicklung hat die **Investitionstätigkeit in den Vorjahren**. Fast 90 % der Betriebe in der Region tätigten Investitionen, deren Volumen zwischen 1995 und 1997 überproportional um 23,1 % (Landesdurchschnitt: 10,8 %) auf knapp 5 Mrd. DM anstieg. Der Anteil an den im Land insgesamt getätigten Investitionen stieg in diesem Zusammenhang von 29,1 % im Jahr 1995 auf nunmehr 32,3 % an. Besonders positiv ist neben dem Anstieg in der Stadt Stuttgart um 42,5 % die Entwicklung in Esslingen; dort nahmen die Investitionen sogar um 49,0 % zu, der Landesanteil stieg damit wieder auf 6,0 %.

	1995	1996	1997
Baden-Württemberg	100,0	100,0	100,0
Region Stuttgart	29,1	31,8	32,3
Stadt Stuttgart	8,6	10,8	11,0
Böblingen	6,3	7,7	7,1
Esslingen	4,5	5,3	6,0
Göppingen	1,9	1,6	1,4
Ludwigsburg	4,4	3,9	3,9
Rems-Murr	3,4	2,5	2,7

Tabelle 3.6: Anteil an Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg in den Jahren 1995, 1996 und 1997 in %

Quelle: Statistisches Landesamt; IMU-Berechnungen

In einer längerfristigen Betrachtung erreichen die Investitionen in den meisten Kreisen wieder das Niveau vom Ende der 80er Jahre. Allerdings gibt es zwei Ausreisser nach unten: negativ schlägt zu Buche, dass 1997 die

Investitionen in den Kreisen Rems-Murr (-12,4 %) und Göppingen (-18,7 %) nicht nur unter den Werten für 1995, sondern auch deutlich unter den Vorkrisenwerten von 1988/89 liegen. Hier scheint ein Zusammenhang mit der ebenfalls unbefriedigenden Umsatzentwicklung in diesen Kreisen zu bestehen.

Noch schneller als die Investitionen insgesamt nahmen die Ausrüstungsinvestitionen in der Region Stuttgart zu (+28,3 %). Ihr Anteil am Gesamtinvest stieg kontinuierlich von 89,7 % im Jahr 1995 auf 93,5 % im Jahr 1997; dies liegt im Schnitt um 3 %-Punkte über dem Landeswert. Bezogen auf die einzelnen Kreise der Region wiederholt sich der Befund: positiven Entwicklungen in Stuttgart, Böblingen und Esslingen stehen negative Trends in Ludwigsburg, Rems-Murr und Göppingen gegenüber.

Die **Investitionsquote** (Anteil der Investitionen am Umsatz) in der Region Stuttgart lag 1997 mit 4,1 % erstmals seit Jahren wieder leicht über dem Landesdurchschnitt von 4,0 %. Allerdings werden nach wie vor die Werte verfehlt, die vor 10 Jahren im Zuge der Vereinigungseuphorie und einer stärker technisch ausgerichteten Innovationsstrategie zwischen 5 % und 6 % schwankten. Positiv fallen zuletzt die Kreise Stuttgart und Esslingen mit einer deutlichen Erhöhung der Investitionsquote zwischen 1995 und 1997 auf, während die Kreise Rems-Murr und Göppingen nicht nur aktuell rückläufige Investitionsquoten aufweisen, sondern damit noch hinter dem Krisenjahr 1993 zurückbleiben.

	Investitionsquote 1993	Investitionsquote 1995	Investitionsquo- te 1997
Baden-Württemberg	4,1 %	3,9 %	4,0 %
Region Stuttgart	3,8 %	3,6 %	4,1 %
Stadt Stuttgart	3,5 %	4,5 %	6,0 %
Böblingen	2,8 %	2,6 %	2,7 %
Esslingen	5,6 %	3,4 %	4,8 %
Göppingen	5,1 %	3,8 %	2,9 %
Ludwigsburg	4,0 %	4,5 %	4,2 %
Rems-Murr	3,9 %	3,8 %	3,4 %

Tabelle 3.7: Investitionsquote im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs in den Jahren 1993, 1995 und 1997 in %

Quelle: Statistisches Landesamt; IMU-Berechnungen

Größenstruktur des Verarbeitenden Gewerbes

In einer Sonderauswertung des statistischen Landesamtes wurde die Binnenstruktur des **Verarbeitenden Gewerbes nach Betriebsgrößenklassen**¹⁵ regionalisiert aufgeschlüsselt. Dabei ist zunächst zu konstatieren, dass bezogen auf die Zahl der Betriebe die Strukturen in etwa vergleichbar sind. So liegt der Anteil von Kleinbetrieben mit weniger als 50 Beschäftigten in Baden-Württemberg bei 49,1 %, in der Region Stuttgart bei 48,1 %. Hierfür sind im wesentlichen die unterdurchschnittlichen Anteile in den Kreisen Esslingen (45,4 %), Ludwigsburg (47,4 %), Göppingen (47,6 %) verantwortlich. Überdurchschnittlich viele Betriebe in der Region Stuttgart liegen in den Größenklassen „50-99“ und „über 500“ Beschäftigte.

	< 100	100 - 499	> 500
Baden-Württemberg	20,8	35,4	43,8
Region Stuttgart	17,1	27,6	55,3
Stadt Stuttgart	9,2	14,0	76,7
Böblingen	9,8	17,2	72,9
Esslingen	20,2	35,5	44,2
Göppingen	26,1	38,7	35,2
Ludwigsburg	22,0	37,1	40,9
Rems-Murr	25,9	37,2	36,9

Tabelle 3.8: Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe in Baden-Württemberg nach Betriebsgrößenklassen 1998 in %

Quelle: Statistisches Landesamt; IMU-Berechnungen

Diese Strukturunterschiede gewinnen an Bedeutung, wenn man nicht mehr auf die Zahl der Betriebe, sondern auf die Zahl der Mitarbeiter in den jeweiligen Klassen abstellt. So liegt der Anteil der Beschäftigten in der Region Stuttgart in Betrieben über 500 Mitarbeiter bei 55,3 % und damit deutlich über dem Landeswert von 43,8 %. Ausreißer nach oben sind Stuttgart und Böblingen mit ihren Großbetrieben des Fahrzeugbaus und der Elektrotechnik. Die Konzentration der Beschäftigten ist mit 35,2 % in Göppingen und 36,9 % in Rems-Murr hingegen besonders niedrig.

¹⁵ Erfasst wurden sowohl die Zahl der Betriebe wie auch die Zahl der Beschäftigten in den Größenklassen unter 50, 50 – 99, 100 – 199, 200 – 499, 500 bis 999, über 1.000.

Nur 17,1 % der Beschäftigten in der Region Stuttgart finden sich in Betrieben mit weniger als 100 Mitarbeitern; im Landesdurchschnitt sind es immerhin 20,8 %. In diesem Größenbereich liegen wiederum die Schwerpunkte der Kreise Göppingen und Waiblingen, während Stuttgart und Böblingen hier jeweils weniger als 10 % der Beschäftigten aufweisen. Über alle Größenklassen hinweg liegt die Struktur in Esslingen und Ludwigsburg in etwa im Landesdurchschnitt.

Zwischen 1995 und 1997 nahm die Zahl der Mitarbeiter pro Betrieb in der Region Stuttgart von 181 auf 172 ab, stieg aber im letzten Jahr – im Unterschied zum Bundestrend (-3,0 %) – wieder auf 176 an. Dieses Muster findet sich in allen Kreisen der Region wieder, am stärksten ausgeprägt in Stuttgart und Böblingen. Wirksam ist dabei die allmähliche Trendwende vom starken Personalabbau hin zu einem – wenn auch minimalen – Anstieg der Beschäftigtenzahlen, der zudem weitgehend in den Großbetrieben stattgefunden hat. Dabei bleiben Ludwigsburg (134), Rems-Murr (123) sowie Göppingen (121) auch bei dieser Kennzahl hinter dem Bundes- und Landesdurchschnitt (141) zurück.

Entwicklung der Insolvenzen

Zwischen 1997 und 1998 kam es in der Region Stuttgart – im Gegensatz zur Landesentwicklung – zu einem **leichten Anstieg der Insolvenzen** von Unternehmen um 4,9 % auf eine Zahl von nunmehr 601 gestellten Anträgen. Diese verteilten sich wie folgt auf die einzelnen Kreise der Region:

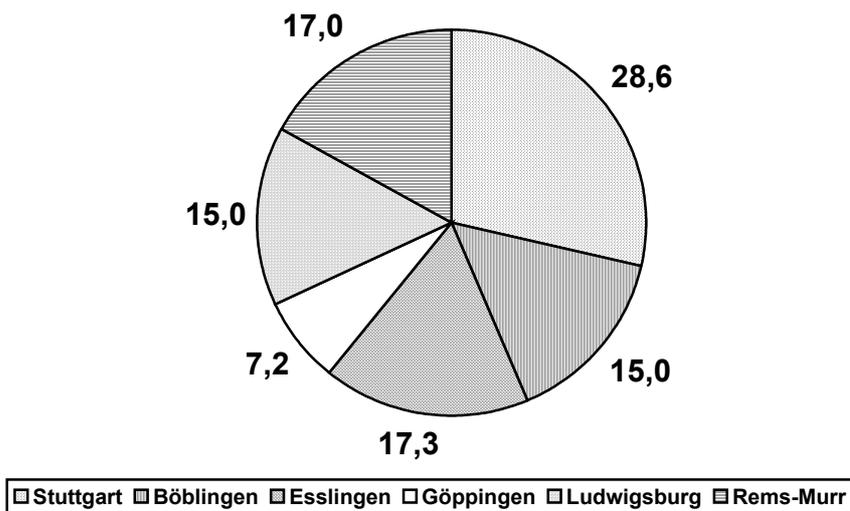


Abbildung 3.1: Verteilung der Unternehmensinsolvenzen auf die Kreise der Region Stuttgart 1998 in %

Quelle: Statistisches Landesamt; IMU-Berechnungen

Von diesen 601 Unternehmensinsolvenzen stammten lediglich 83 oder knapp 14 % aus dem Verarbeitenden Gewerbe. Dies macht jedoch dort einen Zuwachs um 12,0 % aus. Die wichtigsten betroffenen Wirtschaftszweige waren dabei das Verlags- und Druckgewerbe mit 16 Anmeldungen (Vorjahr: 3), die Metallherzeugung und -bearbeitung (EBM) mit 15 (Vorjahr: 18) sowie der Maschinenbau mit 13 (Vorjahr: 14) Anmeldungen.

Die wichtigsten betroffenen Wirtschaftszweige außerhalb des Verarbeitenden Gewerbes waren der Groß- und Einzelhandel (142 Anmeldungen), das Baugewerbe (112 Anmeldungen) sowie die unternehmensbezogenen Dienstleistungen (96 Anmeldungen); bei diesem Zweig stellten wiederum die Rechts-, Wirtschafts- und Steuerberater mit 64 den größten Anteil.

Perspektiven im Verarbeitenden Gewerbe

Bezogen auf das gesamte Jahr 1998 war die **Auftragssituation** in Baden-Württemberg nach wie vor freundlich. Sowohl im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt wie auch in allen großen Aggregaten lagen die Aufträge wertmäßig und volumenmäßig über denen des Vorjahres. Besonders positiv stellte sich die Lage bei den Investitionsgüterproduzenten dar, während die anderen doch erheblich hinter dem Durchschnitt der Industrie zurückblieben.

	Gesamt	Inland	Ausland
Verarbeitendes Gewerbe	5,6	5,7	5,5
Vorleistungsgüter	3,8	4,7	2,0
Investitionsgüter	7,5	7,9	7,1
Gebrauchsgüter	3,9	7,0	-1,9
Verbrauchsgüter	2,1	-1,5	12,1

Tabelle 3.9: Veränderungen des Auftragseingangsindex zwischen 1997 und 1998 in Baden-Württemberg in Prozent

Quelle: Statistisches Landesamt; IMU-Berechnungen

Während bei den Investitionsgüterproduzenten eine annähernde Gleichgewichtung von Inlands- und Exportaufträgen zu verzeichnen war, gibt es bei den übrigen Segmenten doch markante Abweichungen. Bei den Gebrauchsgütern wirkte sich die Schwäche im Weltmarkt unmittelbar aus; hier kam es 1998 zu einem Rückgang der Neuaufträge, nachdem im Vorjahr noch ein Zuwachs von 12,4 % zu verzeichnen war. Genau umgekehrt verhält

es sich mit den Verbrauchsgütern, die einen Rückgang im Binnenmarkt durch einen starken Anstieg der Exporte kompensieren konnten.

Allerdings waren schon im Jahresverlauf deutliche Bremseffekte im Gefolge der Weltmarkturbulenzen zu erkennen, die zwar zunächst noch durch eine stabile Binnennachfrage aufgefangen werden konnten, seit dem Herbst 1998 aber wirksam wurden, da die Inlandsnachfrage über die Wintermonate deutlich zurück ging und das Vorjahresniveau in den ersten 6 Monaten 1999 nicht mehr erreichen konnte (-0,9 %). Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe lag Ende Juni 1999 für das erste Halbjahr über dem Vorjahreswert, wenn auch lediglich um 0,6 %; zumindest die Exporte haben sich dabei zuletzt wieder stabilisiert (+2,7 %). Generell erscheint vor allem das erste Quartal als Wachstumsdelle, seitdem hat sich die Auftragsituation wieder verbessert¹⁶. Deutlich sind jedoch die Unterschiede zwischen den Wirtschaftsbereichen: einen relevanten Zuwachs weisen nur die Gebrauchsgüterproduzenten (+4,3 %) mit der Sonderkonjunktur des Fahrzeugbaus sowie die Investitionsgüterproduzenten (+2,8 %) auf. Dem gegenüber sind die Orders sowohl bei Vorleistungsgütern (-2,0 %) wie auch bei Verbrauchsgütern (-4,5 %) gegenüber dem Vorjahr nach wie vor rückläufig. Dabei hat sich bei den Verbrauchsgütern die Situation im 2. Quartal 1999 weiter verschlechtert. Insbesondere das Inlandsgeschäft zeigt mit einem Rückgang um 7,2 % eine anhaltende Schwäche.

Bei der **Umsatzentwicklung im 1. Halbjahr 1999** wirkt sich die eher gebremste Auftragsentwicklung noch nicht erkennbar aus. Nach einem eher schwachen 1. Quartal ist über den Gesamtzeitraum der Umsatz in der Region Stuttgart doch wieder um über 2 Mrd. DM und damit um 3,3 % gestiegen; dies liegt über dem Landesdurchschnitt von 2,5 %. Da zuletzt die Exporterwartungen wieder freundlicher ausfallen, erscheint für das gesamte Jahr 1999 ein Umsatzwachstum zwischen 4 % und 5 % durchaus erzielbar.

Allerdings hält innerhalb der Region eine gewisse Polarisierung an: Allein der Kreis Böblingen ist mit einem Plus von +10,7 % für den bisherigen Zuwachs verantwortlich, während die Stadt Stuttgart stagniert (+0,2 %) und alle anderen Kreise Umsatzrückgänge aufweisen. Am schlechtesten schneiden hier Rems-Murr mit -1,1 % und Göppingen mit -2,6 % ab. Dabei erweist sich der Export nach wie vor als Konjunkturstütze. Hier konnte ein Zuwachs um nochmals +10,2 % erzielt werden gegenüber +5,2 % in Baden-Württemberg insgesamt. Stuttgart mit +11,3 % und Böblingen mit +16,3 % übertreffen den Regionswert nochmals, während die anderen Kreise auch hier erheblich zurückbleiben; im Landkreis Esslingen ist der Export mit -1,4 % sogar rückläufig. Im Gegensatz zur Landesentwicklung

¹⁶ Im ersten Quartal lag der Auftragseingang noch um 1,0 % unter dem Vorjahreswert, wobei der Export mit +0,4 % stagnierte und die Inlandsorders um 2,1 % zurückgingen.

(+0,9 %) ist der Inlandsumsatz in der Region Stuttgart mit –2,1 % rückläufig. Dabei konnte der Landkreis Böblingen sich mit einem Zuwachs um +2,4 % vom übrigen Trend abkoppeln. Negativ vom Regionsdurchschnitt weichen insbesondere Stuttgart (–6,8 %) und Göppingen (–4,7 %) ab.

3.1 Die wirtschaftliche Entwicklung im Fahrzeugbau

Der Fahrzeugbau ist mit Abstand die größte Branche innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes der Region Stuttgart, die zugleich eine der profiliertesten Automobilregionen innerhalb der Bundesrepublik, ja innerhalb Europas darstellt. Zwar sind es nur 84 Betriebe, die unmittelbar dieser Branche zugeordnet werden¹⁷. Diese konnten 1998 einen Gesamtumsatz von knapp 50 Mrd. DM erzielen; dies repräsentierte 1/8 des Branchenumsatzes der Bundesrepublik und knapp 60 % des Branchenumsatzes innerhalb Baden-Württembergs. Der Fahrzeugbau umfasste 1998 einen Anteil von 38,6 % des Verarbeitenden Gewerbes in der Region Stuttgart und erreichte damit eine neue Rekordmarke; nie war die Abhängigkeit der Region im Verarbeitenden Gewerbe vom Produkt Kfz größer als Ende des Jahrhunderts.

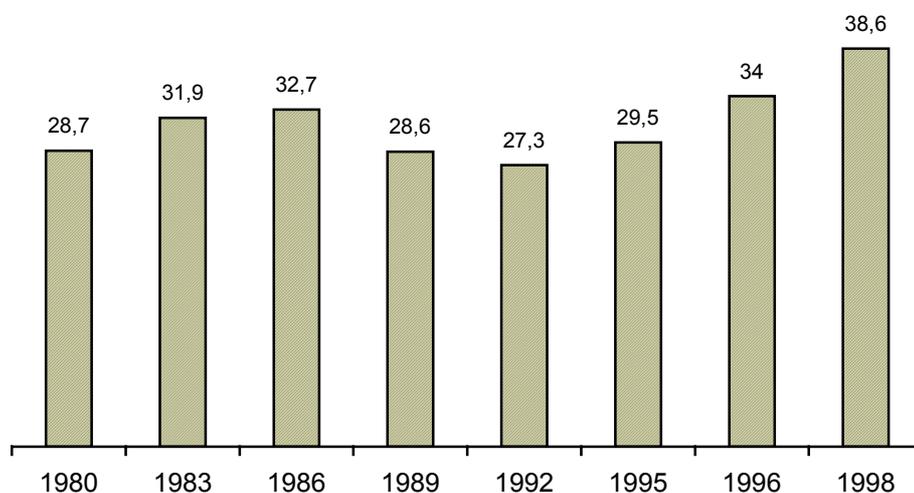


Abbildung 3.2: Umsatzanteile des Fahrzeugbaus am Verarbeitenden Gewerbe in der Region Stuttgart in %

Quelle: Statistisches Landesamt; IMU-Berechnungen

¹⁷ Hinzu kommen industrielle Zulieferer der 1. und 2. Ebene, vor allem aus den Bereichen Kfz-Elektronik, Maschinenbau und Blechherstellung/-bearbeitung sowie eine große Zahl auf den Fahrzeugbau bezogener Dienstleistungsunternehmen.

Zwischen 1996 und 1998¹⁸ stieg der **Umsatz im Fahrzeugbau** der Region Stuttgart um +29,2 % oder 11,3 Mrd. DM. Über 70 % des Umsatzzuwachses des gesamten Verarbeitenden Gewerbes entfielen damit auf das Konto des Fahrzeugbaus. Die Region entwickelte sich in gleicher Geschwindigkeit wie der Bundesdurchschnitt, blieb damit aber hinter Baden-Württemberg zurück; dort wurde ein Zuwachs um 34,6 % erreicht. Ursächlich hierfür ist das besonders hohe Wachstumstempo in den Regionen Franken mit einem Zuwachs um +77,3 % und in der Region mittlerer Oberrhein, wo sich der Umsatz mehr als verdoppeln konnte (+118,7 %). Diese Regionen profitieren neben den jeweiligen Endherstellern (Audi in Neckarsulm und Daimler-Chrysler mit einem neuen Werk in Rastatt) auch von einer verstärkten Ansiedlung von Zulieferern und konnten ihre Anteile am Landeswert deutlich erhöhen. Insbesondere die Region Franken konnte dabei von ihrer Anbindung an die Autobahn A6 und damit an eine der großen Ost-West-Verbindungen profitieren.

Umsatz im Fahrzeugbau	Anteile am Landeswert 1996 in %	Anteile am Landeswert 1998 in %
Region Stuttgart	59,9 %	57,5 %
Region Franken	10,3 %	13,6 %
Region Donau-Iller	7,8 %	6,4 %
Region Mitt. Oberrhein	5,2 %	8,4 %

Tabelle 3.10: Anteile ausgewählter Regionen Baden-Württembergs am Umsatz des Fahrzeugbaus 1996 und 1998 in %

Quelle: Statistisches Landesamt; IMU-Berechnungen

Schwach ausgeprägt war der Inlandsumsatz im Fahrzeugbau der Region Stuttgart mit einem Zuwachs um lediglich +8,3 %. Dies liegt deutlich unter den Vergleichswerten für die Bundesrepublik und das Land Baden-Württemberg. Anders verhält es sich mit dem Export: Er konnte zwischen 1996 und 1998 um über die Hälfte zulegen. Zwar stammen nach wie vor über 60 % des Exportes aus der Region Stuttgart, aber von der Entwicklungsdynamik gleicht sie sich immer mehr dem Landestrend an. Zudem ist im Landesdurchschnitt der Anteil des Binnenhandels innerhalb der Bran-

¹⁸ Da für das Jahr 1997 regionalisierte Daten aufgrund der Geheimhaltungsvorschriften nur in lückenhafter Form vorliegen, wird im Folgenden die Entwicklung der einzelnen Branchen als 2-Jahresvergleich 1996 zu 1998 vorgenommen.

che größer als in der Region Stuttgart, wo die exportorientierten Endhersteller und großen Zulieferer eine große Bedeutung haben.

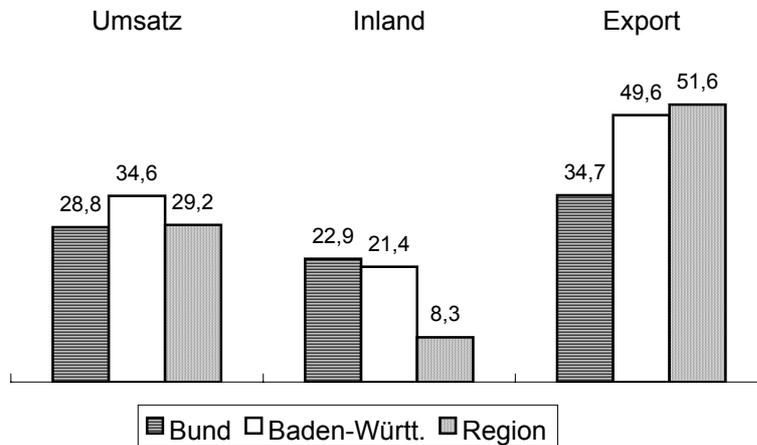


Abbildung 3.3: Umsatz- und Exportentwicklung im Fahrzeugbau zwischen 1996 und 1998 in %

Quelle: Statistisches Landesamt; IMU-Berechnungen

Die starke Bedeutung des Exportes gerade für die Betriebe der Region Stuttgart kommt auch in einer überdurchschnittlich hohen Exportquote zum Ausdruck; sie stieg von 48,3 % im Jahr 1996 (Bund: 50,1 %) auf 57,6 % im Jahr 1998 (Bund: 52,4 %) an.

Im Gefolge des Booms in den letzten Jahren, in dem sich der Fahrzeugbau bezogen auf den Umsatz als einzig stabile Stütze des industriellen Sektors gezeigt hat, haben sich auch hier **leistungsrelevante Kennziffern** deutlich verbessert. So stieg der Pro-Kopf-Umsatz in der Region Stuttgart von 352.700 DM im Jahr 1996 auf nunmehr 430.700 DM an; allerdings blieb der Zuwachs damit leicht unter dem Landes- und Bundesdurchschnitt. Überproportional (-18,9 %) sank zudem der Anteil von Löhnen und Gehältern am Umsatz von 24,2 % auf nur noch 19,7 % im Jahr 1998. In beiden Entwicklungen kommt eine deutlich gestiegene Produktivität zum Ausdruck.

Die **wirtschaftlichen Perspektiven** des Fahrzeugbaus erscheinen nach wie vor gut, er befindet sich in einer Sonderkonjunktur und stellt derzeit das herausragende Wachstumszentrum im Verarbeitenden Gewerbe des Landes dar. Im Jahresdurchschnitt 1998 lag der Auftragseingang nochmals um 12,7 % über dem Vorjahreswert. Die Abschwächung resultierte dabei vor allem aus der sich abkühlenden Binnennachfrage, während die Exportauf-

träge trotz der Turbulenzen im Welthandel nochmals um mehr als 17,2 % anstiegen.

Auch im ersten Halbjahr 1999 weist der Fahrzeugbau mit +9,9 % einen erneuten Zuwachs der Aufträge auf. Dabei kann die leicht nachlassende Dynamik angesichts des hohen Auftragsniveaus nicht überraschen: preisbereinigt liegt der Auftragseingang mehr als 55 % über den Werten von 1995, der Export konnte sogar um $\frac{3}{4}$ ausgeweitet werden!

Allerdings partizipiert die Branche keineswegs gleichmäßig von der boomartigen Entwicklung: Bei den Endherstellern ist im ersten Halbjahr 1999 mit +10,7 % das Auftragswachstumstempo vergleichbar mit dem Vorjahr, ihr Auftragsniveau hat sich seit 1995 um über 80 % erhöht. Demgegenüber bleiben die Teilehersteller im ersten Halbjahr um 1,5 %-Punkte zurück, auch das Niveau des Auftragseingangs erreicht nicht ganz die Qualität der Endhersteller. In längerer Betrachtung beläuft sich der Zuwachs auf 70 % gemessen an 1995.

Trotz der aktuellen Boomphase stellen die aktuellen ökonomischen und technologischen Entwicklungstrends vor allem für die kleineren und mittleren Kfz-Zulieferunternehmen eine erhebliche Herausforderung dar. Zu nennen sind hier insbesondere:

- der anhaltende Kostendruck von Seiten der Endhersteller und Systemlieferanten,
- die erwartete größere Lieferflexibilität in zeitlicher und räumlicher Hinsicht,
- die fortgesetzten Globalisierungsstrategien der Endhersteller v. a. in den Bereichen Beschaffung und Produktion,
- die steigenden Innovations- und Entwicklungsanforderungen (steigende Variantenvielfalt, verkürzte Entwicklungszeiten bei gleichzeitiger Verkürzung von Produkt- und Technologielebenszyklen,
- die Gefährdung der Marktposition von KMU durch die laufende Reduzierung der Direktlieferanten,
- die unzureichende Unterstützung der KMU bei technologischen u. organisatorischen Problemstellungen durch die Endhersteller.

Dieses Bündel an Anforderungen ist vom einzelnen kleinen und mittleren Kfz-Zulieferer vor allem aufgrund der reduzierten personellen und auch finanziellen Ressourcen kaum im Alleingang zu bewältigen. Für die wirtschaftliche Entwicklung der Region Stuttgart ist aber der Erhalt regionaler Produktionsverbände und damit die Stärkung der Wettbewerbsposition der Kfz-Zulieferunternehmen relevant.

Kooperationen sind damit ein aktuelles Schlüsselthema in der Kfz-Zulieferindustrie. Die Bedeutung von Kooperationsbereitschaft als Markterfolgswirkungsfaktor wird nach einer empirischen Untersuchung der Diebold GmbH nach Meinung von 89 % der befragten Zulieferunternehmen in Zukunft steigen (Diebold 1996: 3). Damit steht der prognostizierte Bedeutungszuwachs des Erfolgswirkungsfaktors „Kooperationsbereitschaft“ an dritter Stelle (von 17) nach den Erfolgswirkungsfaktoren „Innovationsleistung“ (96 %) und „Internationale Erfahrung und Präsenz“ (93 %).

In einer Umfrage des IMU-Institutes unter regionalen Teilezulieferern über Chancen und Nutzen von horizontalen Kooperationen wurden einem solchen Ansatz bei einer Reihe von strategischen Wettbewerbsfaktoren erhebliche Potenziale zugesprochen. Am höchsten wird der Effekt bei Faktoren mit starker Markt- und Absatzorientierung eingeschätzt. An der Spitze steht das Zielkriterium „Zugang zu neuen Märkten“ mit einem Anteil von 77 % „Gut“- und „Sehr-gut“-Bewertungen, gefolgt von „Akquisition von Großaufträgen (72 %); wobei allerdings die Realisierbarkeit der „Erhöhung der Kundenorientierung“ (50 %) als vergleichsweise gering eingeschätzt wird. Eine positive Bewertung erfahren die FuE-Faktoren „Verbesserung der Innovationsfähigkeit“, „Verkürzung der Entwicklungszeit“ und „Optimierung der Forschung und Entwicklung“. Auch die Erreichung des strategischen Ziels „Etablierung als Systemlieferant“ durch Kooperationen halten 63 % der Umfrageteilnehmer als gut bis sehr gut möglich.

Neue Formen der vertikalen Kooperation haben sich unter der Führung der Hersteller – zu nennen ist hier z. B. das Tandem-Projekt von Daimler-Chrysler – bereits etabliert. Dagegen bestehen bei der vertikalen Zusammenarbeit zwischen Teilezulieferern und Systemlieferanten und der horizontalen Zusammenarbeit zwischen den Zulieferern noch große Defizite. Für die Sicherung und Stärkung des Kfz-Clusters der Region Stuttgart sowie aus beschäftigungspolitischer Sicht ist es eine wichtige Aufgabe der regionalen Wirtschaftsförderung, das Zustandekommen und das Funktionieren von Kooperationen zwischen KMU zu erleichtern. Jedoch beweist die Erfahrung v. a. aus anderen Bundesländern, dass das Zustandekommen erfolgreicher zwischenbetrieblicher Kooperationen von KMU vielfach durch erhebliche Startschwierigkeiten und Hemmnisse behindert wird. Diese Startschwierigkeiten treten oftmals gerade bei den Unternehmen zutage, bei denen erfolgreiche Kooperationen umso dringlicher wären.

Vom Verband der Automobilindustrie (VDA) wird erwartet, dass aufgrund der bestehenden Überkapazitäten der Branche sowie eines allmählichen Rückgangs der Absatzzahlen eine erhebliche Kapazitätsbereinigung sowie ein weiterer Konzentrationsprozess innerhalb der Branche bevorsteht. Dies ist zu einem guten Teil sicherlich auch als Normalisierung zu bewerten. Schon heute mehren sich die Meldungen über Pkw-Hersteller, die – wie z. B. VW oder Ford – aufgrund dieser Entwicklungen die Zahl der Über-

stunden und der Wochenendschichten reduzieren, um ihre Produktionspläne den geringeren Absatzperspektiven anzupassen. Dabei ist jedoch heute noch nicht absehbar, ob von diesen Entwicklungen alle Hersteller und Zulieferer gleichermaßen erfasst werden, oder ob sich Unternehmen aufgrund ihrer Marktstellung (z. B. Nischenposition bei Porsche oder Modellpolitik bei Daimler-Chrysler) und der internationalen Streuung der Absatzmärkte von einem solchen Branchenszenario abkoppeln können.

Die aktuellen Umsatzzahlen für das erste Halbjahr 1999 legen einen solchen Schluss nahe. So konnte der Fahrzeugbau in der Region Stuttgart trotz eines verhaltenen Beginns den Umsatz in den ersten sechs Monaten nochmals um über 2 Mrd. DM oder um 8,9 % ausweiten; dabei stand ein Exportzuwachs um knapp 16 % einem leichten Rückgang des Inlandsgeschäfts (-0,6 %) gegenüber, die Exportquote erhöhte sich auf nunmehr über 61 %. Vor diesem Hintergrund erscheint ein anhaltendes Umsatzwachstum im Fahrzeugbau von abermals mehr als 10 % im Jahr 1999 erreichbar.

3.2 Die wirtschaftliche Entwicklung im Maschinenbau

Der Maschinenbau ist – allerdings mit großem Abstand zum Fahrzeugbau – die zweitgrößte Branche des Verarbeitenden Gewerbes in der Region Stuttgart. Mit 28,3 Mrd. DM Umsatz erreichte sie einen Anteil von 22 % am Gesamtumsatz dieses Wirtschaftsbereiches.

Zwischen 1996 und 1998 stieg der **Umsatz im Maschinenbau** um 13,9 % oder um 3,4 Mrd. DM; dies lag in etwa im Durchschnitt des gesamten Verarbeitenden Gewerbes, damit aber – als einzige Branche – über den Vergleichswerten aus Baden-Württemberg und dem Bundesgebiet. Der Landesanteil der Region Stuttgart stieg im Zuge dieser Entwicklung auf 35,4 %; sie bildet mit Abstand das bedeutendste Zentrum des Maschinenbaus innerhalb Baden-Württembergs.

Vorteile wies die Region Stuttgart vor allem beim Inlandsabsatz auf; hier konnte zwischen 1996 und 1998 ein Zuwachs¹⁹ erzielt werden, der beinahe dreimal so hoch war wie im Bundesdurchschnitt, während es beim Export keinerlei signifikante Differenzierungen gibt. Die Exportquote im Maschinenbau stieg 1998 leicht auf 44,9 %; damit lag sie nach wie vor unter den Werten im Bund und im Land mit je 48 %.

¹⁹ Dieser Zuwachs verteilte sich mit jeweils knapp über 6,5 % gleichmäßig auf die Jahre 1997 und 1998.

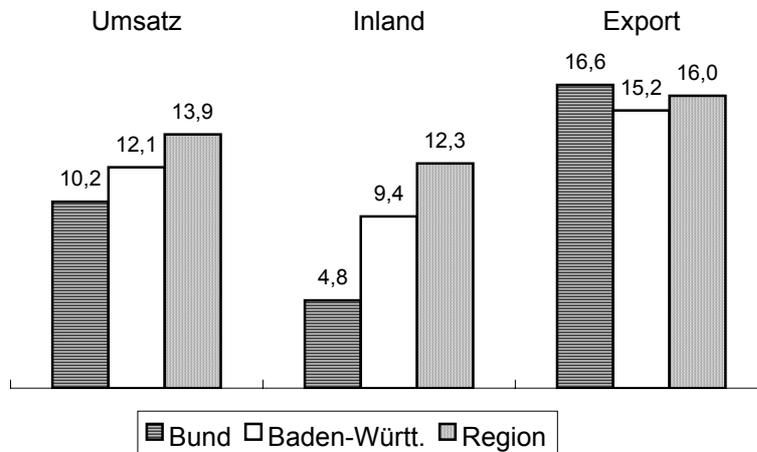


Abbildung 3.4: Umsatz- und Exportentwicklung im Maschinenbau zwischen 1996 und 1998 in %

Quelle: Statistisches Landesamt; IMU-Berechnungen

Gut ein Drittel des Zuwachses konzentrierte sich auf Betriebe im Stadtkreis Stuttgart; hier konnte die Branche im Zweijahresvergleich um 35,0 % zulegen. Die anderen Kreise liegen zwischen 10 % und 14 % und damit in etwa im Regionsdurchschnitt. Einzig Ludwigsburg fällt hier mit einem Umsatzplus von nur 2,5 % und einem Rückgang im Export von -4,3 % aus dem Rahmen.

Hierdurch veränderte sich auch die **Rangfolge der Kreise** der Region Stuttgart gemessen am Umsatz: an der Spitze bleibt der Kreis Esslingen mit einem Anteil von fast einem Drittel, der Stadtkreis Stuttgart konnte sich auf den 2. Platz verbessern, während Ludwigsburg um einen Rang zurückgefallen ist. Die weiter oben konstatierte schlechtere Performance des Verarbeitenden Gewerbes in Ludwigsburg resultiert ausschließlich aus der Entwicklung im Maschinenbau: Ein durchschnittliches Wachstum hier hätte auch zu einem durchschnittlichen Wachstum des industriellen Sektors insgesamt geführt.

Umsatzanteile	1996	1998
Esslingen	33,1	32,0
Stuttgart	16,6	19,6
Rems-Murr	16,9	16,9
Ludwigsburg	16,7	15,1
Göppingen	8,6	8,5
Böblingen	8,1	7,8

Tabelle 3.11: Anteile der Kreise der Region Stuttgart an den Umsätzen im Maschinenbau in der Gesamtregion in den Jahren 1996 und 1998

Quelle: Statistisches Landesamt; IMU-Berechnungen

Der **Pro-Kopf-Umsatz im Maschinenbau** in der Region Stuttgart stieg schneller als im Landes- oder Bundesdurchschnitt um 16,6 % auf gut 368.000 DM; damit liegt er auch höher als im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt. Der Anteil der Lohn- und Gehaltskosten am Umsatz sank zwischen 1996 und 1998 deutlich von 23,6 % auf 21,3 %; auch hierin kommen realisierte Rationalisierungseffekte zum Ausdruck. Eine besondere Stellung hierbei dürfte dem insbesondere im Maschinenbau verbreiteten Trend zur Bildung von „Arbeitszeitkonten“ zukommen; durch diesen Mechanismus kommen geleistete (Mehr-) Arbeitsstunden nicht im gleichen Jahr zur Auszahlung und erlauben eine geringere Personalausstattung, was den Umsatz pro Kopf erheblich verbessert. Gesamtmetall schätzt, dass 0,5 % der in der Metall- und Elektroindustrie insgesamt geleisteten Stunden 1998 auf solchen Konten gutgeschrieben wurden (vgl. Geschäftsbericht 1998).

Anders als im Fahrzeugbau sind die **wirtschaftlichen Erwartungen im Maschinenbau** derzeit eher gedämpft. Im letzten Jahr belief sich das Auftragsplus nur noch auf 4,2 % gegenüber noch 11,0 % im Vorjahr. Ursächlich war ein leichter Rückgang im Export, während die Inlandorders noch stabil blieben. Im ersten Halbjahr 1999 verschlechtert sich das Bild deutlich, auf breiter Front ist ein deutlicher Rückgang des Auftragseingangs zu verzeichnen. Zwar ließen sowohl die letzten Monatswerte wie auch die Umfrageergebnisse der IHK Region Stuttgart auf eine allmähliche Stabilisierung hoffen, dass der Tiefpunkt durchschritten ist; eine echte Belebung der Ordertätigkeit ist allerdings bislang nicht in Sicht. Hierfür zeichnet insbesondere das nachhaltig schlechte Inlandsgeschäft verantwortlich.

	Gesamt	Inland	Ausland
1997 zu 1996	11,0	3,8	19,1
1998 zu 1997	4,2	9,4	-0,9
1.H. 99 zu 1.H. 98	-6,8	-9,0	-4,5

Tabelle 3.12: Veränderungen des Auftragseingangsindex im Maschinenbau gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum in Baden-Württemberg in %

Quelle: Statistisches Landesamt; IMU-Berechnungen

Positiv für die Region Stuttgart ist lediglich, dass die Auftragsentwicklung im hier bedeutenden Segment des Werkzeugmaschinenbaus mit Betrieben wie Index (Esslingen), Heller (Nürtingen) oder Hüller-Hille (Ludwigsburg) sowohl im letzten Jahr (+13,1 %) als auch im ersten Halbjahr 1999 (-2,6 %) günstiger war als in der Branche insgesamt. Hier ist zudem im 2. Quartal eine Aufwärtsbewegung zu verzeichnen.

Ähnlich wie in der Kfz-Industrie ist die **Umsatzentwicklung im 1. Halbjahr 1999** als nachlaufender Indikator noch weniger starken Schwankungen ausgesetzt als die Auftragsentwicklung. Der Umsatz konnte trotz der rückläufigen Orders nochmals leicht um 0,8 % zulegen, blieb damit aber hinter Baden-Württemberg (+2,0 %) zurück. Dabei divergiert die Umsatzentwicklung in den Kreisen der Region doch stark: Einem Zuwachs in den Kreisen Stuttgart (+7,4 %), Böblingen (+7,1 %) und Rems-Murr (+4,8 %) steht ein Rückgang in Ludwigsburg (-2,4 %), Esslingen (-3,3 %) und Göppingen (-4,1 %) gegenüber. Stuttgart und Böblingen konnten dabei von einem überdurchschnittlichen Wachstum im Export profitieren, während der Rems-Murr-Kreis als einziger Teilraum einen Zuwachs auch im Inlandsgeschäft verbuchen konnte. Insgesamt ist für 1999 eine deutlich schlechtere Bilanz als in den beiden Vorjahren zu erwarten; der Zuwachs in der Region Stuttgart dürfte bestenfalls²⁰ bei ca. 2 % liegen und würde sich damit mehr als halbieren. Aber auch eine rezessive Entwicklung erscheint für diese Branche in diesem Jahr nicht ausgeschlossen.

²⁰ Einige Hersteller, u. a. Müller-Weingarten in Esslingen, haben angekündigt, in diesem Jahr noch bereits realisierte Großaufträge fakturieren zu können, was sich positiv auf das Jahresergebnis auswirken könnte. Die Umsatzentwicklung im Maschinenbau ist wenig kontinuierlich, sondern folgt eher einer Treppenfunktion.

3.3 Die wirtschaftliche Entwicklung im Bereich Elektrotechnik und Datenverarbeitung²¹

Gemessen am **Umsatz** sind die Branchen Elektrotechnik und Allgemeine Datenverarbeitung (ET/ADV) zusammengefaßt der drittgrößte Bereich des Verarbeitenden Gewerbes in der Region Stuttgart. Mit knapp 19 Mrd. DM Umsatz erreichte ihr Anteil 1998 einen Wert von 14,6 %. Damit wurde in diesen Branchen das Vorjahresergebnis jedoch nur um 2,4 % verbessert, während sowohl im Land (+12,1 %) als auch in Westdeutschland (+10,1 %) ein deutlich höheres Wachstum zu verzeichnen waren. Dies ist jedoch in erster Linie dem Umsatzrückgang im Jahr 1997 geschuldet; stellt man nur auf das Jahr 1998 ab, so haben sich die Branchen auch in der Region Stuttgart erholt, weisen einen Zuwachs um 5,8 % auf und liegen damit in etwa gleichauf mit den anderen Betrachtungsräumen.

Auffällig ist für den Zweijahreszeitraum insbesondere die regionale Verteilung: Während der Export mit einem Zuwachs um knapp 18 % zumindest annähernd an den Bundesdurchschnitt ankoppeln konnte, war der Inlandsumsatz entgegen dem sonstigen Trend um knapp 940 Mio DM rückläufig.

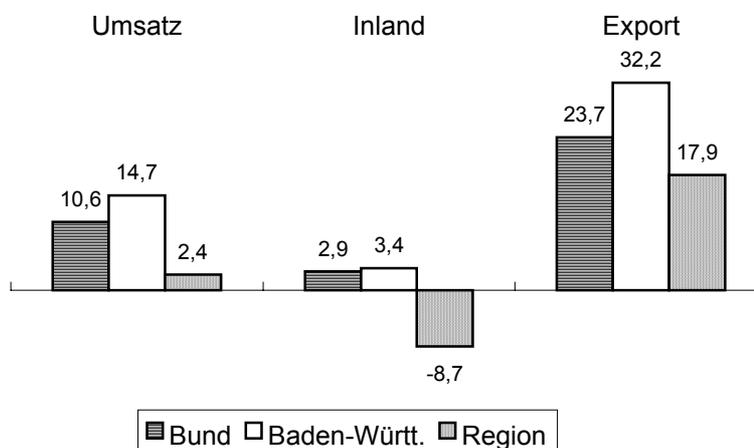


Abbildung 3.5: Umsatz- und Exportentwicklung in den Branchen Elektrotechnik und ADV zwischen 1996 und 1998 in %

Quelle: Statistisches Landesamt; IMU-Berechnungen

²¹ Seit 1995 werden die Daten auf regionaler Ebene für diese beiden Branchen nur noch gemeinsam ausgewiesen.

Damit büßte die Region Stuttgart im Landesvergleich deutlich an Boden ein; zwar blieb sie größtes Zentrum dieser beiden Branchen, allerdings verringerte sich ihr **Landesanteil** zwischen 1996 und 1998 deutlich. Geradezu sprunghaft entwickelte sich hingegen die Region Mittlerer Oberrhein, wo der Umsatz dieser beiden Branchen um knapp 90 % zulegen konnte. Daneben weist auch hier insbesondere die Region Franken ein überdurchschnittliches Wachstum auf (+52,6 %), allerdings von einem doch sehr niedrigen Niveau.

Umsatz in den Branchen Elektro/ADV	Anteile am Landeswert 1996 in %	Anteile am Landeswert 1998 in %
Region Stuttgart	34,6 %	30,9 %
Region Schwarz- wald/Baar	9,4 %	8,9 %
Region Mitt. Oberrhein	9,3 %	15,3 %
Region Unterer Neckar	9,1 %	8,9 %

Tabelle 3.13: Anteile ausgewählter Regionen Baden-Württembergs am Umsatz der Branchen Elektro/ADV 1996 und 1998 in %

Quelle: Statistisches Landesamt; IMU-Berechnungen

Betrachtet man die einzelnen **Kreise der Region**²², so findet sich die Erklärung dieser schlechten Entwicklung: sie ist fast ausschließlich begründet durch einen Rückgang des Umsatzes um 895 Mio DM oder –15,7 % und hierbei insbesondere des Inlandsatzes um –1,1 Mrd. DM oder –23,3 % im Stadtkreis Stuttgart. Ohne diesen Sonderfaktor hätte die Region Stuttgart von der Umsatzdynamik her beinahe den Bundesdurchschnitt erreicht! Ursächlich für diesen Einschnitt im Stadtkreis Stuttgart sind wiederum vor allem zwei Unternehmen, die sehr stark vom Inlandsgeschäft²³ abhängig sind. Dies gilt für Alcatel SEL, deren Geschäft sich in starker Abhängigkeit von den Investitionen der Deutschen Telekom entwi-

²² Aufgrund der Geheimhaltungsvorschriften sind die Daten für die Kreise Böblingen und Ludwigsburg nicht ausgewiesen. Im Landkreis Böblingen befinden sich mit Hewlett-Packard sowie den ehemaligen IBM-Produktionsstätten (STP und SMST) große Hersteller von DV-Geräten und Komponenten.

²³ Die Exportquote im Stadtkreis Stuttgart liegt weit unter dem Landes- und Bundes- und Regionsdurchschnitt. Sie betrug 1996 lediglich 19,2 % und stieg 1998 durch den Einbruch im Inland auf gerade einmal 26,6 %.

ckelt und im Vorjahr um 35 % rückläufig war, wie auch für die Kodak AG in Stuttgart Wangen, deren Umsatz sich 1998 um 200 Mio DM verringerte. Neben Stuttgart ist auch für Göppingen ein Umsatzrückgang um -9,1 % zu verzeichnen, allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau, so dass die Auswirkungen auf die regionale Entwicklung zu vernachlässigen sind.

Diese unterdurchschnittliche Entwicklung schlägt auch bei den **leistungsbezogenen Kennzahlen** zu Buche. Der Pro-Kopf-Umsatz in der Region Stuttgart liegt mit 355 TDM zwar immer noch deutlich über den Landes- und Bundeszahlen, der Abstand hat sich aber bei einem Zuwachs um nur 4,7 % gegenüber jeweils 14,1 % deutlich verringert. Der Anteil von Löhnen und Gehältern in der Region Stuttgart liegt mit 22,7 % im Bundesdurchschnitt und ist günstiger als in Baden-Württemberg insgesamt. Beide Kennzahlen sind stark durch die Stuttgarter Sonderentwicklung geprägt, wo der Umsatzeinbruch sich noch nicht in gleichem Umfang bei den Mitarbeiterzahlen spiegelt; dies ist jedoch für das laufende Jahr zu erwarten.

Die **wirtschaftlichen Erwartungen** des Bereichs Elektro/ADV sind insgesamt mäßig, in einigen Teilbranchen sogar deutlich negativ. So wuchs der Auftragseingang 1998 lediglich noch um 3,3 %, der Auftrieb hat sich damit halbiert. Insbesondere die Auslandsbestellungen stagnierten, wobei sich hier zuletzt wieder eine Stabilisierung abzeichnet. Der Anstieg der Inlandsorders um 6,7 % ist zwar erfreulich, wobei damit – im Unterschied zu den anderen Branchen – gerade einmal das Niveau von 1995 wieder erreicht wurde.

	Gesamt	Inland	Ausland
1997 zu 1996	7,7 %	-4,2 %	26,7 %
1998 zu 1997	3,3 %	6,7 %	-0,6 %
1.H. 99 zu 1.H. 98	6,9 %	7,0 %	6,7 %

Tabelle 3.14: Veränderungen des Auftragseingangsindex in den Branchen Elektro/ADV gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum in Baden-Württemberg in %

Quelle: Statistisches Landesamt; IMU-Berechnungen

Für die **einzelnen Teilbranchen** dieses Segmentes zeichnen sich geradezu gegenläufige Entwicklungen ab. Seit 1998 ist insbesondere bei den Herstellern von ADV-Geräten mit einem Zuwachs des Auftragseingangs um 18,6 % im Jahr 1998 und sogar von +61,0 % im Juni 1999 gegenüber dem

(allerdings noch schwachen) 1. Halbjahr 1998 ein regelrechter Boom zu verzeichnen. Hingegen waren die Orders im Bereich Rundfunk, Fernseh- und Nachrichtentechnik (hierzu trägt weiterhin die Alcatel SEL bei) schon im Jahr 1998 mit $-1,3\%$ rückläufig; mit $-8,6\%$ hat sich dieser Trend im ersten Halbjahr 1999 weiter verstärkt. Stabil positiv entwickeln sich die Orders mit zuletzt $+8,9\%$ im Bereich Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik.

Die Umsatzentwicklung zeichnet mit leichter Verzögerung dieses Bild nach. So konnte nach einem Rückgang im ersten Quartal der Umsatz im 1. Halbjahr 1999 insgesamt um $1,2\%$ in der Region Stuttgart zulegen; dies entsprach auch dem Landestrend. Als Stütze erwies sich dabei der Export mit $+2,9\%$, während der Inlandsumsatz mit $-0,6\%$ sogar rückläufig war. Vor dem Hintergrund der zuletzt wieder positiven Auftragszahlen erscheint für das gesamte Jahr 1999 ein Umsatzzuwachs von 3% bis 4% durchaus realistisch.

3.4 Die wirtschaftliche Entwicklung in der EBM-Branche sowie im Papier-, Verlags- und Druckgewerbe

Zwei weitere Branchen der Region weisen einen relevanten Anteil am Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes auf; es sind dies das Papier-, Verlags- und Druckgewerbe (im Folgenden verkürzt als Druck bezeichnet) mit einem Anteil von $6,0\%$ sowie die Herstellung von Eisen-, Blech-, Metallwaren (im Folgenden verkürzt als EBM bezeichnet) mit einem Umsatzanteil von $5,6\%$.

In der Region Stuttgart sind beide Branchen stärker als der Rest des Verarbeitenden Gewerbes von der Entwicklung des Binnenmarktes abhängig und weisen eine deutlich unterdurchschnittliche Exportquote von $11,1\%$ (Druck) und $16,4\%$ (EBM) auf. Allerdings ist ihre Bedeutung für den jeweiligen Landeswert unterschiedlich. Während die Druckindustrie der Region Stuttgart mit einem Umsatzanteil von knapp 31% eine hohe Bedeutung für die gesamte Branche hat, ist die Branche EBM doch wesentlich stärker im Land gestreut. Zwar weist die Region Stuttgart den höchsten Anteil im Regionenvergleich auf, doch liegt dieser mit gut 20% deutlich unter dem Wert für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt.

Der **Umsatz in der Druck-Branche** legte zwischen 1996 und 1998 um $4,6\%$ zu, blieb damit aber leicht hinter dem Landesdurchschnitt zurück. Während v. a. 1997 noch ein Umsatzverlust zu verzeichnen war, konn-

te dieser im letzten Jahr kompensiert werden²⁴. Während sich der Inlandsumsatz eher schwach entwickelte, konnte der Export gegenüber den anderen Betrachtungsräumen aufholen.

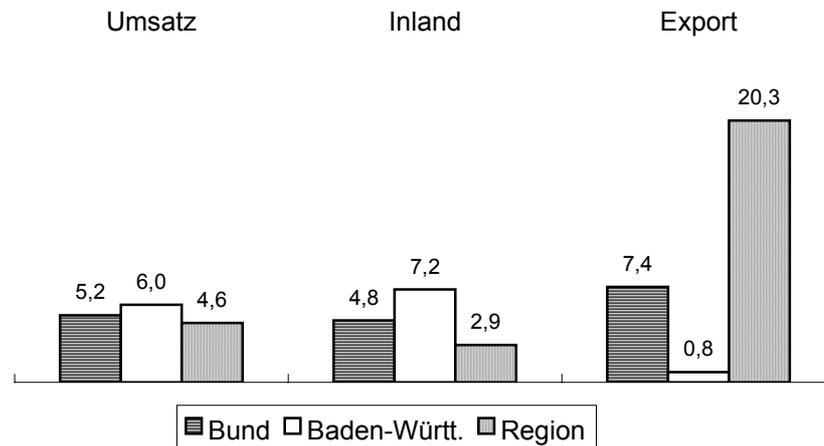


Abbildung 3.6: Umsatz- und Exportentwicklung im Papier-, Verlags- und Druckgewerbe zwischen 1996 und 1998 in %

Quelle: Statistisches Landesamt; IMU-Berechnungen

Schwerpunkte der Druck-Branche innerhalb der Region sind die Stadt Stuttgart mit einem Anteil von 43,1 % sowie der Landkreis Esslingen mit einem Anteil von 30,2 %, jeweils gemessen am Gesamtumsatz der Branche. Dabei konnte Esslingen durch ein überproportionales Wachstum von +18,3 % profitieren und seinen Anteil deutlich ausbauen.

Im Druckgewerbe blieb die **Entwicklung der Auftragseingänge** im letzten Jahr leicht positiv mit einem Zuwachs um 2,9 %; im 1. Halbjahr 1999 hat sich die Lage mit nunmehr +5,0 % weiter verbessert. Dabei konnten zuletzt auch die Auslandorders (+9,0 %) zu diesem positiven Trend beitragen. Dies wirkte sich auch in der Umsatzentwicklung aus: Hier konnte im 1. Halbjahr 1999 ein Zuwachs um +3,7 % realisiert werden. Das Druckgewerbe der Region Stuttgart weist – vor allem getragen vom Inlandsgeschäft (+6,7 %) – aktuell eine doppelt so hohe Dynamik auf wie im Landesdurchschnitt (+1,9 %). Zusammen mit der Auftragsentwicklung erscheint ein Wachstum zwischen 4 % und 5 % in diesem Jahr zu erreichen.

²⁴ Dabei war zuletzt die Dynamik in der Region Stuttgart mit +7,2 % gegenüber 6,6 % im Land deutlich verbessert.

Der **Umsatz in der Branche EBM** konnte im Zweijahresvergleich um 17,9 % zulegen und wies damit eine größere Dynamik auf als das Verarbeitende Gewerbe insgesamt. Vor allem beim Inlandsumsatz konnten die Betriebe der Region Stuttgart günstiger abschneiden als im Landesdurchschnitt, während sie beim Export doch dahinter zurückblieben.

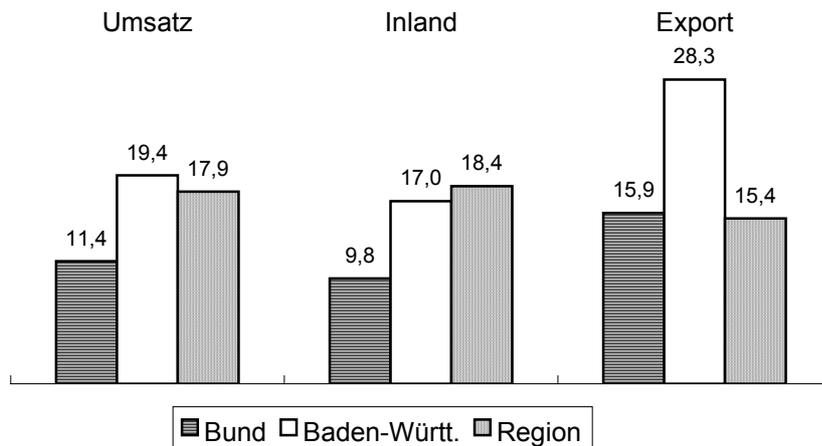


Abbildung 3.7: Umsatz- und Exportentwicklung in der Branche EBM zwischen 1996 und 1998 in %

Quelle: Statistisches Landesamt; IMU-Berechnungen

Betrachtet man die **Kreise der Region** gesondert, so ist die Schwankungsbreite doch beachtlich. Besser als im Regionsdurchschnitt schnitten beim Umsatz der Branche vor allem die Landkreise Ludwigsburg (+29,0 %) und Rems-Murr (+23,7 %) sowie die Stadt Stuttgart (+26,1 %) ab. Hingegen weisen die beiden Kreise mit der größten Bedeutung für die EBM-Branche auch die niedrigsten Wachstumsraten auf. Es sind dies Göppingen mit +11,3 % und Esslingen mit nur 9,2 %. Dadurch verringerte sich ihr Anteil am Gesamtumsatz der Region deutlich.

Umsatzanteile	1996	1998
Göppingen	25,1	23,7
Esslingen	23,2	21,5
Ludwigsburg	17,4	19,1
Rems-Murr	15,0	15,7
Böblingen	10,2	10,9
Stuttgart	9,2	9,2

Tabelle 3.15: Anteile der Kreise der Region Stuttgart an den Umsätzen in der Branche EBM in der Gesamtregion in den Jahren 1996 und 1998

Quelle: Statistisches Landesamt; IMU-Berechnungen

Wie schon weiter oben ausgeführt, zeichnet sich die EBM-Branche traditionell durch eine höhere Arbeitsintensität und damit Beschäftigungsbindung als der Rest des Verarbeitenden Gewerbes aus. Sie weist mit 252 TDM den niedrigsten **Pro-Kopf-Umsatz** des industriellen Sektors auf; der Anteil von Löhnen und Gehältern am Umsatz liegt mit 25,2 % auf Landesniveau, aber doch erheblich über dem Bundesdurchschnitt von 21,8 %. Allerdings haben sich beide Kennzahlen in den vergangenen Jahren für die Region Stuttgart günstiger entwickelt als im Landes- oder Bundesvergleich.

Die **wirtschaftlichen Erwartungen** schienen 1998 mit einem Auftragszuwachs um 7,3 %, davon 10,3 % aus dem Export, freundlich. Allerdings war auch dort schon eine Spreizung zwischen der vorgelagerten Metallherzeugung (-2,9 %) und der nachgelagerten Herstellung von Metallzeugnissen (+10,9 %) zu beobachten. Im ersten Halbjahr 1999 hat sich die Lage für beide Bereiche deutlich verschlechtert: Der Rückgang beläuft sich bei der Metallherzeugung auf -11,1 % und bei der Herstellung von Metallzeugnissen auf -4,0 %, wobei hier im Auslandsgeschäft ein regelrechter Einbruch mit knapp -12,5 % zu verzeichnen war. Positive Erwartungen speisen sich hier allein aus den zuletzt wieder günstigeren Monatswerten.

Die schlechte Auftragsentwicklung wirkt sich auch bei den realisierten Umsätzen aus. Während in Baden-Württemberg in der Branche EBM ein Umsatzrückgang um -2,5 % im ersten Halbjahr 1999 zu konstatieren war, belief er sich in der Region Stuttgart sogar auf -7,5 %. Hierzu trug vor allem ein negatives Inlandsgeschäft von -8,6 % bei. Es ist zu erwarten, dass die Branche diesen Rückschlag nicht mehr aufholen kann und – im Gegensatz zu den Vorjahren – auch am Jahresende eine negative Bilanz ausweisen wird.

4. Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe

Im folgenden Kapitel wird die Entwicklung bei den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVPB)²⁵ im Verarbeitenden Gewerbe dargestellt. Im Zentrum der Untersuchung steht die Beschäftigtenentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe in der Region Stuttgart und ihren einzelnen Kreisen. Die Entwicklung in Baden-Württemberg und den alten Bundesländern wird der Regionsebene gegenübergestellt. Diese sektorale Betrachtung wird für die Hauptbranchen des Verarbeitenden Gewerbes um die funktionale Struktur (ausgeübte Tätigkeiten) ergänzt, um so eine höhere Tiefenschärfe der Strukturbetrachtung zu erzielen²⁶. Einführend wird kurz auf die Beschäftigungsentwicklung insgesamt, also auf die Sektoren *Verarbeitendes Gewerbe*, *Baugewerbe* und *Dienstleistungen*²⁷. eingegangen.

²⁵ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind Personen, für die Beiträge in die Sozialversicherung zu entrichten sind. Informationsbasis für die Beschäftigungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit (BA) ist das 1973 eingeführte Meldeverfahren zur Sozialversicherung. Meldungen sind vorgeschrieben beim Beginn und bei Beendigung einer Beschäftigung. Diese Meldungen erfolgen von den Arbeitgebern an die Krankenkassen, werden dort auf ihre Plausibilität geprüft und an die Rentenversicherungsträger weitergeleitet. Von dort erhält die BA die für ihre Statistiken relevanten Daten. In der Beschäftigtenstatistik werden Angestellte und Arbeiter, einschließlich Auszubildender erfaßt, die kranken- oder rentenversicherungs- bzw. beitragspflichtig nach dem AFG sind, bzw. für die Beitragsanteile zur Rentenversicherung zu entrichten sind. Nicht berücksichtigt werden Beamte, Selbständige und mithelfende Familienangehörige. Stichtag der in diesem Strukturbericht verwendeten Beschäftigtenzahlen ist der 30.06. des jeweiligen Jahres. Datenbasis für die Betrachtung der Beschäftigungsentwicklung in diesem Strukturgutachten ist eine Sonderauswertung der BA sowie Berechnungen des IMU-Instituts.

²⁶ Die funktionale Struktur kann im Rahmen dieses Gutachtens nur cursorisch und für die relevanten bzw. dominanten Wirtschaftszweige in der Region Stuttgart dargestellt werden.

²⁷ Bezüglich der Beschäftigtenentwicklung im Dienstleistungsbereich muß berücksichtigt werden, daß in den Strukturdaten der Bundesanstalt für Arbeit nur die SVPB abgebildet werden; freie Mitarbeiter, Beamte und Selbständige sind in dieser Systematik nicht enthalten.

4.1 Beschäftigte insgesamt

4.1.1 Beschäftigungsentwicklung in den alten Bundesländern

In den **alten Bundesländern** konnte 1998 der seit sechs Jahren stattfindende Beschäftigtenabbau deutlich abgebremst werden. So ging zwar 1998 die Zahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVPB) gegenüber dem Vorjahr um insgesamt rund 21.500 zurück, der prozentuale Verlust von lediglich noch 0,1 Prozent signalisiert jedoch den Stopp des dramatischen Beschäftigtenabbaus aus den Vorjahren. So gingen allein 1997 noch rund 248.000 Arbeitsplätze verloren und über den Fünfjahreszeitraum von 1993 bis 1998 musste sogar ein Verlust von insgesamt 1,05 Mio. Arbeitsplätzen verkraftet werden. Diese starken Verluste innerhalb der letzten Jahre resultierten aus dem Beschäftigtenabbau im Verarbeitenden Gewerbe sowie dem Bausektor und einzelnen Wirtschaftszweigen des tertiären Sektors²⁸.

Die günstige Entwicklung bei den SVPB ist zum einen dem Beschäftigungsaufbau im Dienstleistungssektor zu verdanken sowie dem drastisch reduzierten Abbau im Verarbeitenden Gewerbe. Wurden hier im Zeitraum 96/97 noch 165.000 Arbeitsplätze abgebaut, betrug der Abbau 97/98 gerade noch 9.880 Arbeitsplätze. 1998 hinterließ vor allem auch in den Hauptbranchen des Verarbeitenden Gewerbes²⁹ die fortgesetzte günstige Konjunkturentwicklung (BIP +2,8 %) auch entsprechend positive Spuren bei der Beschäftigung.

²⁸ Wir verwenden in diesem Strukturbericht – soweit nicht anders gekennzeichnet – Daten aus der Beschäftigtenstatistik von der Bundesanstalt für Arbeit (BA). Vergleicht man die in diesem Strukturbericht verwendeten Beschäftigtenzahlen, so ergeben sich für das Verarbeitende Gewerbe Abweichungen gegenüber der von der BA veröffentlichten Beschäftigtenstatistik. So sind die im Strukturbericht dargestellten Beschäftigtenzahlen für das Verarbeitende Gewerbe geringer als die der BA: Alte Bundesländer (163.000), Baden-Württemberg (22.000), Region Stuttgart (6.000). Angesichts der gleichen Datenbasis dürfte es diese Unterschiede nicht geben. Hintergrund für die Abweichungen ist eine andere Zuordnung von Wirtschaftszweigen zum Verarbeitenden Gewerbe. Während bei der BA der Bereich Lüftungs- und Klimabau der Eisen-, Blech- und Metallbranche zugeordnet wird, wird dieser Bereich bei uns dem Ausbaugewerbe – also dem Bausektor – zugeordnet. In der Summe – über alle Sektoren – stimmen die Beschäftigtenzahlen der BA und des IMU-Instituts überein.

²⁹ Die beschäftigungsstarken Hauptbranchen des Verarbeitenden Gewerbes sind Straßenfahrzeugbau, Elektrotechnik und der Maschinenbau. In diesen drei Branchen waren 1998 in den alten Bundesländern fast 40% aller im Verarbeitenden Gewerbe sozialversicherungspflichtig Beschäftigten tätig.

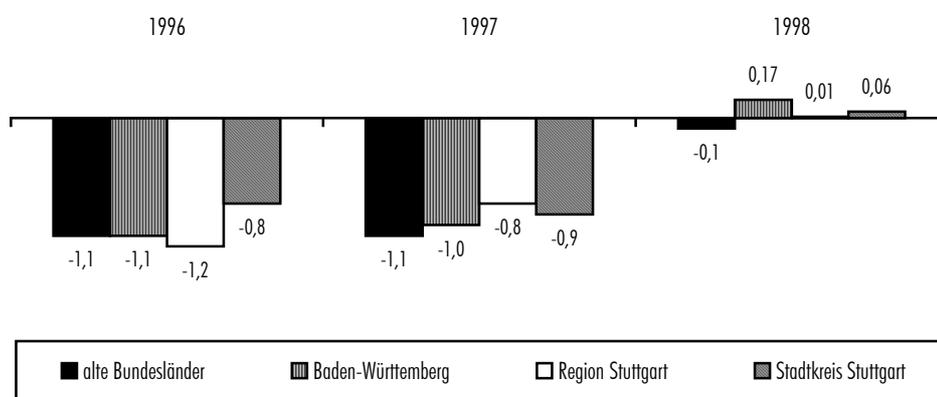


Abbildung 4.1: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt gegenüber Vorjahr in %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Frauenbeschäftigung in den alten Bundesländern

In den alten Bundesländern waren 1998 rund 9,5 Millionen Frauen in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen gemeldet, damit hatten die Frauen einen Beschäftigtenanteil von 43,0 %, dies ist ein leichter Anteilsverlust (-0,1 %) gegenüber dem Jahr 1997. Knapp 2 Millionen Frauen sind im Produzierenden Gewerbe beschäftigt, im Dienstleistungssektor arbeiten mit gut 7,5 Millionen fast 80 % der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen. Auch innerhalb des Dienstleistungssektors gibt es Branchen mit einem überdurchschnittlichen Frauenanteil, dies sind im wesentlichen der Handel, die Gebietskörperschaften sowie die haushaltsbezogenen Dienstleistungen.³⁰

Zwischen 1997 und 1998 verlief der Beschäftigtenrückgang in den alten Bundesländern bezogen auf die SVPB insgesamt moderat, wenn man ihn den deutlich stärker ausgeprägten Verlusten aus den Vorjahren gegenüberstellt. Auch wenn die Verluste zwischen 1997 und 1998 insgesamt relativ gering waren, so gingen sie doch voll zu Lasten der sozialversicherungs-

³⁰ Unter den haushaltsbezogenen Dienstleistungen werden die Bereiche Wissenschaft/Bildung, Kunst/Medien, Verlagswesen, Gastgewerbe, Reinigung/Körperpflege, das Gesundheitswesen, Gebäudereinigung sowie übrige persönliche Dienstleistungen zusammengefaßt.

pflichtig beschäftigten Frauen. Von den im Betrachtungszeitraum abgebauten Stellen bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Höhe von insgesamt 21.470 waren 20.800 zu Lasten beschäftigter Frauen zu verbuchen.

SVPB	Männer		Frauen	
	1997 - 1998	In %	1997 - 1998	in %
Alte Bundesländer	-634	-0,0%	-20.838	-0,2%
Baden-Württemberg	+10.477	+0,5%	-4.413	-0,3%
Region Stuttgart	+2.126	+0,4 %	-2.015	-0,5 %

Tabelle 4.1: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVPB) zwischen 1997 und 1998 insgesamt nach Geschlecht

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Diese Verluste bei den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen wurden aus zwei Sektoren gespeist: Dem **Verarbeitenden Gewerbe**, wo in den alten Bundesländern der Reduzierung um 9.880 SVPB insgesamt ein Abbau bei den Frauen um über 25.000 Arbeitsplätze gegenübersteht.

Der Dienstleistungssektor konnte insgesamt den Verlust aus dem Verarbeitenden Gewerbe zahlenmässig kompensieren, einzelne Dienstleistungszweige wie der Handel (-19.700), das Gesundheitswesen (-9.600) oder die Gebietskörperschaften (-13.600) trugen aber weiterhin zu den Verlusten bei den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen bei.

Im Dienstleistungsbereich sind vor allem Verwaltungstätigkeiten abgebaut worden, und auch hier zu Lasten von sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen. In den alten Bundesländern wurden zwischen 1997 und 1998, bezogen auf die Summe aller SVPB insgesamt, 2.000 Arbeitsplätze bei den Verwaltungstätigkeiten abgebaut. Bei der geschlechtsspezifischen Betrachtung wird die deutlich negativere Entwicklung bei den Frauen in diesem Tätigkeitsbereich offensichtlich. Während die Männer bei den Verwaltungstätigkeiten einen Anstieg um 6.200 Beschäftigte hatten, gingen bei den Frauen 8.200 Arbeitsplätze bei den Verwaltungstätigkeiten verloren.

Eine detailliertere Betrachtung des Verarbeitenden Gewerbes und insbesondere der Dienstleistungen erfolgt in den jeweiligen Kapiteln dieses Strukturberichts, wobei an dieser Stelle schon vermerkt werden kann, dass Frauen – bezogen auf die Anzahl der Arbeitsplätze in allen Wirtschaftsbe-

reichen - 1998 erstmals wieder als die Verliererinnen der Beschäftigungsentwicklung bezeichnet werden müssen.³¹

4.1.2 Leichte Beschäftigungsgewinne in Baden-Württemberg

Die Situation bei den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt (bezogen auf alle Wirtschaftszweige), hat sich zwischen 1997 und 1998 in Baden-Württemberg nochmals günstiger entwickelt als in den alten Bundesländern. Den Zuwachs um 0,2 % beziehungsweise um absolut 6.064 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte verdankt Baden-Württemberg dem Beschäftigungsaufbau im **Verarbeitenden Gewerbe**, welches mit dem Anstieg um 10.700 Beschäftigte ein überdurchschnittliches Wachstum bei den SVPB aufwies. Zurückhaltender war die Entwicklung bei den **Dienstleistungen**, die mit einem Zuwachs um 3.000 Arbeitsplätze nicht so stark von der positiveren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung profitieren konnten. Der **Bausektor** konnte im Zeitraum 1997 / 1998 mit 7.660 SVPB den Abbau gegenüber den Zeitraum 96/97 zwar annähernd halbieren, im Gegensatz zum Verarbeitenden Gewerbe und den Dienstleistungen trat aber wiederholt keine positive Beschäftigungsentwicklung ein. Die Aussichten auf eine nachhaltige Verbesserung der Beschäftigungssituation sind eher mäßig. Die grösste Bausparte - der Wohnungsbau – profitiert von leichten Auftragszuwächsen, aufgrund des niedrigen Auftragsniveaus ist hier aber lediglich ein Stopp des Personalabbaus zu erwarten. Vom öffentlichen Bau gehen in Baden-Württemberg derzeit keine positiven Impulse aus und der Industriebau ist eine relativ kleine Bausparte, deren gegenüber der Gesamtbranche positivere Auftragslage, kaum auf die Beschäftigungssituation im Bau insgesamt ausstrahlt.

³¹ Da Frauen im tertiären Sektor überproportional beschäftigt sind, konnten diese vom Strukturwandel – und dem damit einhergehenden Wachstum des Dienstleistungssektors – bezogen auf ihren Anteil bei den Beschäftigten, profitieren. Bezogen auf alle Wirtschaftsbereiche konnten Frauen von den Beschäftigungszuwächsen im Zeitraum 1980 bis 1991 überproportional profitieren, während sie vom Beschäftigungsabbau 1991 bis 1997 unterproportional betroffen waren. Zum Teil läßt sich diese Entwicklung auch durch die Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze erklären, was in der Beschäftigtenstatistik den Abbau geringer erscheinen läßt.

SVPB	1990	1996	1997	1998	Diff. 97-98	Diff. in %	Diff. 90-98	Diff. in %
BRD- West	22.365.632	22.343.011	22.095.232	22.073.760	-21.474	-0,1	-291.872	-1,3
Ba- Wü	3.785.966	3.697.233	3.661.088	3.667.152	6.064	0,2	-118.814	-3,14
Reg. Stgt.	1.097.786	1.028.211	1.019.564	1.019.675	111	0,0	-78.111	-7,1
Stutt- gart	378.731	341.435	338.430	338.642	212	0,1	-40.089	-10,6
Böb- lingen	154.613	142.290	142.288	143.104	816	0,6	-11.509	-7,4
Ess- lingen	188.141	177.684	175.206	174.775	-431	-0,3	-13.366	-7,1
Göpp.	87.912	82.853	80.158	79.204	-954	-1,2	-8.708	-9,9
Ludw.- bg.	158.673	158.337	158.381	159.747	1.366	0,9	1.074	0,7
Rems- Murr	129.716	125.612	125.101	124.203	-898	-0,7	-5.513	-4,3

Tabelle 4.2: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 1990 und 1998

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Frauenbeschäftigung in Baden-Württemberg

Bei der geschlechtsspezifischen Betrachtung kehrt sich das positive Ergebnis jedoch um. Stiegen die Beschäftigtenzahlen in **Baden-Württemberg** bezogen auf alle Wirtschaftsbereiche insgesamt um über 6.000 an, so verzeichneten die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen einen Verlust um 4.400 Arbeitsplätze, während die Männer zwischen 1997 und 1998 vom überdurchschnittlichen³² Beschäftigtenanstieg profitierten und bei den SVPB insgesamt einen Zugewinn um knapp 10.500 Arbeitsplätze verzeichnen konnten. Dieser Rückgang bei den Frauen war prozentual in Baden-Württemberg etwas stärker als in den alten Bundesländern.

Frauen waren vom Beschäftigtenabbau in den Dienstleistungsbranchen Handel, Gebietskörperschaften und Verkehr überproportional betroffen,

³² Gegenüber den alten Bundesländern insgesamt.

während sie von den Zuwächsen im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen³³ nur unterproportional profitierten. Diese geschlechtsspezifische Entwicklung zeichnete sich in Baden-Württemberg wie auch in den alten Bundesländern insgesamt ab.

Die günstige Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt verdeckt die anhaltenden Beschäftigungsverluste von Branchen, in denen Frauen stärker vertreten sind; Textil, Bekleidung, Nahrungsmittelindustrie. Der anhaltende Abbau in diesen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes ist eine wesentliche Ursache für die negativere Entwicklung bei den Frauenarbeitsplätzen. Die Expansion in den beschäftigungsstarken Metallbranchen wiederum ging an den Frauen zwar nicht gänzlich vorbei, aber sie konnten hier nur unterdurchschnittliche Beschäftigtenzuwächse erreichen.

4.1.3 Stagnation bei der Beschäftigung in der Region Stuttgart

Die Zuwächse bei den SVPB verliefen in der Region Stuttgart im Zeitraum 1997/98 gegenüber dem Land nur unterdurchschnittlich. Mit einem Zuwachs um 111 Beschäftigte (0,01 %) konnte der Abbau zwar gestoppt werden, durch die ungünstigere Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe und dem anhaltenden Abbau im Bausektor konnte aber keine Trendwende bei den SVPB insgesamt eingeleitet werden. Der Zuwachs betrug im Verarbeitenden Gewerbe 292 Arbeitsplätze (0,07 %) und liegt damit deutlich unter den Erwartungen, die sich aus dem insgesamt günstigen konjunkturellen Umfeld abgeleitet hatten.

Anders als im Land resultiert der Beschäftigungsanstieg bei den SVPB insgesamt nicht aus der Dynamik im Verarbeitenden Gewerbe sondern aus den Zuwächsen bei den Dienstleistungen, die im Jahr 1998 gegenüber dem Vorjahr um 1.570 Beschäftigte anstiegen. Allerdings gab es auch innerhalb des Dienstleistungssektors der Region Stuttgart Verliererbranchen. Einen anhaltenden und überdurchschnittlichen Abbau mussten vor allem die Bundespost (-1.043/-11,9 %), der Handel (-3.480/-2,7 %) sowie die Gebietskörperschaften (-988/-2,2 %) verzeichnen. Wenn auch gebremst, hielt der Beschäftigtenabbau im Bausektor auch in der Region Stuttgart an. Zwischen 1997 und 1998 gingen hier nochmals 1.750 Arbeitsplätze verloren.

³³ Zu den unternehmensbezogenen Dienstleistungen werden die Bereiche Rechts- und Wirtschaftsberatung, Technische Beratung, Wirtschaftswerbung, Grundstücksvermietung, Vermietung sowie übrige Dienstleistungen für Unternehmen zusammengefaßt.

Frauenbeschäftigung in der Region Stuttgart

Auch in der Region Stuttgart wurden bei den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen deutlich stärkere prozentuale Verluste verbucht als auf Bundes- oder Landesebene. Dem Abbau bei den Frauen um gut 2.000 Beschäftigte zwischen 1997 und 1998, steht in der Region ein Zuwachs bei den Männern um gut 2.100 Beschäftigte gegenüber.

Ursache für diese geschlechtsspezifische Polarisierung in der Beschäftigungsentwicklung ist einerseits der gegenüber der Gesamtentwicklung unterdurchschnittliche Anstieg der Frauenbeschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe. In diesem Sektor wurde in der Region insgesamt ein bescheidener Zuwachs um knapp 300 Beschäftigte erreicht, während bei den Frauen ein Rückgang um knapp ein Prozent deren Beschäftigtenzahl um 765 reduzierte. Im Dienstleistungssektor der Region Stuttgart wurden im Handel über 2.000, bei der Bundespost und den Gebietskörperschaften jeweils über 600 Arbeitsplätze von sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen abgebaut. Der Abbau von sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen verlief in der Region Stuttgart in diesen Wirtschaftszweigen prozentual deutlich stärker als auf Landes- und Bundesebene.

Wirtschaftszweig	1980	1991	1995	1997	1998
Verarbeitendes Gewerbe	148.160	145.373	113.523	106.917	106.152
Handel	65.287	74.446	71.949	68.987	66.956
Verkehr /Nachrichten	11.994	15.456	15.639	14.408	13.894
Kredit/Versicherung	22.600	28.040	29.926	28.423	28.438
Unternehmensbez. Dienstleistungen	17.111	31.506	36.149	35.723	37.628
Haushaltsbezogene Dienstleistungen	67.086	88.921	96.450	101.049	101.348
Staat / Org. ohne Erwerbscharakter	42.576	54.589	57.162	56.132	55.601
Summe	385.704	451.595	434.273	423.781	421.766

Tabelle 4.3: Entwicklung der Frauenbeschäftigung in der Region Stuttgart 1980 – 1998 nach Wirtschaftsbereichen (SVPB jeweils 30.06.)

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, IMU-Berechnungen

4.2 Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe

4.2.1 Verarbeitendes Gewerbe in den alten Bundesländern

Beschäftigtenabbau im Verarbeitenden Gewerbe kommt zum Stillstand

Eine merkliche Entspannung der Beschäftigungssituation ergab sich im Verlauf des Betrachtungszeitraums. Die insgesamt positive wirtschaftliche Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe schlug **in den alten Bundesländern** 1998 endlich auch bei der Beschäftigungsentwicklung positiv zu Buche. Gab es zwischen 1996 und 1997 im Verarbeitenden Gewerbe in Westdeutschland noch einen Verlust um 165.800 SVPB (-2,3 %), so kam es im Zeitraum 1997/98 gerade noch zu einem Abbau um 9.880 SVPB (-0,1 %). Wie massiv die Beschäftigtenverluste in den vergangenen Jahren waren, zeigt sich bei der Betrachtung der Zeitspanne von 1990 bis 1998; in diesem Zeitraum gingen im Verarbeitenden Gewerbe in den alten Bundesländern insgesamt über 1,46 Millionen Arbeitsplätze verloren (-17,4 %).

In den alten Bundesländern verzeichneten beschäftigungsstarke Wirtschaftszweige wie die Nahrungsmittelindustrie (-14.400/ -2,6 %) und die Chemie (-20.600/ -4,1 %) zwischen 1997 und 1998 wiederum ausgeprägte Verluste bei den Beschäftigten. Auf der „Verliererstraße“ befinden sich auch die eher exportschwachen, binnenmarktorientierten Branchen wie die Holzverarbeitung (-11.700/ -3 %) oder die Textilbranche (-13.700/ -5 %).

Überdurchschnittlich wuchs die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Straßenfahrzeugbau (28.300/ 3 %), dem Wirtschaftszweig Stahlverformung (11.000/ 4 %), der Kunststoffindustrie (11.300/ 4 %) und der elektrotechnischen Industrie (8.100/ 1 %). Die Mehrzahl der dem Verarbeitenden Gewerbe zugerechneten Wirtschaftszweige konnte jedoch nicht die Talfahrt bei den Beschäftigtenzahlen stoppen. Im Verarbeitenden Gewerbe konnte 1998 trotz dem insgesamt günstigen Konjunkturmilieu in den alten Bundesländern der seit 1991 anhaltende Beschäftigungsabbau lediglich stark abgebremst werden.

Die Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe wird **in den alten Bundesländern** insgesamt den 1998 eingeschlagenen optimistisch stimmenden Entwicklungspfad nicht fortsetzen. Ein ähnlich hohes Bruttoinlandsprodukt wie 1998 (+2,8 %) als Motor der Beschäftigungsentwicklung ist 1999 nicht mehr zu erreichen. Die „Beschäftigungsschwelle“, also ein

realer Beschäftigungsanstieg, setzte im Jahr 1998 erst bei einem realen Wirtschaftswachstum von rund 3 % ein. Nur dort, wo zuvor durch Personalabbau Kapazitätsgrenzen sichtbar wurden, entstanden in einzelnen Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes auch bei einem geringeren Wachstum Arbeitsplätze. Die Prognosen der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen für 1999 mit einem Wachstum des BIP um rund 1,5 %. Dies würde bedeuten, daß die positive Entwicklung von 1998 lediglich ein Zwischenhoch darstellte, und für die Beschäftigungsentwicklung im Jahr 1999 per Saldo mit einem leichten Rückgang zu rechnen ist.

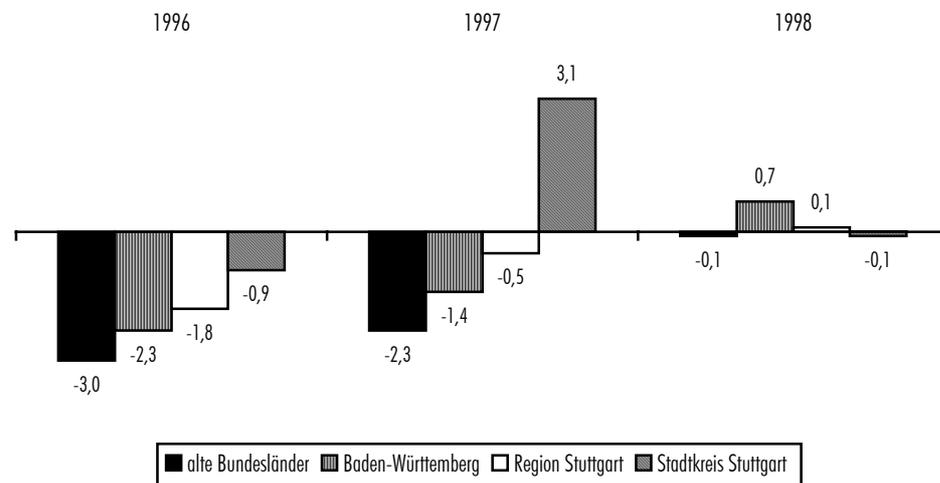


Abbildung 4.2: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe gegenüber Vorjahr in %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

4.2.2 Verarbeitendes Gewerbe in Baden-Württemberg

In der Beschäftigtenentwicklung Baden-Württembergs kam es 1998 im Verarbeitenden Gewerbe erstmals wieder seit 1991 zu einem Beschäftigungsaufbau. Während im Bund 1998 die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe noch leicht zurückging, stieg 1998 im Land die Zahl der Beschäftigten um 10.700 (+0,7%). Ob sich der erhoffte Beschäftigungsaufbau im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt auch 1999 in Baden-Württemberg fortgesetzt ist fraglich. Für eine weitere Verbesserung der Beschäftigungssituation

wäre ein stärkeres Wachstum der Binnennachfrage notwendig, dies ist aber bisher nicht zu beobachten. Aus der noch immer steigenden Auslandsnachfrage lässt sich alleine keine Garantie für mehr Beschäftigung ableiten.

Die gegenüber den alten Bundesländern positivere Entwicklung verdankt das baden-württembergische Verarbeitende Gewerbe der beschäftigungsstarken **Metallindustrie**³⁴. In der Metallindustrie des Landes stieg zwischen 1997 und 1998 die Zahl der SVPB um insgesamt 19.100 an, im Vorjahreszeitraum 97/98 kam es hier noch zu Verlusten in Höhe von 6.100 SVPB. Die baden-württembergische Metallindustrie profitierte vor allem von der sehr guten Kfz-Konjunktur mit entsprechend positiver Umsatz-, Produktions- und Investitionsentwicklung, die sich 1998 auch in einem Anstieg bei den Beschäftigten widerspiegelte.

Bei weitem nicht so negativ wie in den alten Bundesländern verlief in **Baden-Württemberg** auch die Beschäftigungsentwicklung in den Wirtschaftszweigen Chemie (-1,1 %) und Nahrungsmittelindustrie (-0,2 %). Mit einem Zuwachs um beinahe 9 % bzw. rund 5.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen erzielte der Wirtschaftszweig Stahlverformung den zweithöchsten absoluten Beschäftigtenanstieg innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes.

Erneut setzte sich in Baden-Württemberg der Investitionsgüterhersteller **Maschinenbau** erfolgreich vom Bundestrend (+6.500/+0,8 %), mit einem Beschäftigungszuwachs um 9.380 SVPB (+4 %), ab. Der Maschinenbau konnte in Baden-Württemberg bereits zwischen 1996 und 1997 den seit 1991 anhaltenden Beschäftigtenabbau deutlich abbremsen und schaffte jetzt die Kurve zum Beschäftigtenanstieg. Im beschäftigungsstärksten Wirtschaftszweig des Landes waren zum Stichtag 30.6.1998 rund 247.000 Männer und Frauen beschäftigt, 1990 waren es noch rund 290.000.

Im **Straßenfahrzeugbau** erhöhte sich die Zahl der SVPB in Baden-Württemberg um knapp 4.000 (+1,8 %). Gegenüber der Entwicklung in den alten Bundesländern (+28.300/+3,1 %) hat die Beschäftigung in diesem Wirtschaftszweig im Land nur unterdurchschnittlich zugenommen.

Die Beschäftigungszuwächse wurden 1998 weniger in der Kfz-Industrie selbst, sondern eher in den **Kfz-nahen Metallbranchen** und Zulieferindustrien realisiert. Zu nennen sind hier vor allem die Wirtschaftszweige Stahlverformung mit einem Zuwachs bei den SVPB um 4.940 (+8,8 %), sowie die Eisen-, Blech- und Metallwaren-Branche (EBM) mit einem ge-

³⁴ Zur Metallindustrie werden hier die Wirtschaftszweige Metallverarbeitung, Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau, Feinmechanik und Herstellung von Eisen-, Blech-, Metallwaren zusammengefasst.

genüber den alten Bundesländern überdurchschnittlichen Zuwachs bei den SVPB um 1.950 (+2,4 %).

In der Metallindustrie wurde trotz aller Rationalisierungsmassnahmen und den damit einhergehenden Produktivitätssteigerungen der Beschäftigtenaufbau notwendig, um den steigenden Auftragseingängen gerecht zu werden. Entgegen den Erwartungen führender Institute und Verbände³⁵ setzte sich der Kfz-Boom vor allem in der baden-württembergischen Kfz-Industrie, bei den Zulieferern und den Investitionsgüterherstellern in den ersten Monaten des laufenden Jahres fort. Die negativen Szenarien, die im Zusammenhang mit den Krisen in Fernost und Südamerika aufgezeichnet wurden, haben sich in der Kfz-Branche noch nicht bestätigt. Auch wenn wir uns im Kfz-Bereich mit unterschiedlichen Firmenkonjunkturen konfrontiert sehen, wiesen gerade die baden-württembergischen Kfz-Hersteller ausserordentlich positive wirtschaftliche Entwicklungen auf.

Die Zurückhaltung bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze steht sicherlich auch in Zusammenhang mit der „Psychologie“ in dieser Branche. Angesichts bereits bestehender weltweiter Überkapazitäten, Krisen in zentralen Wirtschaftsräumen³⁶ und einem damit zu erwartendem Rückgang des Weltwirtschaftswachstums, werden die anhaltenden Wachstumsraten insbesondere von der Zulieferindustrie mit Zurückhaltung zur Kenntnis genommen. Reale Investitionsentscheidungen und Personaleinstellungen werden in einem solchen von Misstrauen in die weitere Konjunktur geprägten Klima erst einmal hintenan gestellt. Die derzeitigen Volumina von Überstunden und Zeitkonten, sowie der Anstieg von zeitlich befristeten Arbeitsplätzen, sind mit Sicherheit auch ein Ergebnis dieser Unsicherheit.

Dennoch wird unserer Meinung nach zurecht auf die beschäftigungspolitischen Folgen einer abkühlenden Weltwirtschaft beziehungsweise nachweislich bestehender Überkapazitäten im Kfz-Markt hingewiesen. Angesichts der aktuellen Boomphase im Straßenfahrzeugbau hätte schon eine Konsolidierung auf leicht niedrigerem Niveau deutlich negative Beschäftigungseffekte in dieser beschäftigungsstarken Branche zur Folge. Der konjunkturelle Motor in Baden-Württemberg und der Region Stuttgart, in dessen Windschatten sich die Beschäftigtenzahlen der Metallindustrie erhöhen, kann leicht ins Stottern geraten.

³⁵ Zu nennen sind hier die Prognosen des VDA (Verband der deutschen Automobilindustrie), des Ifo-Instituts sowie Marketing Systems, welche 1998 für 1999 eine Stagnation bzw. ein Wachstum von 1-2 % für die Kfz-Branche prognostizierten.

³⁶ Asien, Rußland, Lateinamerika

Stagnierend ist die Beschäftigungsentwicklung **in der Elektrotechnischen Industrie**. Wurden 1998 im zweitgrößten Wirtschaftszweig des Landes Baden-Württemberg mit insgesamt noch 221.800 Beschäftigten, 70 SVPB weniger registriert als im Vorjahr, gab es in den alten Bundesländern immerhin einen Zuwachs um insgesamt 8.110 SVPB (+0,9 %). Hier wirkte sich auch die gegenüber dem Verarbeitenden Gewerbe unterdurchschnittliche Auslandsnachfrage bremsend auf die Beschäftigungsentwicklung aus.

Es gab auf Landesebene im Verarbeitenden Gewerbe aber auch echte „**Verliererbranchen**“, die einen anhaltenden und gegenüber der Bundesentwicklung überproportionalen Abbau zu verzeichnen hatten. Es sind wie in den Vorjahren die exportschwachen und stärker binnenmarktorientierten Wirtschaftszweige wie Textil und Bekleidung, der Druckereibereich sowie die Holz- und Papierindustrie. In der **Textilindustrie** wurden im Land seit 1990 über die Hälfte der Arbeitsplätze abgebaut, von den seinerzeit noch vorhandenen 70.000 SVPB sind gerade noch 34.000 SVPB übrig. Der Abbau hielt auch zwischen 1997 und 98 mit einer Reduzierung bei den SVPB um 2.160 (-6 %) an. **Im Druckbereich** reduzierte sich die Zahl der SVPB überproportional um 1.675 (-4 %) Hier wirkte sich auch eine der größten Insolvenzen der Branche negativ auf die Beschäftigungsentwicklung dieses Wirtschaftszweiges aus.

4.2.3 Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe der Region Stuttgart stagniert

Bisher keine positiven Effekte durch Kfz-Boom

Die Beschäftigungsentwicklung des Verarbeitenden Gewerbes in der Region Stuttgart konnte 1998 nicht an die Entwicklung auf Landesebene anknüpfen. Auch wenn im Verlauf des Zeitraums 1997/98 die Region Stuttgart besser abschnitt als die Beschäftigungsentwicklung in den alten Bundesländern, so betrug der Zuwachs in der Region bei den SVPB 1998 gegenüber dem Vorjahr lediglich 292 Beschäftigte bzw. 0,07 %, also Stagnation. Ohne die günstige Entwicklung im Kfz-Bereich hätten wir in der Region Stuttgart 1998 per Saldo einen Beschäftigungsabbau erlebt.

Erfreulich ist, daß erstmals seit 1991 kein Abbau bei den Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt mehr stattfand. Allerdings ist für die Region Stuttgart aufgrund der starken Ausrichtung des Verarbeitenden Gewerbes auf das Kfz und die Hoffnung, am Kfz-Boom proportional partizipieren zu können, eine positivere Entwicklung erwartet worden. Die positivere Gesamtentwicklung der Kfz-Branche auf Landesebene zeigt aber, dass

andere Regionen in Baden-Württemberg weitaus stärker von der sehr guten Kfz-Konjunktur profitieren konnten als die Kernregion selbst.

Während der **Straßenfahrzeugbau** in der Region Stuttgart gegenüber der Landes- und Bundesentwicklung nur unterdurchschnittliche Beschäftigtenzuwächse aufweisen kann, ragt der **Maschinenbau** als positivster Ausreiser bei der Beschäftigtenentwicklung hervor. Hier konnte zwischen 1997 und 1998 ein deutlich stärkerer Anstieg in der Region Stuttgart bei den Beschäftigten erreicht werden. Dagegen verbuchte die zweitgrößte Branche der Region, die **Elektrotechnische Industrie**, einen massiven Beschäftigungsverlust, der bei weitem negativer ausgeprägt war als im Land und in den alten Bundesländern. Weitere **Problemkinder des Verarbeitenden Gewerbes in der Region Stuttgart** sind die Textilindustrie, der Druckereibereich mit einem Verlust von 530 Arbeitsplätzen, die Holzbearbeitungsbranche mit einem Rückgang bei den Beschäftigten um rund 700 Beschäftigte. Kein Optimismus herrscht aber auch bei der Nahrungsmittelindustrie, in der weiter Arbeitsplätze abgebaut wurden.

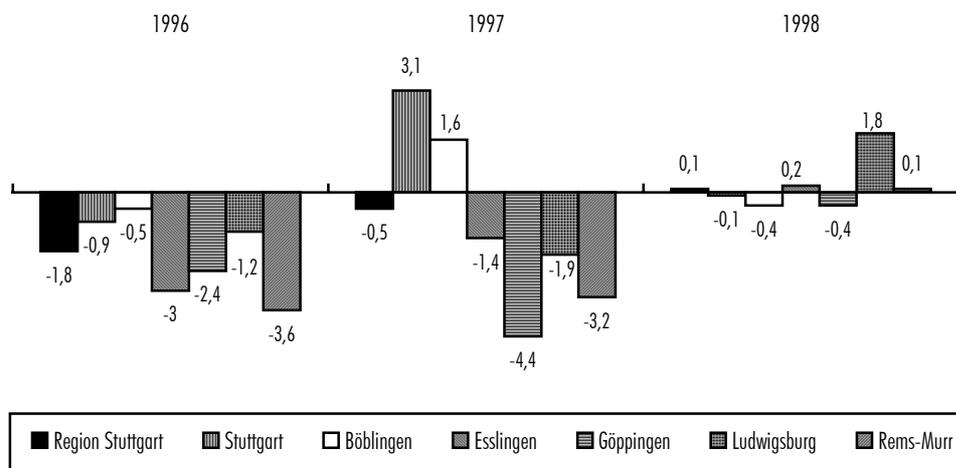


Abbildung 4.3: Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe in der Region Stuttgart und in den Kreisen der Region, jeweils im Vergleich zum Vorjahr in %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

4.2.4 Beschäftigungsentwicklung in den einzelnen Kreisen der Region Stuttgart

Verarbeitendes Gewerbe stärkt Ludwigsburg

Unter den einzelnen Kreisen in der Region Stuttgart gab es lediglich einen „Gewinner“, den **Kreis Ludwigsburg**: Hier verlief die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe 1998 insgesamt mit einem Anstieg bei den SVPB um 1.240 (+1,8 %) deutlich positiver als im Landes- und Regionsdurchschnitt. Herausragend war hier die **Elektrotechnische Industrie** mit einem überdurchschnittlichen Zuwachs um 580 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (+4,1 %). Das größte Unternehmen ist in dieser Branche die Fa. Bosch, die im Kreis Ludwigsburg vor allem im Bereich Fahrzeugtechnik über große Produktionsstandorte verfügt. Unterdurchschnittlich waren die Beschäftigtenzuwächse in den Wirtschaftszweigen **Straßenfahrzeugbau** (+29/+0,3 %) und **EBM** (+15/+0,4 %). Während die Maschinenbaubranche auf Landesebene und in allen anderen Kreisen der Region Stuttgart Beschäftigung aufbaute, erlebte der **Maschinenbau** – als zweitgrösster „Arbeitgeber“ – im Kreis Ludwigsburg einen leichten Beschäftigungsrückgang.

Restrukturierungen in der Elektrotechnik prägen Kreis Esslingen

Eine Stagnation bei der Beschäftigtenentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe erlebte 1998 der **Kreis Esslingen**, mit einem minimalen Zuwachs um 129 Beschäftigte (+0,2 %) gegenüber dem Vorjahr. Diese leicht positive Entwicklung verdankt der Kreis Esslingen hierbei dem starken Beschäftigtenzuwachs im **Maschinenbau**. In dieser den Kreis Esslingen dominierenden Branche wurde mit einem Anstieg um 17,6 % bzw. 2.830 Beschäftigte der höchste prozentuale und absolute Zuwachs innerhalb der Region erzielt. Die Maschinenbaubranche wird im Kreis Esslingen vom Branchenzweig Werkzeugmaschinenbau geprägt, der vor allem für die Kfz-Industrie eine zentrale Bedeutung besitzt.

Dramatische Verluste ergaben sich im Kreis Esslingen in der **Elektrotechnischen Industrie**, wo 1998 mit einem Abbau um 2540 SVPB (-15,5 %) der seit 1991 anhaltende Beschäftigungsabbau nochmals verstärkt wurde. In der Elektrotechnik im Kreis Esslingen gingen zwischen 1990 und 1998 7.750 Arbeitsplätze verloren (-36%). Aus diesen Einbrüchen resultiert die schwache Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes im Kreis Esslingen insgesamt. Allerdings: die Beschäftigtenverluste in diesem Wirtschaftszweig sind in der Region ein markanter Ausreiser, der sich nicht mit

Insolvenzen, Standortverlagerungen oder betrieblichen Massentlassungen im Kreis Esslingen erklären lässt.

Als Ursache kommt erstens das verstärkte Outsourcing von Wartungs- und Servicetätigkeiten aus den Industriebetrieben an externe Dienstleister bzw. Handwerksbetriebe in betracht. Zum zweiten werden zunehmend Service- und Wartungstätigkeiten mitsamt den Beschäftigten in eigenständige Dienstleistungsunternehmen umgewandelt und aus dem Industriebetrieb ausgegliedert. Hierfür sprechen auch die Beschäftigungszuwächse bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen aber auch im Maschinenbau. Hinter der spezifischen Beschäftigungsentwicklung in der Elektrotechnik im Kreis Esslingen verbirgt sich eher ein – auch statistischer – Effekt des Strukturwandels, als ein echter Abbau von Arbeitsplätzen in dieser dramatischen Grössenordnung.

Im Straßenfahrzeugbau entstanden im Kreis Esslingen 370 neue Arbeitsplätze, prozentual stieg die Beschäftigtenzahl in dieser Branche um überdurchschnittliche 2,6 % an.

Rems-Murr-Kreis

Im **Rems-Murr-Kreis** stagnierte das Verarbeitende Gewerbe bei einem geringen Zuwachs um 0,1 % oder 55 Beschäftigte ebenfalls. Gegenüber der Region überdurchschnittlich waren in diesem Kreis die Zuwächse im Wirtschaftszweig Stahlverformung mit 490 SVPB (+19,7 %), im Fahrzeugbau (+158/+3,9 %) und der EBM-Branche (+240/+5,1 %). Überdurchschnittlich negativ entwickelte sich zwischen 1997 und 1998 die Elektrotechnik, mit einem Abbau um 650 SVPB (-4,8 %). Neben den leichten Zugewinnen im Maschinenbau (220 SVPB) herrschte in den übrigen Wirtschaftszweigen des Rems-Murr-Kreises das weitgehend unspektakuläre Verharren auf Vorjahresniveaus vor.

SVPB im VG	1990	1996	1997	1998	Diff.97/98	in %	Diff.90/98	in %
Bund	8.394.305	7.106.273	6.940.454	6.930.572	-9.882	-0,1	-1.463.733	-17,4
Land	1.742.357	1.462.825	1.442.116	1.452.814	10.698	0,7	-289.543	-16,6
Region	520.673	410.065	407.992	408.284	292	0,1	-112.389	-21,6
Stuttgart	128.727	90.304	93.082	92.366	-716	-0,8	-36.361	-28,2
Böblingen	93.054	71.805	72.924	72.645	-279	-0,4	-20.409	-21,9
Esslingen	103.485	81.714	80.610	80.739	129	0,2	-22.746	-22,0
Göppingen	46.981	38.459	36.770	36.635	-135	-0,4	-10.346	-22,0
Ludwigsburg	78.228	69.217	67.924	69.162	1.238	1,8	-9.066	-11,6
Rems-Murr	70.198	58.566	56.682	56.737	55	0,1	-13.461	-19,2

Tabelle 4.4: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe in den Jahren 1990 bis 1998 nach Kreisen

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Stadtkreis Stuttgart: schlechtestes Regionsergebnis im Verarbeitenden Gewerbe

Die grössten Verluste im Verarbeitenden Gewerbe gab es **im Stadtkreis Stuttgart**. Hier gingen 1998 gegenüber dem Vorjahr 716 SVPB (-0,8 %) verloren. Die Beschäftigungsentwicklung profitierte bisher nicht von den wirtschaftlichen Erfolgen der beiden Kfz-Hersteller Daimler-Chrysler und Porsche. Die Beschäftigtenzuwächse im **Kfz-Bereich** liegen 1998 mit 780 SVPB bzw. einem prozentualen Zuwachs um 2 % zwar deutlich über dem Regionsdurchschnitt (+0,9 %) aber nur leicht über dem Landesdurchschnitt (+1,8 %) und noch unter dem durchschnittlichen Zuwachs in den alten Bundesländern (+3,1 %). Die wirtschaftliche Dynamik der Kfz-Branche ging im Betrachtungszeitraum 1997/98 an der Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe des Kreis Stuttgart insgesamt bislang vorbei. Da bei den beiden Kfz-Herstellern und grossen Zulieferbetrieben nachweislich kräftig Personal aufgebaut wurde, liegt der Schluss nahe, dass kleine und mittlere Zulieferunternehmen ihr Personal deutlich reduzierten.

Die Diskrepanz aus wirtschaftlichem Boom und Beschäftigungsentwicklung erklärt sich neben der gestiegenen Produktivität auch aus dem Zukauf von Dienstleistungen und der Fremdvergabe von Produktionsleistungen. Auf diese Weise gelingt den Kfz-Unternehmen die Produktionssteigerung, bei Begrenzung des eigenen Kapazitätsaufbaus. Diese Kapazitätsverlagerung aus der Region Stuttgart heraus, erklärt zum Teil auch die deutlich stärkeren Beschäftigungsgewinne in anderen Regionen Baden-Württembergs³⁷.

Neben dem Fahrzeugbau konnte lediglich der **Maschinenbau** einen relevanten Zuwachs bei den SVPB um 470 (+5,6 %) verzeichnen. Drastisch waren die Beschäftigtenverluste im Wirtschaftszweig **Stahlbau**, wo mit gut 600 Beschäftigten knapp ein Drittel der im Stahlbau Beschäftigten verloren ging. Die zukünftige Beschäftigtenentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe wird im Kreis Stuttgart massgeblich durch die Konjunktur in der Kfz-Branche und der Elektrotechnik bestimmt. Von den insgesamt gut 92.000 Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe des Stadtkreis Stuttgart arbeiteten 1998 43 % der Beschäftigten im Fahrzeugbau und 23 % in der Elektrotechnik.

Kreis Böblingen

Im **Kreis Böblingen** gab es zwischen 1997 und 1998 ebenfalls einen leichten Rückgang bei den SVPB im Verarbeitenden Gewerbe. Der Verlust um 280 SVPB (-0,4 %) gegenüber dem Vorjahr resultiert in erster Linie aus den Verlusten in den Wirtschaftszweigen **Fahrzeugbau** (-450/-1,2 %) und **Feinmechanik** (-440/-19 %). Der Straßenfahrzeugbau ist mit einem Beschäftigtenanteil am Verarbeitenden Gewerbe von 51 % die alles dominierende Branche. In keinem anderen Kreis der Region Stuttgart ist die Konzentration auf einen Wirtschaftszweig so stark ausgeprägt wie in Böblingen. Die Verluste in Höhe von 450 Beschäftigten decken sich nicht mit der Beschäftigtenentwicklung, die sich auf betrieblicher Ebene – insbesondere bei Daimler-Chrysler - vollzogen hat. Bei Daimler-Chrysler und den im Kreis Böblingen ansässigen Zulieferbetrieben wurden kräftige Personaleinstellungen vorgenommen. Der Beschäftigtenabbau resultiert in erster Linie aus veränderten Branchenzuordnungen. So wie im Fahrzeugbau ein Abbau verbucht wird, erfolgte in den Bereichen unternehmensbezogene Dienstleistungen und technische Dienste ein deutlicher Beschäftigungszuwachs. Es liegt nahe, dass hier ehemals in Betrieben der Kfz-Branche angesiedelte Beschäftigte durch Ausgründungen in den Dienstleistungsbereich „wechselten“.

³⁷ Wesentlich stärkere Beschäftigten- aber auch Umsatzzuwächse als in der Region Stuttgart wurden in den Regionen Franken, Mittlerer Oberrhein, Südlicher Oberrhein und Mittlerer Neckar verzeichnet.

In der ADV-Büromaschinen-Branche gab es einen überdurchschnittlichen Anstieg um 350 Beschäftigte (+8,2 %), dieser Anstieg resultierte vor allem aus den Beschäftigungszuwächsen im Umfeld der EDV-Hersteller IBM und HP.

Göppingen bleibt Schlusslicht bei der Beschäftigungsentwicklung

Ähnlich wie in Böblingen reduzierte sich im **Kreis Göppingen** die Anzahl der SVPB im Verarbeitenden Gewerbe 1998 gegenüber dem Vorjahr leicht um 135 (-0,4 %). Überdurchschnittlich schlecht schnitt hierbei die **EBM-Branche** ab, sie verlor 235 SVPB (-4,1 %). Die EBM-Branche ist im Kreis Göppingen nach dem Maschinenbau die zweitgrößte Branche mit insgesamt 5.400 SVPB. Der Beschäftigtenabbau hält hier unvermindert an: so gingen zwischen 1990 und 1998 mit 1.360 SVPB rund 22 % der Arbeitsplätze verloren. Dieser starke Abbau in der Metallwarenindustrie lässt sich mit der Verlagerung von Produktionskapazitäten erklären. In der langfristigen Betrachtung hat Göppingen nach Stuttgart zwischen 1990 und 1998 den zweithöchsten Arbeitsplatzabbau im Verarbeitenden Gewerbe verkraften müssen. Abgesehen von der starken Maschinenbaubranche sind im Verarbeitenden Gewerbe des Kreis Göppingen keine weitere stabile industrielle Potentiale für eine nachhaltige Umkehrung der seit 1991 anhaltenden Beschäftigtenverluste zu erkennen.

4.3 Frauen im Verarbeitenden Gewerbe

Im Verarbeitenden Gewerbe waren 1998 die Frauen die Verliererinnen der Beschäftigungsentwicklung. Die Verliererinnen waren sie nicht nur in den alten Bundesländern, sondern auch in Baden-Württemberg und der Region Stuttgart. Auf allen drei Untersuchungsebenen konnten die Männer - vor allem absolut - deutlich höhere Beschäftigungszuwächse erzielen als die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen. Am stärksten ausgeprägt ist die Diskrepanz zwischen der Beschäftigungsentwicklung bei Männern und Frauen in den alten Bundesländern. Hier entstanden bei den Männern rund 15.600 neue Arbeitsplätze, während bei den Frauen rund 24.500 Arbeitsplätze abgebaut wurden.

Verarbeitendes Gewerbe	Männer		Frauen	
	1997 - 1998	in %	1997 - 1998	in %
Alte Bundesländer	+15.576	+0,3%	-24.458	-1,4%
Baden-Württemberg	+12.525	+1,2%	-1.827	-0,3%
Region Stuttgart	+1.057	+0,4%	-765	-0,7%

Tabelle 4.5: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 1997 und 1998 im Verarbeitenden Gewerbe nach Geschlecht

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Wenn man nun die **Beschäftigtenentwicklung bei den Frauen nach Tätigkeiten** differenziert betrachtet, zeigt sich, dass Frauen in den alten Bundesländern überdurchschnittlich bei den Fertigungstätigkeiten (-11.000) Verluste erlitten, während sie nur unterdurchschnittlich von den Zuwächsen bei den Hilfstätigkeiten (7.200) profitieren konnten. Der Abbau bei den Frauen ist auch den anhaltenden Beschäftigungsverlusten in den Krisenbranchen Textil und Bekleidung, in denen die Frauen im Fertigungsbereich überdurchschnittlich repräsentiert sind, sowie der negativen Beschäftigungsentwicklung in den Wirtschaftszweigen Nahrungsmittelindustrie und Feinmechanik geschuldet.

In den genannten Wirtschaftszweigen sind vor allem die Fertigungstätigkeiten einem starken Rationalisierungs- und Verlagerungsdruck ausgesetzt, da die beschäftigten Frauen in diesen Funktionen dominieren, sind sie auch die Hauptleidtragenden dieser konjunkturellen und strukturellen Entwicklungen. Es zeigt sich, daß bei wieder neu entstehenden Arbeitsplätzen im Verarbeitenden Gewerbe aufgrund der vorhandenen berufsspezifischen Qualifikationen mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für Männer entstehen als für Frauen³⁸.

Die geringsten Beschäftigungsverluste verbuchten die **Frauen im Verarbeitenden Gewerbe** mit einem Rückgang um 0,3 % in Baden-Württemberg. Prozentual war der Rückgang in den alten Bundesländern insgesamt aber auch in der Region Stuttgart stärker ausgeprägt. Die Frauen konnten im Land nicht vom insgesamt positiven Beschäftigungstrend des Verarbeitenden Gewerbes profitieren. Während bei den Männern im Land zwischen 1997 und 1998 ein Zuwachs um 12.500 Arbeitsplätze (+1,2 %) verzeich-

³⁸ An dieser Stelle sei auf die Untersuchungen der Autorinnen A. Fischer und G. Vogl verwiesen, die sich in ihrer geschlechtsspezifischen Analyse der Beschäftigtenentwicklung in der Region Stuttgart u.a. auch dezidiert mit dem Zusammenhang von Frauenerwerbstätigkeit und Qualifikation auseinandersetzen. (Fischer; Vogl 1998).

net wurde, büßten die Frauen im selben Zeitraum rund 1.800 Arbeitsplätze ein (-0,3 %).

Eine zentrale Ursache hierfür ist der Umstand, dass die positive Gesamtentwicklung bei den Beschäftigten zwischen 1997 und 1998 in Baden-Württemberg vor allem vom Verarbeitenden Gewerbe getragen wird, in diesem Sektor die Frauen aber nur unterdurchschnittlich repräsentiert sind. Der Abbau von Frauenarbeitsplätzen konzentrierte sich im Verarbeitenden Gewerbe auf die Bereiche „Fertigung“ (-850), „Verwaltung“ (-865) und „Lager“ (-730). Überproportional vom Abbau betroffen waren Frauen ohne Berufsausbildung. Während im Verarbeitenden Gewerbe die Zahl der Beschäftigten ohne Berufsausbildung insgesamt auf dem Vorjahresniveau stagnierte, verloren die Frauen ohne Berufsausbildung (-2 %). Fragt man nach einzelnen Wirtschaftszweigen, waren Frauen ohne Berufsausbildung überproportional vom Beschäftigungsabbau im Straßenfahrzeugbau (-1,8 %), Feinmechanik (-4,4 %) sowie Textil/Bekleidung (-10,5 %) betroffen. Bei den Frauen mit Berufsausbildung gab es zwischen 1997 und 1998 keine Veränderung während die Beschäftigten insgesamt einen leichten Zuwachs um 0,5 % erfuhren, somit lediglich die Beschäftigung bei den Männern anstieg.

4.4 Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes in der Region Stuttgart

Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes gab es zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen eine stark unterschiedlich ausgeprägte Beschäftigungsentwicklung. Positive Beschäftigungsentwicklungen zeichneten sich vor allem in den export- und Kfz-orientierten Wirtschaftszweigen ab, zu den Verlierern zählen hingegen die konsum- und binnenmarktorientierten Branchen.

Im Folgenden wird die Beschäftigungsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe der Region Stuttgart **branchenspezifisch** dargestellt, d.h. es wird detaillierter auf die Beschäftigtenentwicklung in relevanten Branchen eingegangen. Im einzelnen sind dies die nach ihrer Beschäftigtenzahl vier grössten Wirtschaftszweige der Region Stuttgart, der Fahrzeugbau, die Elektrotechnik, der Maschinenbau und die EBM-Branche. Ergänzend wird zudem auf signifikante Entwicklungen in kleineren Wirtschaftszweigen eingegangen.

Nachdem wir in den bisherigen Kapiteln vergleichend vor allem die sektorale Entwicklung betrachtet haben, geht es in diesem Kapitel verstärkt um die Analyse der Veränderungen bei den Tätigkeiten der Beschäftigten um so den innersektoralen Strukturwandel transparenter zu machen.

Desweiteren wird dargestellt, wie sich die Beschäftigung von Frauen in den ausgewählten Branchen in der Region Stuttgart zwischen 1997 und 1998 entwickelt hat.

SVPB	1990	1996	1997	1998	Diff. 97/ 98	in %	Diff. 90/ 98	in %
Verarb. Gew.	520.673	410.065	407.992	408.284	292	0,07	-112.389	-21,6
Fahrz. bau	131.372	106.319	106.588	107.547	959	0,9	-23.825	-18,1
Masch. bau	84.081	62.234	62.171	65.824	3.653	5,9	-18.257	-21,7
Elekt- techn.	95.441	75.384	75.583	73.299	-2.284	-3,0	-22.142	-23,2
EBM	28.873	25.283	23.882	23.915	33	0,1	-4.958	-17,2

Tabelle 4.6: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe sowie seinen Hauptbranchen in der Region Stuttgart in den Jahren 1990 bis 1998.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

4.4.1 Fahrzeugbau: Kfz-Boom hinterlässt in der Region nur schwache Spuren bei der Beschäftigung

Im Fahrzeugbau³⁹, der beschäftigungsstärksten Branche in der Region Stuttgart, gab es zwischen 1997 und 1998 ein unterdurchschnittliches Wachstum bei den Beschäftigten um 960 SVPB (+0,9 %). Damit blieb die Entwicklung hinter den Erwartungen, aber auch hinter den Zuwächsen in den alten Bundesländern (+3,1 %) sowie in Baden-Württemberg (+1,8 %) zurück.

Dem Fahrzeugbau insgesamt kommt in der Region Stuttgart schon allein durch die beiden hier ansässigen Automobilhersteller Daimler-Chrysler und Porsche ein sehr hohes Gewicht zu. Der Fahrzeugbau besitzt in der Region Stuttgart einen Anteil von 39 % des Gesamtumsatzes im Verarbeitenden Gewerbe der Region, während im gesamten Bundesland Baden-Württemberg ca. ein Fünftel des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in der Auto-

³⁹ In der Beschäftigungsstatistik der BA umfasst dieser Wirtschaftszweig neben der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen auch die Reparatur von Kraftwagen

mobilitätsindustrie erwirtschaftet wurde. Der Beschäftigtenanteil des Straßenfahrzeugbaus am Verarbeitenden Gewerbe lag 1998 in der Region Stuttgart bei 26 Prozent. Fast die Hälfte aller im baden-württembergischen Fahrzeugbau Beschäftigten kommt aus der Region Stuttgart.

Betrachtet man die Entwicklung zwischen dem 30.06.96 und dem 30.06.98, so ist innerhalb dieses für die Kfz-Industrie außergewöhnlich erfolgreichen Zeitraums in der Region ein Zuwachs um 1.230 Beschäftigte (+1,2 %) zu konstatieren. Trotz des Booms in der Automobilindustrie fiel der Beschäftigungszuwachs in diesem Zeitraum im Vergleich zum Abbau in den Vorjahren eher bescheiden aus. So besteht zwischen dem Beschäftigtenstand im Jahr 1990 und 1998 ein negatives Saldo von insgesamt 23.800 SVPB in der Region Stuttgart.

Produktionstätigkeiten profitieren vom Kfz-Boom

Interessant ist im **Straßenfahrzeugbau** der Region Stuttgart die Frage, wie sich in den einzelnen Tätigkeitsbereichen die Beschäftigung entwickelt hat. Von den 107.500 Beschäftigten im **Straßenfahrzeugbau** verrichteten 1998 über 55 % **Produktionstätigkeiten**, wobei hier der „Fertigung im engeren Sinne“ mit 40.000 Beschäftigten der grösste Stellenwert zukommt. Dieser Produktionsbereich ist zwischen 1997 und 1998 mit einem Zuwachs um 1,2 % überdurchschnittlich gewachsen, es entstanden hier bis zum Stichtag 30.6.1998 fast 500 neue Arbeitsplätze, das ist der stärkste absolute Zuwachs innerhalb dieses Wirtschaftszweigs. In der Region Stuttgart sind diese Fertigungstätigkeiten allerdings in weit geringerer Masse angestiegen als im Land (+3,3 %) und in den alten Bundesländern (+4,6 %).

An zweiter Stelle stehen mit einem Zuwachs um knapp 400 Beschäftigte **die „Technischen Dienste“**, Tätigkeiten die dem Bereich der „unternehmensbezogenen Dienstleistungen“ zugeordnet werden und auch die Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten umfasst. Gerade die Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten haben in der Region mit +3,1 % einen stärkeren Zuwachs erlebt als in Baden-Württemberg (+2,5 %), blieben aber hinter den Zuwächsen, die dieser Tätigkeitsbereich in den alten Bundesländern (+5,6 %) erzielte, deutlich zurück. Die grossen Modelloffensiven der in der Region ansässigen Kfz-Hersteller sind vorerst weitgehend abgeschlossen, desweiteren greift die Kfz-Branche in Form von Outsourcing auf die unternehmensbezogenen Dienstleister wie die Bertrand AG zurück. Dies könnte teilweise die zurückhaltende Beschäftigungsentwicklung des F&E-Bereichs im Straßenfahrzeugbau der Region Stuttgart erklären.

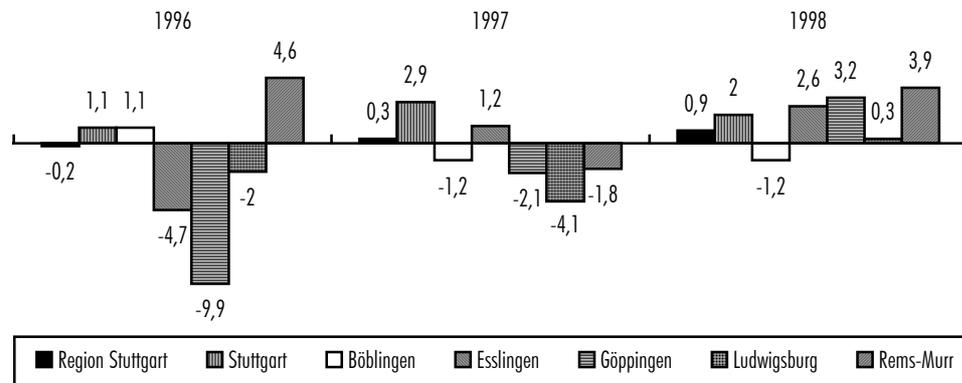


Abbildung 4.4: Beschäftigtenentwicklung im Fahrzeugbau in der Region Stuttgart und in den Kreisen der Region gegenüber dem Vorjahr in %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Im Fahrzeugbau wuchs mit 0,7% die Zahl der Frauenarbeitsplätze nur unterdurchschnittlich. In absoluten Zahlen umfasst der Beschäftigungsanstieg 103 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen. Im Straßenfahrzeugbau halten die Frauen mit insgesamt rund 15.000 SVPB in der Region Stuttgart einen Beschäftigungsanteil von 14 %. Nach Tätigkeiten differenziert, hatten die Frauen im Bereich „**Fertigung**“ einen prozentual überdurchschnittlichen Zuwachs (3,3 %), angesichts des geringen Frauenanteils in diesem Tätigkeitsbereich umfasste der Zuwachs absolut lediglich 68 Frauenarbeitsplätze.

Straßenfahrzeugbau	1997	1998	Diff. 97/98	Diff. 97/98 in %
SVPB Gesamt	106.588	107.547	959	+0,9
Männer	91.780	92.636	856	+0,9
Frauen	14.808	14.911	103	+0,7

Tabelle 4.7: Beschäftigungsentwicklung im Straßenfahrzeugbau in der Region Stuttgart zwischen 1997 und 1998 nach Geschlecht

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Ein Bereich, in dem **Frauen** mit einem Beschäftigungsanteil von 54 % verhältnismässig stark vertreten sind, sind die **Verwaltungstätigkeiten**. Während in diesem Bereich insgesamt ein Anstieg um 1,2 % zu verzeichnen betrug der Zuwachs bei den Frauen 0,6 %, oder in Absolutzahlen: 125

neuen Männerarbeitsplätzen stehen 44 Frauenarbeitsplätze im Verwaltungsbereich gegenüber. Diese Diskrepanz bei den Verwaltungstätigkeiten ist in der Region Stuttgart stärker ausgeprägt als auf Landesebene oder in den alten Bundesländern.

	1990	1996	1997	1998	Diff. 97/98	97/98 in %	Diff. 90/98	90/98 in %
BRD-West	1.065.272	918.725	922.070	950.389	28.319	3,1	-105.883	-10,0
Ba-Wü	259.174	216.237	217.868	221.838	3.970	1,8	-37.336	-14,4
Region Stuttgart.	131.372	106.319	106.588	107.547	959	0,9	-23.825	-18,4
Stuttgart	48.511	37.493	38.579	39.355	776	2,0	-9.156	-18,9
Böblingen	47.582	38.053	37.604	37.155	-449	-1,2	-10.427	-21,9
Esslingen	17.545	14.182	14.358	14.730	372	2,6	-2.815	-16,0
Göpp.	2.731	2.314	2.266	2.339	73	3,2	-392	-14,4
Ludwigsb.	11.327	10.180	9.759	9.788	29	0,3	-1.539	-13,6
Reims-M.	3.676	4.097	4.022	4.180	158	3,9	504	13,7

Tabelle 4.8: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Fahrzeugbau (Absolut- und Prozentwerte)

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Für die Konjunktur im Fahrzeugbau der Region Stuttgart ist auch für das Jahr 1999 insgesamt von einem weiteren Wachstum auszugehen. Das im ersten Halbjahr 1999 anhaltend positive Branchenklima schlug auch auf der Beschäftigungsseite positiv zu Buche. Gemäß der Zahlen des Statistischen Landesamtes stieg die Beschäftigung in der Region Stuttgart zwischen Dezember 1998 und Juni 1999 um knapp 1.200 an, dies ist ein prozentualer Zuwachs um 1,0 %. Bei einem Zuwachs um insgesamt 1.766 Beschäftigte auf Landesebene (+0,8 %) kommen somit rechnerisch 2/3 des landesweiten Beschäftigtenzuwachses aus der Region Stuttgart. Aus Geheimhaltungsgründen liegen vom Statistischen Landesamt lediglich die Ergebnisse aus dem Reims-Murr-Kreis (+68 SVPB / +2,3 %) und dem Kreis Ludwigsburg vor. Im Kreis Ludwigsburg vollzog sich im 1. Halbjahr ein kräftiger Beschäftigtenabbau in Höhe von 593 Beschäftigten (-4,77 %).

Für das 2. Halbjahr 1999 erwarten wir für die Region Stuttgart einen weiteren leichten Beschäftigtenanstieg. Im Vergleich zum 1. Halbjahr wird der Zuwachs geringer ausfallen, da vor allem bei den Endherstellern befristete Beschäftigungsverhältnisse entfristet wurden und keine weiteren Kapazitätserweiterungen geplant sind. Neben der günstigen Branchenkonjunktur

wird bei Teilen der Kfz-Zulieferunternehmen ein Personalaufbau im Kontext der Jahr 2000-Problematik erfolgen. Zulieferer müssen teilweise komplette Monatsproduktionen auf Lager legen, um im Januar 2000 Produktionsausfälle bei den Endherstellern zu vermeiden.

4.4.2 Maschinenbau: Beschäftigung stieg 1998 im Windschatten wachsender Produktion

Der Maschinenbau ist nach dem Fahrzeugbau und der Elektrotechnik die drittgrößte Branche in der Region. Die Investitionsgüterhersteller konnten in der Tat von den kräftigen Investitionen der Kfz-Hersteller profitieren, hinzu kommt, dass der Maschinenbau vor allem ab dem zweiten Quartal 1997 einen kräftigen Nachfrageimpuls aus dem Ausland erlebte. Für die Region Stuttgart ist es insoweit ein Vorteil, dass ein Großteil der für die Kfz-Herstellung relevanten und renomierten Maschinenbauunternehmen in der Region Stuttgart ansässig ist⁴⁰.

Mit 65.800 SVPB zum Stichtag 30.6.1998 gelang dem Maschinenbau ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahr um 3.650 SVPB (+5,9 %). Der Maschinenbau ist hiermit die einzige beschäftigungsstarke Branche, deren Beschäftigungsentwicklung in der Region Stuttgart positiver verlief als im Land und den alten Bundesländern insgesamt.

Auch der in der **Region Stuttgart** ansässige Maschinenbau erlebte 1998 den ersten Beschäftigtenanstieg seit 1991, so gingen in dieser Branche zwischen 1990 und 1998 über 18.000 Arbeitsplätze (-21,7 %) in der Region Stuttgart verloren. Mit diesen Beschäftigtenverlusten waren die regionalen Verluste zwischen 1990 und 1998 leicht höher als in den alten Bundesländern (-20 %) aber deutlich ausgeprägter als in Baden-Württemberg (-14,6 %) insgesamt. Die stärksten Beschäftigtenverluste des regional ansässige Maschinenbaus ereigneten sich bis Mitte der 90er Jahre, als der Maschinenbau neben schwachen Auslandsordern sich mit einer sich grundlegend restrukturierenden Kfz-Branche und entsprechend hartem Preiskampf konfrontiert sah.

⁴⁰ Zu nennen sind hier beispielhaft die großen Werkzeugmaschinenbauer Trumpf, Index, Ex-Cell-O AG, Heller AG und Hüller Hille, die bedeutenden Pressenhersteller Schuler AG und Müller-Weingarten sowie die Lackieranlagenhersteller Dürr und Eisenmann.

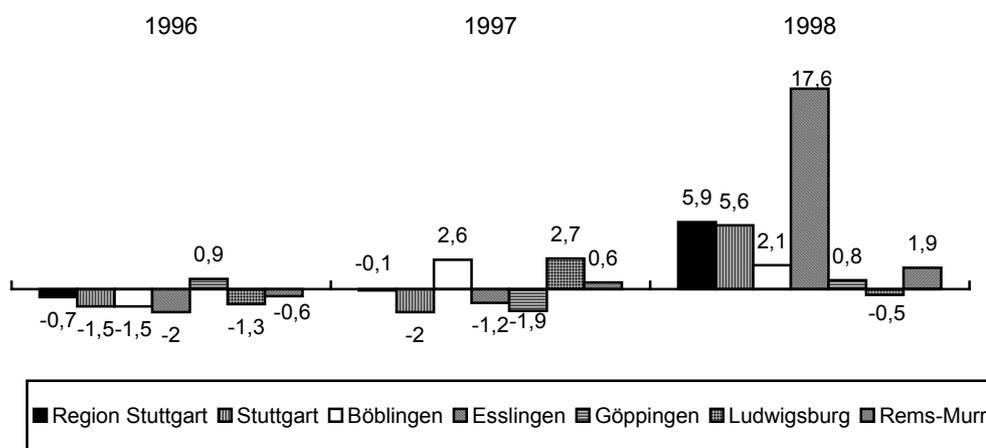


Abbildung 4.5: Beschäftigungsentwicklung im Maschinenbau in der Region Stuttgart und in den Kreisen der Region gegenüber dem Vorjahr (in %)

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Maschinenbau in der Region baut F&E-Tätigkeiten kräftig aus

Fragt man bei der Beschäftigtenentwicklung im Maschinenbau der Region Stuttgart nach den einzelnen **Tätigkeitsbereichen**, bildet sich eine ähnliche Entwicklung wie im Fahrzeugbau ab. Auch im Maschinenbau profitierten die Produktionstätigkeiten besonders stark vom Beschäftigungsaufbau in dieser Branche. Die **Produktionstätigkeiten** wuchsen zwischen 1997 und 1998 um 4,6 % beziehungsweise um 1.400 Beschäftigte an. Damit wurde in diesem Tätigkeitsbereich prozentual nur ein unterdurchschnittlicher Zuwachs gegenüber der Beschäftigungszuwächse im Maschinenbau insgesamt erzielt, aber absolut wuchs dieser Bereich innerhalb der Branche am stärksten an. In der Region Stuttgart wurden im Produktionsbereich zudem deutlich stärkere Zuwächse erzielt als in Baden-Württemberg (3,8 %) oder den alten Bundesländern (1,1 %).

Auffällig hohe Zuwächse verzeichnet der Maschinenbau bei den **Verwaltungstätigkeiten**. Bei den Verwaltungstätigkeiten stieg die Beschäftigtenzahl in der Region um 750 oder 8,1 % an, dies ist eine deutlich positivere Entwicklung als in Baden-Württemberg (3,8 %) oder in den alten Bundesländern, wo dieser Bereich stagnierte (0,0 %).

Deutlich stärkere Zuwächse verbuchte der Maschinenbau der Region Stuttgart auch im **Tätigkeitsbereich „Wartung“** wo die Branche mit einem Zuwachs um 11,2 Prozentpunkte oder 520 Beschäftigten gegenüber dem Land (6,9 %) wie auch den alten Bundesländern (2,5 %) eine überdurch-

schnittliche Entwicklungsdynamik aufzeigte. Der starke Anstieg in diesem Tätigkeitsbereich ist auch das Resultat eines Strukturwandels im Maschinenbau. Auch im Maschinenbau gewinnen Wartungs- und Servicetätigkeiten – also „Dienstleistungen“ – einen immer grösseren Stellenwert für die Kundenpflege, Markterschliessung und Innovationsfähigkeit des jeweiligen Unternehmens. Hierin kommt generell ein Trend zum Ausdruck, der unter Geschäftsfeldaspekten als „after sales service“, unter Tätigkeitsaspekten als „**interne Tertiärisierung**“ und Strukturwandel hin zu einem verstärkt als Dienstleister agierenden Unternehmen zu charakterisieren ist. Bislang und vor allem in der Region Stuttgart wurde dieser Bereich offenbar personell stark aufgestockt und zwar im bestehenden Industrieunternehmen. Eine Entwicklung hin zum Outsourcing bzw. organisatorisch-rechtlichen Verselbständigen solcher Wartungsfunktionen zeichnet sich angesichts des statistischen Datenmaterials in der Region Stuttgart bisher jedenfalls noch nicht in entsprechender Breite ab.

Der Bereich **Forschung und Entwicklung**, ist angesichts der Konzentration von Werkzeugmaschinen- und Anlagenbauern und damit eines sehr technikzentrierten Bereichs der Branche in der Region Stuttgart von zentraler Bedeutung für die Innovationsfähigkeit und den Erhalt der Wertschöpfungsbasis dieser Branche. In der Region Stuttgart erfolgt seit 1996 ein gegenüber dem Land und den alten Bundesländern überdurchschnittlicher Beschäftigtenanstieg. Zwischen 1997 und 1998 stieg die Zahl der im F&E-Bereich Beschäftigten im Maschinenbau der Region Stuttgart um 7,7 % beziehungsweise um gut 400 an. Zum Vergleich: in den alten Bundesländern wuchs der F&E-Bereich im selben Zeitraum nur um 1,8% und in Baden-Württemberg um 6,3%.

Im Ausbau der Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten spiegelt sich in besonderem Mass der Anspruch, den steigenden technologischen Anforderungen des Marktes gerecht zu werden.

Beschäftigungsanteil der Frauen im Maschinenbau nimmt ab

Auch im Maschinenbau der Region Stuttgart waren die Frauen von der positiven Dynamik der Beschäftigungsentwicklung abgekoppelt. Am 30. Juni 1998 arbeiteten in der Region Stuttgart 11.150 Frauen im Maschinenbau, damit liegt der Frauenanteil bei den Beschäftigten im Maschinenbau in der Region Stuttgart – wie in Baden-Württemberg – jeweils bei 17 %. Während bei den Männern ein kräftiger Beschäftigungsaufbau erfolgte, waren die Zuwächse bei den Frauen stark unterdurchschnittlich und angesichts der absoluten Zahlen schon marginal.

Maschinenbau	1997	1998	Diff. 97/98	Diff. 97/98 in %
SVPB Gesamt	62.171	65.824	3.653	+5,9
Männer	51.190	54.669	3.479	+6,8
Frauen	10.981	11.155	174	+1,6

Tabelle 4.9: Beschäftigungsentwicklung im Maschinenbau in der Region Stuttgart zwischen 1997 und 1998 (jeweils Stand 30.06.) nach Geschlecht

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Wie ungleich die Beschäftigungsentwicklung in dieser Branche verlief, wird noch deutlicher, wenn man zusätzlich die Tätigkeitsbereiche geschlechtsspezifisch untersucht. Von den 11.150 im Maschinenbau beschäftigten Frauen sind rund 6.100 Frauen (55 %) mit **Verwaltungstätigkeiten** betraut. In diesem Tätigkeitsbereich liegt der Frauenanteil bei 60 %, ist also eindeutig frauendominiert. Im Maschinenbau entstanden bei den Verwaltungstätigkeiten in der Region zwischen 1997 und 1998 insgesamt 753 neue Arbeitsplätze. Hiervon wurden 686 Arbeitsplätze von Männern besetzt, 67 von Frauen. Selbst in diesem frauendominierten Bereich gelang es nicht, entsprechende Beschäftigungszuwächse bei den Frauen zu verbuchen.

In den männerdominierten Tätigkeitsbereichen sind die Frauen im Maschinenbau nahezu chancenlos gewesen. So wuchs der Bereich **Produktivitäten** in der Region um 1.400 Beschäftigte insgesamt an, 40 Arbeitsplätze wurden hierbei von Frauen besetzt. Im Maschinenbau wird besonders deutlich, die Problemlage der Frauen im Verarbeitenden Gewerbe aufgezeigt: in den wachsenden produktionsnahen Tätigkeitsbereichen sind sie unterrepräsentiert und partizipieren auch deutlich unterdurchschnittlich am Zuwachs, in den frauendominierten Bereichen wie Verwaltung verlieren sie relevante Beschäftigungsanteile.

Die Beschäftigungsperspektiven sind im Maschinenbau nicht gerade rosig. In Anbetracht der derzeit labilen Maschinenbaukonjunktur ist davon auszugehen, das in Folge der in den Jahren 1996 bis 1998 leichten Beschäftigungsgewinne, für 1999 erstmals wieder ein negativer Beschäftigungssaldo entsteht. Ob hiermit ein Rückfall in die negative Branchenentwicklung wie Anfang der 90er Jahre verbunden ist, kann noch nicht bewertet werden, da unklar ist, ob die Nachfrageausfälle aus den Krisenregionen Russland, Fernost und Südamerika kompensiert werden können und wie sich das abgebremste Wachstum in den USA auswirkt. Die Zahlen für das erste Halbjahr 1999 jedoch stimmen eher pessimistisch. So gingen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres in der Region Stuttgart 2.549 Arbeitsplätze (-3,3 %) im Maschinenbau verloren. Dieser starke Verlust in der Re-

gion liegt deutlich über dem Landesdurchschnitt (-3.034 SVPB/ -1,1 %). Sämtliche Kreise der Region Stuttgart sind vom Beschäftigtenabbau im Maschinenbau betroffen. Am höchsten waren die Verluste in Esslingen, wo innerhalb der ersten sechs Monate diesen Jahres 958 Beschäftigte (-3,8 %) abgebaut wurden. Im Stadtkreis Stuttgart waren es -5,9 %, in Böblingen -6,4 % und in Ludwigsburg -3,7 %. Etwas geringer fiel der Beschäftigtenabbau im Kreis Göppingen (-0,6 %) und im Rems-Murr-Kreis aus (-1,0 %).

	1990	1996	1997	1998	Diff. 97/98	Diff. 97/98 in %	Diff. 90/98	Diff. 90/98 in %
BRD-W.	1.085.178	883.781	860.917	867.417	6.500	0,8	-217.761	-20,1
Ba-Wü	289.266	238.868	237.681	247.060	9.379	4,0	-42.206	-14,6
Region Stgt.	84.081	62.234	62.171	65.824	3.653	5,9	-18.257	-21,7
Stgt.	14.215	8.606	8.431	8.900	469	5,6	-5.315	-37,4
Böbl.	5.954	5.009	5.137	5.244	107	2,1	-710	-11,9
Essl.	22.096	16.257	16.069	18.902	2.833	17,6	-3.194	-14,5
Göpp.	13.219	9.994	9.808	9.889	81	0,8	-3.330	-25,2
Ludwb.	13.797	10.566	10.855	10.798	-57	-0,5	-2.999	-21,7
Rems-M.	14.800	11.802	11.871	12.091	220	1,9	-2.709	-18,3

Tabelle 4.10: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Maschinenbau zwischen 1990 und 1998

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

4.4.3 Elektrotechnik: Beschäftigungsabbau in Esslingen prägt negative Situation in der Region Stuttgart

Die elektrotechnische Industrie ist in der Region Stuttgart – gemessen am Beschäftigtenanteil – die zweitgrösste Branche im Verarbeitenden Gewerbe und von ihrer Produktstruktur ebenfalls stark auf den Kfz-Bereich ausgerichtet. Exemplarisch ist hier der weltweit drittgrösste Kfz-Zulieferer, die Fa. Bosch zu nennen. In der Region insgesamt mussten aber auch in dieser Branche starke Verluste bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hingenommen werden. So verringerte sich in der Region Stuttgart die Zahl der SVPB 1998 gegenüber dem Vorjahr um 2.280 (-3 %), womit die Entwicklung deutlich negativer verlief als im Land oder den alten Bundesländern, wo sogar ein Beschäftigungszuwachs erfolgte. Für den überdurchschnittlich hohen Beschäftigtenabbau in der **Region Stuttgart**

insgesamt ist die negative Entwicklung im Kreis Esslingen verantwortlich, durch diesen Sondereffekt wird ein kräftiger Schatten auf die Beschäftigungsentwicklung der Region insgesamt geworfen, wodurch die Situation auf der regionalen Betrachtungsebene und der übrigen Kreise zu negativ erscheint. In der Elektrotechnik der Region Stuttgart gingen im Gefolge der von 1991 bis 1995 dauernden Rezession und der folgenden Konsolidierungsphase, zwischen 1990 und 1998 nahezu ein Viertel aller hier bestehenden Arbeitsplätze verloren.

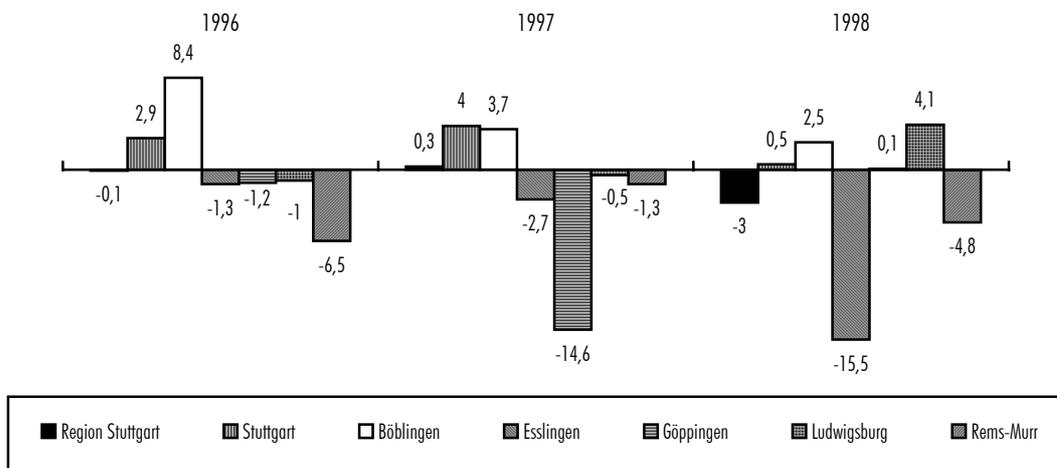


Abbildung 4.6: Beschäftigtenentwicklung in der Elektrotechnik in der Region Stuttgart gegenüber dem Vorjahr in %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Der Abbau in der Region Stuttgart ging in der Elektrotechnischen Industrie in erster Linie zu Lasten der im **Tätigkeitsbereich „Produktion“** Beschäftigten. Über 70 % des Arbeitsplatzabbaus betraf die Produktionstätigkeiten (-1.630). Zu dem Bereich Produktion werden auch die Wartungstätigkeiten gezählt, wo insgesamt rund 1.200 Arbeitsplätze abgebaut wurden. Einen Aufbau erlebten hingegen die **Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten**, wo zwischen 1997 und 1998 in der Region 220 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden sind.

Elektrotechnik	1997	1998	Diff. 97/98	Diff. 97/98 in %
SVPB Gesamt	75.583	73.299	-2.284	-3,0
Männer	53.538	51.217	-2.321	-4,3
Frauen	22.045	22.082	37	+0,2

Tabelle 4.11: Beschäftigungsentwicklung in der Elektrotechnik in der Region Stuttgart zwischen 1997 und 1998 nach Geschlecht

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Frauenbeschäftigung bleibt stabil

In der Elektrotechnischen Industrie konnten, anders als sonst im Verarbeitenden Gewerbe, die **Frauen** ihre Beschäftigtenzahl im Jahresverlauf halten, während die Männer von kräftigen Verlusten betroffen waren.

Die Frauen waren vor allem vom Abbau im **Bereich Produktion** deutlich schwächer betroffen, wo in der gesamten Region über 1.600 Beschäftigte abgebaut wurden, bei den Frauen per Saldo aber lediglich ein Abbau um 170 Beschäftigte verzeichnet wurde, obwohl der Frauenanteil in diesem Tätigkeitsbereich bei einem Drittel liegt. Der zweite grosse Beschäftigungsbereich in der Elektrotechnik liegt für Frauen im **Bereich Verwaltungstätigkeiten**, wo sie einen Beschäftigungsanteil von 60 % haben. In diesem Tätigkeitsbereich legten die Frauen um 126 Arbeitsplätze zu, während 450 Männerarbeitsplätze im Verwaltungsbereich abgebaut wurden.

Die Hoffnung auf eine positive Beschäftigungsentwicklung in der Elektrotechnischen Industrie wird für das **Jahr 1999** durch die derzeitige Wachstumsabschwächung stark getrübt. Für das Jahr 1999 ist bei den Beschäftigtenzahlen ein leichter Rückgang zu erwarten.

Nach den vom Statistischen Landesamt vorliegenden Zahlen für das erste Halbjahr 1999 verlief die Beschäftigungsentwicklung in den Kreisen der Region Stuttgart divergierend. Während in der Region Stuttgart insgesamt bei einer Stagnation (+41 SVPB/+0,1 %) die Entwicklung in dieser Branche günstiger verlief als in Baden-Württemberg (-2.210 SVPB/-1,1 %), musste vor allem der Kreis Göppingen starke Beschäftigtenverluste verzeichnen (-314 SVPB/-17 %). Prozentual zwar etwas geringer, absolut jedoch nicht zu unterschätzen, fiel der Beschäftigtenabbau im Kreis Esslingen (-238 SVPB/-2,0 %) aus. Hingegen konnte sich der Rems-Murr-Kreis mit einem Anstieg der Beschäftigten um 5,5 % (+467 SVPB) positiv vom Branchentrend absetzen. Günstiger als der Regionsdurchschnitt entwickelte sich auch die Beschäftigung im Stadtkreis Stuttgart, wo mit 87 SVPB (+0,7 %) der Zuwachs eher marginal war.

	1990	1996	1997	1998	Diff. 97/98	97/98 in %	Diff. 90/98	90/98 in %
BRD- West	1.121.459	902.222	881.676	889.786	8.110	0,9	-231.673	-20,7
Ba-Wü	277.265	227.947	223.791	223.722	-69	0,0	-53.543	-19,3
Region Stgt.	95.441	75.384	75.583	73.299	-2.284	-3,0	-22.142	-23,2
Stutt- gart	28.769	20.513	21.341	21.447	106	0,5	-7.322	-25,5
Böb- lingen	7.618	8.452	8.767	8.986	219	2,5	1.368	18,0
Ess- lingen	21.557	16.814	16.353	13.812	-2.541	-15,5	-7.745	-35,9
Göpp.	1.949	1.626	1.389	1.390	1	0,1	-559	-28,7
Ludw. burg	16.402	14.276	14.211	14.791	580	4,1	-1.611	-9,8
Rems- Murr	19.146	13.703	13.522	12.873	-649	-4,8	-6.273	-32,8

Tabelle 4.12: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Elektrotechnik

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

4.4.4 EBM-Branche: Beschäftigungsentwicklung stagniert in der Region Stuttgart

Mit rund 24.000 Beschäftigten sind die Hersteller der **Eisen-, Blech- und Metallwaren (EBM)** die viertgrößte Industriebranche der Region Stuttgart. Diese Branche litt in den vergangenen Jahren besonders unter dem Kosten- und Verlagerungsdruck, was sich in kontinuierlich sinkenden Beschäftigtenzahlen manifestierte. In dieser Branche ist ein hoher Anteil an Kfz-Zulieferfirmen vertreten, woraus sich die Hoffnung auf ein Anknüpfen an den Kfz-Aufschwung mit entsprechend steigenden Beschäftigtenzahlen verband. Während die insgesamt günstige Branchenkonjunktur im Land und in den alten Bundesländern zu einem Anstieg der Beschäftigtenzahlen führte, stagnierte die Beschäftigung in der Region Stuttgart.

Bereits seit 1994 verzeichnet der Bereich Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren in der **Region Stuttgart** überdurchschnittlich hohe Beschäftigtenverluste gegenüber der Landes- und Bundesebene. Zwischen 1997 und 1998 konnte zwar der starke Abbau gestoppt werden, in der Regi-

on Stuttgart verlief in der EBM-Branche die Beschäftigtenentwicklung gegenüber den alten Bundesländern, vor allem aber gegenüber dem Land dennoch stark unterdurchschnittlich. Gerade einmal um 0,14 % oder 33 SVPB wuchs diese Branche 1998 in der Region Stuttgart, gegenüber einem Zuwachs um 1,5 % oder 5.550 SVPB in den alten Bundesländern und um 2,3 % oder 1.950 SVPB im Land.

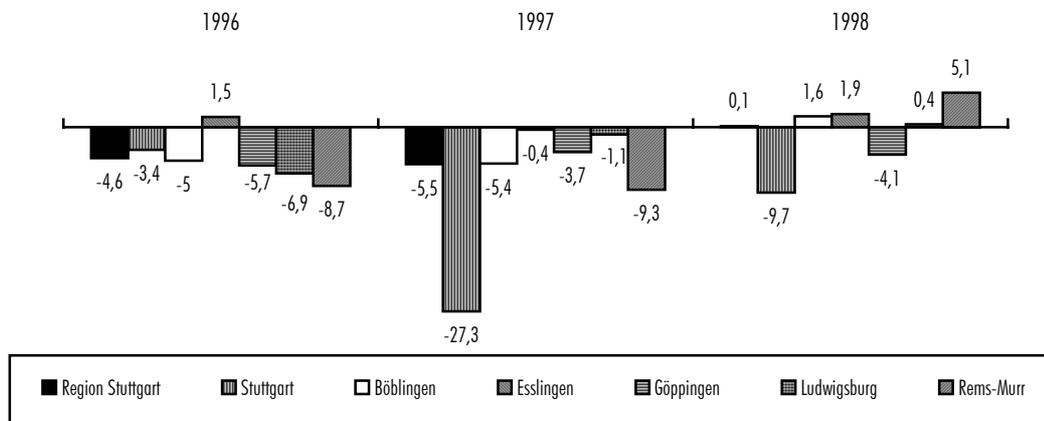


Abbildung 4.7: Beschäftigtenentwicklung in der Eisen-,Blech- und Metallwarenherstellung in der Region Stuttgart gegenüber dem Vorjahr

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Betrachtet man die Beschäftigtenentwicklung mit Blick auf die funktionalen Strukturen, so wird auch in dieser Branche die Dominanz **der Produktionstätigkeiten** mit einem Anteil von rund 55 % offensichtlich. In diesem Tätigkeitsbereich gab es einen für die Branche starken Zuwachs um 250 Beschäftigte. Aufgezehrt wurden diese Zugewinne jedoch durch den Beschäftigungsabbau in den **Bereichen Lager (-106) und weiteren produktionsnahen Dienstleistungstätigkeiten**, so dass in der Region insgesamt am Ende lediglich der geringe Zugewinn von 33 Arbeitsplätzen übrig blieb.

EBM-Branche	1997	1998	Diff. 97/98	Diff. 97/98 in %
SVPB Gesamt	23.882	23.915	33	+0,1
Männer	16.264	16.315	51	+0,3
Frauen	7.618	7.600	-18	-0,2

Tabelle 4.13: Beschäftigungsentwicklung in der Eisen-, Blech- und Metallbearbeitung in der Region Stuttgart zwischen 1997 und 1998 (jeweils Stand 30.06.) nach Geschlecht

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

Die Frauen haben in der EBM-Branche einen Beschäftigtenanteil von knapp einem Drittel. Rund die Hälfte von ihnen verrichtet Produktionstätigkeiten, ein Drittel der Frauen arbeitet im Verwaltungsbereich der EBM-Branche, vor allem auf Lager- und sonstige Dienstleistungstätigkeiten verteilen sich die übrigen Frauenarbeitsplätze. Aufgrund der Stagnation bei der Beschäftigtenentwicklung insgesamt sind auch mit Blick auf die Entwicklung bei den Frauenarbeitsplätzen lediglich marginale Veränderungen zu beobachten. Überdurchschnittliche Zuwächse hatten die Frauen bei den **Produktionstätigkeiten**, wo sie bei zusätzlichen 120 Frauenarbeitsplätzen gut 45 % der hier insgesamt entstandenen Arbeitsplätze besetzen konnten. Die geringen Beschäftigungsgewinne der Frauen im Bereich der Produktionstätigkeiten wurden durch Beschäftigungsabbau in anderen Funktionsbereichen – v.a. bei den Verwaltungs- und Lagertätigkeiten – zunichte gemacht.

Die wirtschaftliche Situation der EBM-Branche der Region Stuttgart war in den ersten sechs Monaten des Jahres 1999 von kräftigen Umsatz- und Auftragsrückgängen geprägt. Die **Wachstumsaussichten** dieser Branche werden für 1999 insgesamt negativ bewertet, woraus sich auch auf der Beschäftigungsseite kein positiver Impuls bemerkbar machen wird. Sollte sich die wirtschaftliche Entwicklung im Verlauf des zweiten Halbjahres weiterhin abkühlen, wird für 1999 insgesamt mit einem negativen Beschäftigungssaldo gerechnet.

Ähnlich der Entwicklung in der Elektrotechnischen Industrie divergiert die Beschäftigungsentwicklung in den einzelnen Kreisen der Region Stuttgart. In der Region Stuttgart insgesamt kam es zwischen Dezember 1998 und Juni 1999 zu leichten Beschäftigtenverlusten in Höhe von 103 SVPB (-0,35 %). Zuwächse verbuchten die Kreise Böblingen (+181 SVPB/+6,9 %) und Göppingen (+241/+3,2 %), während die anderen vier Kreise der Region Beschäftigtenverluste aufweisen. Der Stadtkreis Stuttgart verzeichnete im ersten Halbjahr einen Abbau um 6,8 % (-145 SVPB) Esslingen einen Abbau um 2,1 % (-106 SVPB), Ludwigsburg um 0,7 %

(-43 SVPB) und ein kräftiger Abbau im Rems-Murr-Kreis um 3,9 % (-231 SVPB).

	1990	1996	1997	1998	Diff. 97/98	97/98 in %	Diff. 90/98	90/98 in %
BRD-West	420.704	368.730	362.908	368.461	5.553	1,5	-52.243	-12,4
Ba-Wü	91.409	84.647	82.343	84.296	1.953	2,4	-7.113	-7,8
Region Stgt.	28.873	25.283	23.882	23.915	33	0,1	-4.958	-17,2
Stuttgart	1.981	1.945	1.414	1.277	-137	-9,7	-704	-35,5
Böblingen	2.095	2.183	2.065	2.097	32	1,6	2	0,1
Esslingen	6.904	6.362	6.340	6.461	121	1,9	-443	-6,4
Göpp.	6.778	5.868	5.652	5.418	-234	-4,1	-1.360	-20,1
Ludw.-burg	4.908	3.861	3.818	3.833	15	0,4	-1.075	-21,9
Rems-Murr	6.207	5.064	4.593	4.829	236	5,1	1.378	-22,2

Tabelle 4.14: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Eisen-,Blech- und Metallwarenherstellung

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

4.4.5 Druckereigewerbe. Anhaltende Beschäftigtenverluste in der Region Stuttgart

Mit noch knapp 12.400 Beschäftigten in der Region Stuttgart zählt das Druck- und Verlagsgewerbe zu den kleinen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes. In diesem Wirtschaftszweig hielt der Beschäftigtenabbau in der Region Stuttgart nahezu unvermindert an. Hier wurden zwischen 1997 und 1998 weitere 520 Arbeitsplätze abgebaut, so dass zwischen 1990 und 1998 mit rund 4.000 Stellen mittlerweile fast ein Viertel der in der Region vorhandenen Arbeitsplätze des Druckereibereichs verloren gingen.

Über die Hälfte der im Druckereibereich abgebauten Arbeitsplätze ging zu Lasten der **Frauen**. Bei einem Frauenanteil von einem Drittel bedeutet dies, dass im Druckereigewerbe die Frauen gegenüber den Männern überproportional Arbeitsplätze verloren haben. Die Frauenarbeitsplätze verteilen

sich im Druckereibereich auf den Produktionsbereich (43 %), wo sie rund ein Viertel der in diesem Bereich Beschäftigten stellen, sowie auf den Verwaltungsbereich (35 %), den sie mit einem Beschäftigtenanteil von 65 % dominieren. Der Beschäftigtenabbau im Druckgewerbe vollzog sich in erster Linie im **Produktionsbereich** als auch im **Verwaltungsbereich**. In beiden Tätigkeitsbereichen waren die Frauen gegenüber den Männern überproportional vom Stellenabbau betroffen.

Druckgewerbe	1997	1998	Diff. 97/98	Diff. 97/98 in %
SVPB Gesamt	12.918	12.398	-520	-4,0
Männer	8.456	8.217	-239	-2,8
Frauen	4.462	4.181	-281	-6,3

Tabelle 4.15: Beschäftigungsentwicklung im Druckereigewerbe in der Region Stuttgart zwischen 1997 und 1998 (jeweils Stand 30.06.) nach Geschlecht

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IMU-Berechnungen

4.4.6 Bausektor: Keine Trendwende bei Beschäftigtenabbau in Sicht

Der Bausektor setzt sich aus dem Bauhauptgewerbe und dem Ausbaugewerbe zusammen und wird nicht dem Verarbeitenden Gewerbe zugerechnet, bildet aber gemeinsam mit diesem das Produzierende Gewerbe. Die wirtschaftliche Situation ist seit 1995 als äußerst schlecht zu bezeichnen. Hier sorgten die Bauzurückhaltung der öffentlichen Hand, die schwachen Bauinvestitionen der Industrie und die leicht sinkenden privaten Bauinvestitionen für ein negatives Konjunkturklima. Dieses wirkte sich auch entsprechend auf die Beschäftigungsentwicklung aus. Zwischen 1990 und 1998 wurden in der **Region Stuttgart** im Bausektor 7.800 Arbeitsplätze abgebaut. Mit 59.481 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hatte das Baugewerbe in der Region Stuttgart 1998 einen Anteil von 5,8 % an den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt.

Zwischen 1997 und 1998 kam es im Zuge der insgesamt günstigeren Baukonjunktur wiederum zwar nicht zu einem Stopp der Arbeitsplatzverluste in der Region, es zeichnet sich aber eine deutliche Verlangsamung des Abbaus ab. Zwischen 1997 und 1998 gab es im Bauhauptgewerbe einen Abbau um knapp 2.000 Beschäftigte im Ausbaugewerbe einen Anstieg um 240 Beschäftigte. In beiden Bausparten wurden im jeweiligen Vorjahreszeitraum noch deutlich höhere Beschäftigtenverluste verbucht.

5. Der Dienstleistungssektor

5.1 Der Dienstleistungssektor: Ein Überblick

5.1.1 Die Branchen des Dienstleistungssektors in den alten Bundesländern

Der langsame Beschäftigungsaufbau der letzten Jahre im Dienstleistungsbereich der alten Bundesländer beschleunigte sich 1998 geringfügig. Damit stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr um 60.579.

Die Beschäftigung im westdeutschen Dienstleistungsbereich hat sich auf Bundesebene in den letzten Jahren als weitgehend stabil erwiesen. Größere Veränderungsraten, wie sie im Verarbeitenden Gewerbe zeitweilig vorlagen, sind - selbst in den Teilbereichen - die Ausnahme, obwohl inzwischen 59 % (13.054.667) aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesem Bereich arbeiten.

Dabei ist der Dienstleistungssektor sehr heterogen zusammengesetzt: einige Bereiche (z. B. Handel, Verkehr, Kreditwesen, Versicherungen) sind inzwischen ausgereift und etabliert. Diese Dienstleistungen werden auch in Zukunft für die volkswirtschaftliche Entwicklung von größter Bedeutung sein, aber ein Beschäftigungsaufbau oder eine deutliche Expansion der Märkte ist nicht zu erwarten. Vielmehr ist in diesen Bereichen mit harter Konkurrenz und einem hohen Anteil an Rationalisierungsinvestitionen zu rechnen. Andere Bereiche vor allem die Haushalts- und die Unternehmensbezogenen Dienstleistungen besitzen langfristige Wachstumspotentiale.

Die **Haushaltsbezogenen Dienstleistungen** sind in den letzten Jahren deutlich expandiert, mit 0,08 % ist das Wachstum 1998 zum Stehen gekommen. Da in diesem Bereich so unterschiedliche Wirtschaftszweige wie Bildung, Wissenschaft, Kunst und Medien einerseits und Gastronomie, Gesundheitswesen, Reinigung und Körperpflege andererseits zusammengefaßt werden, gibt es Verschiebungen zwischen den Bereichen und der Blick auf die wichtigsten Teilbereiche (Gesundheitswesen, Gastronomie, Wissenschaft/Bildung) lohnt sich.

Anders sieht die Lage im Bereich der **Unternehmensbezogenen Dienstleistungen** aus. Sie sind im letzten Jahr der expansivste westdeutsche Wirtschaftszweig gewesen (110.856/+7,1%). Zu diesem Bereich gehö-

ren vor allem Rechts-, Wirtschafts- und technische Berater, sowie nicht zurechenbare Dienstleister, deren Zahl stark zugenommen hat.

Betrachtet man – neben den Unternehmensbezogenen Dienstleistungen – die übrigen beschäftigungsstarken Bereiche des Dienstleistungssektors näher, so stellt man für den **Handel** (-24.203/-0,8%), das **Gesundheitswesen** (-36.116/-2,2%) und die **Gebietskörperschaften** (-37.043/-3,2%) deutliche Beschäftigungsverluste fest. Die Beschäftigungsrückgänge bei den Gebietskörperschaften und im Gesundheitswesen können als politisch bedingt eingestuft werden, da diese Arbeitsplätze vorwiegend aus – unter notorischer Mittelknappheit leidenden – öffentlichen (Steuern, Abgaben) und halböffentlichen Kassen (Krankenkassen etc.) finanziert werden.

Der Beschäftigungsrückgang im **Handel** ist vor allem das Ergebnis eines sehr harten Konkurrenzkampfes und Strukturwandels in der Branche, bei dem insbesondere kleinere Geschäfte schlechte Überlebenschancen haben. Hinzu kommt, dass in den letzten Jahren Einzelhandelstätigkeiten verstärkt von geringfügig Beschäftigten übernommen wurden. Wenn es gelingt, einen Teil der Arbeiten, für die aufgrund der geänderten gesetzlichen Regelungen bei der geringfügigen Beschäftigung andere Arbeitskräfte gesucht werden, auf sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zurückzuübertragen, dann könnte der Abwärtstrend bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zumindest gebremst werden.

Moderate Beschäftigungsgewinne verzeichnen das **Gastgewerbe** (21.112/ +2,2%) und der Bereich **Wissenschaft/Bildung** (10.600/ +1,3%). Gerade Bildung und Wissenschaft sind in einem Land, das in der internationalen Arbeitsteilung auf „High-Tech“-Produkte setzt, ein wichtiger Faktor, um die Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu erhalten.

Weitgehende Stagnation verzeichnen die Bereiche **Kreditwesen/Versicherungen** (-1.622/-0,2%) und **Verkehr** (3.225/+0,3%). Der Bereich Verkehr ist durch den erheblichen internen Strukturwandel in der Telekommunikation und in der Logistik geprägt. Ähnlich verläuft die Entwicklung im Bereich von Kreditinstituten und Versicherungen: Auch hier entsteht durch die Entwicklung im Elektronikbereich ein enormer Veränderungsdruck.

Mit diesen acht großen Wirtschaftszweigen des Dienstleistungsbereichs werden 87% der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich (11.372.515) erfasst, aber nur 77% des Beschäftigungszuwachses (46.809 von 60.579) erklärt. Das bedeutet, dass die kleineren Wirtschaftszweige des Dienstleistungsbereichs, die vor allem im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen zu finden sind, sich im Durchschnitt besser entwickeln als die großen.

Was die weitere Entwicklung anbetrifft, kann davon ausgegangen werden, dass Expansionspotential vor allem bei den Unternehmensbezogenen und den Haushaltsbezogenen Dienstleistungen vorhanden ist, wobei der Bereich der Unternehmensbezogenen Dienstleistungen mit zunehmender Größe stärker von der Konjunktur im Verarbeitenden Gewerbe abhängen wird.

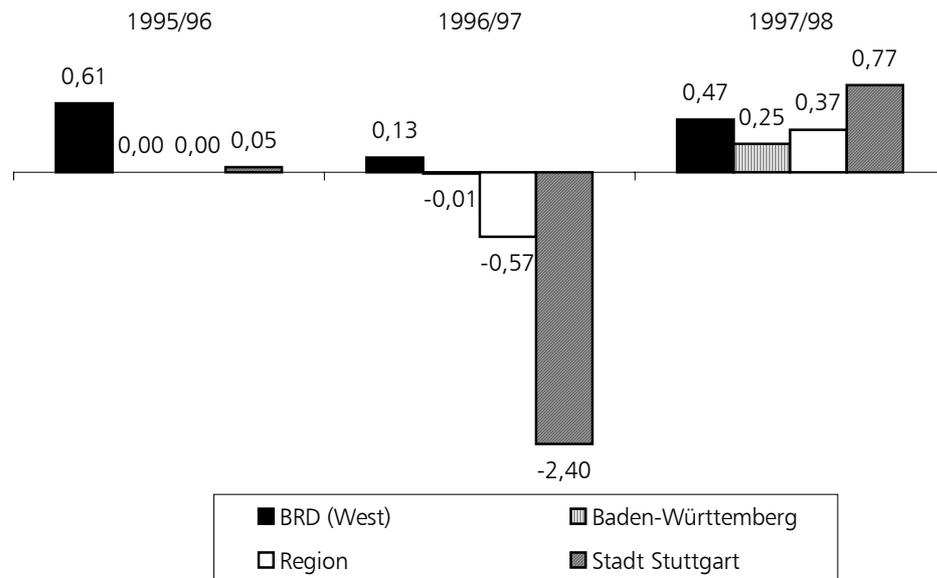


Abbildung 5.1 Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im westdeutschen Dienstleistungssektor gegenüber Vorjahr in %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

5.1.2 Dienstleistungen in Baden-Württemberg: überdurchschnittliches Wachstum in den kleineren Wirtschaftszweigen

Nach einem minimalen Beschäftigungsrückgang 1997 (-128) gab es 1998 wieder ein Zunahme der Beschäftigung im Dienstleistungssektor des Landes (4.791). Dieses Wachstum blieb deutlich hinter dem Beschäftigungszuwachs des Jahres 1995/96 und hinter dem bundesweiten Wachstum zurück. Damit weist Baden-Württemberg einen Anteil von 52% sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dienstleistungsbereich auf. Rund 7% weniger als im Durchschnitt der alten Bundesländer.

Was die bedeutendsten Wirtschaftszweige des Dienstleistungssektors betrifft, so entspricht die Entwicklung im Land nur in Teilbereichen den Trends in den alten Bundesländern. Zu den Gewinnern zählen auf Landes-

ebene ebenso wie in Westdeutschland, vor allem die Unternehmensbezogenen Dienstleistungen (16.736/+7,3%). Mit Ausnahme des Gastgewerbes (1.094/+0,7%) sind auf Landesebene jedoch alle weiteren großen Wirtschaftszweige des Dienstleistungssektors geschrumpft bzw. stagnieren. In der Gastronomie fällt der Zuwachs niedriger aus, als in den alten Bundesländern. Besonders deutlich ist der Beschäftigungsabbau im Gesundheitswesen (-6.368/-2,5%) und im Handel (-4.679/-1,0%), wobei ca. 2/3 des Beschäftigungsrückgangs beim Großhandel stattgefunden haben. Der Beschäftigungsrückgang im Bereich Wissenschaft/Bildung (-2.516/-2,0%) stellt ebenfalls eine deutliche Abweichung vom Trend in Westdeutschland dar, wo ein Beschäftigungsaufbau von 1,3% stattgefunden hat. Außerdem verlief die Entwicklung im Bereich Verkehr (-1.279/-0,9%) in Baden-Württemberg wesentlich schlechter als im Bundesgebiet (West), während Kreditgewerbe und Versicherungen (-689/-0,5%) sich nur geringfügig schwächer zeigten, als der Durchschnitt der alten Bundesländer.

Einen auffallenden Unterschied zwischen der Entwicklung in Baden-Württemberg und den alten Ländern insgesamt weisen die Gebietskörperschaften auf: während in den alten Bundesländern die Beschäftigung um 3,2% abnahm, sank sie im Land nur um 0,2% (-294).

Obwohl diese acht Wirtschaftszweige in Baden-Württemberg geringfügig mehr Beschäftigte des Dienstleistungsbereichs repräsentieren als auf Bundesebene (88%), werden damit nur 42% des Beschäftigungswachstums erklärt. Das heißt, dass die Rückgänge in den großen Wirtschaftszweigen insgesamt wesentlich stärker ausfallen als auf Bundesebene, und dass die kleineren Wirtschaftszweige, also vor allem die Teilbereiche der haushaltsbezogenen Dienstleistungen, stärker wachsen.

	Beschäftigte	Veränderung 97/98	Veränderung 90/98 In Prozent	Anteil an allen Beschäftigten
Verarbeit. Gewerbe	1.474.768	0,74	-16,6	40,21
Dienstleistungen insg.	1.909.815	0,25	11,9	52,08
Handel (Groß- u. Einzelhandel)	461.518	-1,00	3,4	12,58
Verkehr	140.228	-0,90	1,3	3,82
Kreditinstitute/ Versicherungen	145.206	-0,47	3,9	3,96
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	249.411	7,30	28,9	6,80
Haushaltsbezogene Dienstleistungen	625.822	-0,95	22,4	17,06
Staat/Organisationen ohne Erwerbscharakter	287.630	0,27	3,5	7,84

Tabelle 5.1: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Dienstleistungsbereich in Baden-Württemberg

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, IAW-Berechnungen

5.1.3 Tertiärisierung in der Region: schwächer als im Bundesdurchschnitt

Der Anteil der im Dienstleistungsbereich Beschäftigten liegt in der Region Stuttgart – genauso wie im Land - unter dem Bundesdurchschnitt, wobei die regionale Entwicklung zwischen 1991 und 1998 insgesamt gesehen sowohl hinter der Landesentwicklung als auch hinter der Entwicklung in den alten Bundesländern zurückgeblieben ist. Allerdings verzeichnete der Tertiäre Sektor in der Region Stuttgart 1998 ein Beschäftigungswachstum, das über dem Landesdurchschnitt lag.

Trotz der Wachstumsschwäche des regionalen Dienstleistungsbereichs im Zeitraum 1991-1998 (+4,3% in der Region, +7,0% im Land Baden-Württemberg), weist die Region mit 52,6% Beschäftigte im Dienstleistungsbereich eine etwas höhere Beschäftigung auf als das Land. Besonderes Gewicht haben die unternehmensbezogenen Dienstleistungen in der Region. Mit einem Beschäftigtenanteil von 8,41% (85.748) liegen sie deutlich über dem Landedurchschnitt (6,71%/246.090). Mit dieser regionalen Besonderheit knüpft die Region Stuttgart an die traditionelle Stärke im Bereich des hochtechnisierten Verarbeitenden Gewerbes an. Diese Stärke konnte im letzten Jahr in besonderem Umfang genutzt werden und führte im

Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen zu einem Wachstum von 8,63%.

Weitere Bereiche, die in der Region stärker vertreten sind als im Land, sind Verkehr, Kreditwesen/Versicherungen und der Bereich Staat/Organisationen ohne Erwerbscharakter. Bei den letztgenannten Wirtschaftsbereichen ist Stuttgart als Bankenplatz und Landeshauptstadt ausschlaggebend für den höheren Beschäftigtenanteil in der Region.

Auffallende Schwächen zeigen sich in der Region bei den Haushaltsbezogenen Dienstleistungen mit einem fast drei Prozentpunkte niedrigeren Beschäftigtenanteil als auf Landesebene. Dass die Region eine für Baden-Württemberg unterdurchschnittliche Beschäftigung im Handel aufweist, ist ein neues Phänomen. Die letzten Jahre waren für den Handel in der Region weitaus schwieriger als in Baden-Württemberg insgesamt.

5.1.4 Dienstleistungen im Verarbeitenden Gewerbe

Bevor die Entwicklung des Dienstleistungssektors näher untersucht wird, gilt es einen Blick auf das Verarbeitende Gewerbe zu werfen, weil auch dort die Dienstleistungstätigkeiten an Bedeutung gewonnen haben. So stellen aktuelle Untersuchungen des IAB fest, dass über 50% der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe in Dienstleistungsberufen tätig sind (vgl. Hoffmann/Walwei 1999, S. 5). Hierunter fällt ein weites Spektrum an Dienstleistungstätigkeiten. Zunächst kann man dazu die Bürokräfte zählen, aber auch Entwicklungsabteilungen oder im Unternehmen angestelltes Service- und Reinigungspersonal. In der Region arbeiten immerhin 35% der Bürofach- und -hilfskräfte im Verarbeitenden Gewerbe.

Trotz der Zunahme der Dienstleistungstätigkeiten im Produzierenden Gewerbe haben die Einstellungen entsprechender Mitarbeiter nicht ausgereicht, um den allgemeinen Beschäftigungsrückgang auszugleichen.

Die Bedeutung von Dienstleistungen ist also auch in der Region weitaus größer als es der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Tertiären Sektor dokumentiert. Zu den im Verarbeitenden Gewerbe „versteckten“ Dienstleistern kommen in der Region noch 72.700 Beamte und die Mehrzahl der ca. 126.500 Selbständigen.

Fasst man diese Zahlen zusammen, stellt man fest, dass auch in der Region Stuttgart rund 80% der Erwerbstätigen als Dienstleister arbeiten.

5.1.5 Beschäftigungsentwicklung des Tertiären Sektors in den einzelnen Kreisen der Region Stuttgart

Die Entwicklung im Dienstleistungssektor zwischen den Kreisen ist wesentlich uneinheitlicher verlaufen als im Verarbeitenden Gewerbe, was für eine geringere Abhängigkeit dieses Bereichs von konjunkturellen Einflüssen spricht. Denn Konjunkturelle Effekte würden sich in den verschiedenen Kreisen gleichermaßen bemerkbar machen, während strukturelle Faktoren zwischen den Kreisen stärker variieren können.

	1990	1996	1997	1998	Diff. 97/ in % 98		Diff. 90/ in % 98	
Bund	11.678.697	12.977.252	12.994.088	13.054.667	60.579	0,5	1.375.970	11,8
Land	1.707.418	1.904.676	1.904.492	1.909.283	4.791	0,3	201.865	11,8
Region	493.244	537.810	534.752	536.755	2.003	0,4	43.511	8,8
Stuttgart	222.631	227.045	221.605	223.310	1.705	0,8	679	0,3
Böblingen	53.285	62.466	61.583	62.847	1.264	2,1	9.562	17,9
Esslingen	70.341	81.862	81.281	81.179	-102	-0,1	10.838	15,4
Göppingen	32.834	36.590	35.832	35.240	-592	-1,7	2.406	7,3
Ludwigsburg	67.294	75.127	77.189	77.447	258	0,3	10.153	15,1
Rems-Murr	46.859	54.720	57.262	56.732	-530	-0,9	9.873	21,1

Tabelle 5.2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungsbereich in den Jahren 1990 bis 1998 nach Kreisen

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Die Grafik verdeutlicht, dass die Stadt **Stuttgart** die mit Abstand höchste Dienstleistungsquote in der Region aufweist und damit den Landesdurchschnitt deutlich übertrifft. Dieser Wert liegt allerdings nach wie vor niedriger als in anderen Metropolen. Die Entwicklung des Dienstleistungsbereichs in der Stadt Stuttgart verlief nach einer langen Durststrecke 1998 etwas positiver als im regionalen oder Landesdurchschnitt. Bei der Beschäftigungsstruktur des Dienstleistungsbereichs fällt auf, dass in Stuttgart Kreditinstitute/ Versicherungen sowie der Staat/priv. Organisationen ohne Erwerbscharakter von weit überdurchschnittlicher Bedeutung als Arbeitgeber sind. Beides überrascht nicht, ist Stuttgart einerseits Finanzplatz und andererseits als natürlich Landeshauptstadt in besonderem Maße ein Verwaltungssitz und auch als Sitz von Organisationen, die die Nähe zur Landesregierung suchen, attraktiv.

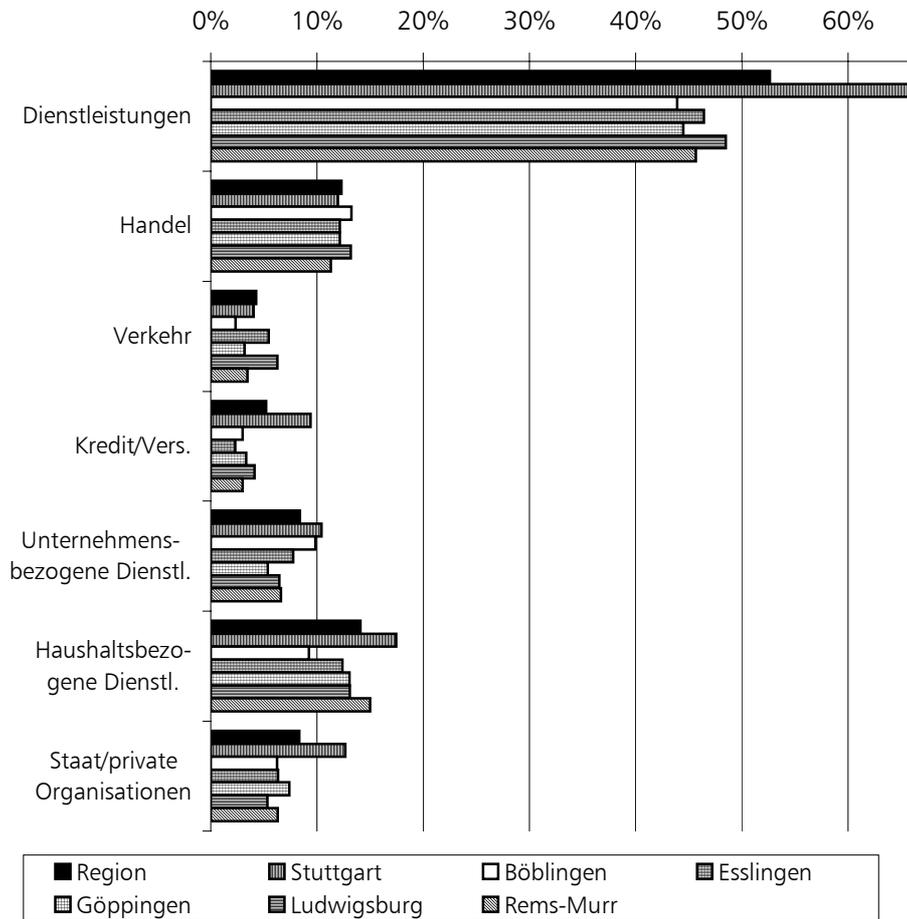


Abbildung 5.2: Anteile des Dienstleistungssektors und seiner Teilbereiche an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region Stuttgart

Das Schlusslicht in Bezug auf die Dienstleistungsquote in den einzelnen Kreisen ist der Kreis **Böblingen**, der mit einem Anteil von weniger als 45% noch sehr stark durch das Verarbeitende Gewerbe geprägt ist. Von diesem Rückstand besonders betroffen ist der Bereich der Haushaltsbezogenen Dienstleistungen, die weit unterhalb des Regionsdurchschnitts liegen.

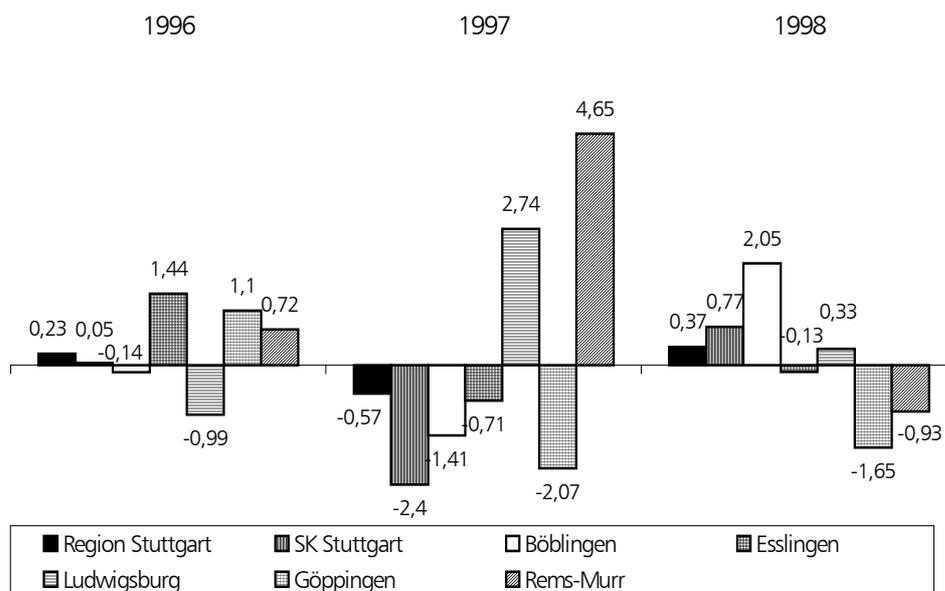


Abbildung 5.3: Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungsbereich in der Region Stuttgart, jeweils im Vergleich zum Vorjahr in %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Was die Veränderungsdaten betrifft, so ist der Dienstleistungsbereich in Böblingen im letzten Jahr relativ stark expandiert (1.264/2,1%), während die Entwicklung in den beiden Vorjahren eher unterdurchschnittlich verlief.

Der Dienstleistungssektor im Landkreis **Esslingen** weist wenige Besonderheiten auf; so liegen sowohl die Zuwachsraten, als auch das Ausgangsniveau sehr nahe am Durchschnitt der Region. Ein kreisspezifischer Branchenschwerpunkt ist, sieht man von einem vergleichsweise niedrigen Anteil der Banken und Versicherungen ab, nicht zu erkennen.

Im Kreis **Göppingen** ist die Situation sowohl im letzten Jahr (-592/-1,7%), als auch im Zeitraum 1990-1998 (2.406/+7,3%) vergleichsweise ungünstig verlaufen. Auffallend schwach sind in diesem Kreis die Unternehmensbezogenen Dienstleistungen besetzt.

Der Landkreis **Ludwigsburg** hat mit einer Dienstleistungsquote von 48% zwar die zweithöchste Quote eines Kreise in der Region, liegt damit

aber ungefähr zehn Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt. Tätigkeitsschwerpunkte finden sich in Ludwigsburg, wie in der weiteren Darstellung noch näher ausgeführt wird, im Bereich Handel und Verkehr.

Der **Rems-Murr-Kreis** hatte im Zeitraum 1990-1998 mit +21,1% die größte Beschäftigungszunahme des Dienstleistungsbereichs in einem Kreis der Region. Infolgedessen sollte der Beschäftigungsrückgang im letzten Jahr (-0,9%/-530) nicht überbewertet werden. Ein Schwerpunkt findet sich in diesem Kreis bei den Haushaltsbezogenen Dienstleistungen, zu denen auch das Gesundheitswesen gehört.

5.1.6 Die Frauenbeschäftigung im Dienstleistungsbereich

Mit einer Frauenquote von rd. 57% (in der Region) sind im Dienstleistungsbereich überdurchschnittlich viele Frauen beschäftigt. Die Dienstleistungstätigkeiten sind insbesondere im mittleren und unteren Qualifikationsniveau vorwiegend Frauenarbeitsplätze. So liegt der Anteil der Frauen bei den Beschäftigten ohne Berufsabschluss in der Region bei 62%, während sie nur ein Drittel bei den Beschäftigten mit Fachhochschul- oder Universitätsabschluss stellen. Auf Landesebene haben die Frauen einen Anteil von 35% an den hochqualifizierten Arbeitskräften, in den alten Bundesländern 37%. Über den Zeitraum 1991-1998 gesehen, ist der Anteil der Frauen mit einem hochwertigen Berufsabschluss um 39% (5519) - und damit etwas stärker als bei den Männern (26%/8133) - gestiegen. Trotzdem haben die Männer von den Beschäftigungssteigerungen bei den hochqualifizierten Arbeitskräften in der Region auffallend stark (60%) profitiert. In den alten Bundesländern insgesamt gelang es den Frauen im gleichen Zeitraum, die Hälfte der zusätzlichen Stellen für Akademiker zu besetzen.

Im letzten Jahr zählten die Frauen auch im Dienstleistungsbereich eher zu den Verliererinnen des Arbeitsmarktes. Während in der Region immerhin 2860 Männer neue Stellen im Dienstleistungsbereich fanden, gingen 857 Arbeitsplätze für Frauen verloren. Diese geschlechtsspezifisch unterschiedliche Entwicklung ist in der Region deutlicher ausgefallen als im Land oder in den alten Bundesländern.

Eine wichtige Ursache für die größeren Probleme der Frauen, sich im Dienstleistungsbereich Arbeitsplätze zu sichern, liegt in dem immer noch etwas niedrigeren Qualifikationsniveau. Zumal die Anforderungen an die formale Qualifikation der Mitarbeiter nach wie vor steigen.

Berücksichtigt man allerdings, dass die Frauen in der Region in den vorangegangenen Jahren (1991-1997) eine weitaus günstigere Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungsbereich (+11.764) realisierten, wie

die Männer (-5.178), so muss man die Aussage, die Frauen gehörten zu den Verlierern im Dienstleistungsbereich etwas relativieren.

Erst im nächsten Jahr wird sich zeigen, ob die neue Regelung der 630-Mark-Jobs geschlechtsspezifische Auswirkungen hat, zum Beispiel dahingehend, dass viele Frauen in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis wechseln. Diese könnte eintreten, wenn Beschäftigungen im Einzelhandel, in der Gastronomie oder in der Pflege, etc. die bislang von Arbeitskräften auf 630-DM-Basis erledigt wurden, teilweise umgewandelt würden.

Dienstleistungsbereich	Männer		Frauen	
	1997-1998	in %	1997-1998	in %
Alte Bundesländer	+49.570	0,9	+11.009	0,1
Baden-Württemberg	+6.272	0,8	-1.481	-0,1
Region Stuttgart	+2.860	1,2	-857	-0,3

Tabelle 5.3: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVPB) zwischen 1997 und 1998 im Dienstleistungssektor nach Geschlecht

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

5.2 Die Wirtschaftszweige des Tertiären Sektors in der Region

Im Folgenden werden die Hauptgruppen des Dienstleistungssektors etwas näher betrachtet, da in den einzelnen Segmenten sehr unterschiedliche, zum Teil deutlich von der allgemeinen Entwicklung abweichende Trends vorliegen. Die Vielzahl der sich so ergebenden Teilbereiche verbietet es, die Entwicklung in den einzelnen Kreisen jeweils detailliert zu diskutieren. Das bietet sich nur an, wenn in einem oder mehreren Kreisen auffallende Sonderentwicklungen feststellbar sind.

Zunächst soll die eher allgemeine Situation geschildert werden. Soweit es sich anbietet, wird dabei auch auf die Statistiken der Gewerbean- und -abmeldungen zurückgegriffen, die die Ordnungsämter in den Kommunen erstellen und an das Statistische Landesamt übermitteln. Da es insbesondere bei den Gewerbetreibenden immer wieder Verzögerungen bei Abmeldungen und Unsicherheiten über die Meldepflicht gibt, ist aber davon auszugehen, dass diese Statistik mit Fehlern behaftet ist, die nicht ausgeklammert werden können (vgl. z.B. Dreher 1999). Wir greifen trotzdem auf dieses Datenmaterial zurück, weil relativ wenig geeignetes Material über die wirtschaftliche Entwicklung im Dienstleistungsbereich vorliegt. Aufgrund dieser grundsätzlich problematischen Datenlage kann man diese Zahlen nicht

als Existenzgründungen interpretieren. Die Insolvenzstatistik, die ebenfalls vom Statistischen Landesamt betreut wird, ermöglicht aufgrund der kleinen Zahl der so erfassten Unternehmenskonkurse⁴¹ nur in einigen Teilbereichen stichhaltige Aussagen.

Im Mittelpunkt der Ausführungen wird daher die Beschäftigtenstatistik stehen. Aufgrund der relativ heterogenen Struktur des Dienstleistungssektors wird sich die Darstellung bei den kleineren Bereichen notwendigerweise auf die Region als Untersuchungseinheit konzentrieren, während bei den größeren Wirtschaftszweigen die Kreise gezielt berücksichtigt werden.

Tabelle 2 verdeutlicht dabei, dass Haushaltsbezogene Dienstleistungen und der Handel die größten Wirtschaftszweige sind und schon alleine deshalb Beachtung verdienen. Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung haben aufgrund der hohen Wachstumsraten vor allem die Unternehmensbezogenen Dienstleistungen große Bedeutung. Schließlich bleiben mit Verkehr, Kreditwesen/Versicherungen und Staat/Organisationen ohne Erwerbscharakter einige Bereiche mittlerer Größe.

	1990	1996	1997	1998	Diff.97/ 98	in %	Diff.90/ 98	in %
Dienstleistungen Insgesamt	493.244	537810	534752	536755	2.003	0,4	43.511	8,8
Handel	132.517	134.260	128.987	125.514	-3.473	-2,7	-7.003	-5,3
Verkehr	44.393	45.947	43.836	43.440	-396	-0,9	-953	-2,1
Kredit/Vers.	50.845	53.975	52.981	53.055	74	0,1	2.210	4,3
Unternehmens- bezogene DL	61.636	79.390	78.933	85.748	6.815	8,6	24.112	39,1
Haushalts- bezogene DL	122.458	140.194	144.047	143.860	-187	-0,1	21.402	17,5
Staat/Org. ohne Erwerbscharakter	81.395	84.044	85.968	85.138	-830	-1,0	3.743	4,6

**Tabelle 5.4: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungsbe-
reich sowie seinen Hauptbranchen in der Region Stuttgart in den Jahren
1990 bis 1998**

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

⁴¹ Erhebungsgrundlagen dieser Statistik sind die monatlichen Meldungen der Amtsgerichte über die von ihnen bearbeiteten Verfahren.

5.2.1 Handel: Anhaltender Beschäftigungsabbau

Der Handel der Region sieht sich mit Abwanderungstendenzen konfrontiert. Seit 1990 sind in der Region 8,7% der Arbeitsplätze verloren gegangen. Im Durchschnitt Baden-Württembergs waren es nur 1,7%. Dem entsprechen auch die aktuellen Veränderungen, die in der Region 1998 zum Abbau von 2,7% der Arbeitsplätze im Handel führten, gegenüber -1,7% im Land. Diese Entwicklung deutet auf den Strukturwandel in der Branche, der zugleich mit einer räumlichen Umorientierung einhergeht.

Umsatzentwicklung

Die landesweite Umsatzentwicklung des Handels war 1998 mit einem realen Plus von 2,2%⁴² deutlich günstiger als in den Vorjahren. Der Tiefpunkt der Umsatzentwicklung wurde 1993 mit real - 4,9% erreicht. Strukturell profitieren die einzelnen Bereiche des Handels in sehr unterschiedlichem Umfang von den Umsatzsteigerungen: der Kfz-Einzelhandel hat inzwischen zwei sehr positive Jahre mit Umsatzsteigerungen von +5,1% und +3,6% hinter sich, während die Tankstellen, nach einem markanten Einbruch 1997 ihren Umsatz 1998 um 8,1% steigern konnten.

	Reale Veränderung des Umsatzes in %	
	1996-1997	1997-1998
Einzelhandel ohne Kfz-Handel und Tankstellen	-0,1	+1,4
Textilien	-2,7	-6,2
Bekleidung	-4,6	-1,6
Schuhe	-5,6	-1,6
Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel	-1,0	-2,2

Tabelle 5.5: Reale Umsatzentwicklung in ausgewählten Segmenten des Einzelhandels

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

⁴² Handel incl. Kfz-Einzelhandel und Tankstellen.

Deutlich überdurchschnittliche Umsatzsteigerungen konnten im Bereich der langlebigen Konsumgüter (Elektrogeräte, Möbel etc.) verzeichnet werden, während die Umsätze im Nahrungsmittelbereich stagnierten oder zum Teil sogar erheblich zurückgingen.

Erfreulich ist die Steigerung des Umsatzes im Handel insgesamt, wenngleich die branchenspezifischen Zuwachsraten insbesondere im Hinblick auf die klassischen Innenstadtangebote wie Bekleidung, Textilien, Schuhe und Lebensmittel zum Teil zwei Jahre hintereinander negativ waren.

Gründungsmeldungen und Insolvenzen⁴³

2471 Gründungsmeldungen im Handel der Region Stuttgart standen 2700 Unternehmensaufgaben gegenüber. Das Verhältnis von Gründungsmeldungen zu Unternehmensaufgaben ist in der Region günstiger als im Land. Eine Ausnahme bildet die Stadt Stuttgart; dort stehen 100 Betrieben, die aufgegeben werden, lediglich 77 Gründungsmeldungen gegenüber. Im Durchschnitt der Region liegt dieser Wert bei 90, im Land bei immerhin 83. Diese Entwicklung setzt den im letzten Jahr beschriebenen Trend fort.

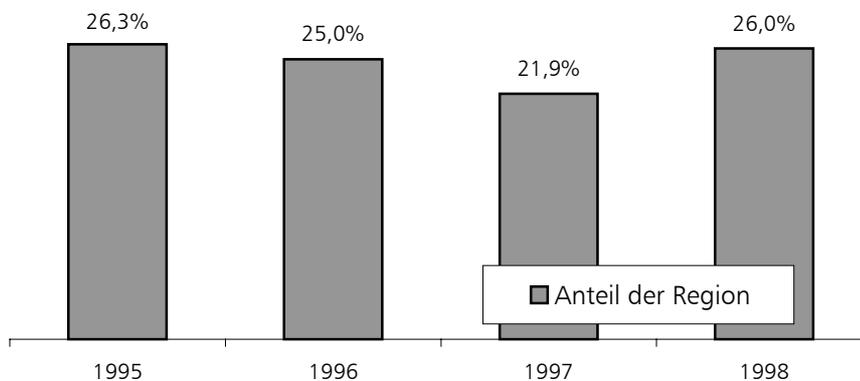


Abbildung 5.4: Anteil der Region an den Insolvenzen im Handel (bezogen auf Baden-Württemberg)

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

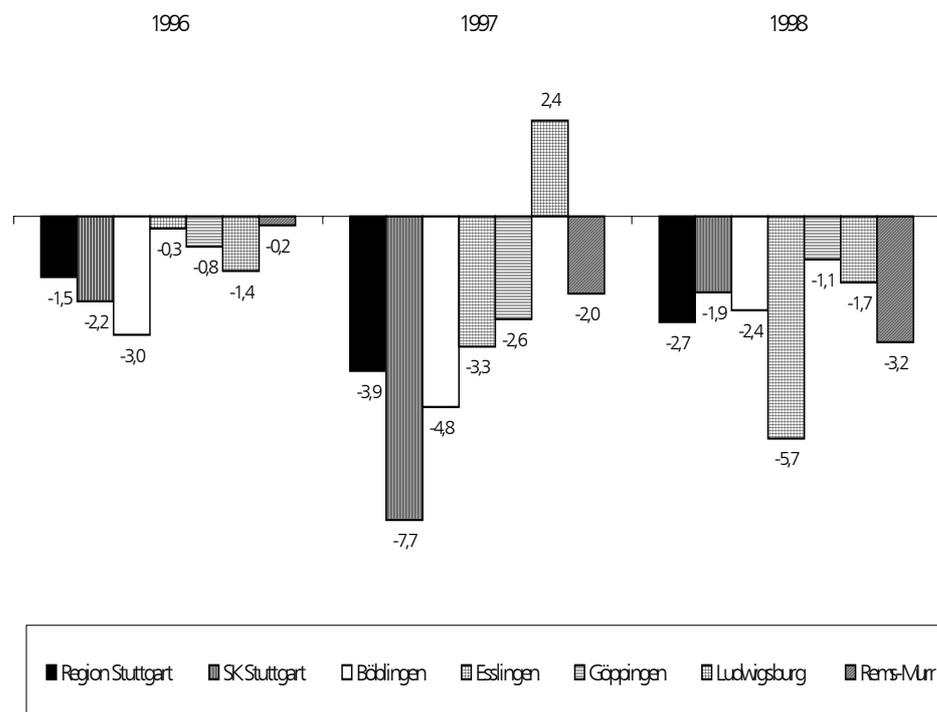
⁴³ Wie bereits unter 5.2 ausgeführt ist die Gewerbeldestatistik mit systematischen Fehlern behaftet. Unter Gründungsmeldungen werden im Folgenden die echte Neuerrichtung einer Hauptniederlassung und die Übernahme einer Hauptniederlassung zusammengefaßt. Verlagerungen, Zweigniederlassungen und sonstige Neuerrichtungen finden keine Berücksichtigung. Unternehmensaufgaben sind entsprechend definiert als Aufgaben einer Hauptniederlassung (sei es, um den Betrieb zu liquidieren, oder um ihn an einen Nachfolger weiterzugeben).

Betrachtet man die Insolvenzstatistik, so stellt man für das Jahr 1998 eine Verschlechterung der Position der Region Stuttgart fest, denn im Unterschied zur Entwicklung in Baden-Württemberg insgesamt ist die Zahl der Insolvenzen in der Region nicht gesunken, sondern gestiegen, wodurch der Anteil von knapp 22% auf 26% (von 547) aller Insolvenzen im baden-württembergischen Handel zugenommen hat. Damit wurde fast wieder der gleiche Anteil erreicht wie im Jahr 1995.

Beschäftigung

Der Handel ist in der Region durch eine deutliche Abnahme der Beschäftigung gekennzeichnet. Ausnahme war lediglich der Kreis Ludwigsburg, wo 1997 ein Zuwachs von 2,4 % zu verzeichnen war. Mit 11,3 bis 13,3% der Beschäftigten, liegt eine auffallend geringe Streuung der Anteile in den Kreisen vor. Die Sonderentwicklung in Ludwigsburg ist im Zusammenhang mit der Stärke dieses Kreises im Verkehrsbereich zu sehen.

Abbildung 5.5: Beschäftigungsentwicklung im Handel der Region Stuttgart



und in den Kreisen, jeweils im Vergleich zum Vorjahr (in %)

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Die Beschäftigung im Einzel- und Großhandel hat sich in den einzelnen Kreisen im letzten Jahr sehr unterschiedlich entwickelt: während der Ein-

zelhandel in Stuttgart stark abgenommen hat, ist es in den direkt angrenzenden Kreisen Böblingen und Esslingen vor allem der Großhandel, der Beschäftigung abbaut. In den Kreisen Ludwigsburg und Rems-Murr nimmt die Beschäftigung im Einzelhandel stärker ab als im Großhandel, wenngleich kein vergleichbar starkes Gefälle besteht wie in Stuttgart. Der Landkreis Göppingen, der nicht direkt an den Kreis Stuttgart angrenzt, ist vom Beschäftigungsrückgang im Handel am wenigsten betroffen.

Zusammenfassend kann man zur Entwicklung im Handel feststellen, dass sich der Trend zu weniger sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und überproportionalen Verlusten in der Stadt Stuttgart auch im Jahr 1998 fortgesetzt hat.

Produktivität

Die Beschäftigung bietet einen sehr wichtigen Indikator für die Entwicklung einer Branche. Gleichwohl ist damit keine Aussage über die Produktivität und deren Entwicklung im Vergleich mit anderen Wirtschaftsbereichen möglich. Um in dieser Hinsicht eine Orientierung zu geben, möchten wir auf die Bruttowertschöpfung als Indikator zurückgreifen.

In Verbindung mit der Beschäftigtenstatistik ermöglicht diese Größe Aussagen über die Entwicklung der Produktivität. Sie steht leider nur mit einer gewissen Zeitverzögerung zur Verfügung, so dass Mitte 1999 erst die Daten für 1996 vorliegen.

Vergleicht man die Anteile von Handel und Verkehr an der Bruttowertschöpfung und an den Beschäftigten, so stellt man zunächst fest, dass die Bruttowertschöpfung pro Beschäftigtem in Handel und Verkehr unterdurchschnittlich ist, da der Anteil der Beschäftigten größer ist als der Anteil der Bruttowertschöpfung (Werte kleiner als 100). Des weiteren fällt auf, dass der Rems-Murr-Kreis, der 1995 und 1996 mit Abstand den kleinsten Beschäftigtenanteil aufweist, bei der Bruttowertschöpfung vergleichsweise hohe Werte erzielt. Lediglich in Ludwigsburg, wo der mit Abstand höchste Beschäftigtenanteil im Verkehr vorliegt, werden durchgängig höhere Werte erzielt. Auffallend ist ferner die Streuung der Produktivität im Bereich Handel und Verkehr.

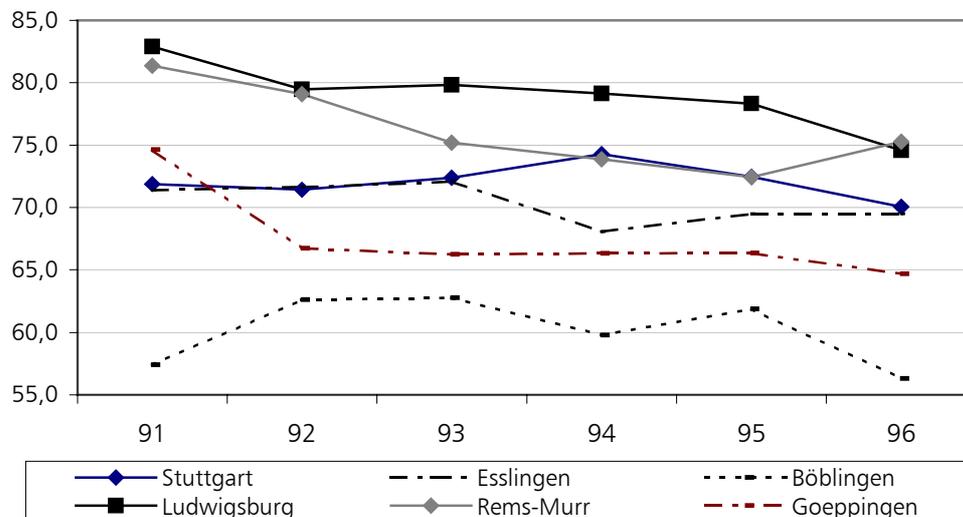


Abbildung 5.6: Verhältnis von Bruttowertschöpfungsanteil zu SVP-Beschäftigtem Anteil im Bereich Handel/Verkehr

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Frauenbeschäftigung

Der Handel ist ein Wirtschaftsbereich mit einer sehr starken geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung: Während im Großhandel mehrheitlich Männer beschäftigt sind, sind im Einzelhandel – und zwar vor allem bei den einfachen Tätigkeiten – vorwiegend Frauen tätig. Auffallend ist der relativ niedrige Anteil weiblicher Beschäftigter im Einzel- und Großhandel in der Stadt Stuttgart.

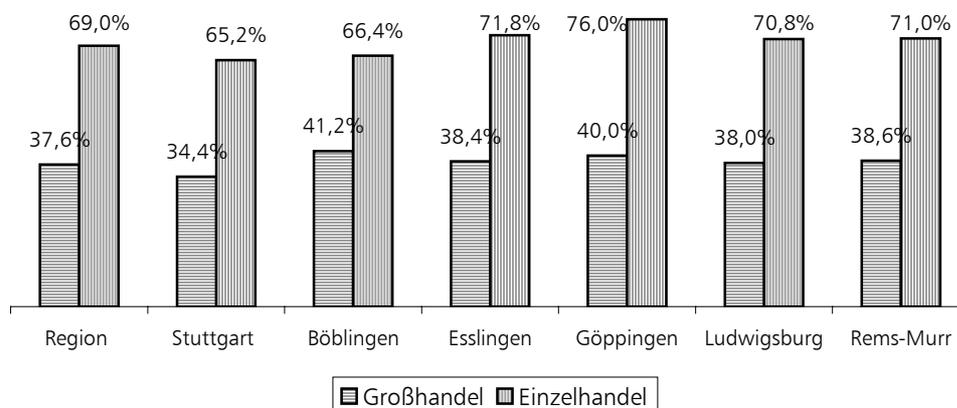


Abbildung 5.7: Frauenanteil im Groß- und Einzelhandel 1998

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Der Stellenabbau im Handel wirkt sich bei den Frauen in einem drastischen Rückgang der Beschäftigung Geringqualifizierter aus. Hier wurden im Zeitraum 1991-98 rund 30% der Stellen (5652) abgebaut, während bei den Männern die in geringerem Umfang gering qualifiziert tätig sind, nur 1298 Stellen abgebaut wurden. Dieser Trend zum stärkeren Rückgang von mit Frauen besetzten Arbeitsplätzen hat sich auch im letzten Jahr fortgesetzt.

Handel	1997	1998	Diff. 97/98	Diff. 97/98 in %
SVPB insgesamt	128.987	125.514	-3.473	-2,7
Männer	60.000	58.558	-1.442	-2,4
Frauen	68.987	66.956	-2.031	-2,9

Tabelle 5.6: Beschäftigungsentwicklung im Handel in der Region Stuttgart zwischen 1997 und 1998 (jeweils Stand 30.06.) nach Geschlecht

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Langfristige Entwicklung und Perspektiven

Während 1998 auf Bundes- und Landesebene ebenso wie in der Region und den Kreisen Personal abgebaut wurde, zeigt die langfristige Betrachtung sehr unterschiedliche Entwicklungen: Auf der Regionsebene wurden 5,3% der Arbeitsplätze (7.003) abgebaut, wohingegen auf Bundes- und Landesebene im gleichen Zeitraum zusätzliche Beschäftigung (+3,2%) entstand.

Die langfristige regionale Entwicklung wird dabei von Stuttgart dominiert, das mit einem Verlust von 8748 Beschäftigten im Handel vom Wandel in diesem Bereich besonders betroffen war.

Dieser negative Trend konnte vom langfristigen Beschäftigungsaufbau in den Kreisen Böblingen (11,1%) und Ludwigsburg (8,0%) nicht annähernd ausgeglichen werden, zumal in den Kreisen Esslingen, Göppingen und Rems-Murr die Beschäftigung ebenfalls abnahm bzw. stagnierte.

	1990	1996	1997	1998	Diff. 97/98	97/98 in %	Diff. 90/98	90/98 in %
BRD- West	3.047.071	3.194.259	3.167.792	3.143.589	-24.203	-0,8	96.518	3,2
Ba-Wü	446.546	472.926	465.728	461.049	-4.679	-1,0	14.503	3,2
Region Stgt.	132.517	134.260	128.987	125.514	-3.473	-2,7	-7.003	-5,3
Stutt- gart	49.323	44.844	41.377	40.575	-802	-1,9	-8.748	-17,7
Böblin- gen	17.047	20.394	19.405	18.941	-464	-2,4	1.894	11,1
Esslin- gen	22.838	23.311	22.537	21.263	-1.274	-5,7	-1.575	-6,9
Göp- pingen.	9.841	10.004	9.742	9.635	-107	-1,1	-206	-2,1
Ludwigs burg	19.507	20.925	21.434	21.072	-362	-1,7	1.565	8,0
Rems- Murr	13.961	14.782	14.492	14.028	-464	-3,2	67	0,5

Tabelle 5.7: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Handel (Absolut- und Prozentwerte)

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Die derzeitige Geschäftslage, ebenso wie die Erwartungen des Großhandels in der Region Stuttgart, haben sich nach den Ergebnissen der IHK-Konjunkturumfrage für das zweite Quartal 1999 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal verschlechtert. Nur noch etwa jeder zwanzigste Großhändler bezeichnet die eigene Geschäftslage als gut, 1998 tat dies noch fast jeder vierte. Der Anteil der Unternehmen mit einer schlechten Geschäftslage hat sich in diesem Zeitraum verdoppelt und liegt nun bei etwa 21 %. Fast die Hälfte der Großhändler musste eine Verschlechterung des Ertrags hinnehmen. Dennoch rechnen für die Zukunft nur noch halb so viele Betriebe (ca. 10 %) mit einer Verbesserung und zunehmend mehr Unternehmen (ca. 15 %) sogar mit einer weitergehenden Verschlechterung der Geschäftslage im Vergleich zu 1998 (II/1998: ca. 20 % bzw. ca. 10 %).

Im Gegensatz zum Großhandel hat sich die Geschäftslage des regionalen Einzelhandels im zweiten Quartal 1999 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal verbessert. Ausgehend von einer schwachen Ausgangsposition hat sich der Anteil der Einzelhändler, die von einer guten Geschäftslage berichten von etwa 10 % auf ca. 16 % erhöht. Klage 1998 noch fast je-

des dritte Einzelhandelsunternehmen über eine schlechte Geschäftslage, so war dies 1999 nur bei jedem fünften der Fall. Dennoch liegt der Anteil der Einzelhändler mit einer im Vergleich zu 1998 schlechteren Geschäfts- und Ertragslage sowie niedrigeren Umsätzen auch 1999 wieder unter dem Anteil der Unternehmen mit entsprechend positiver Entwicklung. Daran wird sich nach der IHK-Konjunkturumfrage in absehbarer Zeit kaum etwas ändern. Vielmehr wurden die Erwartungen im Einzelhandel der Region nach unten korrigiert. Nur noch etwa 13 % der Einzelhändler rechnen mit einer Verbesserung ihrer Geschäftslage (II/1998: ca. 16 %). Immerhin jedes vierte Unternehmen befürchtet dagegen eine Verschlechterung (II/1998: ca. 12 %). Eine Umkehr der negativen Beschäftigungstrends im Handel der Region Stuttgart ist vor diesem Hintergrund zunächst nicht zu erwarten.

5.2.2 Verkehr⁴⁴: Breite Streuung um einen leicht negativen Beschäftigungstrend

Gründungsmeldungen und Insolvenzen⁴⁵

Der Bereich Verkehr ist durch mehr Geschäftsaufgaben als Gründungsmeldungen gekennzeichnet. Gleichzeitig übersteigt sowohl in der Region als auch im Land die Anzahl der Neuerrichtungen (ohne Kleinstgründungen, die weder ins Handelsregister noch bei der Handwerkskammer eingetragen werden) die Anzahl der Betriebsaufgaben.⁴⁶ Eine weitergehende Analyse der Zahlen auf Kreisebene ist angesichts der geringen Fallzahlen wenig angemessen.

Im letzten Jahr hat es im Verkehrsbereich in der Region 28 Insolvenzen gegeben, sieben Konkursverfahren wurden eröffnet. Diese Zahlen liegen etwas ungünstiger als im Vorjahr, wo nur 23 (2) Unternehmen insolvent wurden, aber deutlich besser als in den Jahren 95 und 96, wo 33 bzw. 34 Unternehmen aufgeben mussten.

⁴⁴ Für die nachfolgend untersuchten Dienstleistungsbranchen liegen keine Angaben zur Umsatzentwicklung in der Region vor.

⁴⁵ Vgl. hierzu die einleitenden Bemerkungen zu Kapitel 5.2, sowie die Fußnote 2.

⁴⁶ Existenzgründungen sind die Gewerbeanmeldungen mit denen sich der Anmeldende selbständig macht. Das heißt, in der Kategorie Existenzgründungen werden „echte“ Neuerrichtungen von Hauptniederlassungen und Übernahmen von Hauptniederlassungen zusammengefasst. Die Neuerrichtungen umfassen dagegen die „echten“ Neuerrichtungen und die Neuerrichtungen wegen Verlagerung.

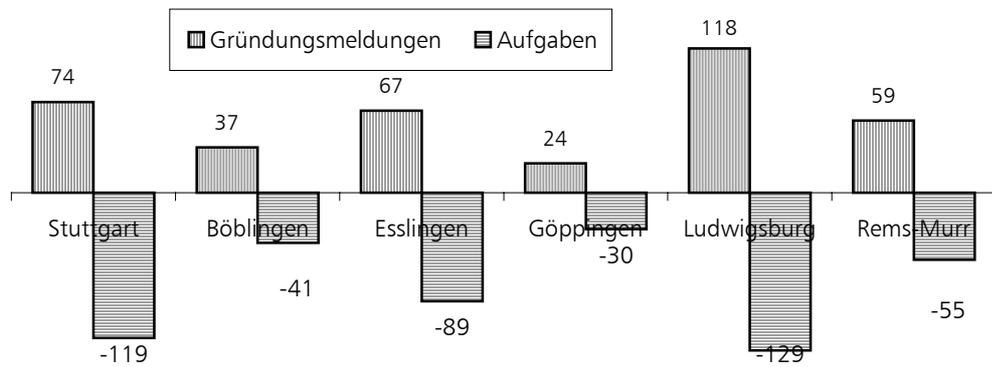


Abbildung 5.8: Gründungsmeldungen und Aufgaben im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Beschäftigung

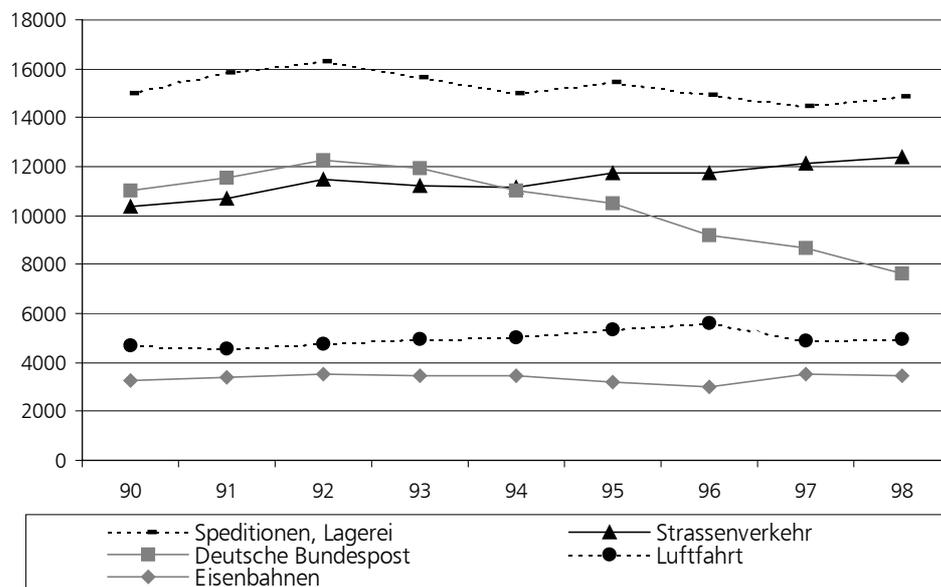


Abbildung 5.9: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Verkehrsbereich in der Region

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Eine Form der regionalen Arbeitsteilung zeichnet sich im **Verkehrsbereich** ab: mit Ausnahme des Kreises Böblingen, wo ein auffallend geringer Anteil der Beschäftigten im Verkehrsbereich tätig war und man insofern von

einem Nachholbedarf ausgehen kann, nimmt die Beschäftigung dort zu, wo sie bislang schon relativ hoch lag (Ludwigsburg, Esslingen) und in den Kreisen ab, in denen sie auch bislang unter dem regionalen Durchschnitt lag. Mit über 9% Rückgang der Beschäftigung wies der Landkreis Göppingen 1998 wie auch im Vorjahr besondere Probleme auf. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf Maßnahmen der Postdienste⁴⁷, durch die rd. 280 Stellen aus dem Landkreis abgezogen wurden. Auch anhand der Übersicht für die Region wird die Bedeutung, die die Stellenstreichungen und Verlagerungen der Post in den letzten Jahren für den Verkehrssektor hatten, deutlich: Allein im Zeitraum 1997/98 wurden in der Region Stuttgart über 1000 Stellen abgebaut. Verlagerungen, wie die Inbetriebnahme eines Postverteilzentrums in Waiblingen erklären beispielsweise die starke Beschäftigungszunahme im Rems-Murr-Kreis 1997.

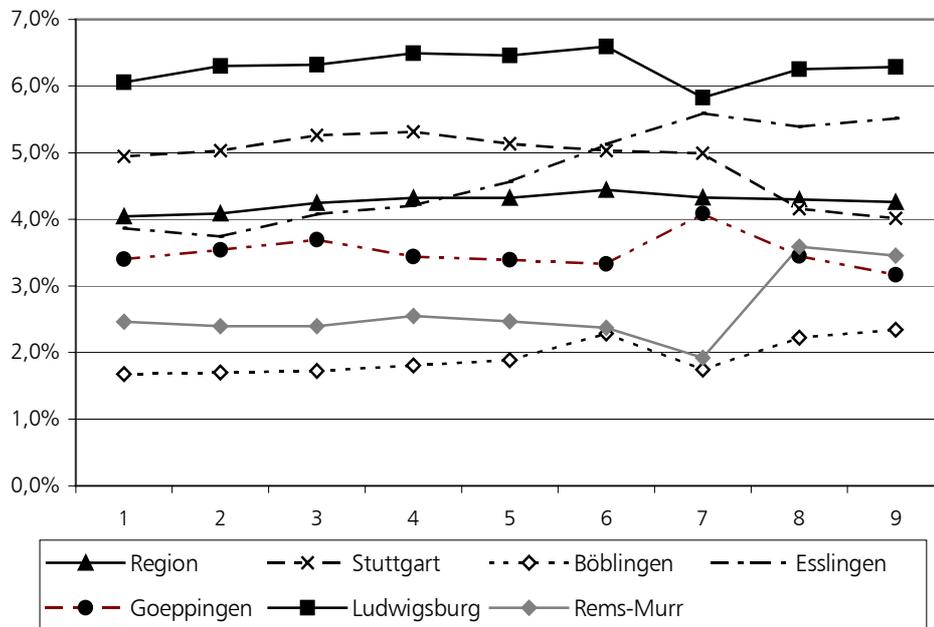


Abbildung 5.10: Anteile der Beschäftigten im Verkehrsbereich an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Statistisches Landesamt und IAW-Berechnung

⁴⁷ Die vorhandenen Daten weisen die Beschäftigtenzahl der verschiedenen Postdienste (Brief- und Frachtdienste, Telekommunikation etc.) gemeinsam aus.

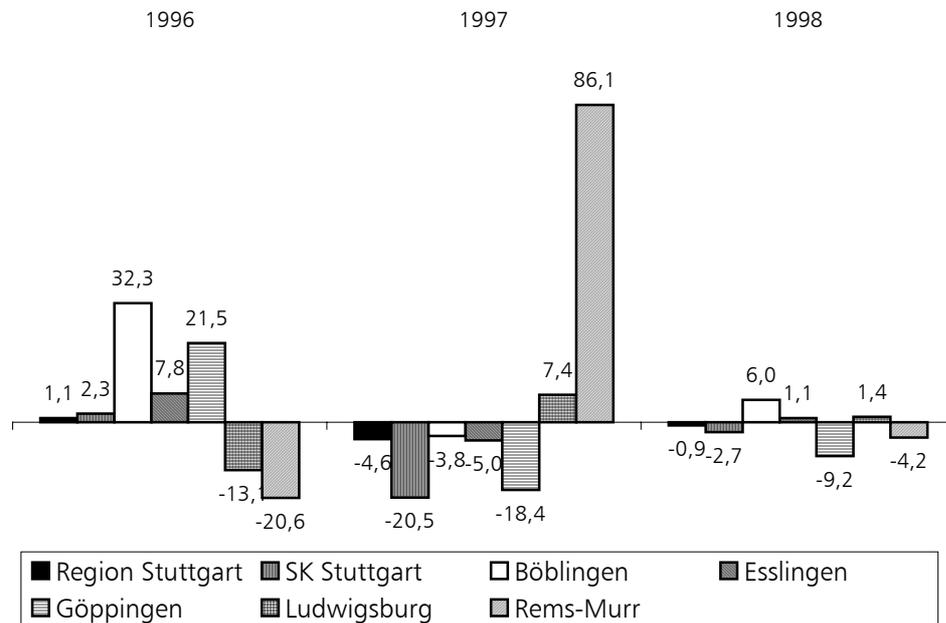


Abbildung 5.11: Beschäftigungsentwicklung im Verkehr in der Region Stuttgart und in den Kreisen der Region gegenüber dem Vorjahr (in %)

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Demgegenüber fand im **Straßenverkehr** ein moderater Beschäftigungsaufbau statt (insgesamt knapp 300 Beschäftigte, aber mit gegenläufiger Tendenz in Stuttgart). Kombiniert man diese Entwicklung mit dem Beschäftigungsverlauf im Bereich **Speditionen und Lagerei**, so wird ein deutlicher Gewinn in Ludwigsburg und Böblingen sichtbar. In Ludwigsburg arbeitet ohnehin ein weitaus größerer Anteil der Beschäftigten im Bereich Lagerei/ Speditionen als in den anderen Kreisen der Region, was vor allem auf die Konzentration entsprechender Unternehmen entlang der Autobahn und im Bereich des Güterverteilzentrums Kornwestheim zurückzuführen ist.

Uneinheitlich hat sich die Beschäftigung bei der **Eisenbahn** entwickelt: In der Stadt Stuttgart fand zwei Jahre hintereinander ein Beschäftigungsaufbau statt, während die Beschäftigung in den anderen Kreisen weitgehend stagnierte oder, wie in Ludwigsburg, deutlich zurückging.

Frauenbeschäftigung

Der Verkehrsbereich ist mit einer Frauenquote von 27% der Dienstleistungsbereich mit dem niedrigsten Frauenanteil. Lediglich die Postdienste erreichen mit 54% in etwa den Durchschnitt. Die Konzentration auf diesen Teilbereich führt dazu, dass die Frauen durch die Rationalisierungsbemühungen der Post AG überproportional viele Arbeitsplätze verlieren.

Der Beschäftigungsabbau bei den Frauen geht ausschließlich zu Lasten dieses Teilbereichs. In den anderen Teilbereichen entstanden auch für Frauen – einige wenige – Arbeitsplätze.

Verkehr	1997	1998	Diff. 97/98	Diff. 97/98 in %
SVPB insgesamt	43.836	43.440	-396	-0,9
Männer	29.428	29.546	118	0,4
Frauen	14.408	13.894	-514	-3,6

Tabelle 5.8: Beschäftigungsentwicklung im Verkehr in der Region Stuttgart zwischen 1997 und 1998 (jeweils Stand 30.06.) nach Geschlecht

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Langfristige Entwicklung und Perspektiven

Während die langfristige Entwicklung der Beschäftigung im Verkehrsbereich in Westdeutschland und in Baden-Württemberg positiv war, musste die Region zwischen 1990 und 1998 einen spürbaren Beschäftigungsrückgang hinnehmen (-2,1%). Die kurzfristige Entwicklung im Verkehr verlief – mit Ausnahme der Landesebene und des Rems-Murr-Kreises - in die gleiche Richtung wie der langfristige Trend. Auf Landesebene verlief die kurzfristige Entwicklung deutlich schlechter als die langfristige, wobei auch in der Region und in Westdeutschland der Höhepunkt der Beschäftigung im Verkehrsbereich in der ersten Hälfte der 90er Jahre zu suchen ist.

Da dem Verkehrssektor mit Bahn und Post zwei große Unternehmen angehören, die in den letzten Jahren wiederholt Umstrukturierungsmaßnahmen und Umsetzungen von Mitarbeitern vorgenommen haben, schwanken die langfristigen Wachstumsraten (-26,9 % in Stuttgart / +34,6% im Rems-Murr-Kreis) enorm.

	1990	1996	1997	1998	Diff. 97/98	97/98 in %	Diff. 90/98	90/98 in %
BRD- West	1.103.725	1.112.070	1.103.568	1.106.793	3.225	0,3	3.068	0,3
Ba-Wü	138.495	142.972	141.373	140.094	-1.279	-0,9	1.599	1,2
Region Stgt.	44.393	44.484	43.836	43.440	-396	-0,9	-953	-2,1
Stuttgart	18.738	17.052	14.083	13.698	-385	-2,7	-5.040	-26,9
Böblin- gen	2.587	2.481	3.158	3.348	190	6,0	761	29,4
Esslin- gen	7.273	9.931	9.438	9.538	100	1,1	2.265	31,1
Göppin- gen.	2.992	3.388	2.765	2.510	-255	-9,2	-482	-16,1
Ludwigs- burg	9.608	9.221	9.904	10.045	141	1,4	437	4,5
Rems- Murr	3.195	2.411	4.488	4.301	-187	-4,2	1.106	34,6

Tabelle 5.9: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Verkehr zwischen 1990 und 1998

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Nach der IHK-Konjunkturumfrage hat sich die Stimmung im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung bis zum zweiten Quartal 1999 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal etwas eingetrübt. Nur noch etwa jedes sechste Unternehmen kennzeichnet seine Geschäftslage als gut, 1998 tat dies noch jedes dritte. Dem entspricht der geringere Anteil der Befragten, die einen Umsatzanstieg zu verzeichnen hatten (II/1999: ca. 30 %; II/1998: ca. 48 %) und die Zunahme der Unternehmen mit rückläufigen Umsatzzahlen (II/1999: ca. 15 %; II/1998: ca. 9 %). Allerdings klagt auch weiterhin nur eines der insgesamt 55 befragten Unternehmen über eine schlechte Geschäftslage. Positive Erwartungen äußern nur noch etwa 17 % der Befragten (II/1998: ca. 26 %). Die Zahl der Unternehmen, die eine Verschlechterung der Geschäftslage befürchten ist nahezu konstant geblieben. Insgesamt deuten sich im Bereich Verkehr und Nachrichtenentwicklung in der Region damit keine gravierenden Veränderungen an.

5.2.3 Kreditinstitute/Versicherungen: Konzentration und verstärkter Wettbewerb

Gründungsmeldungen und Insolvenzen⁴⁸

Der Bereich Kreditinstitute/Versicherungen ist durch eine relativ geringe Anzahl an Betrieben und einen eingeschränkten Marktzutritt gekennzeichnet. Die Statistik der Gewerbean- und -abmeldungen bietet daher nur eingeschränkt Informationen über die wirtschaftliche Entwicklung. Die Mehrzahl der Gründungsmeldungen und Unternehmensaufgaben wird dem Bereich ‚Kredit- und Versicherungshilfsgewerbe‘ zugerechnet. Während in den Landkreisen durchgängig mehr Gründungsmeldungen als Unternehmensaufgaben zu verzeichnen sind, verhält es sich in Stuttgart umgekehrt. Insgesamt standen 1998 in der Region 146 Gründungsmeldungen 136 Unternehmensaufgaben gegenüber.⁴⁹

Beschäftigung

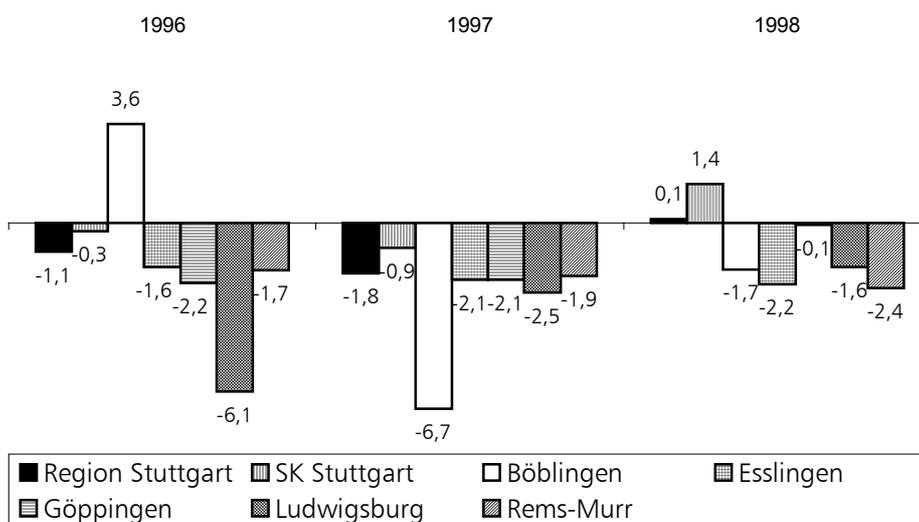


Abbildung 5.12: Beschäftigungsentwicklung im Kredit- und Versicherungsgewerbe in der Region Stuttgart und den Kreisen der Region gegenüber dem Vorjahr (in %)

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

⁴⁸ Vgl. hierzu die einleitende Anmerkung zu Teil 5.2.

⁴⁹ Eine Untersuchung von Konkursen ist aufgrund der niedrigen Fallzahlen nicht möglich.

Die aussagefähigsten Angaben zur wirtschaftlichen Entwicklung im Bereich Kreditinstitute/Versicherungen bietet die Beschäftigtenstatistik. Während noch Anfang der 90er Jahre in allen Kreisen deutliche Beschäftigungsgewinne zu verzeichnen waren, ist die zweite Hälfte dieses Jahrzehnts durch einen allmählichen Stellenabbau gekennzeichnet.

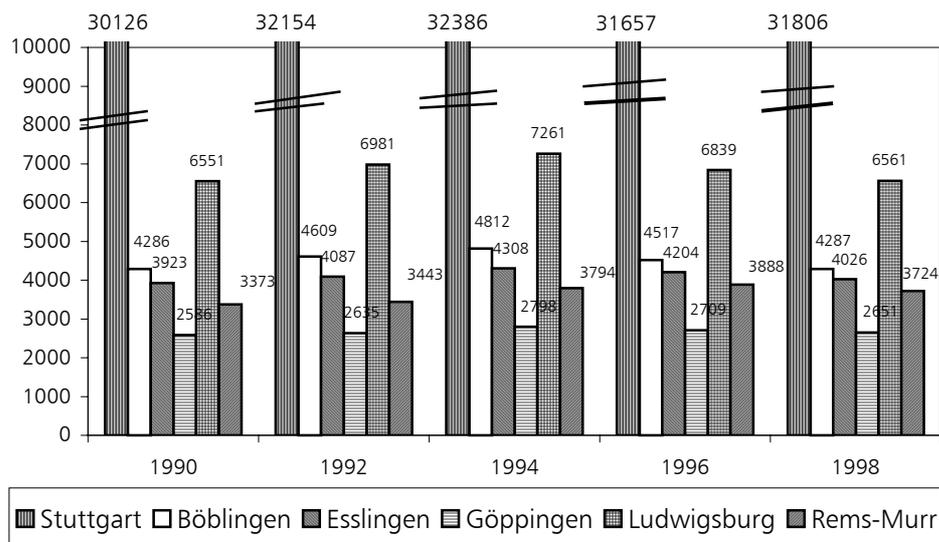


Abbildung 5.13: Beschäftigte im Kreditwesen und bei Versicherungen

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Vom Beschäftigungsabbau in diesem Wirtschaftszweig sind die Kreise unterschiedlich betroffen. In Stuttgart ist es 1998 nach vier Jahren Stellenabbau gelungen, ca. 40% der zuvor abgebauten Stellen (1073) wieder einzurichten. Damit gab es 1998 1680 Arbeitsplätze mehr im Bereich Kreditgewerbe/Versicherungen in Stuttgart als 1990. Ähnlich positiv verlief die Entwicklung im Rems-Murr-Kreis, wo im gleichen Zeitraum 350 Stellen, allerdings ausgehend von einem relativ niedrigen Niveau, hinzugekommen sind. Der Trend weist jedoch im Rems-Murr-Kreis, genauso wie in den anderen vier Kreisen außer Stuttgart, in den letzten Jahren kontinuierlich nach unten. So waren in den anderen Kreisen der Region im Jahr 1998 die Beschäftigungsgewinne, die Anfang der 90er Jahre im Kreditwesen erzielt wurden, fast aufgezehrt. Mit einem neuerlichen Beschäftigungsaufbau ist - angesichts der Rationalisierungsmaßnahmen⁵⁰ in diesem Wirtschaftsbereich - außerhalb Stuttgarts nicht zu rechnen, zumal in den Landkreisen die Versicherungen kaum Arbeitsplätze bieten (Banken: 19.076, Versicherungen:

⁵⁰ Siehe hierzu im einzelnen den Strukturbericht Region Stuttgart 1997/98.

2.173). Die Versicherungen beschäftigen in der Stadt Stuttgart über sechsmal so viele Mitarbeiter wie in den fünf Landkreisen der Region zusammengekommen und weisen damit einen sehr hohen Zentralisierungsgrad auf.

Ob es in der Stadt Stuttgart gelungen ist, den Trend zu abnehmender Beschäftigung zu brechen und ob Banken und Versicherungen mittelfristig am Finanzplatz Stuttgart Beschäftigung aufbauen werden, ist noch nicht absehbar, da es auch hier entgegengesetzte Entwicklungstendenzen gibt. Infolge der Fusionen und der Rationalisierungsmaßnahmen werden Bankfilialen geschlossen oder mit weniger Personal betrieben, wodurch weniger Mitarbeiter benötigt werden. Selbst wenn der Personalaufbau in den Zentralen der Banken diese Verluste kompensiert, kann davon ausgegangen werden, dass die Arbeit dort tendenziell mit höheren Qualifikationsanforderungen verbunden ist und Umschichtungen im Personalbestand erforderlich sein werden.

Frauenbeschäftigung

Bei Banken und Versicherungen sind relativ viele Frauen (Frauenquote in der Region: 54%) beschäftigt, wobei die Frauenquote in den Landkreisen deutlich höher ist als in Stuttgart. Die Positionen für Universitäts- und Fachhochschulabgänger sind allerdings zu 73% (4.100 von 5.600) mit Männern besetzt.

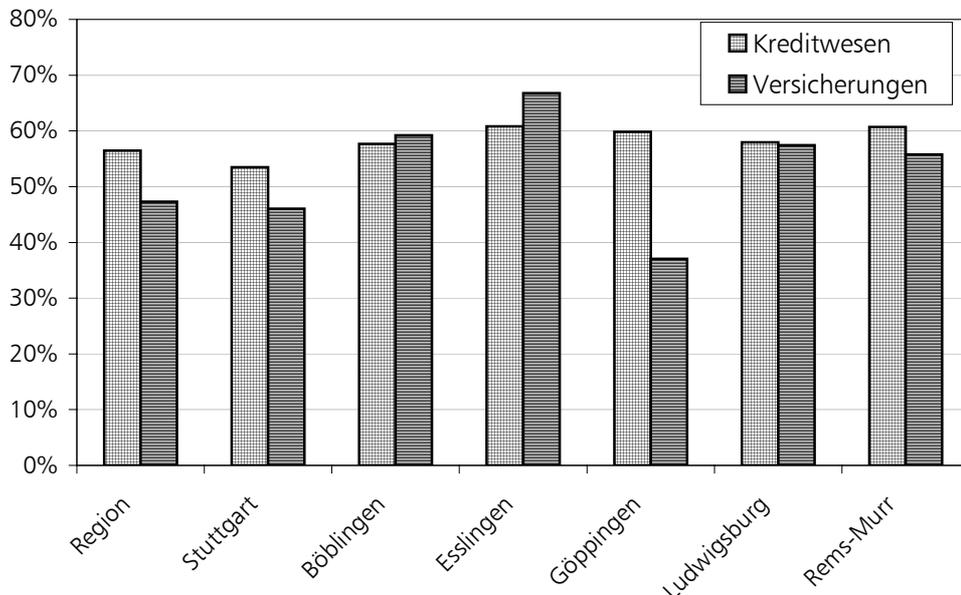


Abbildung 5.14: Frauenanteil an den Beschäftigten im Kreditwesen und bei Versicherungen 1998

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Die Entwicklung im letzten Jahr lässt hoffen, dass der Qualifizierungsrückstand der Frauen in absehbarer Zeit verschwindet, denn 1997/98 wurden von 339 zusätzlichen Stellen für Akademiker 172 mit Frauen besetzt. Bei den Frauen tritt damit noch deutlicher wie bei den Männern ein Trend zur Steigerung der Qualifikation zutage.

Kreditinstitute u. Versicherungen	1997	1998	Diff. 97/98	Diff. 97/98 in %
SVPB insgesamt	52.981	53.055	74	0,1
Männer	24.558	24.617	59	0,2
Frauen	28.423	28.438	15	0,1

Tabelle 5.10: Beschäftigungsentwicklung bei Kreditinstituten und Versicherungen in der Region Stuttgart zwischen 1997 und 1998 (jeweils Stand 30.06.) nach Geschlecht

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Langfristige Entwicklung und Perspektiven

Langfristig hat sich die Beschäftigung im Kredit- und Versicherungsgewerbe der Region zwar stärker als in Baden-Württemberg, aber in spürbar geringerem Maße als in Westdeutschland ausgeweitet. Auffallend ist, dass die Zunahme am Finanzplatz Stuttgart zwar deutlich über dem Wachstum in der Region und in Baden-Württemberg, doch nur wenig über der von Westdeutschland insgesamt lag. In der langfristigen Betrachtung zeigt sich die Tendenz zur Zentralisierung, die zu einem Beschäftigungsaufbau führte, der in der Stadt Stuttgart – mit Ausnahme des Rems-Murr-Kreises – deutlich stärker ausfiel als in den übrigen Kreisen der Region.

Die aktuelle Situation des Kreditgewerbes lässt sich anhand der IHK-Konjunkturumfrage für das zweite Quartal 1999 nur mit Einschränkungen charakterisieren, da lediglich 33 Banken Angaben machten. Bei nahezu unveränderter Ertragslage bezeichnet ein etwas geringerer Anteil der Befragten als im entsprechenden Vorjahresquartal die Geschäftslage als gut. Alle übrigen sind jedoch mit der Geschäftslage zufrieden, negative Einschätzungen waren in diesem Jahr ebenso wenig zu verzeichnen wie im letzten. Auch für die Zukunft rechnet niemand mit einer Verschlechterung der Geschäftslage, allerdings hat der Anteil derer, die auf eine weitere Verbesserung hoffen, abgenommen. Insgesamt ist im Kreditwesen der Region daher in absehbarer Zeit nicht mit gravierenden Veränderungen zu rechnen.

	1990	1996	1997	1998	Diff. 97/98	97/98 in %	Diff. 90/98	90/98 in %
BRD- West	890.597	949.055	939.171	937.549	-1.622	-0,2	46.952	5,3
Ba-Wü	139.766	148.214	145.876	145.187	-689	-0,5	5.421	3,9
Region Stgt.	50.845	53.975	52.981	53.055	74	0,1	2.210	4,3
Stutt- gart	30.126	31.657	31.368	31.806	438	1,4	1.680	5,6
Böb- lingen	4.286	4.678	4.363	4.289	-74	-1,7	3	0,1
Ess- lingen	3.923	4.204	4.117	4.025	-92	-2,2	102	2,6
Göpp.	2.586	2.709	2.653	2.651	-2	-0,1	65	2,5
Ludw.- burg	6.551	6.839	6.667	6.561	-106	-1,6	10	0,2
Rems- Murr	3.373	3.888	3.813	3.723	-90	-2,4	350	10,4

Tabelle 5.11: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei Kreditinstituten und Versicherungen zwischen 1990 und 1998

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Für die aktuelle Situation und die Perspektiven des Versicherungsgewerbe in der Region Stuttgart sind wegen der kleinen Stichprobe in der IHK-Konjunkturumfrage keine stichhaltigen Aussagen möglich.

5.2.4 Ungebrochene Dynamik bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen

Gründungsmeldungen und Insolvenzen⁵¹

Ein Blick auf die Gewerbeanzeigenstatistik zeigt eine hohe Marktdynamik und rege Meldeaktivitäten bei den **unternehmensbezogenen Dienstleistungen**. Die Zahl der Gründungsmeldungen übertraf 1998 in allen Kreisen der Region die Unternehmensaufgaben.

⁵¹ Vgl. hierzu die einleitenden Anmerkungen zu Teil 5.2.

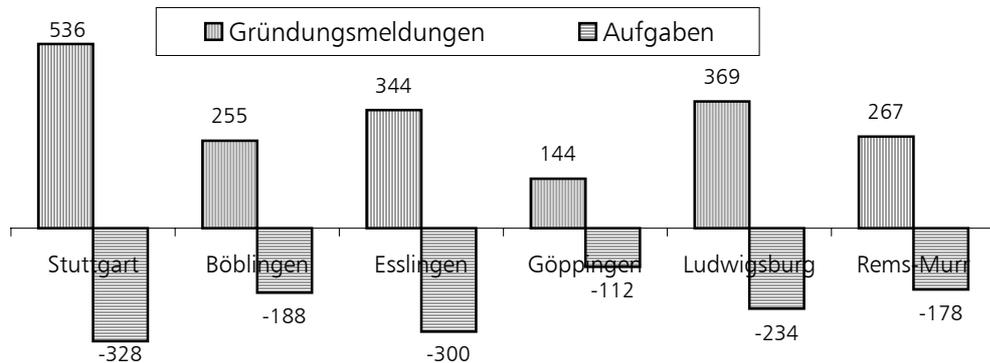


Abbildung 5.15: Gründungsmeldungen und Aufgaben bei unternehmensbezogenen Dienstleistern für 1998 in den einzelnen Kreisen⁵²

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Vor dem Hintergrund dieser erfreulichen Entwicklung relativiert sich der Anstieg des Anteils der Insolvenzen in der Region. an den Insolvenzen in Baden-Württemberg. Dieser Anteil ist von 28% (133 von 476) in 1996 auf 33% (174 von 521) in 1998 gestiegen.

Beschäftigung

Ausgeprägtes Wachstum kennzeichnet auch die Beschäftigungsentwicklung bei den Unternehmensbezogenen Dienstleistungen. In diesem Bereich fand im letzten Jahr, genauso wie im Zeitraum 1991/98, das prozentual größte Beschäftigungswachstum statt.

Die Bedeutung der unternehmensbezogenen Dienstleistungen für die Region ist sehr ambivalent zu beurteilen: einerseits handelt es sich dabei nach wie vor um ein relativ kleines Wirtschaftssegment, doch andererseits hat sich der Anteil an der Beschäftigung in den letzten Jahren in beispiellos starkem Maß erhöht. Des weiteren kommt den unternehmensbezogenen Dienstleistungen eine Schlüsselstellung für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu. Unternehmensberatungen im betriebswirtschaftlichen, steuerlich-rechtlichen, unternehmensstrategischen und technischen Bereich

⁵² Die Abgrenzung der Wirtschaftszweige aus der vorliegenden Beschäftigtenstatistik und der Statistik der Gewerbean- und -abmeldungen stimmt nur teilweise überein. Deshalb wird bei den An- und Abmeldungen und den Insolvenzen etwas gröber gegliedert als bei der Beschäftigtenstatistik. Es werden auch die Unternehmen der Bereiche Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Datenverarbeitung und Forschung und Entwicklung berücksichtigt.

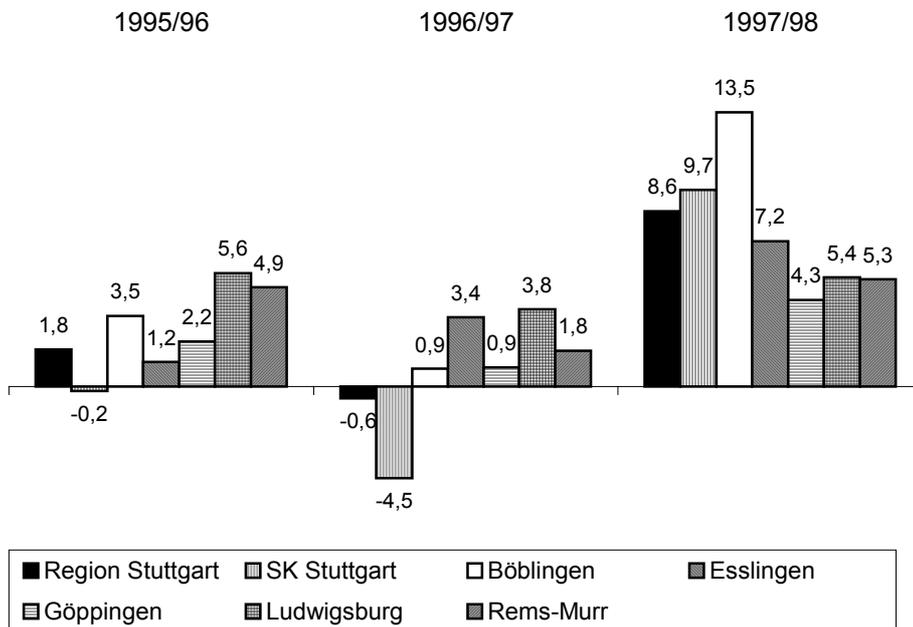


Abbildung 5.16: Beschäftigungsentwicklung bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen in der Region Stuttgart und den Kreisen der Region gegenüber dem Vorjahr (in %)

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

haben inzwischen großen Anteil am Erfolg der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes. Obwohl auch in diesem Bereich zum Teil eine Spezialisierung auf bestimmte Industriezweige erfolgt, könnte eine Ausweitung dieses Marktsegments die Abhängigkeit der Region vom Fahrzeugbau etwas abmildern bzw. dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, die vom Fahrzeugbau direkt abhängen, zu stabilisieren.

Kleinräumig betrachtet kann man aufgrund der Beschäftigtenstatistik eine Tendenz zur Häufung der unternehmensbezogenen Dienstleistungen feststellen. Das heißt, dass die beiden Kreise, mit den höchsten Beschäftigtenanteilen im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen (Stuttgart und Böblingen) im letzten Jahr die höchsten Wachstumsraten verzeichneten.

Die wichtigsten Teilbereiche in diesem Wirtschaftszweig sind die Rechts- und Wirtschaftsberatungen, die technischen Beratungen (Architektur-, Ingenieurbüros etc.), die Vermögensverwaltungen und die „sonstigen“ Dienstleistungen. In diesen Wirtschaftszweigen haben sich die Zuwachsraten im letzten Jahr gegenüber den Vorjahreswerten deutlich verbessert.

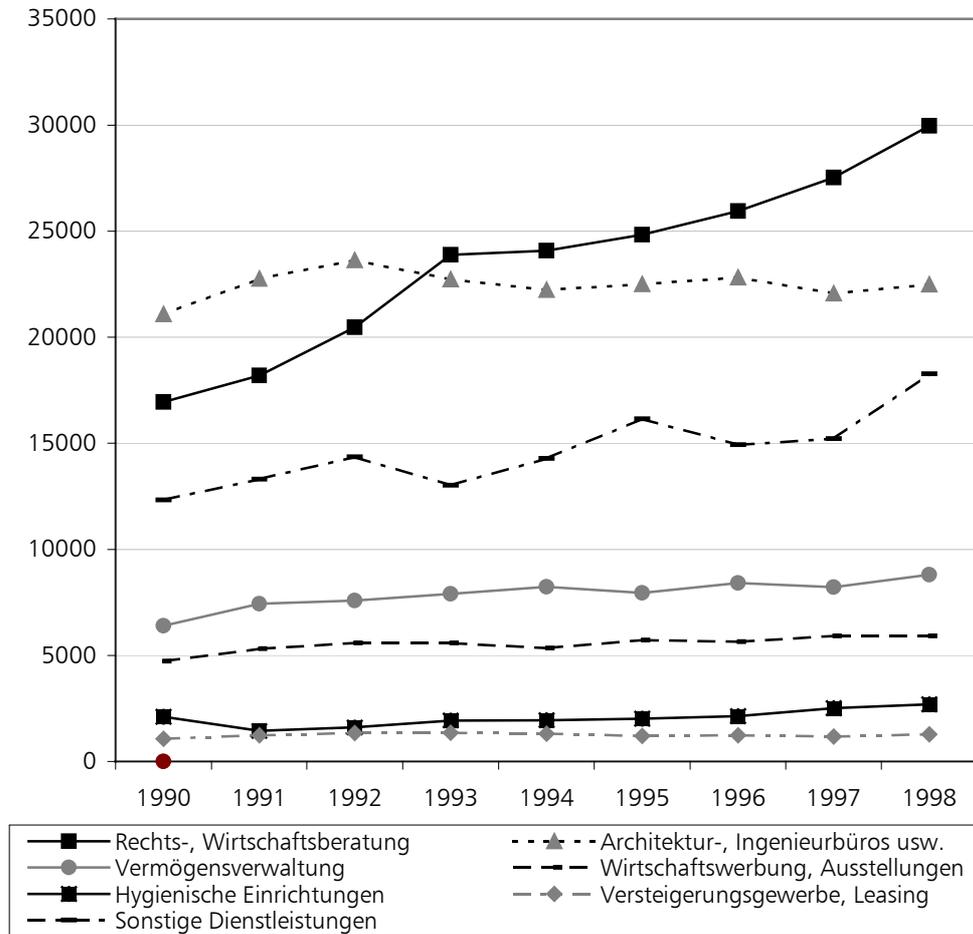


Abbildung 5.17: Beschäftigungsentwicklung ausgewählter Bereiche der unternehmensbezogenen Dienstleistungen in der Region Stuttgart

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

In diesen vier Wirtschaftszweigen waren 1998 in der Region fast 78.000 Menschen (ca. 8% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, aber 88% der Beschäftigten im Bereich unternehmensbezogene Dienstleistungen) tätig. Die verbleibenden Beschäftigten werden der Wirtschaftswerbung, den hygienischen Einrichtungen (z. B. Abfall- und Abwasserbeseitigung) und dem Versteigerungsgewerbe/Leasing zugerechnet, drei Wirtschaftszweige, die im Hinblick auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den letzten Jahren weitgehend stagnierten.

Wirtschaftszweig	Veränderung der SVP-Beschäftigung in %	
	1996/97	1997/98
Rechts- und Wirtschaftsberatung	6,1%	8,8%
Architektur-, Ingenieurbüros usw.	-3,3%	1,9%
Vermögensverwaltung	-2,2%	7,1%
Sonstige Dienstleistungen ⁵³	2,0%	20,0%

Tabelle 5.12: Veränderungsdaten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Teilbereichen der unternehmensbezogenen Dienstleistungen

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Der Wirtschaftszweig, der sich im Zeitraum 1990-1998 am stärksten vergrößert hat und inzwischen das größte Gewicht in dieser Gruppe besitzt, ist der Bereich der **Rechts- und Wirtschaftsberatung**. Hier sind im Regionsdurchschnitt jährliche Wachstumsraten von über 7% realisiert worden. Im letzten Jahr lag die Wachstumsrate in der Region bei 8,8%, trotz einer Wachstumsschwäche in den Kreisen Ludwigsburg und Rems-Murr, wo 1998 nur eine Zuwachsraten bei der SVP-Beschäftigung von 4,3% bzw. 2,3% realisiert werden konnte. Berücksichtigt man des weiteren, dass in diesem Bereich nicht nur viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstanden sind, sondern auch viele Unternehmen gegründet wurden – für die Bundesrepublik lässt sich in diesem Bereich mit 21,7% die höchste Selbständigenquote aller Wirtschaftsbereiche feststellen (Wimmers/Hauser/Paffenholz: 1999: 9; Zahl für 1997) – dann wird die erfreuliche Dynamik im ganzen Umfang sichtbar. Die im letzten Jahr relativ niedrige Zahl an Gewerbeabmeldungen verdeutlicht, dass die Konjunktur für diesen Wirtschaftszweig sehr positiv ist. Offensichtlich finden die Dienstleistungen dieser Anbieter zunehmend Akzeptanz und Nachfrage.

⁵³ Die sonstigen Dienstleistungen bilden in der Wirtschaftszweigsystematik eine Residualgröße, die – wie die noch folgende Analyse der Qualifikationen der Beschäftigten zeigen wird – relativ heterogen ist.

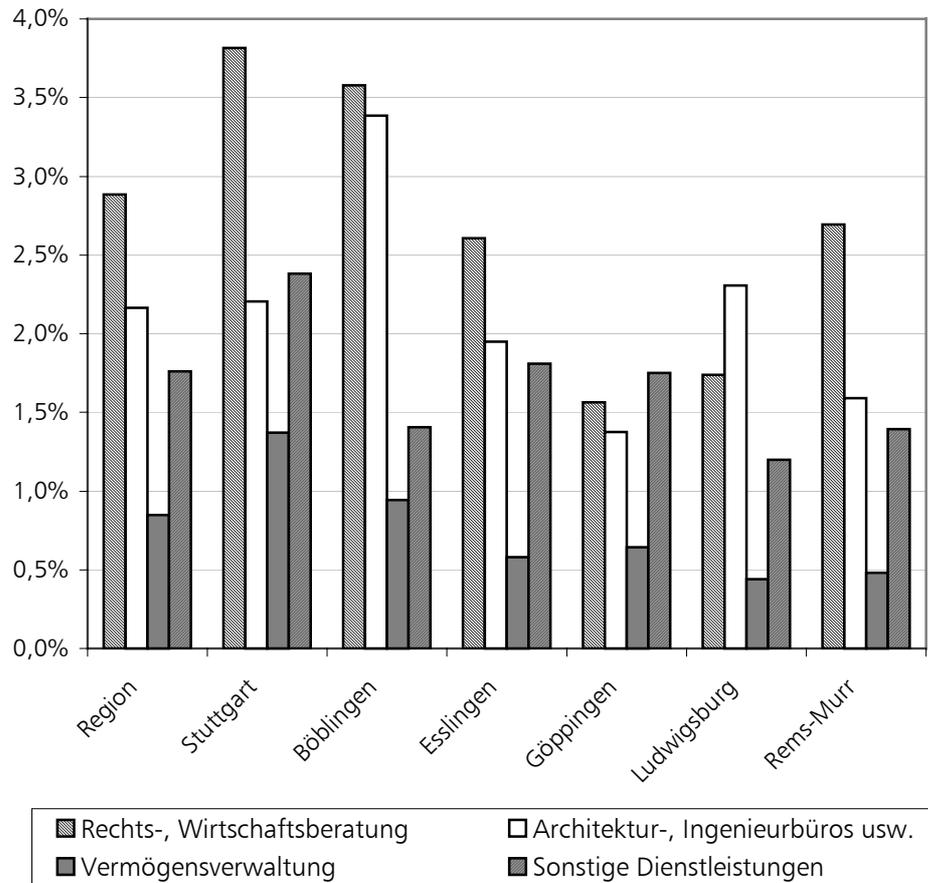


Abbildung 5.18: Anteile der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den vier größten Bereichen der unternehmensbezogenen Dienstleistungen (1998 nach Kreisen)

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Hinter der Dynamik der Rechts- und Wirtschaftsberatung deutlich zurück bleibt die Entwicklung bei den **Architektur- und Ingenieurbüros**. Dort lassen sich zwei widersprüchliche Einflussgrößen feststellen: zum einen hat die schlechte Baukonjunktur dazu geführt, dass sich in den Architekturbüros die Beschäftigung auf einem niedrigen Niveau bewegt, während andererseits das Outsourcing und die wachsende Bedeutung technischer Speziallösungen zu einer Zunahme von Ingenieurbüros geführt hat. Entsprechend variiert die wirtschaftliche Entwicklung in den Kreisen stark. In Ludwigsburg ist seit 1994 ein kontinuierlicher Beschäftigungsaufbau zu verzeichnen, der sogar stärker ist, als im Bereich Rechts- und Wirtschaftsberatung, während Esslingen, Stuttgart und Göppingen im gleichen Zeitraum einen Rückgang an Arbeitsplätzen verzeichnen. In Böblingen und Rems-Murr weist die Entwicklung nach oben, aber weitaus schwächer als in Ludwigsburg.

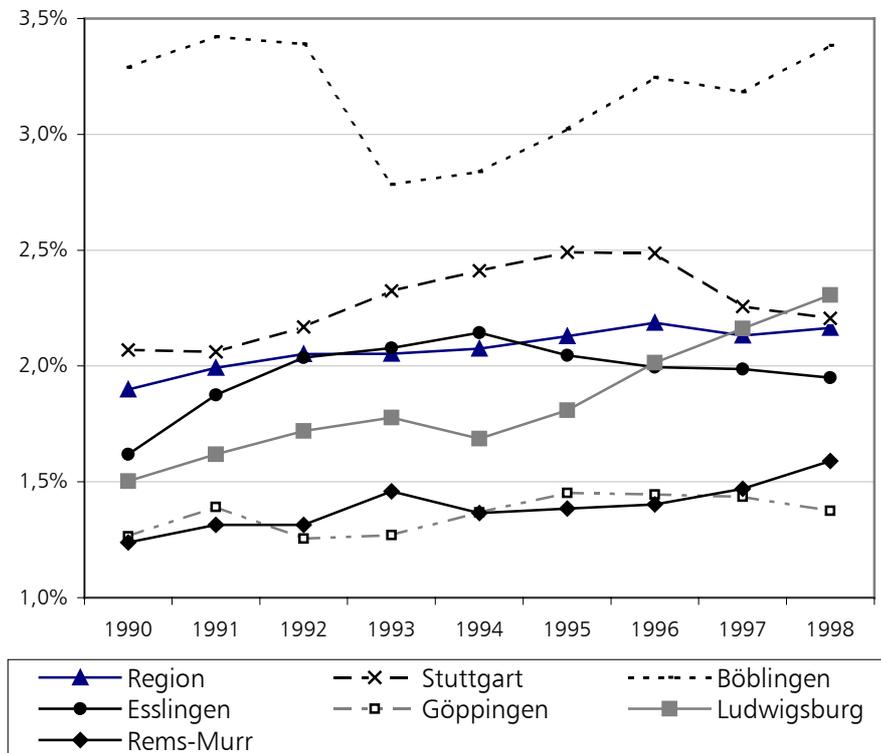


Abbildung 5.19: Entwicklung des Anteils der SVPB im Bereich Architektur und Ingenieurbüros etc. an den SVPB in den einzelnen Kreisen

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Der drittgrößte Wirtschaftszweig, der zu den unternehmensbezogenen Dienstleistungen gezählt wird, die „sonstigen Dienstleistungen“ umfasst die in der Statistik anderweitig nicht genannten Bereiche. Sie liegen, bezogen auf die gesamte Region, bei einem Beschäftigungsanteil von 1,7% und weisen mit über 14% die höchste Wachstumsrate auf (allerdings in der Region niedriger als im Landesdurchschnitt), wobei die Wachstumsraten zwischen -16% (-214 Beschäftigte im Rems-Murr-Kreis) und +28% (+564 Beschäftigte im Kreis Böblingen) auffallend schwanken. Diese Schwankungen rühren von der Heterogenität des Bereichs her.

Die **Vermögensverwaltung** liegt mit 8.813 Beschäftigten (0,9% der Beschäftigten) in der Region an vierter Stelle der unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Kurzfristig gesehen ist die Beschäftigungsentwicklung vor allem in Stuttgart (11%/ 460) und Böblingen (15%/175) günstig verlaufen. In den anderen Kreisen veränderten sich die Beschäftigtenzahlen nur geringfügig.

Mit einem langfristigen Beschäftigungsaufbau (1990 – 98) von 37,6 % liegt die Vermögensverwaltung nahe am durchschnittlichen Wachstum der Unternehmensbezogenen Dienstleistungen.

Von den drei kleinen Bereichen hat die **Werbung** besondere Bedeutung für die Entwicklung der gesamten Wirtschaft und soll deshalb etwas genauer betrachtet werden. In der Werbung sind in der Region knapp 6000 Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Angesichts von knapp 13.000 Beschäftigten in ganz Baden-Württemberg entspricht das einem Anteil von 46% und einer überregionalen Bedeutung der Werbebranche.

Innerhalb der Region gibt es drei Kreise, in denen die Werbebranche besondere Bedeutung hat: der Stadtkreis Stuttgart (2.300 Beschäftigte) und die Landkreise Ludwigsburg (1.100) und Esslingen (1.300). Während die Beschäftigung in Ludwigsburg in etwa mit der konjunkturellen Entwicklung korrespondiert, das heißt ein Abbau der Beschäftigung 1993/94 und ein Beschäftigungsaufbau seit 1995, der sich allmählich abflacht, weist Stuttgart seit 1995 durchgängig negative Wachstumsraten auf, die inzwischen zu einem Verlust von über 300 Arbeitsplätzen gegenüber dem Stand von 1995 geführt haben. In Esslingen sind seit 1990 durchgängig positive Wachstumsraten zu verzeichnen, so dass sich die Beschäftigung im Zeitraum 1990-1998 mehr als verdoppelt hat.

Produktivität

Angesichts des starken Wachstums der Beschäftigung bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen stellt sich die Frage, wie sich die Produktivität in diesem Bereich entwickelt hat. Um diesbezügliche Aussagen zu ermöglichen soll – wie bereits beim Bereich Handel/Verkehr - die Bruttowertschöpfung in Beziehung zu den Beschäftigten gesetzt werden.

Da es dabei nur um einen Orientierungswert gehen kann, wird im Folgenden die Bruttowertschöpfung des Dienstleistungsbereichs im Allgemeinen betrachtet. Damit weichen wir an dieser Stelle von der getrennten Betrachtung der haushalts- und der unternehmensbezogenen Dienstleistungen ab.

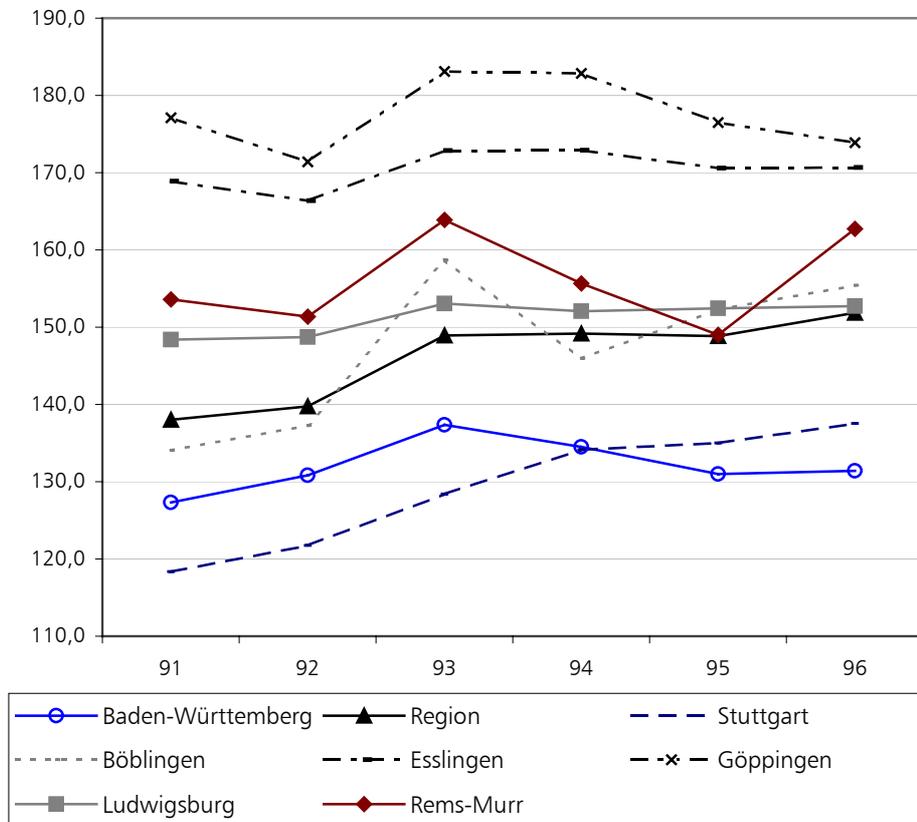


Abbildung 5.20: Verhältnis von BWS-Anteil zu SVP-Beschäftigtem im allg. Dienstleistungssektor

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Die **Haushalts- und die unternehmensbezogenen Dienstleistungen** waren in den letzten Jahren durch ein starkes Wachstum gekennzeichnet. Das wird sowohl an dem steigenden Anteil an der Bruttowertschöpfung, als auch an der Beschäftigungsentwicklung deutlich. Beide Größen haben in der Vergangenheit relativ kontinuierlich und parallel zugenommen. Einzelnen Beschäftigungseinbußen stehen entsprechende Rückgänge in der Bruttowertschöpfung gegenüber. Bemerkenswert ist des Weiteren, dass im Unterschied zum Bereich Handel und Verkehr der Anteil an der Bruttowertschöpfung höher ist als der Anteil an den Beschäftigten (Werte über 100), was auf ein relativ hohes Produktivitätsniveau dieser Wirtschaftsbereiche verweist. Auffallend ist auch die im Vergleich mit dem Land weitaus günstigere Entwicklung der Produktivität in der Region.

Der Anteil dieses Wirtschaftszweigs an der Bruttowertschöpfung ist in allen Kreisen im Zeitraum 1991-1996 stärker gestiegen als der Anteil an der

Beschäftigung. Dies kann zwar teilweise auf die in diesem Bereich besonders stark ansteigende Anzahl Selbständiger zurückgeführt werden, sie sollte aber auch als Zeichen für eine gestiegene Produktivität gesehen werden.

Dies wird besonders deutlich im Vergleich zu der Produktivitätsentwicklung in Handel und Verkehr: Während bei den allgemeinen Dienstleistungen die Produktivität angestiegen ist, ist sie dort – trotz einer wachsenden Anzahl geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse im Einzelhandel – geringfügig rückläufig gewesen.

Frauenbeschäftigung

Die Teilbereiche der unternehmensbezogenen Dienstleistungen unterscheiden sich erheblich hinsichtlich der Beschäftigung von Frauen. Insgesamt gesehen liegen sie bei 44% und damit drei Prozentpunkte über dem Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in der Region.

Dabei gelingt es den Frauen in diesem stark expansiven Marktsegment vor allem in den weniger dynamischen Bereichen Arbeitsplätze zu finden, denn der Beschäftigungszuwachs liegt mit 5,3% auffallend unter dem Branchenschnitt. So wird zum Beispiel die Rechts- und Wirtschaftsberatung zunehmend zu einer Männerdomäne. 1991 lag die Frauenquote bei 65 %, 1998 lag sie nur noch bei 53%. Dieser Anteilrückgang lässt sich auch bei den Frauen mit Universitäts- und Fachhochschulabschluss feststellen: 1991 waren die Frauen in der Region noch mit 25,5% an dieser Beschäftigtengruppe beteiligt. 1998 waren es nur noch 22,5%. Auch bei der Technischen Beratung haben die Frauen deutliche Anteilsverluste zu verzeichnen (1991: 36%, 1998: 33%), der Anteil von 16% an den Beschäftigten mit Universitäts- und Fachhochschulabschluss hat in den letzten acht Jahren stagniert.

Unternehmensbezogene DL	1997	1998	Diff. 97/98	Diff. 97/98 in %
SVPB insgesamt	78.933	85.748	6.815	8,6
Männer	43.210	48.120	4.910	11,4
Frauen	35.723	37.628	1.905	5,3

Tabelle 5.13: Beschäftigtenentwicklung bei Unternehmensbezogenen Dienstleistungen in der Region Stuttgart zwischen 1997 und 1998 (jeweils Stand 30.06.) nach Geschlecht

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Darüber hinaus fällt auf, dass die Frauen in den Bereichen Rechts-, Wirtschafts- und Technische Beratung deutlich unterdurchschnittliche Qualifikationen aufweisen, während die „sonstigen unternehmensbezogenen Dienstleistungen durch einen überproportionalen Anteil hochqualifizierter Frauen gekennzeichnet sind.

Langfristige Entwicklung und Perspektiven

Die langfristig erfreuliche Beschäftigungsentwicklung im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen in der Region Stuttgart darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Expansion geringer ausfiel als in Baden-Württemberg und in Westdeutschland. Hierfür waren vor allem die zwischen 1990 und 1998 sehr verhaltene Entwicklung in der Stadt Stuttgart, aber auch die im Vergleich zu Westdeutschland (unter-) durchschnittlichen Zunahmen in Göppingen, Ludwigsburg sowie im Rems-Murr-Kreis verantwortlich. Dabei ist die relativ niedrige Zuwachsrate in Stuttgart auch darauf zurückzuführen, dass das Ausgangsniveau bereits relativ hoch war. Stuttgart weist trotz der vergleichsweise niedrigen Wachstumsrate immer noch den - im Kreisvergleich - größten Anteil an Beschäftigten im Bereich Unternehmensbezogener Dienstleistungen auf.

	1990	1996	1997	1998	Diff. 97/98	97/98 in %	Diff. 90/98	90/98 in %
BRD-West	1.090.910	1.543.267	1.552.740	1.663.596	110.856	7,1	572.686	52,5
Ba-Wü	166.531	223.403	229.354	246.090	16.736	7,3	79.559	47,8
Region Stgt.	61.636	79.390	78.933	85.748	6.815	8,6	24.112	39,1
Stuttgart	29.139	33.679	32.160	35.273	3.113	9,7	6.134	21,1
Böblingen	8.910	12.319	12.428	14.107	1.679	13,5	5.197	58,3
Esslingen	8.365	12.259	12.678	13.586	908	7,2	5.221	62,4
Göpp.	2.824	4.034	4.072	4.246	174	4,3	1.422	50,4
Ludwigsburg	6.998	9.437	9.797	10.325	528	5,4	3.327	47,5
Rems-Murr	5.400	7.662	7.798	8.211	413	5,3	2.811	52,1

Tabelle 5.14: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei Unternehmensbezogenen Dienstleistungen zwischen 1990 und 1998

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Die derzeitige Situation im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen im weiteren Sinne⁵⁴ ist nach der IHK-Konjunkturumfrage weiterhin durch eine überwiegend positive Ausgangssituation und optimistische Erwartungen gekennzeichnet. Noch immer liegt der Anteil der unternehmensbezogenen Dienstleister mit positiver Geschäftslage und –erwartungen sowie steigendem Umsatz deutlich über dem derjenigen, die sich negativ über ihre Situation äußern und pessimistische Erwartungen hegen. Allerdings bezeichneten im zweiten Quartal 1999 weniger Unternehmen ihre Geschäftslage als gut (II/1999: ca. 30 %; II/1998: ca. 45 %) und mehr Unternehmen waren mit den laufenden Geschäften unzufrieden (II/1999: ca. 11 %; II/1998: ca. 5 %). Auch die Umsatzentwicklung verlief 1999 nicht mehr ganz so positiv wie im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Inzwischen berichten sogar mehr Unternehmen über fallende als über steigende Erträge. Dessen ungeachtet erhofft sich fast jedes dritte Unternehmen eine (weitere) Verbesserung der Situation, nur etwa jedes sechste befürchtet eine Verschlechterung.

Ausgehend von einer etwas besseren Ausgangsposition hat sich die Situation der 39 im zweiten Quartal 1999 befragten unternehmensbezogenen Dienstleister im engeren Sinne ähnlich entwickelt wie für die unternehmensorientierten Dienstleistungen im weiteren Sinne. Auffallend ist, dass über 40 % (nur ca. 22 %) der befragten Unternehmen steigende (fallende) Umsätze verzeichnen, doch – anders als im entsprechenden Vorjahresquartal – die Zahl der Unternehmen, die ihre Ertragslage als gut bezeichnen, nicht über der derjenigen liegt, die eine schlechte Ertragslage ausweisen. Hierzu kann der zunehmende Anteil der Unternehmen mit Umsatzeinbußen, aber auch ein intensiverer Wettbewerb mit geringeren Gewinnspannen beigetragen haben. Ungeachtet dessen rechnet jeder dritte der unternehmensbezogenen Dienstleister im engeren Sinne mit einer (weiteren) Verbesserung der Geschäftslage. Vor diesem Hintergrund dürfte sich die Expansion dieses Wirtschaftszweigs in der Region weiter fortsetzen, wenngleich möglicherweise nicht in demselben Tempo wie in der Vergangenheit. Ob dies zu einem Aufholen gegenüber der langfristigen Expansion im Land und in Westdeutschland ausreicht ist fraglich.

⁵⁴ Hierunter verstehen wir neben den unternehmensbezogenen Dienstleistungen im engeren Sinne (insbes. Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Markt- und Meinungsforschung, Beteiligungsgesellschaften, Architektur- und Ingenieurbüros sowie Werbung) das Grundstücks- und Wohnungswesen, die Vermietung beweglicher Sachen sowie die Bereiche Datenverarbeitung bzw. Forschung und Entwicklung.

Berufszugehörigkeit der Beschäftigten

Die Berufe, die von den unternehmensbezogenen Dienstleistern in besonderem Umfang nachgefragt werden, sollen im folgenden kurz betrachtet werden, da die Verfügbarkeit geeigneten Personals gerade für stark expandierende Unternehmen einen wichtigen Erfolgsfaktor darstellt.

Bei den Unternehmen der **Rechts- und Wirtschaftsberatung** sind rund 82% der Beschäftigten den Berufsgruppen "Unternehmensberater, Manager, Wirtschaftsprüfer, Rechnungskaufleute, EDV-Fachleute und Bürofach- und -hilfskräfte"⁵⁵ zuzurechnen. Wenn man davon ausgeht, dass die Bürofach- und -hilfskräfte in diesem Bereich mit 33% zwar den größten Anteil haben, aber vorwiegend mit ausführenden Tätigkeiten betraut sind, während die strategischen Entscheidungen primär von den anderen Beschäftigtengruppen getroffen werden, wird die Bedeutung der Verfügbarkeit von hochqualifiziertem Personal für diesen Wirtschaftszweig deutlich. Ausgesprochene Hilfsarbeiter weist die Statistik des Landesarbeitsamtes in diesem Wirtschaftszweig nicht nach.

Ähnlich ist die Situation auch bei den **Ingenieurbüros**. Hier sind neben den Bürokräften vor allem Ingenieure, Techniker und technische Sonderfachkräfte beschäftigt. Zusammen sind dies 75% der Beschäftigten. Auch in diesem Wirtschaftszweig finden Hilfsarbeiter so gut wie keine Beschäftigung.

Bei der **Vermögensverwaltung**, die Schwerpunkte in Stuttgart und Böblingen hat, stellen die Bürokräfte mit über 40% der Beschäftigten die größte Gruppe. Weitere Beschäftigungsschwerpunkte sind wiederum die Ingenieurs- und technischen, sowie die kaufmännischen Berufe. Die Konzentration auf wenige Berufsgruppen ist aber weniger stark ausgeprägt als im Bereich der Rechts- und Wirtschaftsberatung bzw. der technischen Büros.

Günstiger ist die Situation für gering qualifizierte Arbeitnehmer im Bereich der **sonstigen Dienstleistungen**, wo immerhin über 14% der Beschäftigten als Hilfsarbeiter angestellt sind. Weitere 10% arbeiten als Lagerverwalter, Lager- und Transportarbeiter und ein ebenfalls nennenswerter Anteil übt gewerbliche Berufe aus. Mit Ausnahme der Bürokräfte und der Rechnungskaufleute, die auch hier größere Arbeitnehmerkontingente stellen, sind die Berufsgruppen sehr weit gestreut.

⁵⁵ Bezogen auf die gesamte Bundesrepublik sind unter 4% der Beschäftigtengruppe "Bürofach- und -hilfskräfte" als Bürohilfskräfte aufgeführt. Man kann vermutlich auch in der Region von einer verschwindend kleinen Gruppe der Hilfskräfte im engeren Sinne ausgehen.

Zusammenfassend sind in dem Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen ca. 3% Hilfsarbeiter, aber 19% Ingenieure, Techniker etc. und rund 50% Bürokräfte einschließlich Wirtschaftsprüfer etc. beschäftigt. Was die Qualifikationsanforderungen anbelangt, bietet dieser Wirtschaftszweig somit vorwiegend Arbeitsplätze für Universitäts- und Fachhochschulabsolventen.

5.2.5 Haushaltsbezogene Dienstleistungen

Gründungsmeldungen und Insolvenzen⁵⁶

Die Wirtschaftszweige, die zu dem Bereich Haushaltsbezogene Dienstleistungen⁵⁷ gezählt werden, weisen einige Besonderheiten hinsichtlich des Gründungsverhaltens und hinsichtlich der Gefahr von Insolvenzen auf. Besonders viele Meldungen, die entsprechend der bisherigen Darstellung als Gründungsmeldungen zu betrachten sind, entfallen auf die Gastronomie. Dabei handelt es sich zumeist um sog. Übernahmen, beispielsweise wird eine Gaststätte von einem Vorgänger übernommen. Demgegenüber spielen Gründungsmeldungen in den beschäftigungsstarken Bereichen Gesundheitswesen und Schulen/Hochschulen eine untergeordnete Rolle und werden nicht separat ausgewiesen.

Die Meldestatistik weist für die sonstigen haushaltsbezogenen Dienstleistungsunternehmen im Jahr 1998, sieht man von der Entwicklung in Böblingen ab, durchweg eine steigende Anzahl der gemeldeten selbständigen Unternehmen aus.

⁵⁶ Vgl. hierzu die einleitenden Bemerkungen zu Teil 5.2.

⁵⁷ Zu den Haushaltsbezogenen Dienstleistungen zählen neben den Bereichen Gastgewerbe, Reinigung, Körperpflege, Gesundheitswesen auch die Wirtschaftszweige Gebäudereinigung, Abfall, übrige persönliche Dienstleistungen, sowie Wissenschaft, Bildung, Kunst, Medien und Verlagswesen.

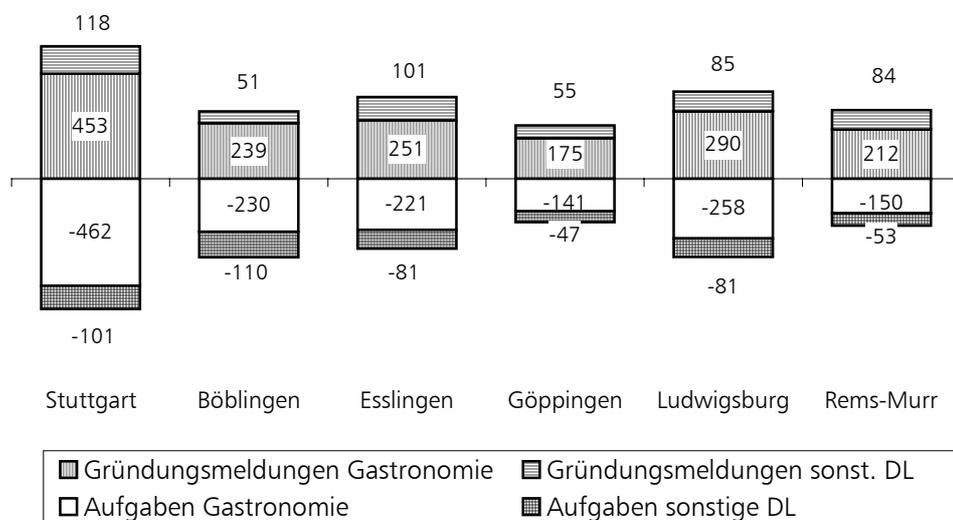


Abbildung 5.21: Gründungsmeldungen und Aufgaben bei den haushaltsbezogenen Dienstleistungen in den Kreisen der Region 1998

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

1998 gab es bei den sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen⁵⁸ auf Landesebene 70 Insolvenzen. In der Region waren es 20. Damit wurde wieder ein mittlerer Wert erreicht, nachdem 1997 mit 25 Insolvenzen immerhin ein Anteil von 25% erreicht wurde.

Im Bereich „**Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen**“ verzeichnet die Insolvenzstatistik für Baden-Württemberg insgesamt 25 Insolvenzen. Das ist zwar noch immer eine sehr niedrige Zahl, aber seit 1995 ist diese von damals 11 kontinuierlich angestiegen, was ein erstes Anzeichen für härtere Wettbewerbsbedingungen in diesem Bereich sein könnte. Dieser Wert ist insofern nach wie vor sehr niedrig, wenn man berücksichtigt, dass die Beschäftigtenzahl kleinerer Bereich im Gastgewerbe mit 33 Insolvenzen in der Region einen weitaus höheren Wert zu verzeichnen hat, der allerdings im Vergleich zu den Vorjahren nicht wesentlich angestiegen ist.

⁵⁸ Hierzu gehören neben Kultur, Sport und Unterhaltung, soweit sie privatwirtschaftlich betrieben werden, vor allem die klassischen Dienstleistungen für die Privaten Haushalte.

Beschäftigung

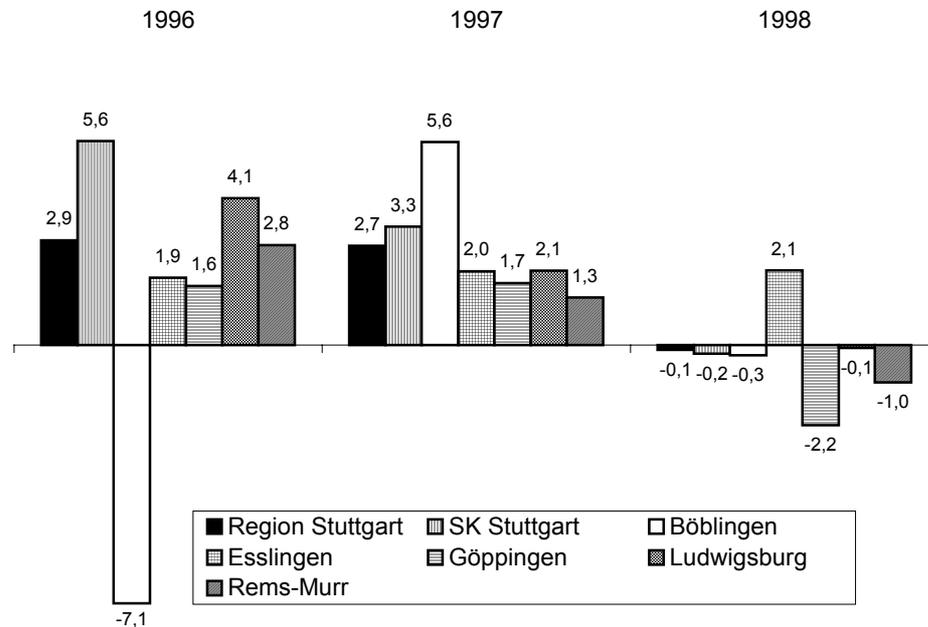


Abbildung 5.22: Beschäftigungsentwicklung bei den haushaltsbezogenen Dienstleistungen in der Region Stuttgart und den Kreisen der Region, jeweils gegenüber Vorjahr (in %)

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

In der Region arbeiten rd. 14 % der Beschäftigten in den Haushaltsbezogenen Dienstleistungen. Damit ist es der größte Teilbereich des Dienstleistungssektors. Im Jahr 1997/98 war ein Beschäftigungsrückgang festzustellen, der im Land stärker ausfiel als in der Region. Allerdings weist die Region in diesem Wirtschaftsbereich geringere Beschäftigungsanteile auf als das Land. Die Streuung der Anteile innerhalb der Region ist, sieht man von den beiden Ausreißern (Stuttgart, 17,45% und Böblingen, 9,24%) ab, gering und nur die Stadt Stuttgart kommt über den Landesdurchschnitt von 17,15%.

Das beschäftigungsintensivste Segment der haushaltsbezogenen Dienstleistungen ist das **Gesundheitswesen**. Hier verlief die Beschäftigung 1998 vergleichsweise ungünstig. Die Sparmaßnahmen wurden deutlich spürbar und führten in der Region zu einem Verlust von fast 1000 Arbeitsplätzen (2% der Beschäftigten in diesem Bereich). Damit ist der Rückgang dennoch schwächer ausgefallen als im Landesdurchschnitt (-2,6%). Fast 60% dieser Stellen sind in Stuttgart und im Rems-Murr-Kreis weggefallen.

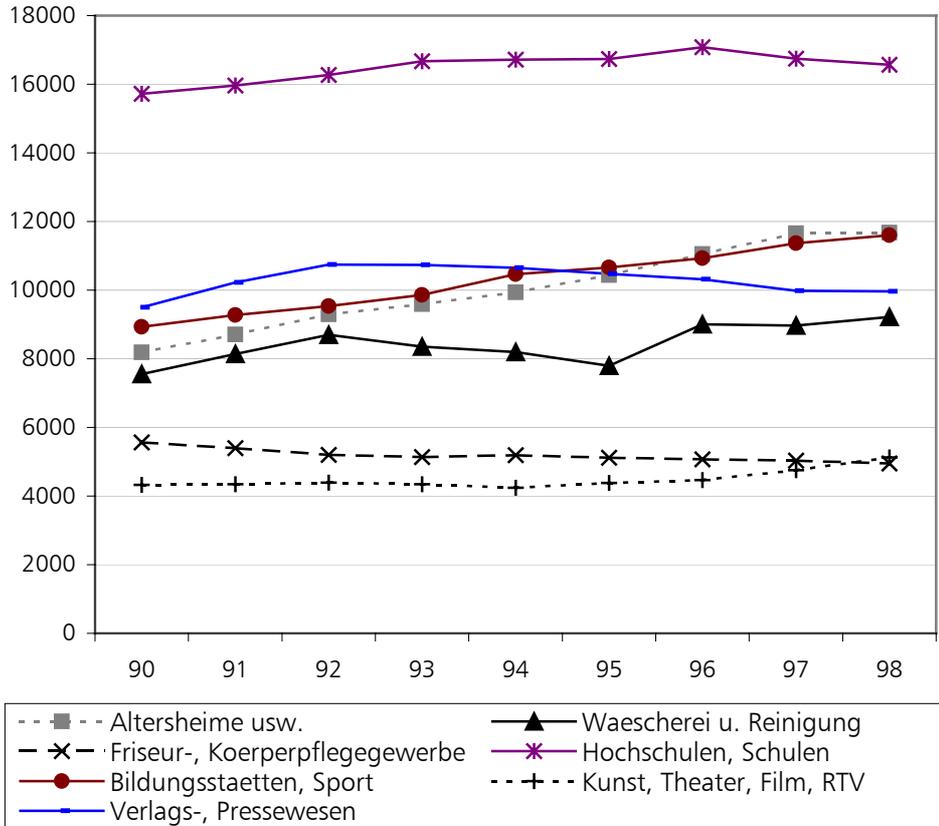


Abbildung 5.23: Entwicklung der Beschäftigung in Teilbereichen der Haushaltsbezogenen Dienstleistungen

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Anmerkung zur Grafik: die Bereiche Gesundheitswesen und Gastronomie wurden nicht berücksichtigt, weil sie wesentlich größer sind wie die dargestellten Branchen.

Im Bereich der **Altenheime** hat nach einer langen Phase der Expansion erstmals eine Stagnation eingesetzt. Angesichts der demographischen und sozialen Entwicklung dürfte es sich dabei aber eher um eine Konsolidierung handeln als um das Erreichen einer langfristigen Sättigung.

Uneinheitlich, aber insgesamt positiv hat sich die Beschäftigung im **Gastgewerbe** entwickelt. Hier haben Stuttgart, Böblingen und Esslingen gewonnen, während Göppingen und Rems-Murr etwas verloren haben. Zusammen mit den Daten über den Reiseverkehr kann man von einer Veränderung der Reisegewohnheiten sprechen: die Aufenthalte werden kürzer und die städtisch geprägten Kreise profitieren. Dies spricht für eine Zunahme der Geschäftsreisen und des Städtetourismus und eine – ebenfalls zumindest teilweise gesundheitspolitisch bedingte - Abnahme der Kur- und

Erholungsaufenthalte. Im Rems-Murr-Kreis wurde daraufhin eine Initiative zur Belebung des Tagestourismus gestartet, die inzwischen auch erste Erfolge verzeichnet.

Nimmt man die Übernachtungen von Auslandsgästen als Indikator für die internationale Bekanntheit und Attraktivität der Region, so stellt man für den Stadtkreis Stuttgart und Böblingen einen weit überdurchschnittlichen Anteil fest, was angesichts der internationalen Unternehmen, die in diesen beiden Kreisen ansässig sind, nicht überrascht. Als weiterer positiver Faktor sowohl für den Inlands- als auch den internationalen Tourismus erweist sich die gestiegene Attraktivität kultureller Angebote (Musicals, Ballett etc.). So hat sich auch die Bettenauslastung, ein anderer wichtiger Indikator im Gastgewerbe, im vergangenen Jahr in der Region durchweg verbessert und schwankt zwischen 26,6 % im Rems-Murr-Kreis und 42,2% im Kreis Stuttgart.

Im Kreis Ludwigsburg ist im Zeitraum 97/98, von einem niedrigen Niveau ausgehend, ein hoher prozentualer Beschäftigungszuwachs im Bereich **Kunst/Medien** (79%) zu verzeichnen. Diese Entwicklung dürfte von der dort angesiedelten Medien- und Filmakademie, sowie den damit verbundenen Aktivitäten maßgeblich gefördert werden. Der positiven Entwicklung steht aber in absoluten Zahlen ein doppelt so hoher Rückgang in den Bereichen Verlagswesen und Wissenschaft/Bildung (-3%/-152) entgegen. Im Verlagswesen der anderen Kreise stagniert dagegen die Beschäftigung.

Betrachtet man die weiteren Bereiche der Haushaltsbezogenen Dienstleistungen, so stellt man fest, dass sich diese im letzten Jahr weitgehend in die gleiche Richtung entwickelt haben wie im Vorjahr. Im Bereich **Hochschulen/Schulen** hat ein weiterer Personalabbau stattgefunden, der allerdings überkompensiert wurde durch die positive Beschäftigungsentwicklung bei den **Bildungsstätten/Sporteinrichtungen**. Dieser Bereich ist die einzige der verbliebenen Gruppen, bei denen ein langfristig expansiver Trend zu erkennen ist. Derzeit ebenfalls positiv ist die Entwicklung im **Wäscherei- und Reinigungsgewerbe**.

Frauenbeschäftigung

Im deutlichen Unterschied zu den Unternehmensbezogenen Dienstleistungen werden die Haushaltsbezogenen Dienstleistungen sehr stark als Frauenarbeitsbereich angesehen. Mit einem durchschnittlichen Frauenanteil von 70% im Gesundheitswesen, im Bereich Reinigung und Körperpflege sind es sogar 85%, werden diese Bereiche von Frauen dominiert.

Auch hier gilt, dass die Frauen bei den hochqualifizierten Tätigkeiten deutlich unterrepräsentiert sind. Der Beschäftigungszuwachs im letzten Jahr

ist dabei vor allem auf zusätzliche Beschäftigte mit mittlerer Qualifikation zurückzuführen.

Haushaltsbezogene DL	1997	1998	Diff. 97/98	Diff. 97/98 in %
SVPB insgesamt	144.047	143.860	-187	-0,1
Männer	42.998	42.512	-486	-1,1
Frauen	101.049	101.348	299	0,3

Tabelle 5.15: Beschäftigtenentwicklung bei den Haushaltsbezogenen Dienstleistungen in der Region Stuttgart zwischen 1997 und 1998 (jeweils Stand 30.06.) nach Geschlecht

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Langfristige Entwicklung und Perspektiven

Die Beschäftigung im Bereich der Haushaltsbezogenen Dienstleistungen in der Region hat zwischen 1990 und 1998 etwas stärker als im Land und etwas schwächer als in Westdeutschland zugenommen, ohne dass sich auf lange Sicht ausgeprägte Unterschiede in den Wachstumsraten ergeben hätten. Auffallend ist die deutlich unterdurchschnittliche Zunahme in der Stadt Stuttgart und die erheblich über dem Gesamttrend liegende Expansion in Esslingen und Ludwigsburg.

In welchem Maße und auf welchen Feldern bei den Haushaltsbezogenen Dienstleistungen weitere Beschäftigungspotentiale zu erwarten sind, hängt sehr stark von der Frage ab, inwieweit in Deutschland eine Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen gelingt, aber auch inwieweit sich innovative Ansätze in der Region durchzusetzen vermögen. Im nachfolgenden Kapitel wird auf diese Aspekte – unter besonderer Berücksichtigung der einfachen Dienstleistungen – näher eingegangen.

	1990	1996	1997	1998	Diff. 97/98	97/98 in %	Diff. 90/98	90/98 in %
BRD- West	3.588.338	4.154.019	4.231.531	4.235.037	3.506	0,1	646.699	18,0
Ba-Wü	538.143	630.211	635.107	629.042	-6.065	-1,0	90.899	16,9
Region Stgt.	122.458	140.194	144.047	143.860	-187	-0,1	21.402	17,5
Stutt- gart	51.459	57.340	59.219	59.077	-142	-0,2	7.618	14,8
Böb- lingen	11.368	12.550	13.255	13.217	-38	-0,3	1.849	16,3
Ess- lingen	17.902	20.814	21.238	21.677	439	2,1	3.775	21,1
Göpp.	8.738	10.391	10.569	10.335	-234	-2,2	1.597	18,3
Ludwig sburg	17.355	20.524	20.946	20.929	-17	-0,1	3.574	20,6
Rems- Murr	15.636	18.575	18.820	18.625	-195	-1,0	2.989	19,1

Tabelle 5.16: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei Haushaltsbezogenen Dienstleistungen zwischen 1990 und 1998

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

5.2.6 Staat/Organisationen ohne Erwerbscharakter

Die öffentliche Verwaltung und die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter sind zwei relativ große Beschäftigungsbereiche. 55.220 Beschäftigte arbeiten sozialversicherungspflichtig bei öffentlichen Arbeitgebern bzw. den Trägern der Sozialversicherung in der Region. 29.617 Beschäftigte arbeiten in der Region bei Parteien, Kirchen und Organisationen des Wirtschaftslebens.

Die relativ günstige Beschäftigungsentwicklung in diesem Bereich ist vor allem auf die Zunahme der Beschäftigung bei den privaten Organisationen zurückzuführen. Im letzten Jahr konnte bei diesen eine Zunahme um 7% (1870) in der Region festgestellt werden. Demgegenüber stagnierte die Beschäftigung bei den öffentlichen Arbeitgebern (-151), nachdem sie seit 1992 um 5% (-2941) zurückgegangen war. Da die öffentliche Verwaltung mit 42.679 Beschäftigten die mit Abstand größte Gruppe ist, wirken sich Einstellungsstopps o. ä., die im öffentlichen Dienst immer wieder eingesetzt werden, weitaus stärker auf die Beschäftigungsentwicklung aus als die Entscheidungen der anderen Einrichtungen.

Um die Bedeutung der öffentlichen Hand als Arbeitgeber richtig einzuschätzen, sei hinzugefügt, dass neben den Arbeitern und Angestellten 1998 auch 72.700 Beamte bei der öffentlichen Hand angestellt waren.

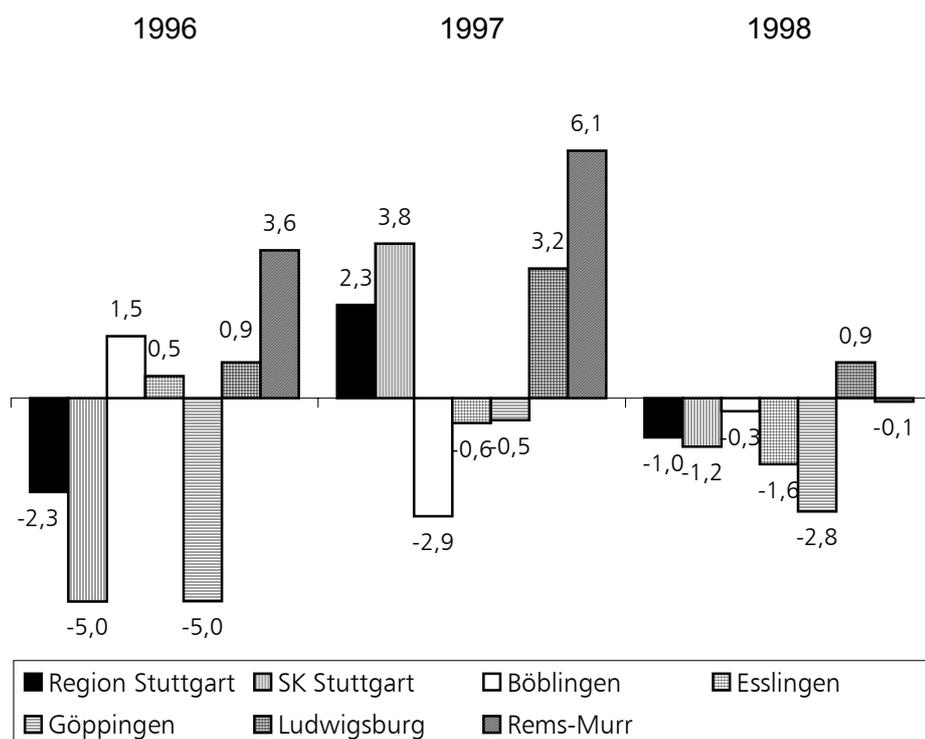


Abbildung 5.24: Beschäftigungsentwicklung bei staatlichen Stellen und Organisationen ohne Erwerbscharakter in der Region Stuttgart und den Kreisen der Region gegenüber dem Vorjahr (in %)

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Das auffallend starke Beschäftigungswachstum, das in den letzten Jahren im Rems-Murr-Kreis und im Kreis Ludwigsburg stattgefunden hat, ist auf eine steigende Zahl an Angestelltenverhältnissen im Bereich der öffentlichen Verwaltung zurückzuführen.

Dabei waren 1998 in Ludwigsburg alle Teilbereiche der öffentlichen Hand (allgemeine öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung, Verteidigung, öffentliche Sicherheit) an der Beschäftigungsausweitung beteiligt, während die Kirchen, Parteien und Organisationen des Wirtschaftslebens im gleichen Zeitraum in diesem Kreis Arbeitsplätze abbauten.

Demgegenüber erfolgte der Beschäftigungsaufbau im Rems-Murr-Kreis im wesentlichen in der allgemeinen öffentlichen Verwaltung (+498, +489 insgesamt), was ein starkes Indiz für die Verlegung einer Dienststelle ist.

Diesen beiden Kreisen, die in den letzten Jahren deutlich von der Ausweitung des öffentlichen Dienstes profitieren konnten, steht die Stadt Stuttgart gegenüber, wo die Beschäftigung im öffentlichen Dienst seit 1992 kontinuierlich abgenommen hat.

Frauenbeschäftigung

Staat und Organisationen ohne Erwerbszweck sind wichtige Arbeitgeber für Frauen. Der Frauenanteil liegt bei 65%, im Bereich der Sozialversicherung sogar bei 72%. Von den Qualifikationsanforderungen her handelt es sich um Bereiche mit vorwiegend mittleren Anforderungen, so dass die Akademikerquote von 13% sich in den letzten Jahren als relativ stabil erwiesen hat.

Während die Frauen auch in diesem Wirtschaftszweig bei den Beschäftigten mit Fachhochschul- und Universitätsabschluss unterrepräsentiert sind, hat sich ihr Anteil an den Beschäftigten mit Berufsausbildung in den letzten Jahren deutlich erhöht und der Anteil der Frauen an den Geringqualifizierten ist von über 75% auf 69% gefallen.

Staat/Org. ohne Erwerbs- charakter	1997	1998	Diff. 97/98	Diff. 97/98 in %
SVPB insgesamt	85.968	85.138	-830	-1,0
Männer	29.836	29.537	-299	-1,0
Frauen	56.132	55.601	-531	-0,9

Tabelle 5.17: Beschäftigungsentwicklung bei staatlichen Stellen und Organisationen ohne Erwerbscharakter in der Region Stuttgart zwischen 1997 und 1998

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen
(jeweils Stand 30.06.) nach Geschlecht

Diese Strategie, Frauen relativ stark auf der mittleren Hierarchieebene einzusetzen, wurde im letzten Jahr sowohl von den Gebietskörperschaften als auch der Sozialversicherung praktiziert. Bei den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck war im letzten Jahr zu beobachten, dass Frauen mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss minimale Beschäftigungszuwächse realisierten (+60, bei den Männern -59), während bei den Män-

nen diejenigen ohne Berufsabschluss eine geringfügige Ausweitung der Beschäftigung verzeichneten (+230, bei den Frauen -8).

Insgesamt lag die Ausweitung der Beschäftigung beim Staat und bei Organisationen ohne Erwerbszweck in der Region zwischen 1990 und 1998 mit 4,6 % einen Prozentpunkt über der in Baden-Württemberg und deutlich über dem nur geringen Anstieg in Westdeutschland (+ 0,5 %). Gerade auf lange Sicht zeigen sich allerdings starke Unterschiede in der Entwicklung zwischen den Kreisen. So reichen die langfristigen Veränderungsraten von einem Rückgang der Beschäftigung in der Stadt Stuttgart um 2,2 % bis hin zu einer Zunahme der Stellen im Rems-Murr-Kreis von 48,2 %, der damit allerdings immer noch einen vergleichsweise geringen Anteil an Beschäftigten bei der öffentlichen Hand und in Organisationen ohne Erwerbszweck aufweist.

	1990	1996	1997	1998	Diff. 97/98	97/98 in %	Diff. 90/98	90/98 in %
BRD- West	1.958.056	2.024.582	1.999.286	1.968.103	-31.183	-1,6	10.047	0,5
Ba-Wü	277.937	286.896	287.054	287.821	767	0,3	9.884	3,6
Region Stgt.	81.395	84.044	85.968	85.138	-830	-1,0	3.743	4,6
Stuttgart	43.846	41.812	43.398	42.881	-517	-1,2	-965	-2,2
Böblin- gen	9.087	9.242	8.974	8.945	-29	-0,3	-142	-1,6
Esslin- gen	10.040	11.343	11.273	11.090	-183	-1,6	1.050	10,5
Göpp.	5.853	6.064	6.031	5.863	-168	-2,8	10	0,2
Ludwigs- burg	7.275	8.181	8.441	8.515	74	0,9	1.240	17,0
Rems- Murr	5.294	7.402	7.851	7.844	-7	-0,1	2.550	48,2

Tabelle 5.18: Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei staatlichen Stellen und Organisationen ohne Erwerbscharakter

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

6. Arbeitsmarkt der Region Stuttgart

Kennzeichnende Merkmale des Arbeitsmarkts sind neben der Beschäftigungslage in den Wirtschaftssektoren (vgl. Kap. 4 und Kap. 5) die in diesem Kapitel analysierte Arbeitslosigkeit, der segmentspezifische Arbeitskräftemangel, die Ausbildungssituation sowie Kurzarbeit und Teilzeitarbeit.

6.1 Arbeitslosigkeit wieder rückläufig

6.1.1 Sinkender Arbeitslosenbestand seit zwei Jahren

Erstmals seit den krisenbedingten Einbrüchen des Arbeitsmarktes gab es in der Region Stuttgart im Oktober 1998 wieder **unter 80.000 gemeldete Arbeitslose**. Nach dem winterbedingten saisonalen Anstieg wurde diese „Schallgrenze“ seit April 1999 wiederum deutlich unterboten.

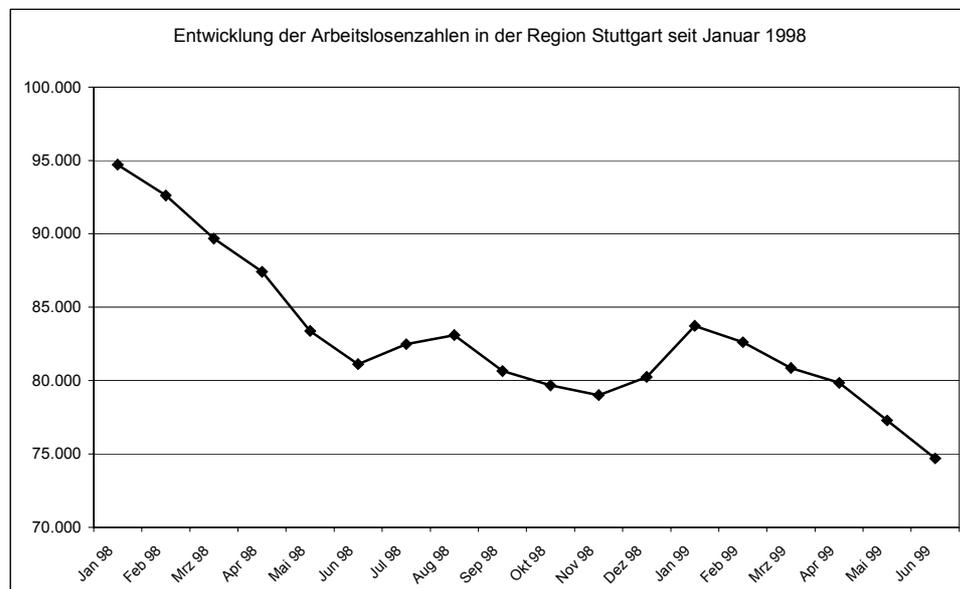


Abbildung 6.1: Entwicklung der Anzahl der Arbeitslosen in der Region Stuttgart seit Januar 1998

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, monatliche Arbeitsmarktzahlen

Bei der Betrachtung der Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im April 1999 im Vergleich mit den jeweiligen Vorjahresmonaten (seit April 1995) zeichnet sich für die Region Stuttgart eine **Entspannung des Arbeitsmarktes** ab. Wurde für den April des Jahres 1997 noch ein Negativrekord mit 96.000 in der Region gemeldeten Arbeitslosen registriert, so sank die Zahl der Arbeitslosen über 87.400 im Folgejahr auf 79.800 im April 1999. Damit ging die Zahl der Arbeitslosen bis zum April 1999 innerhalb eines Jahres um 8,7 % zurück.

	Stuttgart	Göppingen	Ludwigsburg	Waiblingen	Region	Saldo
April 95	36.948	22.920	14.711	11.489	86.068	
April 96	37.328	23.480	14.737	12.265	87.810	1.742
April 97	40.528	25.471	16.025	13.929	95.953	8.143
April 98	36.978	23.033	14.758	12.642	87.411	-8.542
April 99	33.631	20.497	13.993	11.715	79.836	-7.575

Tabelle 6.1: Entwicklung des Arbeitslosenbestands in den Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart von 04/95 bis 04/99 und die Veränderung in der Region gegenüber dem Vorjahresmonat

Quelle: Arbeitsmarktberichte der jeweiligen Arbeitsämter, IMU-Berechnungen

Diese positive Tendenz bestätigt sich in allen vier Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart.⁵⁹ Am stärksten fällt der Rückgang im Vergleich zum Vorjahresmonat mit -11,0 % im Bezirk Göppingen (Landkreise Esslingen und Göppingen) aus, am geringsten in Ludwigsburg (-5,2 %). Mit einer weiterhin beachtlichen Abnahme der Arbeitslosigkeit liegen die Bezirke Stuttgart (-9,1 %) und Waiblingen (-7,3 %) im Mittelfeld der Region.

Das Arbeitsamt Göppingen meldet für den Landkreis Esslingen einen Rückgang von 10,7 % (bei einem Bestand von 13.219 im April 1999), für den Landkreis Göppingen bei einer um 0,6 Prozentpunkte höheren Arbeitslosenquote einen Rückgang von 11,5 % (Bestand: 7.278). Beim Arbeitsamt

⁵⁹ Die Arbeitsamtbezirke Ludwigsburg und Waiblingen sind jeweils mit den Landkreisen Ludwigsburg und Rems-Murr identisch. Dagegen besteht der Arbeitsamtsbezirk Stuttgart aus den Kreisen Böblingen und Stuttgart, der Arbeitsamtsbezirk Göppingen aus den Landkreisen Göppingen und Esslingen. Der Vergleich der einzelnen Geschäftsstellen innerhalb der Arbeitsamtsbezirke zeigt deutliche intraregionale Divergenzen, z.B. bei der Arbeitslosenquote zwischen Leinfelden-Echterdingen und Geislingen (vgl. Kap. 6.1.2).

Stuttgart verteilt sich der Rückgang im Vergleich zum Vorjahresmonat gleichermaßen auf die beiden Kreise (jew. $-9,1\%$).

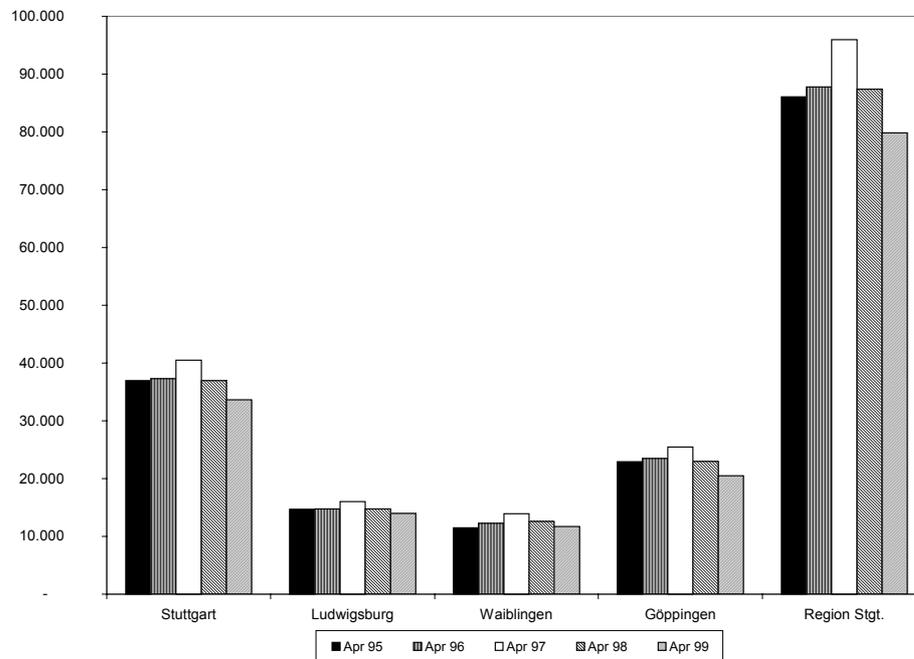


Abbildung 6.2: Bestand an Arbeitslosen nach Arbeitsamtsbezirken in der Region Stuttgart

Quelle: Arbeitsmarktberichte der jeweiligen Arbeitsämter, IMU-Berechnungen

Die auf den ersten Blick erfreuliche Entwicklung der letzten zwei Jahre relativiert sich jedoch bei einer Analyse der längerfristigen Entwicklung der Arbeitslosenzahlen. Ausgehend vom September 1988 zeigt die folgende Zeitreihe die dramatische Entwicklung des Arbeitsmarktes in den 90er Jahren mit dem **steilen Anstieg des Arbeitslosenbestands** auf. Gab es in der Region Stuttgart im September 1988 laut Statistik „nur“ 43.800 Arbeitslose, so hat sich die Zahl bis 1997 weit mehr als verdoppelt und im September 1998 sind es mit 80.650 noch immer beinahe doppelt so viele wie 1988.

Entscheidend für den aktuellen Rückgang der Arbeitslosigkeit ist die konjunkturbedingt gestiegene Einstellungsbereitschaft der Unternehmen. Diese ist jedoch nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund des krisenbedingten drastischen Beschäftigtenabbaus der vorigen Jahre zu betrachten.

Sept.	Stutt- gart	Göp- pingen	Ludwigs- burg	Waib- lingen	Region Stuttgart	Baden- Württ.	Deutsch- land
1988 (=100)	19.366	10.771	7.863	5.800	43.800	192.087	2.099.863
1989	86,6	92,1	93,4	87,1	89,2	90,1	89,6
1990	72,1	85,1	88,9	88,9	80,6	85,6	103,5
1991	70,8	93,0	79,3	88,6	80,2	81,5	125,6
1992	94,8	116,8	104,9	118,3	105,1	102,7	137,8
1993	145,6	186,8	161,4	171,0	161,9	151,3	164,2
1994	183,5	212,9	179,8	191,7	191,1	168,9	166,4
1995	181,1	202,4	179,6	190,2	187,3	166,9	167,7
1996	190,0	220,0	189,5	219,2	201,2	184,1	183,3
1997	203,6	231,0	193,8	235,8	212,8	195,4	205,2
1998	175,9	195,1	176,7	201,2	184,1	173,3	188,8

Tabelle 6.2: Zeitreihe des Arbeitslosenbestands (1988 als Absolutzahl ausgewiesen) in den Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart (Indexentwicklung: Sept. 88 = 100)

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg

Die Grafik auf der folgenden Seite verdeutlicht neben dem steilen Anstieg des Arbeitslosenbestands in allen berücksichtigten räumlichen Einheiten auch eine differenzierte Entwicklung innerhalb der Region Stuttgart. Bezogen auf das Ausgangsjahr 1988 ist der Arbeitslosenbestand in den Arbeitsamtsbezirken Waiblingen und Göppingen prozentual am stärksten angestiegen. Im zeitlichen Verlauf legte Göppingen Anfang bis Mitte der 90er Jahre am stärksten zu, im Waiblinger Bezirk verschärfte sich Mitte der 90er Jahre die Lage auf dem Arbeitsmarkt nochmals dramatisch. Stuttgart lag – bei einem hohen Ausgangsniveau – immer unter dem Regionswert, die Entwicklung Ludwigsburgs verlief anfangs parallel zur Region, ab 1994 dann deutlich moderater als in der Region.

Der Arbeitslosenbestand in der gesamten Region Stuttgart hat seit 1991 im Vergleich zum Land Baden-Württemberg wesentlich stärker zugenommen. Seit der Trendwende 1997 hat die Arbeitslosigkeit in der Region im Vergleich zum Land wiederum stärker abgenommen. Die langfristige Betrachtung seit Ende der 60er Jahre zeigt, dass der **Arbeitslosensockel nach jeder Rezessionsphase höher** war als zuvor.

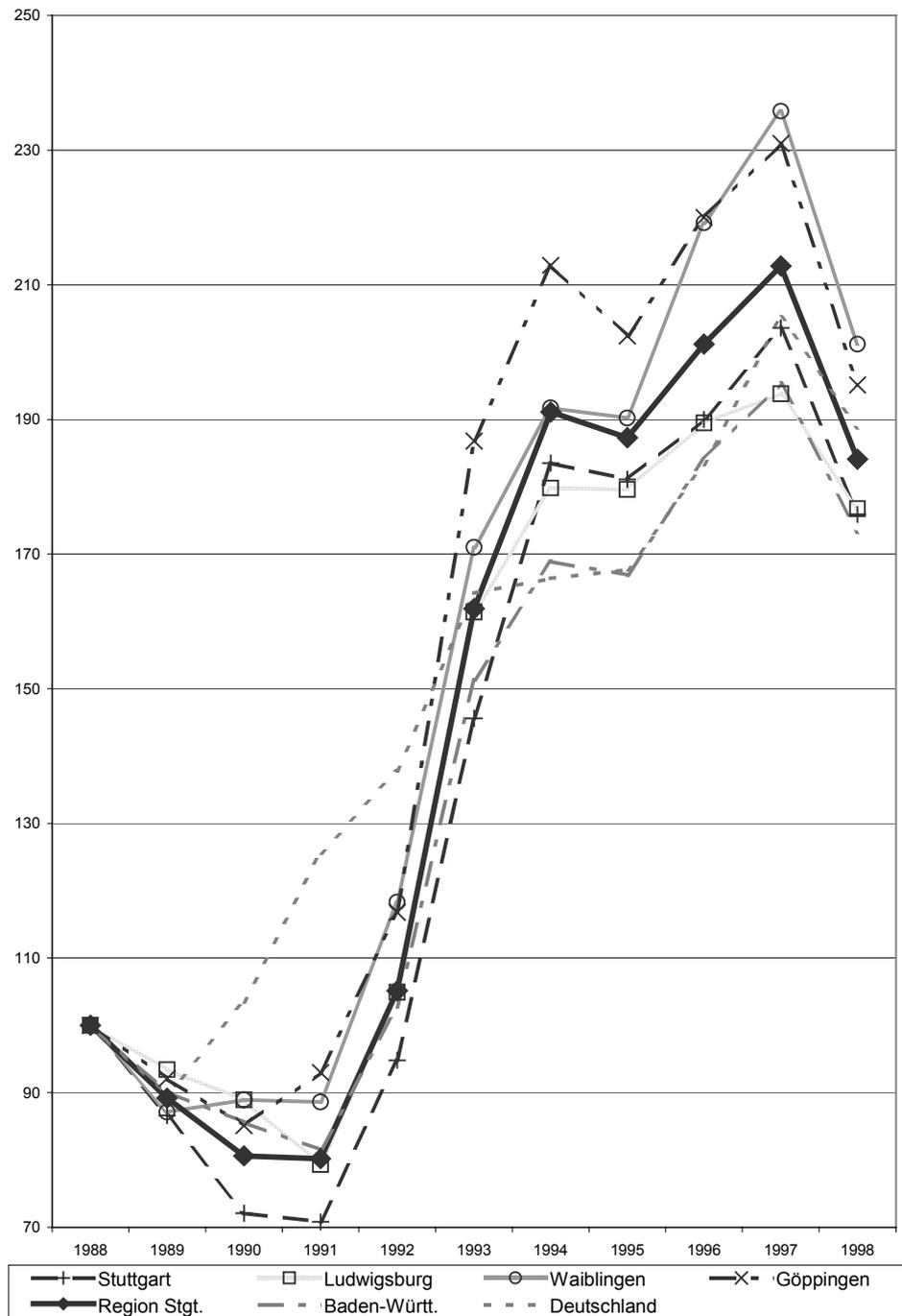


Abbildung 6.3: Indexentwicklung des Arbeitslosenbestands in den Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart im Vergleich zu Baden-Württemberg und zum Bundesgebiet (jew. Bezugsmonat September, 1988 = 100)

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, IMU-Berechnungen

6.1.2 Sinkende Arbeitslosenquote

Der sinkende Arbeitslosenbestand schlägt auch auf die Entwicklung der Arbeitslosenquote (Anteil der registrierten Arbeitslosen an den abhängig beschäftigten zivilen Erwerbspersonen) durch: In allen Arbeitsamtsbezirken ist seit dem Höchststand 1997 ein **deutlicher Rückgang bei der Arbeitslosenquote** zu verzeichnen. Bis auf Waiblingen ist die Quote in allen Bezirken sogar wieder unter das Niveau von 1995 gefallen.

	Stuttgart	Göppingen	Ludwigs- burg	Waiblingen	Region
April 95	8,7	6,8	6,6	6,4	7,1
April 96	9,0	6,5	6,7	6,7	7,2
April 97	9,9	7,6	7,3	7,9	8,0
April 98	9,0	6,9	6,6	7,1	7,4
April 99	8,2	6,1	6,3	6,6	7,0

**Tabelle 6.3: Arbeitslosenquoten nach Arbeitsamtsbezirken
in der Region Stuttgart von 04/95 bis 04/99**

Quelle: Arbeitsmarktberichte der jeweiligen Arbeitsämter, IMU-Berechnungen

Starke intraregionale Unterschiede bestehen zwischen den Umlandkreisen und dem Kerngebiet der Region. Der Arbeitsamtsbezirk Stuttgart weist mit mehr als 8 % (Stadt Stuttgart: 8,6 %, Landkreis Böblingen: 7,5 %) nach wie vor mit Abstand die höchste Arbeitslosenquote auf, während die Umlandbezirke zwischen 6,1 und 6,6 % liegen. Damit ist Stuttgart im landesweiten Vergleich zwar nicht „Spitzenreiter“, aber mit deutlichem Abstand zu Mannheim (11,2 %) mitten in der „Verfolgergruppe“ (Lörrach 8,7 %, Konstanz und Aalen 8,3 %, Heilbronn und Heidelberg 8,2 %). Am anderen Ende der Rangliste weisen nur Ravensburg (5,8 %) und Nagold (5,9 %) bessere Werte als der Bezirk Göppingen (Landkreis Esslingen: 5,9 %, Landkreis Göppingen: 6,6 %) auf. Im Bezirk Göppingen hervorzuheben sind die beiden „Ausreißer“: Im Bereich der Geschäftsstelle Geislingen am östlichen Rand der Region Stuttgart liegt die Arbeitslosenquote bei 7,1 %; in der „Filder“-Geschäftsstelle Leinfelden-Echterdingen bei 4,5 %.

Insgesamt liegt die Arbeitslosenquote in der Region Stuttgart im April 1999 unter der im Ländervergleich niedrigsten Quote von Baden-Württemberg (7,5 %, bundesweit 11,9 %). Einen annähernd geringen Landeswert weist nur noch Bayern mit 7,6 % auf.

6.1.3 Zunahme der gemeldeten offenen Stellen

Im April 1999 standen den 79.836 Arbeitslosen der Region Stuttgart 19.082 gemeldete offene Stellen gegenüber. Im Vergleich zu den Vorjahresmonaten hat seit April 1995 die **Zahl der gemeldeten offenen Stellen um beinahe zwei Drittel zugenommen (+ 62,5 %)**. Der Indikator „Arbeitslosenbestand in Relation zum Bestand an gemeldeten offenen Stellen“ zeigt regionsweit eine günstige Verschiebung dieses „Miss-“Verhältnisses an. Während im April 1995 noch sieben Arbeitslose auf eine gemeldete offene Stelle kamen, sind es inzwischen vier. Die deutliche Verbesserung dieses Verhältnisses resultiert zum Teil aus dem Rückgang im Arbeitslosenbestand, ganz wesentlich aber aus der Zunahme der gemeldeten offenen Stellen in der Region.

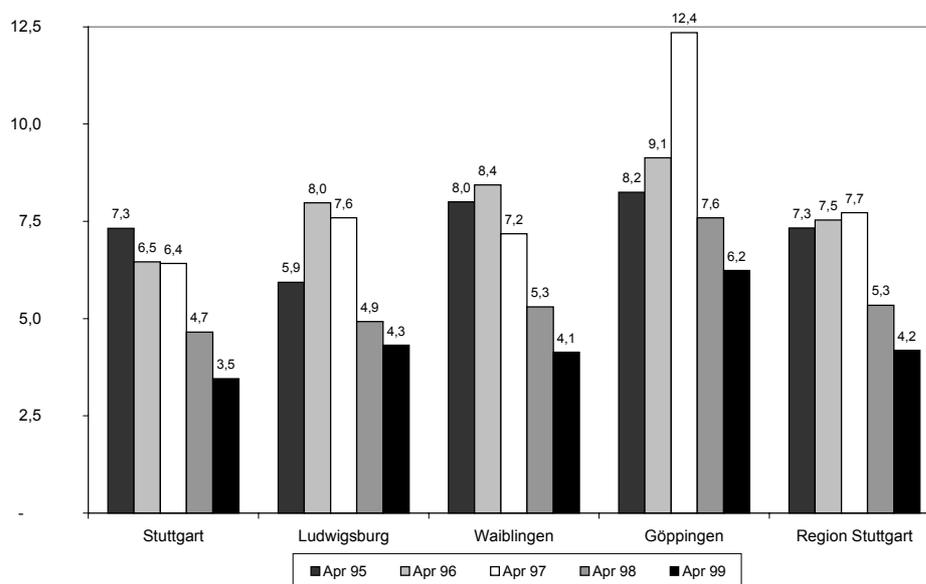


Abbildung 6.4: Verhältnis von Arbeitslosen zu gemeldeten offenen Stellen nach Arbeitsamtsbezirken in der Region Stuttgart von 04/95 bis 04/99

Quelle: Arbeitsmarktberichte der jeweiligen Arbeitsämter, IMU-Berechnungen

In allen Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart verbesserte sich die Ausprägung dieses Indikators innerhalb des betrachteten Zeitraums: In Stuttgart von 7,3 auf 3,5, in Ludwigsburg von 5,9 auf 4,3, in Waiblingen von 8,0 auf 4,1 und in Göppingen von 8,2 auf 6,2 Arbeitslose je gemeldete offene Stelle. Bemerkenswert ist, dass der Wert in den letzten zwei bis drei Jahren – bezogen auf den gesamten Zeitraum und nicht nur auf die jeweiligen Vorjahresmonate – in allen Bezirken schon einmal mindestens doppelt so hoch war als im April 1999.

6.1.4 Struktur der Arbeitslosigkeit

6.1.4.1 Geschlechtsspezifische Analyse der Arbeitslosigkeit

Die positiven Tendenzen bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Region Stuttgart machen sich nicht gleichermaßen für Männer und Frauen bemerkbar (vgl. Fischer/Vogl 1998). **Von der gegenwärtigen Erholung des Arbeitsmarktes profitieren Männer deutlich mehr als Frauen.** Waren von dem Anstieg der Arbeitslosenzahlen zwischen 1995 und 1997 beide Geschlechter noch etwa gleich betroffen, so zeigt sich beim Rückgang der letzten beiden Jahre eine differenzierte Entwicklung. Während die Arbeitslosigkeit der Männer schon im April 1998 (49.693) wieder unter dem Stand von 1995 (50.865) lag, wurde bei den Frauen der Ausgangswert vom April 1995 (35.203) vier Jahre später (1999: 35.859) noch nicht erreicht. Der gesamte Arbeitslosenbestand in der Region ging in der betrachteten Zeitspanne um 7,2 % zurück, die Arbeitslosigkeit der Männer reduzierte sich um 13,5 %, die der Frauen stieg um 1,9 %. Die längerfristige Betrachtung relativiert das Bild: Die Arbeitsplatzverluste in den Jahren vor 1995, schwerpunktmäßig im Verarbeitenden Gewerbe, waren v.a. ein Problem der Männer. Bei den Frauen verlief der Anstieg der Arbeitslosenzahl in diesem Zeitraum ruhiger, entsprechend verläuft heute der Rückgang moderater.

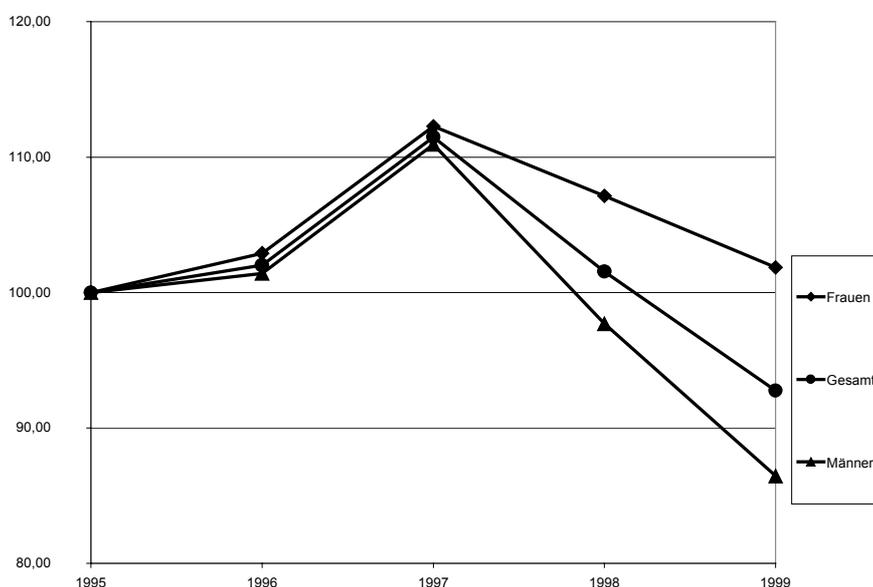


Abbildung 6.5: Geschlechtsspezifische Indexentwicklung des Arbeitslosenbestands in der Region Stuttgart (jew. Bezugsmonat April, 1995 = 100)

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, IMU-Berechnungen

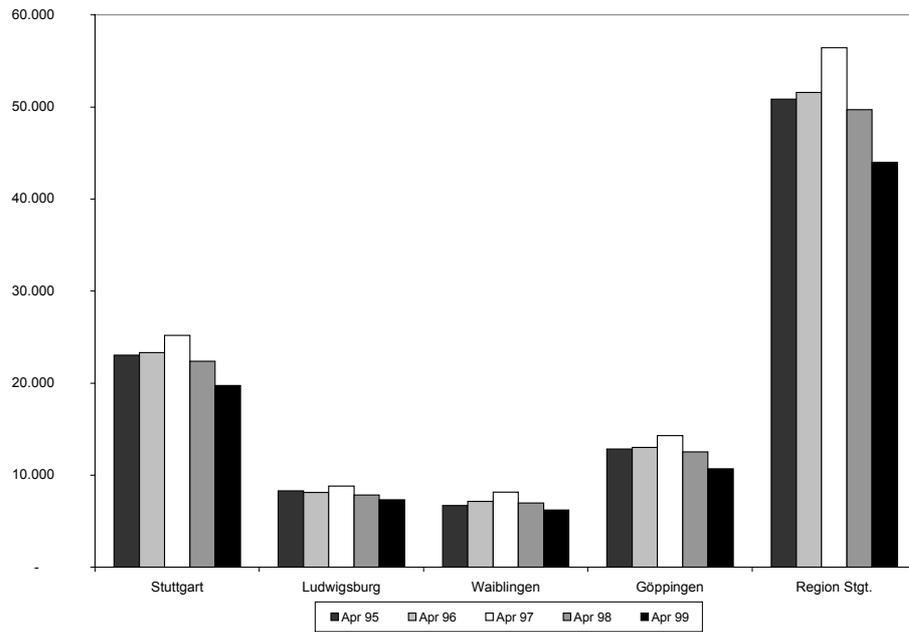


Abbildung 6.6: Bestand an männlichen Arbeitslosen nach Arbeitsamtsbezirken in der Region Stuttgart

Quelle: Arbeitsmarktberichte der jeweiligen Arbeitsämter, IMU-Berechnungen

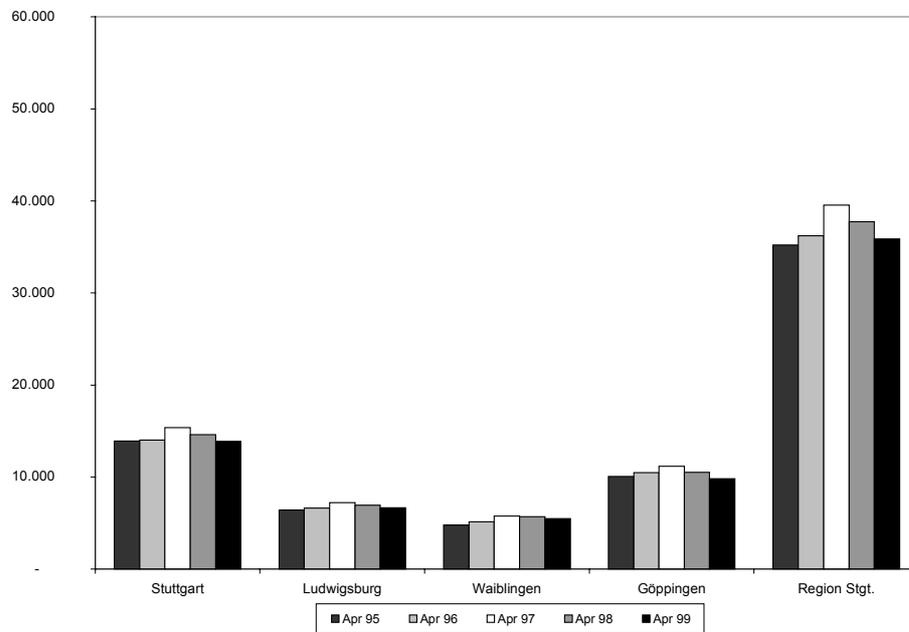


Abbildung 6.7: Bestand an weiblichen Arbeitslosen nach Arbeitsamtsbezirken in der Region Stuttgart

Quelle: Arbeitsmarktberichte der jeweiligen Arbeitsämter, IMU-Berechnungen

6.1.4.2 Langzeitarbeitslosigkeit

Im April 1999 verzeichneten die Arbeitsämter in der Region Stuttgart 28.300 Langzeitarbeitslose. Damit sind 35,5 % der Arbeitslosen seit über einem Jahr arbeitslos gemeldet. Beide Zahlen sprechen für eine **verbesserte Lage für Langzeitarbeitslose** gegenüber dem Vorjahresmonat: Im April 1998 gab es 33.000 Langzeitarbeitslose und der Anteil lag bei 37,8 %. Somit reduzierte sich der Bestand an Langzeitarbeitslosen um 4.700 bzw. um 14,3 %.

	April 1998	Anteil 4/98	April 1999	Anteil 4/99
Stuttgart	14.509	39,2 %	12.613	37,5 %
davon:				
LH Stuttgart	8.483	35,7 %	7.197	33,3 %
Kreis Böblingen	6.026	45,5 %	5.416	45,0 %
Göppingen	8.355	36,3 %	7.019	34,2 %
Ludwigsburg	5.499	37,3 %	4.645	33,2 %
Waiblingen	4.668	36,9 %	4.030	34,4 %
Region Stuttgart	33.031	37,8 %	28.307	35,5 %

Tabelle 6.4: Langzeitarbeitslose in den Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart im April 1999 im Vergleich zum Vorjahrsmonat

Quelle: Arbeitsmarktberichte der jeweiligen Arbeitsämter, IMU-Berechnungen

Beim Rückgang der Langzeitarbeitslosen gibt es intraregional – bezogen auf die Arbeitsamtsbezirke – nur geringfügige Unterschiede. Gleichwohl ist dem Arbeitsamtsbezirk Stuttgart mit dem höchsten Bestand und dem höchsten Anteil, aber dem geringsten Rückgang (um 13,1 %), besonderes Augenmerk zu schenken. Innerhalb des Arbeitsamtsbezirks Stuttgart ist die besondere Problemlage im Landkreis Böblingen hervorheben, wo der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den gemeldeten Arbeitslosen mit Abstand am höchsten und der Rückgang mit 10,1 % deutlich am geringsten ist.

Langzeitarbeitslosigkeit trifft überwiegend ältere Menschen. Dieses **verfestigte Segment älterer Arbeitsloser** ist dadurch geprägt, dass weiterhin wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt bestehen bzw. dass die Arbeitslosigkeit weit überwiegend – für mehr als $\frac{3}{4}$ der Arbeitslosen über 55 Jahre – nicht mit der Aufnahme einer Beschäftigung beendet wird (vgl. Karr 1999).

6.1.4.3 Arbeitslosigkeit ausländischer Erwerbspersonen

Überproportional rückläufig ist auch die Arbeitslosigkeit bei ausländischen Erwerbspersonen. Hier ging der Bestand in der Region binnen Jahresfrist zum April 1999 um 11,4 % zurück.

	April 1998			April 1999		
	Bestand	Alo.- quote	Anteil an Arb.losen	Bestand	Alo.- quote	Anteil an Arb.losen
Stuttgart	14.017	15,4 %	37,9 %	12.462	13,7 %	37,1 %
Göpping.	6.887	13,1 %	29,9 %	5.847	11,1 %	28,5 %
Ludw.bg.	4.905	13,1 %	33,2 %	4.503	12,1 %	32,2 %
Waibl.	3.822	14,6 %	30,2 %	3.429	13,1 %	29,3 %
Region Stuttgart	29.631	k.A.	33,9 %	26.241	k.A.	32,9 %
Baden- Württ.	86.974	15,7 %	24,3 %	78.343	14,1 %	23,6 %

Tabelle 6.5: Arbeitslosigkeit ausländischer Erwerbspersonen in den Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart im April 1999 im Vgl. zum Vorjahresmonat: Bestand, Arbeitslosenquote, Anteil am gesamten Arbeitslosenbestand

Quelle: Arbeitsmarktberichte der jeweiligen Arbeitsämter, IMU-Berechnungen

Die Arbeitslosenquote bei ausländischen Erwerbspersonen liegt – wie bereits 1998 (damals auf höherem Niveau) – in allen vier Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart unter dem landesweiten Wert. Trotzdem sind ausländische Arbeitslose beim Anteil an allen Arbeitslosen im Vergleich zum Land Baden-Württemberg überrepräsentiert.

Die Arbeitsmarktsituation der **ausländischen Arbeitnehmer** hat sich zwar **deutlich verbessert**, insgesamt bleibt die **Situation** der nichtdeutschen Stellensuchenden **trotzdem sehr schwierig**. Dies verdeutlicht die Arbeitslosenquote, die in allen vier Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart für Ausländer fast doppelt so hoch wie die Gesamtquote liegt. Ein weiteres Indiz für ungleiche Beschäftigungschancen ausländischer Arbeitnehmer ist der hohe Anteil von 32,9 % an allen Arbeitslosen, d.h. fast jeder dritte Arbeitslose in der Region Stuttgart hat keinen deutschen Pass.

6.1.4.4 Jugendarbeitslosigkeit

Von der positiven Entwicklung der Arbeitslosigkeit profitieren vor allem junge Menschen. Die **Arbeitslosigkeit von Jugendlichen** und jungen Erwachsenen in der Region Stuttgart ist **stark rückläufig**, innerhalb eines Jahres konnte ein Rückgang um 1.620 gemeldete Arbeitslose in dieser Altersgruppe bzw. um 18,9 % verzeichnet werden. Inzwischen liegt auch die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen in allen vier Arbeitsamtsbezirken unter der Quote Baden-Württembergs, vor Jahresfrist lag sie im Bezirk Stuttgart noch um 0,7 Prozentpunkte über der Landesquote.

	April 1998			April 1999		
	Bestand	Alo.- quote	Anteil an Arb.losen	Bestand	Alo.- quote	Anteil an Arb.losen
Stuttgart	3.580	8,1 %	9,7 %	2.631	6,0 %	7,8 %
Göpping.	2.250	6,0 %	9,8 %	1.896	5,0 %	9,3 %
Ludw.bg.	1.539	6,4 %	10,4 %	1.131	5,5 %	9,5 %
Waibl.	1.211	6,4 %	9,6 %	1.102	5,8 %	9,4 %
Region Stuttgart	8.580	k.A.	9,8 %	6.960	k.A.	8,7 %
Baden- Württ.	37.878	7,4 %	10,6 %	32.063	6,3 %	9,6 %

Tabelle 6.6: Arbeitslosigkeit von Jugendlichen unter 25 Jahren in den Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart im April 1999 im Vgl. zum Vorjahresmonat: Bestand, Quote, Anteil am gesamten Arbeitslosenbestand

Quelle: Arbeitsmarktberichte der jeweiligen Arbeitsämter, IMU-Berechnungen

Im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart wurde erstmals seit 1992 die Grenze von 3.000 Arbeitslosen in dieser Gruppe deutlich unterschritten.

Der Rückgang ist mit auf das Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (**Jump**) zurückzuführen (vgl. Bundesanstalt für Arbeit 1999). Von Jahresbeginn bis April 1999 haben z.B. im Arbeitsamtsbezirk Stuttgart 33 junge Menschen mit Lohnkostenzuschüssen aus diesem Programm einen regulären Arbeitsplatz erhalten, die weitere Förderung betrifft im April 1999 400 junge Frauen und Männer. Im Arbeitsamtsbezirk Göppingen gäbe es ohne das Programm knapp 300 arbeitslose Jugendliche mehr, von diesen sind u.a. 37 in reguläre Arbeitsverhältnisse, 140 in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und über 50 Jugendliche in

Ausbildungsplätze eingemündet. In Ludwigsburg sind 150 Jugendliche in einer der Maßnahmen untergekommen.

Resümierend hat Jump bislang vor allem dazu geführt, dass Jugendliche und junge Erwachsene ohne einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz in Trainingsprogrammen der Arbeitsämter unterkamen. Eintritte in reguläre Arbeitsverhältnisse sind jedoch bisher relativ selten.

6.2 Anstieg bei der Kurzarbeit

Der positiven Entwicklung der Arbeitslosigkeit steht eine **Zunahme bei der Kurzarbeit**⁶⁰ gegenüber. In der Region Stuttgart gab es im April 1999 ein Drittel mehr Kurzarbeiter als im April 1998. Im Vergleich zum Landeswert (+11,8 %) ist diese Steigerungsrate sehr hoch.

	Kurz- arbeiter 4/98	Betriebe 4/98	Kurz- arbeiter 4/99	Betriebe 4/99	Kurzarbeiter – Veränderung 4/98 bis 4/99
Stuttgart	1.180	52	1.610	52	+36,4 %
Göppingen	2.292	182	3.303	119	+44,1 %
Ludwigsburg	565	75	769	59	+36,1 %
Waiblingen	650	53	556	46	-14,5 %
Region Stuttgart	4.687	362	6.238	276	+33,1 %
Baden-Württ.	17.567	k.A.	19.637	1.225	+11,8 %

Tabelle 6.7: Kurzarbeit in den Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart im April 1999 im Vergleich zum Vorjahresmonat

Quelle: Arbeitsmarktberichte der jeweiligen Arbeitsämter, IMU-Berechnungen

Einziges „Ausreißerbezirk“ in der Region Stuttgart ist Waiblingen mit einem Rückgang der Kurzarbeit um 14,5 %. Dagegen hat die Zahl der Kurzarbeiter in Stuttgart binnen Jahresfrist um 430 Personen (36,4 %) zugenommen. In Ludwigsburg liegt die Zahl der von Kurzarbeit betroffenen im Jahresvergleich gesehen um 204 (bzw. 36,1 %) über dem Vorjahresmonat

⁶⁰ Als Kurzarbeiter gelten versicherungspflichtig Beschäftigte, die wegen erheblichen Arbeitsausfalles im Kalendermonat einen Entgeltausfall von jeweils mehr als 10 Prozent des monatlichen Bruttoentgelts hatten.

April. Der Arbeitsamtsbezirk Göppingen weist nach einem weiteren Anstieg im Bereich der Kurzarbeit auf nunmehr über 3.300 Personen sogar die landesweit höchste Zahl auf. Besonders betroffen sind die Geschäftsstellen Nürtingen mit einer prozentual sehr hohen Zunahme (+511 Personen, 440 %) und Göppingen mit einem hohen Bestand an Kurzarbeitern (1.187 Personen).

6.3 Fachkräftemangel in Teilarbeitsmärkten

Neben der Arbeitslosigkeit in vielen Berufsgruppen besteht in einigen Segmenten des Arbeitsmarkts ein Fachkräftemangel. Mit anderen Worten kann von einer Koexistenz von Arbeitslosigkeit und von segmentspezifischer Arbeitskräfteknappheit gesprochen werden, die auch daraus resultiert, dass für einen spürbaren Beschäftigungsaufbau, v.a. im Verarbeitenden Gewerbe, entsprechend qualifizierte Fachkräfte fehlen. Das Phänomen der **Arbeitskräfteknappheit** betrifft im wesentlichen – jedoch nicht ausschließlich – den Teilarbeitsmarkt für **technikorientierte und hochqualifizierte Tätigkeiten**. Insbesondere besteht ein Mangel bei:

- Elektrotechnik- und Maschinenbauingenieur/innen,
- Informations-/Telekommunikationstechniker/innen und Informatiker/innen,
- Facharbeiter/innen in den Bereichen Elektro- und Metallindustrie,
- aber auch Bürokräften und qualifizierten und spezialisierten Sekretär/innen.

Diese Engpässe an qualifizierten Arbeitskräften sind ein strukturelles Phänomen, dessen Relevanz für die Region tendenziell zunehmen wird. Exemplarisch wird im folgenden die Lage in der Maschinenbauindustrie und bei Bürokräften etwas näher betrachtet:

Im Maschinenbau fehlt es an qualifizierten Fachkräften vom CNC-Fräser bis zum Maschinenbauingenieur. Aufgrund des Mangels bezahlt z.B. im Rems-Murr-Kreis ein Betrieb bereits „Kopfgelder“ für CNC-Fräser in Höhe von 1.000 DM. Die Maschinenbauingenieure – noch vor kurzem die Sorgenkinder des Arbeitsmarkts – avancierten wieder zu den „shooting-stars“. Die starke Nachfrage beschränkt sich aber auf hervorragend qualifizierte, wenn möglich erfahrene jüngere Ingenieure, die den Anforderungen des globalen Produzierens und Verkaufens gewachsen sind. Der proklamierte Ingenieurmangel verfehlte seine Wirkung nicht: seit zwei Jahren steigt die Zahl der Studienanfänger wieder. Aktuelle Meldungen zur Stagnation im Maschinenbau deuten eine Entwicklung an, die an den bekannten „Schweinezyklus“ erinnert.

Aus einer internen Studie des Arbeitsamts Stuttgart, für die mehr als 1.000 Stellenangebote aus unterschiedlichen Branchen überprüft wurden, geht hervor, dass die Arbeitgeber immer höhere Anforderungen an die berufliche Qualifikation ihrer Mitarbeiter stellen. Bei den Büroberufen gelten Kenntnisse in Word, Excel, Access, Powerpoint und branchenspezifischer Software sowie in Englisch und Französisch bereits als Standard. Zunehmend werden aber auch weitere Fremdsprachen verlangt. „Die Wunschliste der Arbeitgeber ist aber noch länger: Die höchstens 40 Jahre alten neuen Kräfte im Büro sollen auch noch Erfahrungen mit der Abwicklung von Projekten mitbringen sowie im Rechnungswesen und bei der Buchhaltung glänzen. Eine abgeschlossene Ausbildung, Führerschein und gute Nerven gelten als Selbstverständlichkeit. Bei vielen Dienstleistern stünden auch Kriterien wie ‚eine positive Stimme‘ sowie Kommunikations- und Organisationstalent ganz oben auf der Wunschliste der Arbeitgeber“ (vgl. Stuttgarter Zeitung vom 2.08.99).

6.4 Ausbildungsplatzsituation entschärft sich

Nach den Daten der Arbeitsämter der Region Stuttgart stehen im Zeitraum von Oktober 1998 bis Juni 1999 den 19.160 gemeldeten Ausbildungsstellen⁶¹ 20.055 gemeldete Bewerber gegenüber. Damit kommen aktuell 105 Bewerber auf 100 Ausbildungsplätze, im Vorjahreszeitraum waren es noch 111 Bewerber, d.h. ein Rückgang dieses Verhältnisses um 6 %, eine **leicht positive Tendenz**, zeichnet sich ab. Zum Vergleich: in Baden-Württemberg kommen 117 (im Vorjahreszeitraum 123) Bewerber auf 100 Ausbildungsplätze.

⁶¹ Gemeldete Ausbildungsstellen sind alle dem Arbeitsamt von den Betrieben zur Besetzung mit Auszubildenden bekanntgegebenen Stellen. Die Freiwilligkeit der Inanspruchnahme der Arbeitsvermittlung bedingt, dass nicht alle Ausbildungsstellen und Bewerber gemeldet werden. Bei den gemeldeten Bewerbern ist davon auszugehen, dass viele von denjenigen, die einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, sich nicht abgemeldet haben. Im Gegenzug ist auch von einer Dunkelziffer zu vermuten: Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, resignieren und melden sich im folgenden Jahr nicht mehr als Bewerber an.

	Gemeldete Ausbild.pl. 6/98	Gem. Aus- bild.plätze 6/99	Veränderung Ausbild.pl. 6/98 bis 6/99	Gemeldete Bewerber 6/98	Gemeld. Bewerber 6/99
Stuttgart	8.222	8.336	+1,4 %	7.157	6.976
Göppingen	5.441	5.722	+5,2 %	7.423	7.156
Ludwigsburg	2.806	2.744	-2,2 %	3.438	3.225
Waiblingen	2.287	2.358	+3,1 %	2.855	2.698
Region Stuttgart	18.756	19.160	+2,2 %	20.873	20.055
Baden-Württ.	69.745	71.188	+2,1 %	85.703	83.596

Tabelle 6.8: Ausbildungsplatzsituation in den Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart: Gemeldete Berufsausbildungsstellen und gemeldete Bewerber von Okt. 1998 bis Juni 1999 im Vergleich zu den Vorjahresmonaten

Quelle: Arbeitsmarktberichte der jeweiligen Arbeitsämter, IMU-Berechnungen

Auf die Arbeitsamtsbezirke der Region Stuttgart bezogen ist ein deutliches Zentrum-Peripherie-Gefälle festzustellen: Im Bezirk Stuttgart mit den Kreisen Stuttgart und Böblingen kommen aktuell 84 gemeldete Bewerber auf 100 gemeldete Ausbildungsplätze. In den anderen Kreisen liegt das Verhältnis bei 114 (Rems-Murr-Kreis), 118 (Ludwigsburg) und 125 (Göppingen, Esslingen) zu 100.

Nach den Daten der Kammern für das Jahr 1998 gab es im Gebiet der Handwerkskammer Region Stuttgart 5.115 (+0,9 %), bei der IHK Region Stuttgart 10.152 (+9,5 % im Vergleich zum Vorjahr) neu eingetragene Auszubildungsverhältnisse. Die bei der IHK vorliegenden Zahlen auf Kreisebene bestätigen das Zentrum-Peripherie-Gefälle. Es lassen sich deutliche intraregionale Unterschiede bei den neuen Auszubildungsverträgen feststellen: Unangefochten an der Spitze ist Stuttgart mit einem Anteil von 34,8 % an der gesamten Region (absolut: 3.534), gefolgt von Esslingen (16,1 %), Ludwigsburg (15,6 %), Böblingen (12,9 %), Rems-Murr (10,4 %) und Göppingen (8,6 %).

Die Ausbildungsplatzsituation ist nicht nur ein quantitatives, sondern vielmehr auch ein qualitatives Problem. Dies zeigt sich z.B. daran, dass trotz einer angespannten Lage auf dem Lehrstellenmarkt nicht alle Ausbildungsplätze besetzt werden können. Trotzdem steht zu befürchten, dass die Situation schlechter ist, als es die Zahlen zum Ausdruck bringen. Viele Ausbildungsplatzsuchende kommen in Warteschleifen, z.B. dem Berufsvorbereitungsjahr, unter. Diejenigen mit keinem oder einem schlechten Hauptschulabschluss haben kaum Chancen, „ihren“ Ausbildungsplatz zu finden. Auf der anderen Seite blockiert mancher angehende Azubi einen Ausbil-

dungsplatz, indem dieser zugesagt, aber wegen einer anderen Stelle zum Ausbildungsbeginn nicht angetreten wurde. Diese Ausbildungsplätze können dann kurzfristig häufig nicht mehr besetzt werden.

6.5 Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik auf die Region Stuttgart

6.5.1 SGB III: Neues Arbeitsförderungsrecht auf Bundesebene

Mit dem seit dem 1. Januar 1998 geltenden Arbeitsförderungsrecht in Form des dritten Buches des Sozialgesetzbuches (**SGB III**) wurde die aktive Arbeitsförderung in der Bundesrepublik Deutschland auf eine neue Grundlage gestellt. Ziel des SGB III ist laut § 1 unter anderem, den Ausgleich am Arbeitsmarkt zu unterstützen, indem „... offene Stellen zügig besetzt und die Möglichkeiten von benachteiligten Ausbildung- und Arbeitssuchenden für eine Erwerbstätigkeit verbessert und dadurch Zeiten der Arbeitslosigkeit sowie des Bezugs von Arbeitslosengeld ... vermieden oder verkürzt werden.“ Zur Unterstützung der Zielsetzung sieht das SGB III eine Vielzahl von Instrumenten der aktiven Arbeitsförderung vor, u.a.:

1. Leistungen an Arbeitnehmer:
 - Trainingsmaßnahmen zur Verbesserung der Eingliederungsaussichten (SGB III §§ 48-52),
 - Überbrückungsgeld zur Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit (SGB III §§ 57-58);
2. Leistungen an Arbeitgeber:
 - Eingliederungszuschüsse bei Einarbeitung, bei erswerter Vermittlung, für ältere Arbeitnehmer (SGB III §§ 217-224),
 - Einstellungszuschuß bei Neugründungen (SGB III §§ 225-228),
 - Eingliederungsvertrag (SGB III §§ 229-234),
 - Probebeschäftigung Behinderter (SGB III § 238),
 - Beschäftigungshilfe für Langzeitarbeitslose (Bhi-RL);
3. Leistungen an Träger:
 - Ausbildungsbegleitende Hilfen (SGB III §§ 240-247),
 - Sozialplanmaßnahmen (SGB III §§ 254-259),
 - Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (SGB III §§ 260-271, 416),
 - Strukturanpassungsmaßnahmen (SGB III §§ 272-279, 415).

Weitere Instrumente der aktiven Arbeitsförderung sind im Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (s.o.) verankert, z.B. Trai-

ningsmaßnahmen, Lohnkostenzuschüsse, Qualifizierungs-ABM und beschäftigungsbegleitende Hilfen.

Daneben stehen den Arbeitsämtern für die „**freie Förderung**“ bis zu 10 % der finanziellen Mittel für Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung zur Verfügung (SGB III § 10). Die Mittel für neuartige Arbeitsförderungsleistungen aus diesem sogenannten **Innovationstopf** können die Arbeitsämter entsprechend der regional- und strukturpolitischen Erfordernisse einsetzen und dabei neue Modelle der Beschäftigungs- und Qualifikationsförderung erproben. Bisher entwickelte Förderansätze der Arbeitsämter gehen mit unterschiedlicher Gewichtung u.a. in Richtung betriebliche Ausbildung, individuell zugeschnittene Qualifizierungselemente, Umwandlung von geringfügiger in versicherungspflichtige Beschäftigung, Unterstützung von Existenzgründern (Brinkmann/Schmitt 1999).

6.5.2 Aktive Arbeitsförderung in der Region Stuttgart

Für die Arbeitsämter ist das Thema berufliche Weiterbildung ein Dauerbrenner: „Ohne eine gezielte aktive Arbeitsmarktpolitik mit bedarfsorientierten Qualifizierungsangeboten läuft kaum noch etwas“, so die stellvertretende Direktorin des Stuttgarter Arbeitsamts. In der Region Stuttgart ist die Förderung der **beruflichen Weiterbildung somit das Instrument Nr. 1** der aktiven Arbeitsförderung; in den einzelnen Arbeitsamtsbezirken fließen von 55 % bis zu 2/3 der finanziellen Mittel des Eingliederungstitels in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung. Die dominierende Rolle dieser Qualifizierungsmaßnahmen erklärt sich durch den immensen Anteil an ungelernten Arbeitslosen in der Region: 50,4 % aller Arbeitslosen waren im Jahr 1998 Ungelernte, im Land Baden-Württemberg waren es 47,2 %, bundesweit nur 38,6 % (Bezugsmonat September 1998).

Weitere wichtige Instrumente der aktiven Arbeitsförderung in der Region Stuttgart sind arbeitgeberorientierte Instrumente, v.a. die Eingliederungszuschüsse, sowie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Eingliederungszuschüsse schlagen im Bezirk Ludwigsburg mit 20 %, in den Bezirken Stuttgart und Göppingen mit rund 13 % der Mittel des Eingliederungstitels zu Buche. ABM spielen im Bezirk Stuttgart mit 13 % der Mittel eine im Vergleich zum Umland (Göppingen: 6 %, Ludwigsburg: 4 %) relativ große Rolle.

Während im April 1998, wie die folgende Tabelle zeigt, noch eine deutliche Reduktion bei der Inanspruchnahme von Instrumenten der aktiven Beschäftigungspolitik gegenüber 1997 konstatiert werden musste, gab es bis zum April 1999 wieder starke Zunahmen bei den Teilnehmern an beruflicher Weiterbildung und den Beschäftigten in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

	Stuttgart	Göppingen	Ludwigsburg	Waiblingen	Region
TN in beruflicher Weiterbildung 4/97	3.620	2.264	1.350	1.184	8.418
ABM 4/97 (absolut)	480	174	85	94	833
TN in beruflicher Weiterbildung 4/98	1.869	1.583	1.121	750	2.619
ABM 4/98 (absolut)	436	141	43	69	689
TN in beruflicher Weiterbildung 4/99	2.756	1.708	1.459	831	6.754
ABM 4/99 (absolut)	881	208	61	49	1.199

Tabelle 6.9: Teilnehmer an beruflichen Weiterbildungsprogrammen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart im April 1999 im Vergleich mit den Vorjahresmonaten

Quelle: Arbeitsmarktberichte der jeweiligen Arbeitsämter, IMU-Berechnungen

Durch die Möglichkeiten der freien Förderung nach § 10 des SGB III wird die **Entscheidungskompetenz der Arbeitsämter „vor Ort“ erhöht**; die Bundesanstalt für Arbeit geht davon aus, dass die Arbeitsämter aus ihrer Einbindung in das regionale Arbeitsmarktgeschehen Ansatzpunkte für Gestaltungsspielräume erkennen. Nach dem Subsidiaritätsprinzip konzipieren die Arbeitsämter die Maßnahmen und führen diese eigenverantwortlich durch.

In den Arbeitsamtsbezirken der Region Stuttgart werden zwischen 4 und 6 % der Mittel für aktive Arbeitsförderung (Eingliederungstitel) für die freie Förderung in Anspruch genommen. Beispiele für Fördermaßnahmen aus diesem Innovationstopf sind:

- Maßnahmen mit speziellen Bildungsanteilen für Langzeitarbeitslose, die z.B. von der ArbeiterInnenselbsthilfe, der Neuen Arbeit und der Caritas getragen werden,
- das Arbeitsamt-TV, das im regionalen Fernsehen zu festen Sendezeiten Arbeitslosen die Gelegenheit gibt, ihre „optische Visitenkarte“ zu präsentieren,
- Bewerbungstrainings wie „Job-Club“ und „Job-Start“,
- das Existenzgründerzentrum Stuttgart e.V. (EXZET), das seit 1997 aus Mitteln des Förderprogramms „Förderung von Maßnahmen zur Erprobung zusätzlicher Wege in der Arbeitsmarktpolitik“ und zeitweise auch aus dem Innovationstopf gefördert wurde,

- Förderung von Teilzeitarbeit für arbeitslose Frauen, bei der Arbeitgeber bis zu 9 Monate einen Zuschuss von 50 % des Lohns für zusätzliche versicherungspflichtige Arbeitsplätze bekommen,
- Einschaltung von externen Beratern aus dem Personalwesen, die Arbeitslose bei ihrer Bewerbung bzw. ihren Bewerbungsunterlagen beraten („Job-Ticket“),
- Spezialförderkurse, bei denen ein externer „Job-Manager“ Arbeitslosen einen Maßanzug für spezifische Bewerbungen schneidert und zwischen ratsuchenden Arbeitslose und arbeitskraftsuchenden Firmen unter der Fragestellung „welche Qualifikation fehlt dieser Person, damit sie für diesen Arbeitsplatz in Frage kommt?“ vermittelt.

Detaillierte Eingliederungsbilanzen, die arbeitsamtsbezogen die Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung, also u.a. auch der freien Förderung, darstellen, werden von den Arbeitsämtern im zweiten Halbjahr 1999 der Öffentlichkeit vorgestellt.

6.6 Fazit: Trendwende auf dem Arbeitsmarkt der Region Stuttgart?

Obwohl das Arbeitsmarktbarometer (siehe folgende Seite) eine günstige Entwicklung anzeigt und insbesondere die Arbeitslosenzahlen wieder rückläufig sind, kann allenfalls eine **Entspannung des Arbeitsmarkts** in der Region Stuttgart konstatiert werden. Vor allem einfachere Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe, die in jüngster Zeit für das Handling von Produktionsspitzen geschaffen wurden, stellen keine dauerhafte Entlastung des Arbeitsmarktes dar. Noch besteht also – bei einem zudem anhaltend hohen Niveau registrierter Arbeitsloser – **kein Grund zur Entwarnung**.

Gleichzeitig besteht jedoch in Teilbereichen des Arbeitsmarkts eine Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften. **Berufliche Weiterbildung** ebenso wie die **Vermittlung von Schlüsselqualifikationen**, wie Kommunikations- und soziale Kompetenz, sind daher mehr denn je als Kernthemen der Arbeitsmarktpolitik in der Region Stuttgart zu betrachten.

Weiterhin gibt die schwierige Struktur der Arbeitslosigkeit Anlass zur Sorge, wenn sich auch kleine Hoffnungsschimmer bei der Arbeitslosigkeit Jugendlicher und ausländischer Erwerbspersonen sowie beim verfestigten Segment der Langzeitarbeitslosen abzeichnen. Die geschlechtsspezifische Analyse wirft bei Betrachtung der aktuellen Entwicklung zunächst ein düsteres Bild auf die oftmals propagierte Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen. Jedoch sind Männer in Jahren mit sinkenden Arbeitslosenzahlen am Rückgang der Arbeitslosigkeit im allgemeinen stärker beteiligt, weil

ihre wichtigsten Beschäftigungsfelder im produzierenden Gewerbe stark auf konjunkturelle Einflüsse reagieren. Also behält der langfristige, strukturelle Trend einer stärkeren Verankerung der Frauen im Beschäftigungssystem weiterhin seine Gültigkeit. Im Resümee kann von einer **Trendwende auf dem Arbeitsmarkt der Region Stuttgart sicher noch nicht** gesprochen werden; vielmehr ist zu befürchten, dass die Entspannung am Arbeitsmarkt v.a. für die Problemgruppen lediglich ein Strohfeuer ist.

Arbeitsmarktbarometer der Region Stuttgart April 1999		
Vergleich zum Vorjahr		5-Jahres- Vergleich
Verbes- serung / Ver- schlecht.	Proze- ntual	Proze- ntual Verbes- serung / Ver- schlecht.
↑ - 8,7 %	79.836 Arbeitslose	- 7,0 % ↑
↑ + 16,7 %	19.082 gemeldete offene Stellen	+ 111 % ↑
↑ - 4,9 %	35.859 arbeitslose Frauen	+ 4,6 % ↓
↑ - 11,5 %	43.977 arbeitslose Männer	- 14,7 % ↑
↑ - 14,3 %	28.307 Langzeitarbeitslose	k. A. für April 94
↑ - 11,4 %	26.241 arbeitslose Ausländer	- 7,7 % ↑
↑ - 18,9 %	6.960 Arbeitslose unter 25 Jahren	- 40,8 % ↑
↓ + 33,1 %	6.238 Kurzarbeiter	- 75,1 % ↑

Abbildung 6.8: Arbeitsmarktbarometer der Region Stuttgart

Quelle: Arbeitsmarktberichte der jeweiligen Arbeitsämter, IMU-Berechnungen

7. Beschäftigungspotentiale im Bereich „Einfacher Dienstleistungen“

7.1 Problemstellung

Die strukturellen Veränderungen der Arbeitsnachfrage haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten zu einem drastischen Abbau der Arbeitsplätze für Geringqualifizierte im Produzierenden Gewerbe geführt. Gleichzeitig wurde allenthalben der Ruf nach mehr und verbesserten Serviceleistungen insbesondere für private Haushalte laut. Es wird erwartet, dass in diesem Servicebereich auch Arbeitsplätze mit geringen Qualifikationsanforderungen entstehen.

Vor diesem Hintergrund soll im Rahmen des diesjährigen Schwerpunktthemas untersucht werden, ob der Bereich einfacher Dienstleistungen einen Arbeitsbereich (1) für die jugendlichen Berufseinsteiger bieten kann, die früher als unqualifizierte Arbeitskräfte im verarbeitenden Gewerbe untergekommen wären und (2) ob im Tertiären Sektor der Region Beschäftigungsmöglichkeiten für gering qualifizierte Arbeitslose und/oder Sozialhilfeempfänger entstehen können.

Diese Fragestellung wird nicht nur aus sozialpolitischen Gründen aufgegriffen, sondern auch deshalb, weil eine dauerhafte Subventionierung von Erwerbslosigkeit weitaus teurer ist als wirkungsvolle Integrationsmaßnahmen, die zudem die Friktionen des allgemeinen Strukturwandels reduzieren und den Wandel insgesamt damit beschleunigen.

Im Anschluss an die Darstellung der Entwicklung der einfachen Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich sollen Beschäftigungspotentiale zunächst unter den gegebenen Bedingungen und anschließend unter veränderten Rahmenbedingungen untersucht werden. In Ergänzung der Handlungsempfehlungen sollen einzelne konkrete Maßnahmen zur Förderung einfacher Dienstleistungstätigkeiten vorgestellt und im Hinblick auf Beschäftigungspotentiale untersucht werden.

7.2 Der Arbeitsmarkt für Geringqualifizierte

7.2.1 Weniger einfache Tätigkeiten im Verarbeitenden Gewerbe

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe hat in den letzten 20 Jahren abgenommen. Weit überproportional von diesem Rückgang betroffen, waren allerdings die Personen ohne Berufsabschluss, die im Folgenden als Geringqualifizierte bezeichnet werden. Deren Zahl hat sich in diesem Zeitraum fast halbiert. Der Anteil der Beschäftigten ohne Berufsabschluss im Verarbeitenden Gewerbe ist demzufolge von rund 40% auf unter 30% gesunken.

	1980	1991	1997	1998
BRD-West	3.397.056	2.653.196	1.736.367	1.719.637
Anteil	40,0%	30,9%	25,0%	24,8%
Ba-Wü	718.303	603.304	396.026	396.215
Anteil	42,5%	34,0%	27,5%	27,3%
Region Stuttgart	186.038	174.204	108.965	108.150
Anteil	37,7%	33,1%	26,7%	26,5%

Anteil = Anteil der Beschäftigten ohne Berufsabschluss an den Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe

Tabelle 7.1: Im Verarbeitenden Gewerbe (sozialversicherungspflichtig) beschäftigte Geringqualifizierte

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Diese Entwicklung hat vergleichbar auf der Bundes-, der Landes- und der Regionsebene stattgefunden. Es sind allerdings Unterschiede hinsichtlich der Veränderungsdynamik festzustellen: In den 80er Jahren blieb die Region mit einem Rückgang von nur gut 6% oder jährlich 0,6% von einem rapiden Rückgang einfacher Arbeitsplätze weitgehend verschont, während in den alten Bundesländern insgesamt schon jeder fünfte Arbeitsplatz (-2,2% pro Jahr) in diesem Bereich wegfiel. In den 90er Jahren hat sich die Entwicklung deutlich beschleunigt und die Region wurde in überdurchschnittlich stark von der Entwicklung betroffen. Die aktuelle Stabilisierung

der konjunkturellen Lage hat im letzten Jahr zu einer Verlangsamung des Stellenabbaus geführt, für Baden-Württemberg konnte sogar ein geringfügiger Stellenzuwachs festgestellt werden.

Für die weitere Entwicklung in der Region sollte dies allerdings nicht als Entwarnung gewertet werden, denn sowohl die Prognosen des IAB⁶² als auch der im Bundesgebiet geringere Anteil der Geringqualifizierten im Verarbeitenden Gewerbe lassen einen weiteren Rückgang dieser Arbeitsplätze erwarten. Die Problematik wird dadurch verschärft, dass die Arbeitsplätze für Geringqualifizierte in Krisensituationen, in denen die finanziellen Mittel zur Förderung besonders knapp sind, schubweise wegbrechen.

	1980/1991	1991/1998	1997/1998
BRD-West	-2,22%	-6,01%	-0,96%
Ba-Wü	-1,57%	-5,83%	0,05%
Region Stuttgart	-0,60%	-6,58%	-0,75%

Tabelle 7.2: Jahresdurchschnittliche Veränderungsraten der im Verarbeitenden Gewerbe (sozialversicherungspflichtig) beschäftigten Geringqualifizierten

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Die Dramatik dieser Entwicklung wird nur bedingt dadurch gemildert, dass sich in den letzten 20 Jahren die Anzahl der Personen ohne Berufsabschluss insgesamt reduziert, das heißt der Ausbildungsstand der Erwerbspersonen verbessert hat. Für jene Menschen, die keinen Berufsabschluss haben, bedeutet es, dass sie eine deutlich schlechtere Marktposition haben als in der Vergangenheit. Dies belegen auch die Arbeitslosenzahlen, in denen Personen mit niedriger Qualifikation deutlich überrepräsentiert und von Langzeitarbeitslosigkeit weitaus stärker betroffen sind.

Verarbeitendes Gewerbe: starker Abbau einfacher Arbeitsplätze für Frauen

Während die Beschäftigung Geringqualifizierter im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt bereits deutlich zurückgegangen ist, war diese Entwicklung bei den Frauen besonders schwerwiegend. Im Unterschied zu den Ge-

⁶² Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg

samtzahlen sind die Unterschiede zwischen Region, Land und Bundesgebiet bei den Frauen wesentlich geringer. Auch die Schwankungen im Zeitablauf fallen etwas schwächer aus. Besonders fällt das an den Zahlen für 1997/98 auf: Bei den weiblichen Beschäftigten gibt es einen fast unverminderter Abbau, obwohl sich die Beschäftigung insgesamt stabilisiert hat.

	1980	1991	1997	1998
BRD-West	1.417.454	1.049.838	629.617	611.379
	57%	44%	34%	34%
Ba-Wü	351.035	271.045	166.137	162.834
	63%	50%	40%	39%
Region Stuttgart	88.344	71.819	41.510	40.391
	60%	49%	39%	38%

Tabelle 7.3: Im Verarbeitenden Gewerbe sozialversicherungspflichtig beschäftigte geringqualifizierte Frauen

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Trotz dieser Entwicklung hat im Verarbeitenden Gewerbe noch ein relativ hoher Anteil der beschäftigten Frauen keinen Berufsabschluss. Insofern ist damit zu rechnen, dass sich der Rückgang der Arbeitsplätze für Frauen ohne Berufsabschluss im Verarbeitenden Gewerbe auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird, zumal die Abnahme 1997/98 ausgeprägter ist als bei der Zahl der Beschäftigten ohne Berufsabschluss im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt.

	1980/1991	1991/1998	1997/1998
BRD-West	-2,69%	-7,43%	-2,90%
Ba-Wü	-2,32%	-7,02%	-1,99%
Region Stuttgart	-1,87%	-7,89%	-2,70%

Tabelle 7.4: Jahresdurchschnittliche Veränderungsraten der im Verarbeitenden Gewerbe sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen ohne Berufsabschluss

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

7.2.2 Einfache Tätigkeiten in der Region Stuttgart im Verarbeitenden Gewerbe

Der deutliche Beschäftigungsrückgang im Bereich einfacher Tätigkeiten im Verarbeitenden Gewerbe kann für die Region auch an der Beschäftigungsentwicklung in drei großen Tätigkeitsgruppen des Verarbeitenden Gewerbes, die traditionell als Auffangarbeitsmarkt für Arbeitskräfte gedient haben, betrachtet werden. Viele Beschäftigte in diesen Tätigkeitsfeldern haben entweder keinen Berufsabschluss vorzuweisen oder arbeiten berufs-fremd (Abbildung). Deutlich wird bei der Betrachtung dieser Berufsgruppen, dass die gute konjunkturelle Lage zu einer geringfügigen Verbesserung der Beschäftigungssituation beigetragen hat.

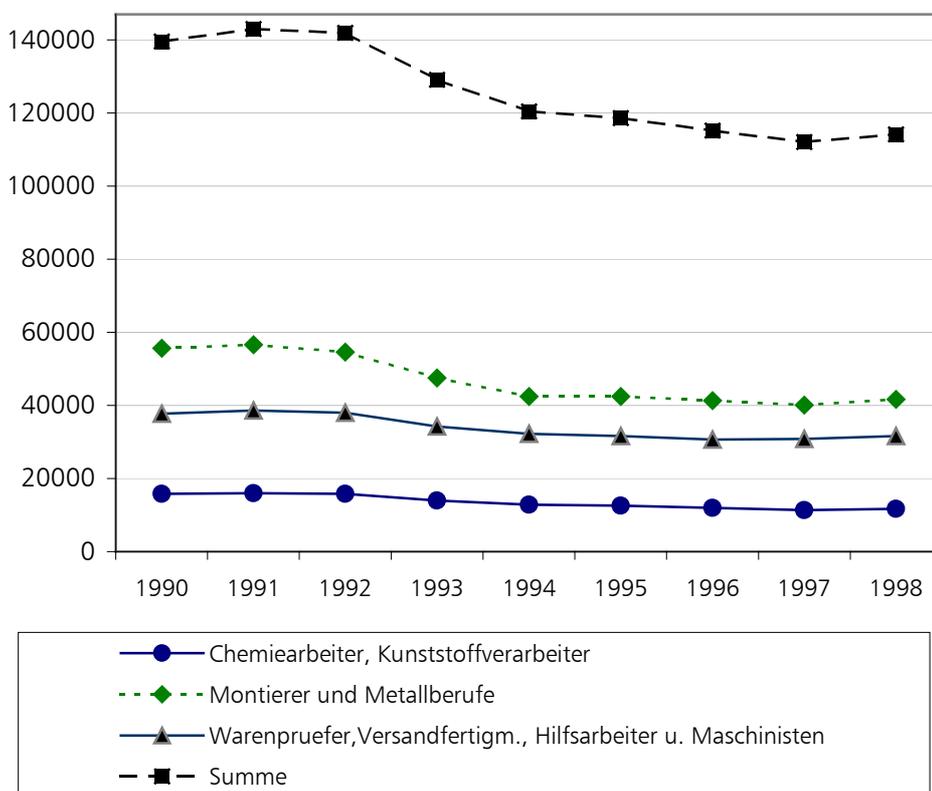


Abbildung 7.1: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in ausgewählten Tätigkeitsbereichen des Verarbeitenden Gewerbes in der Region Stuttgart

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Anmerkung zu Abbildung 7.1: die ausgewiesene Berufsgruppe „Montierer und Metallberufe“ wird von der Bundesanstalt für Arbeit als eine Restgruppe der Metallberufe verwandt und umfasst nicht näher zuordenbare Tätigkeiten im Metallbereich.

Neben den Beschäftigten in bestimmten Berufsgruppen des Verarbeitenden Gewerbes betrifft die abnehmende Anzahl einfacher Arbeitsplätze vor allem die Arbeitslosen mit geringer beruflicher Qualifikation. Eine besondere Problemgruppe sind die Sozialhilfeempfänger, von denen in der Region Stuttgart (Ende 1997) 14.360 arbeitslos gemeldet waren. Von den Sozialhilfeempfängern wiesen immerhin 71,4 % keine oder eine unbekannte berufliche Ausbildung auf (Statistisches Landesamt: 1998b).⁶³

Innerhalb der Region gibt es gewisse Unterschiede sowohl hinsichtlich des Anteils von Beschäftigten ohne Berufsabschluss im Verarbeitenden Gewerbe als auch hinsichtlich der Veränderungsraten. Sieht man vom Stadtkreis Stuttgart ab, wo der Anteil der Beschäftigten ohne Berufsabschluss sowohl im Verarbeitenden Gewerbe als auch insgesamt vergleichsweise niedrig ist, dann liegt die Streuung bei gut 3 Prozentpunkten, ist also relativ gering. Dabei liegen die Spitzenwerte in den weniger verdichteten Landkreisen Göppingen und Rems-Murr. Auffallender ist der Rückgang der Beschäftigten ohne Berufsabschluss im Landkreis Böblingen, was angesichts der sich verbessernden Arbeitsmarktsituation als Ausdruck eines verstärkten Selektionsprozesses zu Lasten dieser Beschäftigtengruppe gewertet werden kann.

	1998	Anteil	Veränderungsrate 1997/98
Region Stuttgart	108.150	26,5%	-0,7%
Stadt Stuttgart	18.646	20,2%	0,0%
Böblingen	19.587	27,0%	-4,3%
Esslingen	22.212	27,5%	-0,9%
Göppingen	11.119	30,4%	0,0%
Ludwigsburg	19.816	28,7%	0,7%
Rems-Murr	16.770	29,6%	0,9%

Anteil = Anteil der Beschäftigten ohne Berufsabschluss an den Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe

Tabelle 7.5: SVPBeschäftigte ohne Berufsabschluss im Verarbeitenden Gewerbe in den Kreisen der Region

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

⁶³ Personen, die noch in beruflicher Ausbildung waren, wurden extra ausgewiesen

Einfache Tätigkeiten im Verarbeitenden Gewerbe der Region für Frauen

Was sich bereits im Kapitel zur Entwicklung der im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigten Frauen abzeichnete, bestätigt sich hier: während es den Männern gelingt, von der konjunkturellen Erholung zu profitieren, geht die Beschäftigung der geringqualifizierten Frauen weiterhin durchgängig nach unten. Innerhalb eines Jahres gingen 1997/98 auf Regionsebene für die Frauen gut 1000 Arbeitsplätze verloren.

	1998	Anteil	1997/98
Region	40.391	38,1%	-2,7%
Stadt Stuttgart	5.711	28,4%	-3,0%
Böblingen	6.052	37,2%	-3,2%
Esslingen	8.867	39,9%	-3,6%
Göppingen	4.725	43,1%	-4,0%
Ludwigsburg	7.525	39,1%	-1,8%
Rems-Murr	7.511	43,2%	-0,9%

Tabelle 7.6: Weibliche Beschäftigte ohne Berufsabschluss im Verarbeitenden Gewerbe in den Kreisen der Region

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

7.3 Einfache Dienstleistungen: Beschäftigungschancen für Geringqualifizierte?

Vor dem Hintergrund dieser deutlich und streckenweise rapide abnehmenden Anzahl einfacher Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe stellt sich die Frage, ob der tertiäre Sektor Ersatz für diese Arbeitsplätze bietet bzw. in Zukunft wird bieten können.

Als einfache Dienstleistungen sind im weiteren – analog der Darstellung im vorherigen Abschnitt – alle Tätigkeiten zu verstehen, die ohne eine spezifische Berufsausbildung ausgeführt werden können.⁶⁴ Dabei wird auch in

⁶⁴ In ähnlicher Weise versteht beispielsweise die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen unter „einfachen Dienstleistungen“ solche, die keine besonderen Fähigkeiten, Vorkenntnisse und formalen Qualifikationen erfordern und meist

diesem Abschnitt die Anzahl der Beschäftigten ohne Berufsausbildung als Indikator verwendet.

Betrachtet man die Entwicklung der einfachen Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich analog dem Verarbeitenden Gewerbe, so stellt man Unterschiede und Ähnlichkeiten fest: Selbst in diesem expansiven Arbeitsmarktbereich hat in den letzten 20 Jahren die Zahl der Arbeitsplätze für Geringqualifizierte abgenommen, wenngleich der Rückgang in Zahlen geringer ausfällt wie im Verarbeitenden Gewerbe.

	1980	1991	1997	1998
BRD-West	2.786.804	2.630.109	2.298.266	2.314.127
Anteil	28%	21%	18%	18%
Ba-Wü	428.092	425.663	379.671	379.790
Anteil	31%	24%	20%	20%
Region Stuttgart	117.772	117.976	104.415	104.546
Anteil	29%	23%	20%	19%

Dienstleistungsbereich: hier incl. Verkehr, Handel, Staat etc.
Anteil = Anteil der Beschäftigten ohne Berufsabschluss an den Beschäftigten im Dienstleistungsbereich

Tabelle 7.7: Im Dienstleistungsbereich sozialversicherungspflichtig beschäftigte Geringqualifizierte

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Ähnlich wie im Verarbeitenden Gewerbe weisen im Dienstleistungsbereich die Region und der Bund einen etwas niedrigeren Anteil Geringqualifizierter aus wie das Land. Auffallend sind die entgegengesetzten Vorzeichen der Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungsbereich allgemein und im Bereich Geringqualifizierter: Während insgesamt neue Arbeitsplätze entstanden, gingen sie für die Geringqualifizierten verloren. Diese unterschiedliche Entwicklung ist umso überraschender, als bereits das Ausgangsniveau der einfachen Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich wesentlich niedriger war, wie im Verarbeitenden Gewerbe.

durch eine geringe Produktivität und oftmals auch durch niedrige Entlohnung gekennzeichnet sind (Zukunftskommission: 1997: 116). Daneben gibt es auch im Dienstleistungsbereich Personen, die zwar eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, diese aber in ihrem aktuellen Beruf nicht benötigen. Diese Gruppe der fachfremd arbeitenden Beschäftigten ist nur sehr schwer zu ermitteln. Aus diesem Grund verwenden wir im folgenden die – etwas vereinfachende – näherungsweise Abgrenzung über die Beschäftigten ohne Berufsausbildung.

	1980/91		1991/98		1997/98	
	Insg.	o. BA	Insg.	o. BA	Insg.	o. BA
BRD-West	1,9%	-0,5%	0,9%	-1,8%	0,5%	0,7%
Ba-Wü	2,2%	-0,1%	1,0%	-1,6%	0,3%	0,0%
Region Stuttgart	2,1%	0,0%	0,6%	-1,7%	0,4%	0,1%

Insg. = Veränderungsraten aller Beschäftigten
o. BA. = Veränderungsraten der Beschäftigten ohne Berufsabschluss

Tabelle 7.8: Jahresdurchschnittliche Veränderungsraten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dienstleistungsbereich

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Für die weitere Entwicklung der einfachen Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich kann man angesichts des regionalen Anteils von nur 19% davon ausgehen, dass ein schneller Abbau von vielen Einfacharbeitsplätzen nicht zu erwarten ist. Gleichwohl spricht die dargestellte Entwicklung der Beschäftigung dafür, dass ein Rückgang des Anteils der Geringqualifizierten auch im Dienstleistungsbereich eintreten wird.

Weniger einfache Tätigkeiten für Frauen im Dienstleistungssektor

	1980	1991	1997	1998
BRD-West	1.766.239	1.640.843	1.403.680	1.390.574
	32,9%	23,9%	19,0%	18,8%
Ba-Wü	284.516	283.183	245.326	241.872
	36,1%	27,1%	21,9%	21,6%
Region Stuttgart	78.073	77.229	65.641	64.420
	34,4%	26,4%	21,5%	21,2%

Dienstleistungsbereich: hier einschließlich Verkehr, Handel, Staat etc.

Tabelle 7.9: Im Dienstleistungsbereich sozialversicherungspflichtig beschäftigte geringqualifizierte Frauen

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Der starke Rückgang von Stellen für geringqualifizierte Frauen im Verarbeitenden Gewerbe wirft die Frage auf, ob für diese Frauen verstärkt Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich entstehen. Dies wird durch die Zah-

len nicht bestätigt, vielmehr gibt es über den ganzen Zeitraum, einen durchgängigen Abbau einfacher Arbeitsplätze. Diesem Abbau steht auf der anderen Seite ein relativ kontinuierlicher Aufbau der Beschäftigung insgesamt gegenüber.

Verglichen mit dem Verarbeitenden Gewerbe sind die Verluste einfacher Arbeitsplätze für Frauen im Dienstleistungsbereich gering, berücksichtigt man allerdings den in diesem Bereich stattfindenden Beschäftigungsaufbau, so kann man auch hier von einem innersektoralen Strukturwandel sprechen.

	1980/91		1991/98		1997/98	
	Insg.	o. BA	Insg.	o. BA	Insg.	o. BA
BRD-West	2,3%	-0,7%	1,1%	-2,3%	0,1%	-0,9%
Ba-Wü	2,6%	-0,0%	1,0%	-2,2%	-0,1%	-1,4%
Region Stuttgart	2,4%	-0,1%	0,5%	-2,6%	-0,3%	-1,9%

Tabelle 7.10: Jahresdurchschnittliche Veränderungsraten der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen im Dienstleistungsbereich

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

7.3.1 Region Stuttgart: Situation und Potentiale im Status Quo

Entsprechend den regionalen Spezialisierungen des Dienstleistungsbereichs, die im Kapitel zum Dienstleistungssektor ausführlich diskutiert wurden, variiert die Beschäftigung von Geringqualifizierten im Dienstleistungsbereich der Region etwas, wobei die Streuung mit nur drei Prozentpunkten kleiner ausfällt als im Verarbeitenden Gewerbe.

	1998	Anteil	Veränderungsrate 1997/98
Region Stuttgart	104.546	19,5%	0,1%
Stadt Stuttgart	39.761	17,8%	0,9%
Böblingen	12.142	19,3%	0,2%
Esslingen	16.793	20,7%	0,3%
Göppingen	7.450	21,1%	-1,6%
Ludwigsburg	17.261	22,3%	-0,5%
Rems-Murr	11.139	19,6%	-0,9%

Anteil = Anteil der Beschäftigten ohne Berufsabschluss an den Beschäftigten im Dienstleistungsbereich

Tabelle 7.11: SVPBeschäftigte ohne Berufsabschluss im Dienstleistungsbereich in den Kreisen in der Region Stuttgart

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Mit fast 105.000 Beschäftigten ist diese Personengruppe im Dienstleistungsbereich ungefähr genauso groß wie im Verarbeitenden Gewerbe (108.000). Die Verteilung zwischen den Kreisen gestaltet sich allerdings unterschiedlich: in der Stadt Stuttgart finden sich fast 40% der einfachen Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor, aber nur 17% der einfachen Jobs im Verarbeitenden Gewerbe. In den anderen Kreisen der Region sind die einfachen Arbeitsplätze mehrheitlich im Verarbeitenden Gewerbe.

Der regionale Dienstleistungsarbeitsmarkt für geringqualifizierte Frauen

Während die im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigten Frauen deutlich schlechtere Qualifikationsvoraussetzungen haben, ist der Anteil der Frauen, die im Dienstleistungsbereich ohne Berufsausbildung arbeiten fast auf dem Niveau der männlichen Kollegen. Angesichts der stärkeren Abnahme der weiblichen Beschäftigten mit geringer Qualifikation, wird in wenigen Jahren dieser Rückstand aufgeholt sein. Im Kreis Ludwigsburg liegt er derzeit bereits bei 0,4-Prozentpunkten, so dass man schon von Gleichstand sprechen kann.

	1998	Anteil	Veränderungsrate 1997/98
Region Stuttgart	64.420	21,2%	-1,9%
Stadt Stuttgart	23.937	19,9%	-1,0%
Böblingen	7.867	22,3%	-2,4%
Esslingen	9.914	21,3%	-1,2%
Göppingen	5.180	23,0%	-4,2%
Ludwigsburg	10.218	22,7%	-2,4%
Rems-Murr	7.304	21,1%	-2,6%

Tabelle 7.12: SVPBeschäftigte Frauen ohne Berufsabschluss im Dienstleistungssektor

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Einfache Tätigkeiten in einzelnen Wirtschaftszweigen des Tertiären Sektors in der Region

Will man zu einer näheren Beurteilung der Perspektiven einfacher Tätigkeiten im Dienstleistungssektor kommen, so muss man zwischen verschiedenen Segmenten des Dienstleistungsbereichs unterscheiden. Im Mittelpunkt des Interesses stehen die Wirtschaftszweige, die entweder einen relativ hohen Anteil einfacher Arbeitsplätze aufweisen oder die eine große Anzahl Geringqualifizierter (trotz eines geringen Anteils) beschäftigen. Dabei wenden wir uns in besonderem Maße den haushaltsbezogenen und hauswirtschaftlichen Dienstleistungen zu. Im Unterschied zu den unternehmensbezogenen Dienstleistungen gibt es in diesem Bereich einen offensichtlichen Bedarf an einfachen Tätigkeiten, der bislang nicht erschlossen werden kann. Hinzu kommt, dass der Anteil ungelernter Arbeitskräfte mit Dienstleistungsaufgaben für Unternehmen sehr niedrig und ein starkes Wachstum dieses Arbeitsmarktsegmentes nicht wahrscheinlich ist.

Die absolute Anzahl der Beschäftigten ohne Berufsabschluss ist im Handel und bei den Gebietskörperschaften am höchsten. Die höchsten Anteile, aber eine vergleichsweise geringe Absolutzahl weisen die Gebäudereinigung und Abfallwirtschaft auf. Von geringerer Bedeutung, trotz relativ hoher Anteile, sind die Bereiche Reinigung/Körperpflege und private Haushalte.

	Beschäftigte insgesamt	Ohne Berufsabschluss	In %
Einzelhandel	63.041	12.933	20,5%
Großhandel	62.473	10.449	16,7%
Gesundheitswesen	50.085	9.137	18,2%
Gebietskörperschaften	44.980	11.193	24,9%
Kreditinstitute	35.917	5.226	14,6%
Eisenbahn, Straßenverkehr, übr. Verkehr ⁶⁵	35.725	10.159	28,4%
Gastgewerbe	31.425	10.607	33,8%
Private Organisationen	29.727	5.149	17,3%
Übr. Dienstleistungen für Unternehmen	17.361	5.231	30,1%
Gebäudereinigung, Abfall	10.042	4.109	40,9%
Reinigung, Körperpflege	6.562	2.133	32,5%
Private Haushalte	1.261	371	29,4%

In diesen 12 Bereichen arbeiten 93% der Personen ohne Berufsabschluss, die im Dienstleistungssektor tätig sind.

Tabelle 7.13: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Berufsabschluss im Tertiären Sektor der Region Stuttgart (1998)

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Während es der tendenzielle Beschäftigungsabbau der Gebietskörperschaften wenig wahrscheinlich erscheinen lässt, dass neue Arbeitsplätze für Geringqualifizierte entstehen, könnte die Situation im Handel bzw. in der Gastronomie etwas anders liegen. Der Handel mit insgesamt über 20.000 Geringqualifizierten ist der größte Arbeitgeber für diese Personengruppe im Dienstleistungsbereich. Trotzdem zeigt der Blick auf die Graphik, dass der Anteil der Geringqualifizierten in den letzten Jahren durchgängig abgenommen hat und dies bei einem ohnehin zu verzeichnenden Beschäftigungsrückgang. Dabei sollte man allerdings nicht aus dem Blick verlieren, dass im Handel nur ein Teil der Beschäftigung erfasst wird, weil relativ viele Beschäftigungsverhältnisse auf 630,- DM – Basis organisiert sind.

⁶⁵ Ohne Schifffahrt und Bundespost.

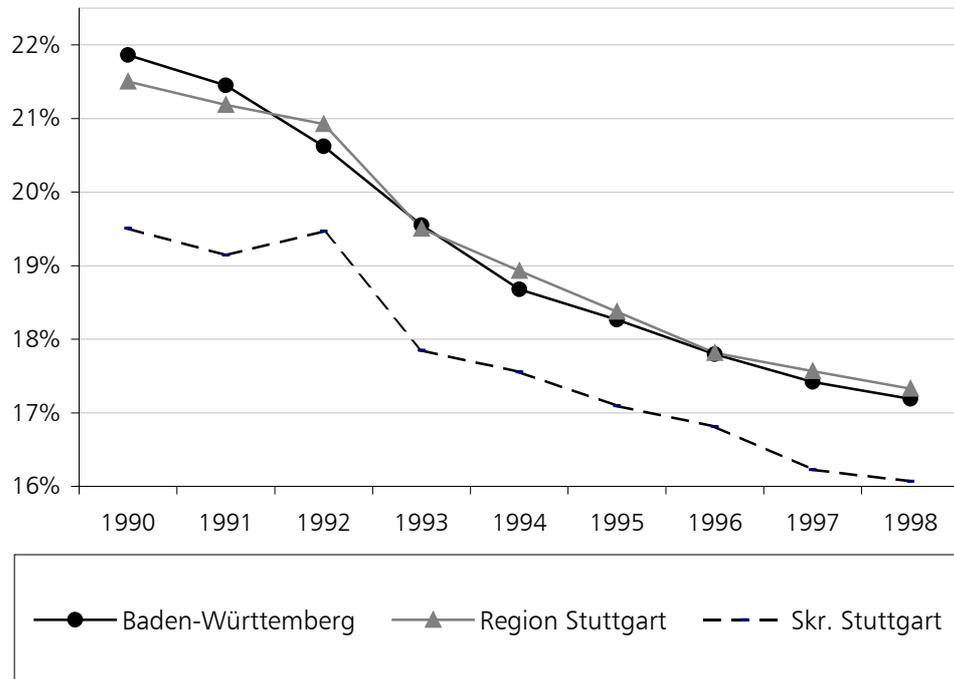


Abbildung 7.2: Entwicklung des Anteils Geringqualifizierter an den Beschäftigten im Handel in der Region Stuttgart und in Baden-Württemberg 1990 bis 1998

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Ähnlich verhält es sich in der Gastronomie, wo allerdings in den letzten Jahren ein vorsichtiger Beschäftigungszuwachs –bei stagnierendem bzw. leicht rückläufigem Anteil geringqualifizierter Beschäftigung - zu verzeichnen ist. Die Entwicklung verläuft in diesem Bereich für die Personen mit geringer Qualifikation günstiger als im Handel. Diese bessere Entwicklung wird vor allem dann deutlich, wenn man, wie in der Grafik geschehen, zu den Geringqualifizierten außer den Beschäftigten ohne Berufsabschluss auch diejenigen zählt, deren Berufsabschluss unbekannt ist. Speziell in der Gastronomie ist davon auszugehen, dass sich in dieser Gruppe relativ viele ausländische Beschäftigte befinden, deren Qualifikation sich der Erfassung entzieht.

In der Gastronomie werden bei Fortbestehen des aktuellen Trends weiterhin Arbeitsplätze für Geringqualifizierte entstehen, wenngleich davon auszugehen ist, dass auch in diesem Bereich die Qualifikationsanforderungen mit der Verfügbarkeit qualifizierter Mitarbeiter steigen.

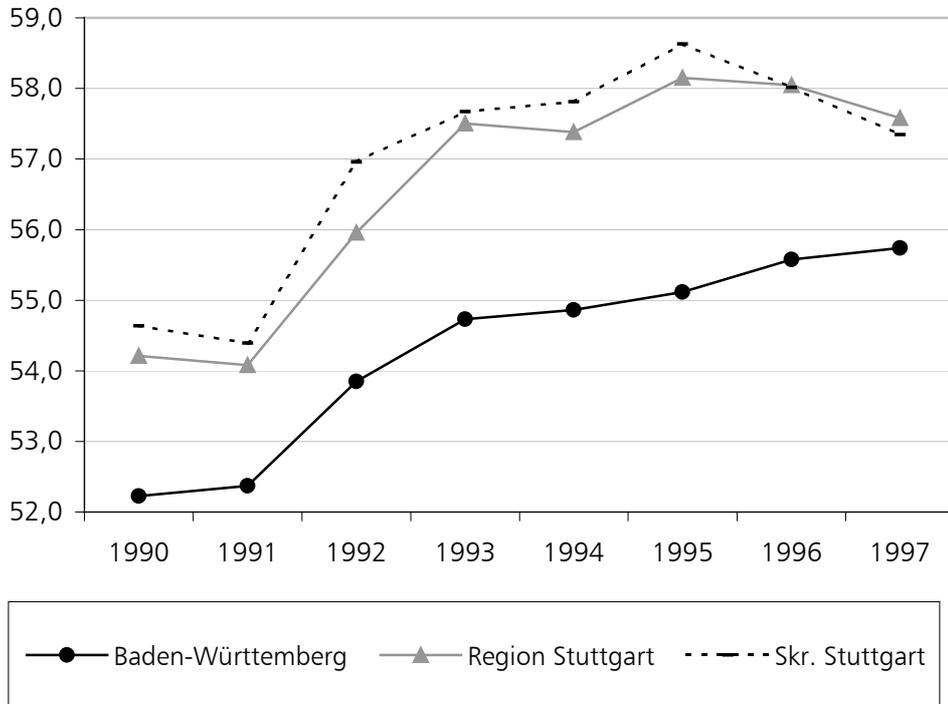


Abbildung 7.3: Entwicklung des Anteils der Geringqualifizierten an den Beschäftigten im Gastgewerbe in der Region Stuttgart und in Baden-Württemberg 1990 bis 1997 (in %)

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Anmerkung zur Abbildung 7.3: In dieser Grafik werden im Unterschied zur Darstellung in der Tabelle 7.13 nur die Beschäftigten im Bereich Gaststätten und Beherbergungsgewerbe ohne die Beschäftigten in Kinder-, Alters- und ähnlichen Heimen betrachtet.

Im Rahmen der zwölf bezeichneten Wirtschaftszweige bestehen also, zumal wenn man die im Kapitel zur Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungsbereich dargestellten Veränderungen berücksichtigt, wenig Aussichten auf eine gravierende Expansion der Arbeitsplätze für Geringqualifizierte. Um dies zu verändern müssten gezielte Maßnahmen zur Erschließung von Marktpotentialen im Bereich einfacher Tätigkeiten erfolgen. Deshalb im folgenden zunächst eine Überprüfung dieser Resultate anhand der Prognose des Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und von Prognos.

Perspektiven unter den gegebenen Rahmenbedingungen

Jede Prognose von Beschäftigungsentwicklungen und -potentialen ist naturgemäß mit erheblichen Unsicherheiten behaftet und daher mit Vorsicht zu interpretieren. Ungeachtet dessen erscheinen Prognosen erforderlich, da sich gerade Beschäftigungspotentiale ohne plausible Annahmen über künftige Entwicklungen und absehbare Veränderungen nicht ermitteln lassen.⁶⁶

Wir arbeiten im folgenden mit den Strukturprojektionen des Arbeitskräftebedarfs in den alten Bundesländern nach Tätigkeiten und Qualifikationen bis 2010, die von IAB und Prognos in den vergangenen Jahren erstellt und mehrfach aktualisiert wurden. (Tessaring 1994; Weidig/ Hofer/ Wolff 1998). Zugleich vergleichen wir die hier getroffenen Aussagen mit denen anderer Prognosen. Diese Prognosen gehen von derzeitigen Trends und absehbaren Veränderungen aus, unterstellen jedoch in der Regel keine grundlegenden Veränderungen der gegebenen politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Die Änderungen der Vorschriften für geringfügige Beschäftigung und zur (Schein-)Selbständigkeit, die Anfang des Jahres bzw. zum 1. April 1999 in Kraft getreten sind, sind in ihrer Wirkung bislang noch nicht abzuschätzen. Speziell für die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung ist davon auszugehen, dass zunächst ein Umschichtungsvorgang stattfindet. Für die Erwerbstätigen, die die geringfügige Tätigkeit als Nebenerwerb ausführen, wird dieses Beschäftigungsverhältnis weniger attraktiv. Es stellt sich daher die Frage, in welchem Umfang diese geringfügigen Nebentätigkeiten aufgegeben werden und welche Wege von den Arbeitgebern eingeschlagen werden, um diese Beschäftigten zu ersetzen. Sieht man von Optionen ab, die das Weiterbestehen des Betriebs in Frage stellen, so könnte eine Umschichtung der Beschäftigten (mehr Hausfrauen, Rentner und Schüler, die durch die Neuregelung kaum betroffen sind), eine stärkere Arbeitsbelastung der verbleibenden Beschäftigten oder Neueinstellungen oberhalb der 630-DM-Grenze vorgenommen werden.⁶⁷ Welcher dieser Wege in welchem Umfang eingeschlagen wird, wird man Mitte 2000 näher

⁶⁶ Sehr deutlich hat der Arbeitskreis I des BMBF-Projekts „Dienstleistung 2000 Plus“ hierauf hingewiesen: Er kam zu der Einschätzung, dass es keine wissenschaftlich unstrittigen Prognosen für den Dienstleistungssektor insgesamt gibt und selbst bereichsspezifische Trends mit vielen Problemen behaftet sind. Ebenso bestand jedoch ein „Einvernehmen darüber, dass Projektionen und Prognosen für Politik und Wissenschaft unverzichtbar bleiben und eine gewisse Orientierungsfunktion unerlässlich ist, um durch Blick in die Zukunft aktuellen politischen Handlungs- und wissenschaftlichen Forschungsbedarf aufzudecken.“

⁶⁷ Eine aktuelle Studie des DIW geht davon aus, dass die Effekte der neuen Regelung eher gering sein werden (DIW-Wochenbericht, 37/99).

fang eingeschlagen wird, wird man Mitte 2000 näher beantworten können, denn es ist davon auszugehen, dass ein solcher Prozess einige Zeit benötigt.

Nach den Strukturprojektionen von IAB und Prognos zeigt sich einerseits eine tendenziell zunehmende Dienstleistungsorientierung; andererseits wird sich der Trend in Richtung steigender Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte fortsetzen. Nach diesen Berechnungen werden im Jahr 2010 nur noch ca. 10 % Arbeitskräfte ohne Berufsausbildung beschäftigt. Knapp 75% werden mindestens eine Berufsausbildung benötigen und von den verbleibenden 17 - 18 % wird ein Hochschul- oder Fachhochschulabschluss erwartet. Damit würde sich der Bedarf an Arbeitskräften ohne abgeschlossene Berufsausbildung bis zum Jahr 2010, also innerhalb von 10 Jahren, halbieren.

Besonders markante Beschäftigungseinbußen werden bei einfachen Bürotätigkeiten sowie bei Hilfsfunktionen der Bereiche „Gewinnen und Herstellen“, der „Lager- und Transporttätigkeiten“ sowie im „Reinigungs- und Bewirtungsbereich“ gesehen.

Beschäftigungseinbußen im Bereich der einfachen Bürotätigkeiten werden aufgrund der Technikentwicklung (Informations- und Kommunikationstechnik, Bürotechnik) erwartet. Weiterhin führen auch die Optimierung der Produktionsprozesse und die Verschlankeung der innerbetrieblichen Verwaltungs- und Führungsstrukturen zu negativen Folgen. Technisch-organisatorische Entwicklungen sind die Hauptursache für den prognostizierten Rückgang in den Bereichen „Gewinnen und Herstellen“ sowie „Lager- und Transporttätigkeiten“ (durch neue Verkehrstechniken und Verkehrsoptimierung).

Interessant ist die Einschätzung der Entwicklung im Bereich „Reinigungs- und Bewirtungstätigkeiten“. Der starke Rückgang bei den Hilfstätigkeiten, der in Westdeutschland im Zeitraum 1985-1995 eingetreten ist, war mitverantwortlich für die prognostizierten starken Anteilseinbußen. Allerdings ist der bereits eingetretene Rückgang nach Einschätzung des IAB „manifest durch ein Abtauchen in die Schattenwirtschaft eingetreten... Hier dürfte davon auszugehen sein, dass dieser Prozess ‚politisch‘ abgebremst wird“ (Weidig/Hofer/Wolff 1998: 118). Mit anderen Worten: der prognostizierte Bedeutungsverlust ergibt sich weitgehend aus der Annahme gegebener Rahmenbedingungen, die zu einer Abwanderung in die Schattenwirtschaft führen. Eine Veränderung der Rahmenbedingungen, z. B. in Form einer Veränderung des Steuersystems oder einer Änderung der Vorschriften zur steuerlichen Absetzbarkeit von Haushaltshilfen, könnte daher zusätzliche Potentiale an legalen Beschäftigungsmöglichkeiten erschließen.

Im Handel wird eine Zunahme der Beschäftigung unqualifizierter Hilfskräfte erwartet (Weidig/Hofer/Wolff 1998: 135), wobei angesichts der har-

ten Konkurrenz in diesem Wirtschaftszweig möglicherweise auch die Anforderungen an die Beschäftigten steigen werden. Hauptgewinner werden nach den Prognosen des IAB die „Fach Tätigkeiten mit begrenzten Führungsaufgaben“ sein, die von Rationalisierungseffekten profitieren könnten, sofern Aufgaben auf ihre Ebene verlagert werden, die zuvor auf der Tätigkeitsebene mit hohem Anforderungsprofil erfüllt wurden.

Allgemein wird davon ausgegangen, dass die Bedeutung der Teilzeitarbeit bei einfachen Arbeiten und insbesondere bei einfachen Diensten besonders ausgeprägt ist. Im Handel wird mit einer weiteren Zunahme von Teilzeitbeschäftigungen gerechnet.

Insgesamt zeigen die vorliegenden Prognosen:

- Einen langfristigen Trend in Richtung eines weiteren spürbaren Abbaus einfacher sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen sowohl im Verarbeitenden Gewerbe als auch im Dienstleistungssektor.
- Einen engen beschäftigungspolitischen Spielraum im Bereich einfacher Tätigkeiten allgemein und im Bereich einfacher Dienste im besonderen, bei denen teilweise eine Gefahr zur Verlagerung in die Schwarzarbeit besteht.
- Die Perspektive, dass sich ohne weiteres per Saldo keine zusätzlichen Arbeitsplätze im Bereich einfacher Dienstleistungen herausbilden werden. Hieraus folgt:
 - dass einzelne spezifische Dienste in den Vordergrund gerückt werden müssen, in denen Wachstumspotentiale vermutet werden können.
 - Die Abhängigkeit der Beschäftigungspotentiale einfacher Dienstleistungen von den jeweiligen Rahmenbedingungen. Vor diesem Hintergrund soll folglich untersucht werden, inwieweit in einzelnen Feldern der einfachen Dienstleistungen ein potentiell wachsender Bedarf besteht, der durch geeignete Rahmenbedingungen erschlossen werden könnte.

7.3.2 Einfache Dienste: Beschäftigungspotentiale bei veränderten Rahmenbedingungen

Im Folgenden werden zunächst Bereiche herausgearbeitet, in denen ein wachsender Bedarf an einfachen Dienstleistungen erwartet wird. Zugleich werden diese Hypothesen mit der tatsächlichen Entwicklung in der Region verglichen, bevor abschließend jene Rahmenbedingungen diskutiert werden, mit denen eine Erschließung denkbarer Beschäftigungspotentiale gelingen kann.

Wachsende Nachfrage nach einfachen Diensten durch gesellschaftlichen und demographischen Wandel

Bereits heute deuten sich gesellschaftliche Trends an, die die Nachfrage auch nach einfachen Dienstleistungen spürbar beeinflussen könnten: So wird die Gesellschaft der Zukunft erheblich älter und zugleich individualisierter sein. Die durchschnittliche Lebenserwartung sowie die Zahl und der Anteil der Älteren an der Gesamtbevölkerung werden weiter steigen. Lag der Anteil der über 65jährigen an der deutschen Wohnbevölkerung 1950 noch bei weniger als 10 % erreichte er 1995 15,5 % und wird sich voraussichtlich im Jahr 2020 auf über 20 % erhöhen.

Darüber hinaus werden die traditionellen Strukturen der Selbstversorgung, Selbsthilfe und Solidarität möglicherweise an Bedeutung verlieren. Die Erwerbstätigkeit beider Elternteile dürfte bei einer gleichzeitigen Flexibilisierung der Arbeitszeiten weiter zunehmen (Beyer/Hilbert/Micheel 1998; Zukunftskommission 1997).

Unbestritten ist, dass sich hieraus Beschäftigungspotentiale im Bereich der personenbezogenen Dienste ergeben. Allerdings liegen die Prognosen und Szenarien über das Ausmaß denkbarer Expansionsmöglichkeiten weit auseinander. Bezogen auf die Bundesebene reichen sie bei den personenbezogenen Dienstleistungen von mindestens 800.000 bis zu über 2,8 Millionen. Besonders positiv werden die Perspektiven für die sozialen und gesundheitsbezogenen Dienste eingeschätzt. Die Schätzungen ergeben für Deutschland ein Beschäftigungswachstum zwischen 250.000 bis zu 1 Million Arbeitsplätze bis 2010. Von wesentlicher Bedeutung ist hier, inwieweit Sozialversicherungsleistungen aufrechterhalten oder reduziert werden. Potentiale werden darüber hinaus im Bereich der haushaltsnahen Dienste gesehen (Bandemer 1998; Zukunftskommission 1997).

Inwieweit dieses Beschäftigungspotential - wie erhofft - in der Region auch Arbeitsplätze für Geringqualifizierte bieten wird, soll im Anschluss untersucht werden.

Haushaltsbezogene Dienstleistungen – ein Arbeitsmarktsegment für Geringqualifizierte in der Region Stuttgart?

Im Zeitraum 1990-1998 hat in der Region eine Beschäftigungsexpansion um etwa 20.000 Stellen im Bereich der haushaltsbezogenen Dienstleistungen stattgefunden. Darunter fallen allerdings auch recht anspruchsvolle Tätigkeitsbereiche wie Wissenschaft, Bildung, Kunst und Medien.

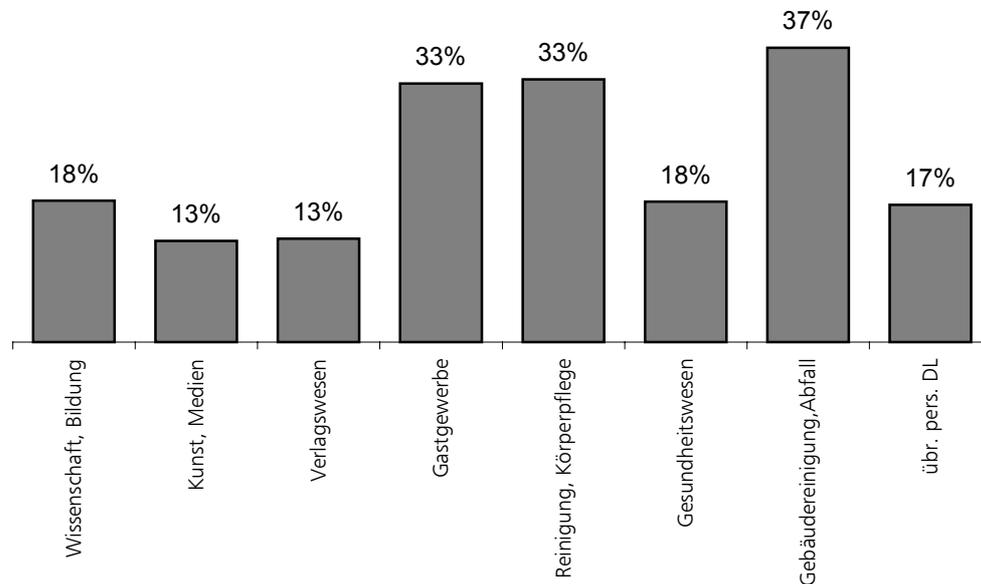


Abbildung 7.4: Anteil der SVP-Beschäftigten ohne Berufsabschluss an den SVP-Beschäftigten in einzelnen Wirtschaftszweigen (Region Stuttgart, 1998)

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Gleichwohl wird auch im Bereich der einfachen haushaltsbezogenen Dienstleistungen, insbesondere der hauswirtschaftlichen Unterstützung, ein Beschäftigungspotential gesehen. Die Abbildung zeigt, dass besonders die Bereiche Gebäudereinigung, Abfall, Gastgewerbe, Reinigung und Körperpflege sowie – mit deutlichem Abstand – das Gesundheitswesen wichtige Arbeitsfelder für Geringqualifizierte darstellen. Von diesen haben sich auf längere Sicht (1991-1998) gerade jene Bereiche sehr positiv entwickelt (siehe Abbildung), in denen der Beschäftigungsanteil gering Qualifizierter besonders hoch ist. Interviews bei Arbeitshilfeträgern aus der Region Stuttgart zeigen, dass es in der Stadt Stuttgart eine rege Nachfrage nach hauswirtschaftlichen Diensten von Haushalten mit zwei Erwerbstätigen gibt. Auch ältere Menschen haben einen nennenswerten Bedarf an solchen einfachen Diensten, bis hin zum Einkaufen, Mahlzeitenservice und einfacher Betreuung, allerdings ohne Pflegeleistungen. Außerhalb der Großstadt wird die Nachfrage zurückhaltender eingeschätzt. Offenbar wird hier noch stärker auf Nachbarschaftshilfe und wechselseitige Unterstützung innerhalb der

Familie zurückgegriffen. Auch dort werden jedoch Leistungen wie Entrümpelungen und Hilfe bei Wohnungsaufösungen nachgefragt.⁶⁸

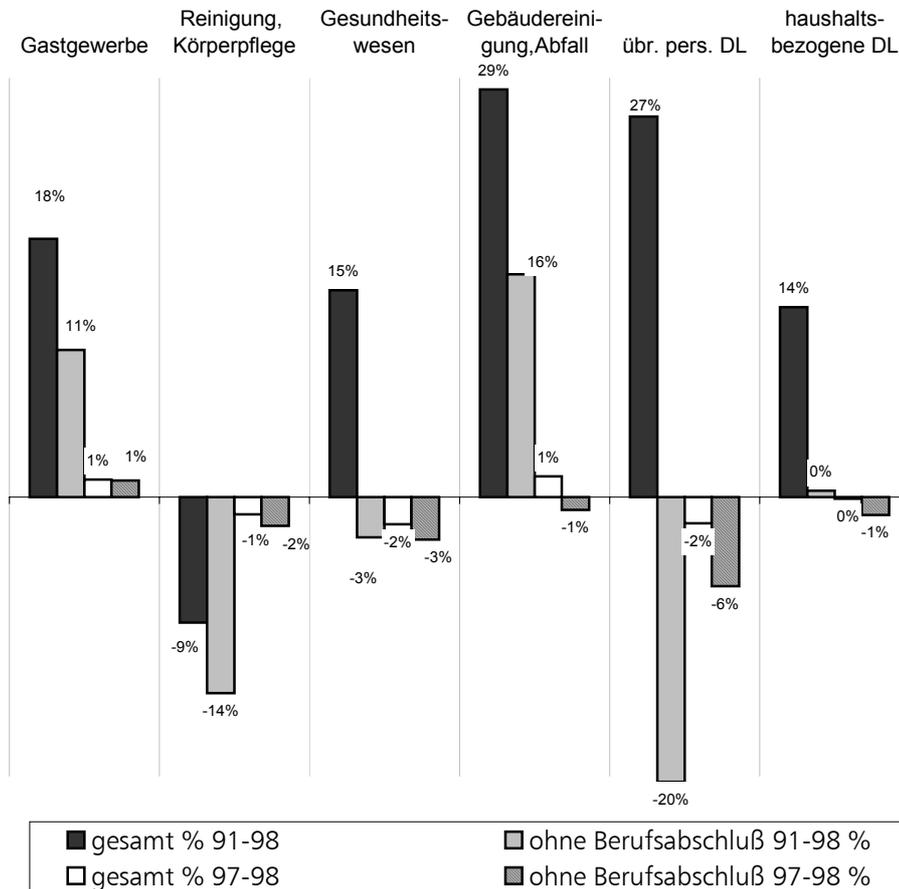


Abbildung 7.5: Wachstumsraten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den haushaltsbezogenen Dienstleistungen (Region Stuttgart)

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

In urbanen ebenso wie in den anderen Teilen der Region sind die Lohnkosten und die Konkurrenz zur Schwarzarbeit ein wesentliches Hemmnis für eine wirtschaftlich tragfähige Erschließung der durchaus vorhandenen Nachfrage nach haushaltsbezogenen Dienstleistungen. Nach Berechnungen

⁶⁸ Zudem ist es denkbar, dass in den ländlichen Gegenden der Region Stuttgart noch nicht alle Potentiale, insbesondere in der Altenhilfe erschlossen sind. Hierfür spricht, dass andere empirische Untersuchungen gerade auf dem Land einen erheblichen unbefriedigten Bedarf in Einpersonenhaushalten Älterer ausmachen konnten (Schneekloth 1996: 159 ff. sowie Zukunftskommission 1997: 121).

von Beschäftigungsgesellschaften aus der Region müsste für ein auf Dauer wirtschaftlich tragfähiges Angebot ein Stundentarif von etwa DM 30 berechnet werden. Die Zahlungsbereitschaft der interessierten Haushalte ist jedoch deutlich geringer. So sind selbst in der Großstadt Stuttgart auf dem Markt für haushaltsbezogene Dienstleistungen lediglich Stundentarife von maximal DM 17 zu erzielen.⁶⁹ Wie die Abb. verdeutlicht blieb die Beschäftigung im Bereich der dargestellten hauswirtschaftlichen und personenbezogenen Dienstleistungen der Region – anders als im Verarbeitenden Gewerbe – stabil. Einzige Ausnahme sind die Reinigungsberufe, die einen merklichen Rückgang verzeichneten, der die Arbeitskräfte ohne Berufsabschluss besonders stark traf.

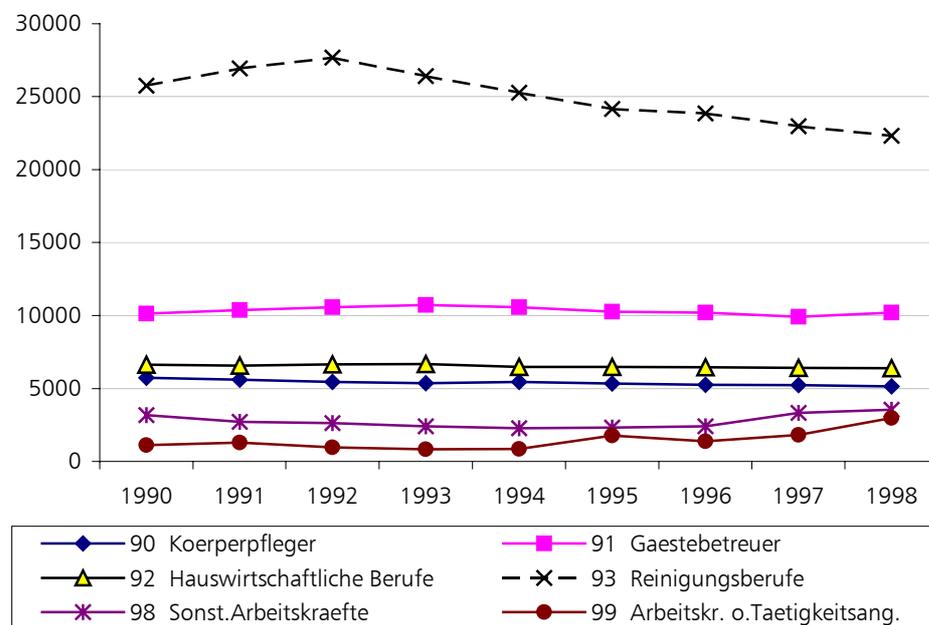


Abbildung 7.6: Region Stuttgart: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Bereich hauswirtschaftlicher und personenbezogener Berufe (1990-98)

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Darüber hinaus sind weitere Hemmnisse zu beseitigen, um das Potential in diesem Bereich optimal zu erschließen. So steht einem Bedarf an hauswirtschaftlichen Diensten oftmals ein relativ intransparentes Arbeitsangebot

⁶⁹ Derzeit wird an Möglichkeiten gearbeitet, mit deren Hilfe Anbieter von haushaltsnahen Diensten billiger und besser arbeiten können. Auf diese Weise könnten sie mit ihren Angeboten Bereiche erschließen, die der Zahlungsbereitschaft der Nachfrager entsprechen und eine ernsthafte Alternative zur Schattenwirtschaft darstellen; (Beyer/Hilbert/Micheel 1998).

gegenüber. Auf diese Weise fällt es schwer, geeignete Dienstleister zu finden. Entsprechend sind die Arbeitgeber mit der Arbeitsqualität ihrer Haushaltshilfen nicht selten unzufrieden, was zu einem häufigen Wechsel der Beschäftigten oder aber zu einem Verzicht auf die Inanspruchnahme häuslicher Dienste führt. Die verstärkte Institutionalisierung von Anbietern, die zugleich Qualitätsgarantien abgeben, könnte einen Beitrag zur verstärkten Nutzung dieses Beschäftigungspotentials leisten.⁷⁰

Kinderbetreuung

Ferner deutet sich – vor allem außerhalb der Städte – ein steigender Bedarf an außerfamiliärer Kinderbetreuung an. Wenngleich berufstätige Eltern für ihre Kinder vor allem eine Ausweitung des Angebots von Kinderkrippen, -horten und -gärten wünschen,⁷¹ suchen zahlreiche Eltern ergänzende stundenweise Betreuung, bei der es sich in der Regel um einfache Dienstleistungen handelt. Der vermehrte Einsatz von Tagesmüttern könnte es anderen Eltern ermöglichen, trotz Kindern berufstätig zu sein. Voraussetzungen dafür sind allerdings, dass die Kosten für die Tagesmutter und das Einkommen aus der Erwerbstätigkeit in angemessenem Verhältnis stehen und dass die Tagesmutter die ihr gestellten Aufgaben auch bewältigen kann.

In diesem Bereich engagiert sich der Landesverband der Tagesmütter, Pflegeeltern und Eltern Baden-Württemberg e.V. dafür, dass sich flächendeckend Tageselternvereine bilden, die einerseits die Tagesmütter in ihrer Arbeit unterstützen, weiterbildend tätig werden und andererseits den Eltern, die eine Tagesmutter suchen als Anlauf- und Vermittlungsstelle dienen. Die mit diesen Vereinen geförderte Transparenz des Marktes und qualitative Verbesserung des Betreuungsangebotes ist uneingeschränkt zu begrüßen.

Da die Tagesmütter vorwiegend Frauen sind, die selbst kleine Kinder haben, wird diese Tätigkeit meistens als zeitlich befristet auf einen relativ kurzen Zeitraum angesehen. Die Verdienstmöglichkeiten sind bei einem

⁷⁰ In einer repräsentativen Befragung in Nordrhein-Westfalen gaben 25 % der Haushalte an, sie würden Putzhilfen „sicher“ oder „wahrscheinlich“ nutzen, sofern es kommerzielle Anbieter gäbe. Dies ist ein weitaus höherer Anteil als der, mit dem derzeit Putzhilfen in westdeutschen Haushalten eingesetzt werden (13,7 %). Hochgerechnet auf Westdeutschland ergäbe sich hieraus ein latenter Bedarf in bis zu 3 Millionen weiteren Haushalten in Westdeutschland. (DIW 1997; Zukunftskommission 1997).

⁷¹ Ein knappes Drittel der Eltern wünscht sich eine Betreuung der Kinder in Kinderkrippen (für Kinder bis drei Jahren) und Horten (für Kinder von sechs bis 14 Jahren). Diese Ergebnisse einer Studie für Niedersachsen sind nach Aussagen im fünften Familienbericht der Bundesregierung auf ganz Westdeutschland übertragbar. Es stehen derzeit aber nur 2,2 Krippenplätze und 5,1 Hortplätze für 100 Kinder zur Verfügung. (Heye 1992; BMFS 1994: 191; Henow 1996: 806 sowie Zukunftskommission 1997: 122).

Regelsatz von 725,- DM für die Vollzeitbetreuung eines Kindes (incl. Verpflegung etc.) eher gering einzustufen, würde es doch der Vollzeitbetreuung von mindestens fünf (zahlenden) Kindern bedürfen, um ein Bruttoeinkommen von über 3500,- DM zu erreichen. Insofern überrascht es auch nicht, dass die Anzahl der Eltern, die eine Tagesmutter suchen, tendenziell größer ist, als die Anzahl der Tagesmütter, die weitere Kinder aufnehmen möchten.

Eine stärkere Verknüpfung der Angebote von Tagesmüttern mit den regulären Kindergärten und -horten, könnte für die Kommunen interessant sein. Da mit dem Anstieg der Geburtenzahlen zugleich die Zahl potentieller Tagesmütter zunimmt, wäre es denkbar, dass bei einer Ausweitung dieses Marktsegmentes Tagesmütter kurzfristige Bedarfsspitzen im Kinderbetreuungsbereich wohnortnah auffangen können und so Investitionsausgaben sparen.

Qualitative Anforderungen an professionelle Hausarbeit

Am Beispiel der Tagesmütter wird besonders deutlich, dass hauswirtschaftliche Tätigkeiten oftmals zwar keine oder nur geringe formale Qualifikationen erfordern, doch ohne bestimmte Fähigkeiten und Eigenschaften von den Beschäftigten auf Dauer nicht erbracht werden können. So verlangt eine Institutionalisierung des Angebots, verbunden mit Qualitätsgarantien, dass die Hausarbeit professionell, das heißt gewissen – fachlichen - Standards genügend, erledigt wird. Hinzu kommt, dass gerade hauswirtschaftliche Hilfen die soziale Kompetenz mitbringen müssen, sich auf wechselnde soziale Situationen und Menschen angemessen einstellen zu können. Solche Schlüsselqualifikationen, die für die meisten einfachen Tätigkeiten im Verarbeitenden Gewerbe von geringerer Bedeutung sind, machen Fortbildungen bzw. Schulungen in diesem scheinbar einfachen Bereich notwendig. Dies bestätigen auch die Arbeitgeber, die beklagen, dass geeignete Arbeitnehmer für einfache Dienstleistungstätigkeiten in der Region nur schwer zu finden seien. Oftmals mangle es bei potentiell in Frage kommenden Personen an diesen sozialen Kompetenzen.

Die Anforderungen, die an eine hauswirtschaftliche Hilfe gestellt werden, führen in Verbindung mit den relativ geringen Verdienstmöglichkeiten und der niedrigen sozialen Wertschätzung dazu, dass häufig Probleme auftreten: Entweder ist der Auftraggeber mit der Leistung unzufrieden, oder die Erwerbstätige findet nach einer relativ kurzen Integrationsphase einen anderen, einträglicheren Arbeitsplatz. Aufgrund der Vertrauensstellung, die hauswirtschaftliche Dienstleister zumeist in den Haushalten innehaben, verzichten die Auftraggebern bei wiederholtem Personalwechsel innerhalb kurzer Zeit auf eine Beauftragung.

Unter dieser Problematik leiden die Dienstleistungspools besonders. Die Dienstleistungspools sind (Beschäftigungsförderungs-) Unternehmen, die den Haushalten, Freiberuflern und zum Teil auch kleinen Unternehmen Dienstleistungen anbieten. Die Kunden können dabei relativ kurzfristig auf ein qualifiziertes Angebot an hauswirtschaftlichen Dienstleistungen (Hauswirtschaft im engeren Sinne, Reinigung, Catering) zurückgreifen und brauchen sich nicht um die arbeitsrechtlichen Aspekte etc. zu kümmern. Im Falle von Krankheit oder Urlaub, bietet der Dienstleistungspool eine Vertretung an. Sobald die Dienstleistungspools professionell arbeiten, kann man davon ausgehen, dass sie den Nachfragern ein Produkt bieten, das hinsichtlich Qualität und Flexibilität nicht von einer hauswirtschaftlichen Hilfe auf Basis geringfügiger Beschäftigung bzw. in Schwarzarbeit erreicht werden, so dass ein etwas höherer Preis für diese Leistungen durchaus gerechtfertigt erscheint.

Für die Beschäftigten bündelt der Dienstleistungspool die verschiedenen Aufträge zu einer regulären (Vollzeit-) Erwerbstätigkeit und bietet den Mitarbeitern somit ein voll sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis mit der entsprechenden sozialen Absicherung und Zugehörigkeit zu einem Unternehmen.

Derartige Dienstleistungspools werden derzeit im Rahmen von Beschäftigungsförderungsmaßnahmen sowohl in der Region Stuttgart, vor allem in der Stadt Stuttgart, als auch in anderen Orten im Bundesgebiet gefördert (Bittner/Strauf/Weinkopf: 1999). Dabei fallen Maßnahmen in drei Bundesländern besonders auf: in Nordrhein-Westfalen gibt es entsprechende Projekte bereits relativ lange (G.I.B.: 1998); in Bayern werden Dienstleistungspools im Rahmen einer Initiative zur Beschäftigungsförderung im Staatsministerium besonders gefördert (Bayerisches Staatsministerium: 1999), so dass dort eine Reihe relativ junger Pools besteht, die zum Teil auch auf dem Lande angesiedelt sind und schließlich gibt es eine Szene hauswirtschaftlicher Dienstleistungen in Berlin. Hier wurde in Teilbereichen bereits die Wirtschaftlichkeit des Angebotes erreicht (Schüler/Vintz: 1999).

Trotz dieser intensiven Förderung ist ungewiss, inwieweit sich im Bereich der hauswirtschaftlichen Dienste ein substantieller zusätzlicher Beschäftigungseffekt ergibt. So gibt es nur Prognosen und damit keine Sicherheit, ob und gegebenenfalls in welchem Maße die Erwerbsbeteiligung steigen wird und wie sich die Geburtenrate und die Altersstruktur der Zuwanderer auf Dauer entwickeln werden. Neben der bereits angesprochenen Änderung der steuerlichen Behandlung hauswirtschaftlicher Dienstleistungen bzw. anderer Formen der Förderung der Nachfrage, sind diese Faktoren von erheblicher Bedeutung für die Beschäftigungspotentiale und –nachfrage bei den hauswirtschaftlichen Tätigkeiten.

Region Stuttgart: Beschäftigungspotentiale für Geringqualifizierte in den Pflegeberufen?

Mit großer Sicherheit lässt sich ein steigender Bedarf an Pflegeleistungen prognostizieren. Die wesentliche Frage ist hier, ob es sich auch um einen expandierenden Arbeitsmarkt für gering qualifizierte Arbeitskräfte handelt. Wie die Abb. verdeutlicht, hat sich die Zahl der Beschäftigten in den Berufen des Gesundheitswesens, die auch für gering Qualifizierte von Bedeutung sind über die gesamten neunziger Jahre kontinuierlich erhöht.

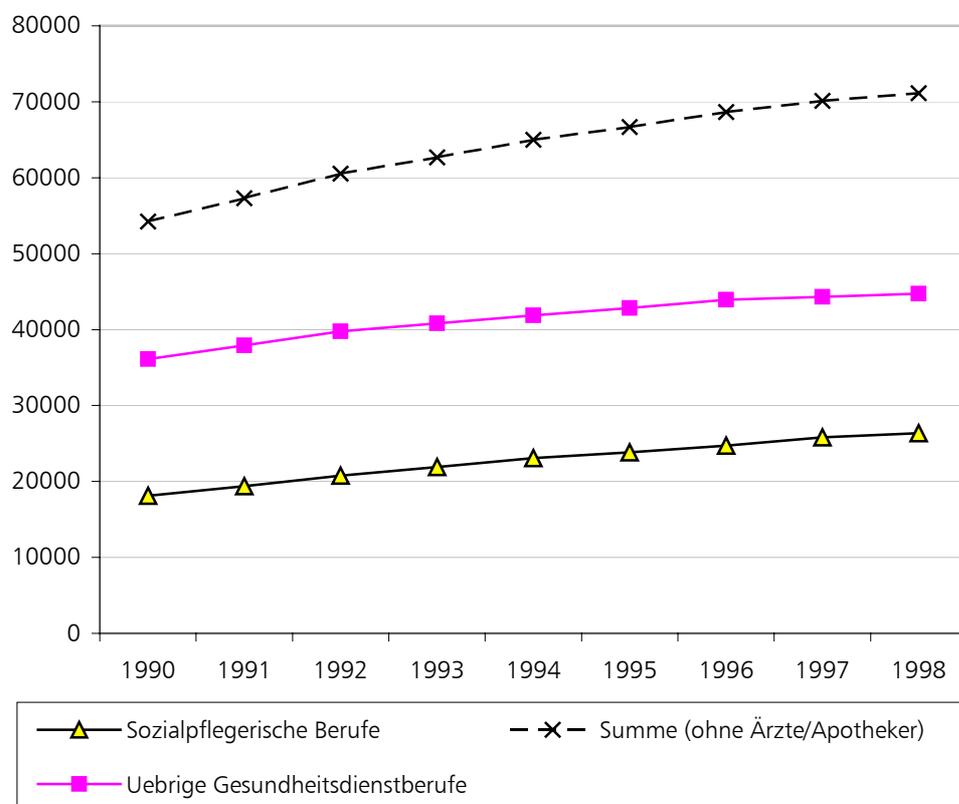


Abbildung 7.7: Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in den Gesundheitsberufen in der Region Stuttgart von 1990-1998

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Mit Blick auf die Qualifikationsvoraussetzungen kommt eine Pflege durch gering qualifizierte Hilfskräfte eher im stationären als im ambulanten Bereich in Frage, da im stationären Bereich leichter fachkundiges Personal bei Problemen hinzugezogen werden kann. Ungeachtet dieser Einschränkungen haben besonders die neu entstandenen kommerziellen Anbieter von Pflegediensten in den letzten Jahren Arbeitsplätze nicht nur für hoch, son-

dem auch für gering Qualifizierte geschaffen. Sie versuchen damit die verschiedenen Aufgaben im Pflegebereich effizient zu bewältigen, die von der höchst anspruchsvollen qualifizierten Pflege bis hin zu einfachen Bereitschaftsdiensten und Mahlzeitservice für die Pflegebedürftigen reichen.

Sowohl in der ambulanten als auch in der stationären Pflege wird derzeit eine Erhöhung der Qualifikation der Beschäftigten und eine Professionalisierung der Leistungen angestrebt, da sich bei den Anbietern zunehmend die Erkenntnis durchsetzt, in einem Marktsegment zu agieren, in der über Qualitätswettbewerb eher Marktanteile zu gewinnen und zu sichern sind als über Preiswettbewerb. Diese Strategie ist auch sinnvoll, um Mitarbeiterinnen zu gewinnen, die mit den Belastungen dieser Arbeit umgehen können, denn die Anforderungen an die MitarbeiterInnen professioneller Pflegedienste sollten nicht unterschätzt werden. Die MitarbeiterInnen müssen im Laufe einer Arbeitsschicht mehrere Personen betreuen, sich auf die zu Pflegenden einstellen und die Arbeit selbständig und eigenverantwortlich bewältigen.

Mit dem neuen rechtlichen Rahmen des Pflegeversicherungsgesetzes, und der damit einhergehenden Expansion des Pflegemarktes, hat sich ein für gering Qualifizierte bedeutsamer Wandel in der Aufnahmefähigkeit dieses Beschäftigungsfelds eingestellt: Bis vor wenigen Jahren galten die sozialen Dienste speziell für gering Qualifizierte als ein weitgehend abgeschottetes Berufsfeld. Zusätzliche Stellen boten überwiegend Beschäftigungsmöglichkeiten für qualifizierte AbsolventInnen des Bildungssystems, die neu in den Arbeitsmarkt eintraten (Matheus: 1995). Ein Grund kann in der Beschäftigtenstruktur der Wohlfahrtsverbände und gemeinnützigen Einrichtungen, die bis vor wenigen Jahren die einzigen Anbieter waren, gesehen werden. Sie konnten für die Erfüllung einfacher Aufgaben auf ein vergleichsweise großes Reservoir an Zivildienstleistenden und Ehrenamtlichen zurückgreifen.

Inzwischen bewegen sich in diesem Segment auch die kommerziellen Pflegedienste, die erst mit dem 1994 in Kraft getretenen Pflegeversicherungsgesetz zugelassen wurden und an der Expansion des Pflegebereichs teilhaben. Für den Zeitraum 1994 bis 1997 wird der Beschäftigungseffekt der Pflegeversicherung in Deutschland auf 67.000 – 71.000 zusätzliche Arbeitnehmer geschätzt, wovon ca. 80% sozialversicherungspflichtig beschäftigt seien. Weit mehr als die gemeinnützigen Pflegedienste müssen die kommerziellen Anbieter auch ihre gering qualifizierten Mitarbeiter am Arbeitsmarkt rekrutieren.⁷² Neuere Schätzungen kommen zu dem Ergebnis,

⁷² So zeigte sich in ersten empirischen Untersuchungen, dass die kommerziellen Anbieter im Einklang mit den Qualifikationsvorgaben in stärkerem Maße als die gemeinnützigen Träger mit ausgebildeten Pflegekräften arbeiten. Dort wo jedoch pflegeergänzendes Per-

daß sich unter den rund 70.000 seit 1994 neu entstandenen Arbeitsplätzen 17.000 – 25.000 für Geringqualifizierte befinden. (Bundesregierung und wissenschaftliches Institut der AOK; Pabst 1999: 236).

Mit der Öffnung für private Träger gehen deutliche Veränderungen einher: es gibt in diesem Wirtschaftszweig mehr Arbeitsplätze für Ungelernte, aber zugleich gibt es keine Durchlässigkeit vom Pflege- in den Krankenhausbereich. Erwerbstätige, die eine Arbeit in einer Pflegeeinrichtung annehmen, haben – sofern sie nicht einschlägig ausgebildet sind – keinen Zugang zu einem Qualifizierungsaufstieg in den pflegerischen Bereich.

Da die Qualifizierung im Pflegebereich drei Jahre dauert, während das Arbeitsamt nur zwei Jahre fördert, sind diese Beschäftigten auf den hauswirtschaftlichen Bereich festgelegt. Derzeit gibt es in Stuttgart Gespräche zwischen den Pflegeträgern und dem Arbeitsamt, ob man nicht für gute ungelernte MitarbeiterInnen in Pflegeeinrichtungen eine Karriereperspektive im Bereich Pflege entwickeln kann. Im Gespräch ist ein Berufsbild „Gesundheitspfleger“, das sowohl in der allgemeinen Krankenpflege, als auch im Pflegeheim und in der ambulanten Pflegestation Arbeitsplätze finden könnte. Der Zugang zu diesen Qualifizierungsmöglichkeiten und die Entwicklung eines entsprechenden Berufsbildes wird auch von den Arbeitgebern im Pflegebereich gefordert, um fähigen Mitarbeitern eine Berufsperspektive bieten zu können.⁷³

Neben diesem bereits realisierten Markt für Pflegeleistungen, gibt es noch ein relativ großes Potential, denn von den rund 1,2 Million Pflegebedürftigen, die in Deutschland in privaten Haushalten leben und von der Pflegeversicherung Leistungen beziehen, nehmen lediglich 16% die Beschäftigungsfördernden – aber teureren – Sachleistungen in Anspruch. Bei 84% übernimmt die Familie die Pflege weitgehend selbst und beantragt Pflegegeld. Diese finanzpolitisch erwünschte Lösung ist beschäftigungspolitisch weniger vorteilhaft als die verstärkte Inanspruchnahme der Sachleistungen. Es ist allerdings davon auszugehen, dass die Anzahl der Familien, in denen Pflegefälle weitgehend ohne professionelle personelle Unterstützung übernommen werden können, abnimmt. Es ergeben sich dann weitere Beschäftigungspotentiale in diesem Bereich.

Ähnlich wie bei den haushaltsbezogenen Dienstleistungen besteht auch im Pflegebereich die Möglichkeit durch eine Verbesserung der Markttrans-

sonal eingesetzt wird, handelt es sich zu 62 % um un- und angelernte Kräfte. Bei freigeinnützigen Trägern sozialer Dienste liegt der Anteil der un- und angelernten Kräfte dagegen bei nur 14 % . 47 % des Personals sind dagegen Zivildienstleistende (Kuratorium Deutsche Altershilfe 1995: 130; Volkert 1999).

⁷³ Telefoninterview mit Herrn Bayer, Abteilungsleitung Altenhilfe beim Caritasverband Stuttgart.

parenz Marktchancen und Beschäftigungspotentiale schneller und umfassender zu erschließen. Bislang ist der Markt für soziale Dienste durch erhebliche Intransparenz gekennzeichnet. Zahlreiche Nachfrager nach professionellen Pflegeleistungen kennen nur einen Pflegedienst, zumal es aufgrund der intransparenten Anbieterstruktur, und wegen der teilweise schwer verständlichen Abrechnungen äußerst schwer fällt, einen Marktüberblick zu erlangen.

Eine Konsequenz war, dass noch im Jahr 1996 für dieselbe Leistung in einem Ort Preisunterschiede bis zu 100 % auftraten. Im bundesweiten Vergleich ergaben sich für die gleiche Leistung noch weitaus größere Preisspannen. Ähnliche Zustände bestehen auch in der stationären Pflege, wo für ein Heimplatz in Stuttgart (Pflegestufe II) zwischen 4100 DM und 6060 DM berechnet werden. Der Nachfrager ist sowohl im ambulanten, als auch im stationären Bereich mit einer Entscheidung, die die Qualität und das Preis-Leistungs-Verhältnis berücksichtigt im Zweifelsfall überfordert.⁷⁴ Die unzureichende Markttransparenz hemmt die wirtschaftliche Entwicklung und mit ihr das Entstehen von Beschäftigung.

Es erscheint daher sinnvoll, innerhalb der Kommunen die IAV (Informations-, Anlauf- und Vermittlungsstelle) oder vergleichbare unabhängige Stellen zu zentralen Anlaufstellen auszubauen und entsprechend in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, damit den Bürgern diese Stellen bekannt sind, wenn Sie einen Überblick über Leistungsspektrum und eventuell auch Konditionen der sozialen Dienste vor Ort benötigen. Zugleich könnten diese zentralen Anlaufstellen wettbewerbserhaltende Aufgaben übernehmen, die die Verbraucher vor – in der Vergangenheit nicht selten anzutreffenden – Absprachen und deutlich überhöhten Preisen schützen (Kowalski 1996; Volkert 1999).

In welchem Umfang und wie schnell sichtbare Erfolge erzielt werden können, hängt sowohl bei den haushaltsbezogenen Diensten als auch bei den Pflegediensten auch von den Anbietern ab. Entscheidend ist, ob es ihnen gelingt, das Produkt deutlich von selbsterstellten Leistungen abzusetzen. Weitere maßgebliche Rahmenbedingungen werden durch die Einkommensverteilung und die Lohnnebenkosten gesetzt. Hauswirtschaftliche Leistungen ebenso wie Pflegedienste müssen bezahlbar sein und es muss für die Kunden von Vorteil sein, sich diese Leistung nicht auf dem Schwarzmarkt einzukaufen.

⁷⁴ Vgl. Stuttgarter Zeitung, v. 7.8.1999. Der Vergleich bezieht sich auf die Unterbringung in einem Heim mit Pflegestufe II.

7.4 Geringfügige Beschäftigung als Indikator für Beschäftigungspotentiale?

7.4.1 Geringfügige Beschäftigung als Billiglohnsegment

Im Bereich der einfachen Dienstleistungen muss bei der Betrachtung von Beschäftigungspotentialen unterschieden werden zwischen der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse und der Beschäftigung einschließlich geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse. Schließlich werden einfache Dienstleistungen mit ihrer vergleichsweise geringen Produktivität besonders häufig im Rahmen geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse erbracht. Dies gilt für die privaten Haushalte ebenso wie für den Einzelhandel, die Gastronomie und das Handwerk.⁷⁵ Häufig sind geringfügige Beschäftigungsverhältnisse auch in Verlagen, Medien und Zeitungsverteildiensten anzutreffen. In diesen Wirtschaftsbereichen (Einzelhandel, Gastronomie, Handwerk, Verlage/Medien) befinden sich schätzungsweise drei von vier geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen.

Einfache Tätigkeiten und eine niedrige Produktivität führen schon deshalb sehr schnell in den Bereich geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, da diese aus ökonomischer Sicht eine Art Sonderarbeitsmarktbereich darstellen, in dem häufig niedrige Stundenlöhne gezahlt werden. Der durchschnittliche Bruttostundenlohn bei geringfügiger Beschäftigung lag 1997 in den alten Ländern bei 14,30 DM. (ISG 1997:83).

Wenngleich es sich hierbei nur um einen Durchschnittslohn handelt, so sprechen zum einen die günstige steuerliche Behandlung dieses Arbeitsmarktsegments, in dem zumeist einfache Dienstleistungen erbracht werden, dafür, zumindest teilweise, von einem Billiglohnsegment zu sprechen. Zum anderen ist es wenig wahrscheinlich, dass qualifizierte Tätigkeiten mit hohen Stundenlöhnen in größerem Umfang auf der Basis einer geringfügigen Beschäftigung ausgeübt werden. Schließlich würde in solchen Fällen bereits mit einer relativ kurzen Arbeitszeit die Geringfügigkeitsgrenze überschritten. Vorteilhafter für qualifizierte (Teilzeit-) Arbeit sind daher die Alternativen „Werkvertrag“, freie Mitarbeit oder voll sozialversicherungspflichtige Anstellung.

⁷⁵ Man kann davon ausgehen, dass die geringfügig Beschäftigten im Handwerk zu einem nicht unerheblichen Teil in einzelhandelstypischer Funktion beschäftigt sind; (ISG 1997: 44f.)

Die Formulierung, es handele sich bei der geringfügigen Beschäftigung⁷⁶ um ein Billiglohnsegment begründet sich aus der, im Vergleich zum voll sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis, geringeren Differenz zwischen dem Nettolohn, den der Arbeitnehmer erhält und der dem Arbeitgeber entstehenden Kosten. Würde die gleiche Arbeit von Vollzeitbeschäftigten ausgeführt, so kämen zu den im Prinzip⁷⁷ gezahlten Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung noch die Steuer und Sozialversicherungsbeiträge für den Arbeitnehmer. Im Effekt würden also für den Arbeitnehmer ein geringerer Stundenlohn und für den Arbeitgeber höhere Personalkosten entstehen.

Die geringfügige Beschäftigung alleine begründet nur sehr eingeschränkt Ansprüche gegenüber der Sozialversicherung. So gesehen setzt der Gesetzgeber voraus, dass sich der geringfügig Erwerbstätige bereits vor Aufnahme der Erwerbstätigkeit sozial abgesichert hat. Das sehen auch die Arbeitnehmer so: typischerweise handelt es sich um Hausfrauen, die „nebenbei“ die Haushaltskasse aufbessern. Insofern kommt diesen Beschäftigungsverhältnissen wahrscheinlich eine Art „Brückenfunktion“ zwischen Hausfrauen und Erwerbsarbeit zu. Hinzu kommt, dass die Mehrzahl der geringfügig Beschäftigten mit der Arbeitsdauer zufrieden ist. Der typische Arbeitnehmer auf 630,- DM Basis war auch vor der Neuregelung die verheiratete Frau (64 v.H.), zwischen 25 und 54 Jahre (61 v.H.), deren Hauptbeschäftigung der Haushalt ist.⁷⁸ Diese Gruppe ist von der Neuregelung kaum betroffen, ihr Anteil an den geringfügig Beschäftigten wird, ebenso wie der Anteil der Rentner wahrscheinlich zunehmen, zu Lasten derjenigen, die die geringfügige Beschäftigung neben einer anderen Erwerbstätigkeit ausführen.

7.4.2 Der Umfang der geringfügigen Beschäftigung im weiteren Sinne in der Region Stuttgart

Die Ergebnisse sowohl gesamtdeutscher als auch regionaler Schätzungen zum Umfang der geringfügigen Beschäftigung weisen eine sehr große Band-

⁷⁶ Durch die Regelungen, die Anfang April in Kraft getreten sind, wurden der Personenkreis für den bzw. der Umfang in dem diese Regelungen vorteilhaft sind, beschränkt. Die bisherigen Vorteile der geringfügigen Beschäftigung sind aber nicht generell weggefallen. Für eine genaue Beurteilung der Auswirkungen dieser Novellierung ist es allerdings noch zu früh.

⁷⁷ Bei geringfügiger Beschäftigung werden die Sozialversicherungsbeiträge pauschaliert. In der Höhe entsprechen sie derzeit dem Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung bei voll sozialversicherten Arbeitnehmern.

⁷⁸ (ISG 1997, S. 29) Daten des Mikrozensus, IAB-Kurzbericht 2/96

breite auf. Die IHK kommt auf der Grundlage ihrer Umfragen zu einer Schätzung von 132.000 geringfügig Beschäftigten in der Region Stuttgart (IHK Region Stuttgart, Mai 1999). Überträgt man die Vorgehensweise des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG), Köln auf die Gegebenheiten in der Region Stuttgart, so gelangt man zu höheren Werten. Die ISG-Untersuchung baut auf einer großangelegten Umfrage (32.000 Befragte) im Zeitraum März - Mai 1997 auf.⁷⁹

Das ISG, das den Begriff der geringfügigen Beschäftigung sehr weit fasst, rechnet mit etwa 5,6 Millionen geringfügig beschäftigten Bundesbürgern. Bei drei von vier dieser Beschäftigungsverhältnisse handelt es sich um eine sozialversicherungsfreie Tätigkeit, bei etwa einem Viertel um Nebentätigkeiten. Die Anzahl der ermittelten Beschäftigungsverhältnisse liegt etwas höher, da einzelne Personenangaben, mehrere geringfügige Beschäftigungen auszuüben.

Die ISG-Studie unterscheidet sich von den Untersuchungen auf Grundlage des SOEP (Sozio-ökonomisches Panel) und des Mikrozensus dadurch, dass alle gegen Entgelt ausgeübten abhängigen Beschäftigungsverhältnisse (außerhalb der voll sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse) erfasst werden sollen. Das bedeutet zum einen die Berücksichtigung von „Bagatellarbeitsverhältnissen“, wie dem Erledigen kleiner Aufträge für Nachbarn und zum anderen wenn möglich die Erfassung von Schwarzarbeitern, die ein deutlich höheres Einkommen als geringfügig Beschäftigte erzielen und sich absichtlich der Sozialversicherungspflicht entziehen. Diese weit gefasste Definition ist für die Untersuchung von Potentialen für bezahlte Hauswirtschaftliche Tätigkeiten angesichts der Attraktivität des Schwarzmarktes speziell in diesem Arbeitsmarktsegment angemessen.

Das ISG stellt fest, dass sich zwischen 1992 und 1997 ein beachtlicher Aufbau der geringfügigen Beschäftigung vollzogen habe und dass über drei Viertel dieser Beschäftigungsverhältnisse in nur fünf Bereichen bestünde. Die wichtigsten Tätigkeitsfelder sind, wie bereits erwähnt, die privaten Haushalte, der Einzelhandel, das Gastgewerbe, das Handwerk und Presse/Medien. Da lediglich für die ersten drei Bereiche vergleichbare Beschäftigtenzahlen für die Bundesrepublik und Baden-Württemberg vorliegen (im Bereich Handwerk fasst das ISG Bau-, produzierendes und Dienstleistungshandwerk zusammen), können nur diese Bereiche für die Region Stuttgart detailliert geschätzt werden.

⁷⁹ Diese Studie wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung erstellt und enthält, mit Ausnahme der Unterscheidung zwischen Ost- und Westdeutschland, keine regionalen Komponenten. Vergleichbare Gutachten wurden bereits 1987 und 1992 vom ISG erstellt.

Bei unserer Schätzung gehen wir für die gesamte Wirtschaft davon aus, dass – mit Ausnahme der privaten Haushalte – das Verhältnis zwischen sozialversichert Beschäftigten und geringfügig Beschäftigten in der Region etwa dasselbe sei wie im gesamten Bundesgebiet. Während dies für den Einzelhandel und das Gastgewerbe als relativ unproblematisch erscheint, können sich für die übrige Wirtschaft Verzerrungen ergeben, da die Wirtschaftsstruktur in der Region Stuttgart vom Bundesdurchschnitt abweicht. Relativiert wird die Gefahr der Verzerrungen dadurch, dass die übrigen – nicht erfassten – Bereiche mit einem hohen Anteil an geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zwar räumlich konzentriert auftreten, dass die innerhalb dieser Bereiche besonders stark durch geringfügige Beschäftigung gekennzeichneten Tätigkeiten (einzelhandelsnahe Tätigkeiten im Handwerk und Zeitungsverteildienste) selbst jedoch keine besondere regionale Konzentration aufweisen dürften.

Für die privaten Haushalte, in denen geringfügige Beschäftigungsverhältnisse am häufigsten anzutreffen sind, wurde von der Annahme eines konstanten Verhältnisses zwischen geringfügiger und regulärer Beschäftigung abgewichen. Schließlich gibt es nur sehr wenige sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die private Haushalte als Arbeitgeber haben. Statt dessen wurde eine Relation zwischen den privaten Haushalten und den geringfügig Beschäftigten hergestellt.⁸⁰

⁸⁰ Auf diese Weise gelangt man in der Region Stuttgart voraussichtlich zu Ergebnissen am unteren Rand, da die Nachfrage privater Haushalte nach geringfügiger Beschäftigung in einem Verdichtungsraum wie der Region möglicherweise über dem Durchschnitt liegt.

	Bundesrepublik		Region Stuttgart	
	Bezugsgröße	ISG – Werte für geringfügige Beschäftigung	Bezugsgröße	berechneter Wert für geringfügige Beschäftigung
Haushalte	37.457.000	1.373.000	1.187.700	43.600
Handel	1.851.948	765.000	64.730	26.700
Gastgewerbe	976.925	713.000	31.037	22.700
Restl. Wirtschaftsbereiche	20.243.236	2.782.000	923.797	127.000
Geringfügig Beschäftigte		5.633.000		220.000

Anmerkung: Die aufgeführte geringfügige Beschäftigung berücksichtigt auch „Kleinst-Beschäftigungsverhältnisse“ sowie einen Teil der Schwarzarbeit.

Tabelle 7.14: Abschätzung der geringfügigen Beschäftigung (im weitesten Sinne) in der Region Stuttgart auf Basis der Studie des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit und IAW-Berechnungen

Auf der Grundlage dieser Überlegungen gelangt man zu rd. 220.000 geringfügig Beschäftigten im weiteren Sinne in der Region Stuttgart. Eine einfache Hochrechnung (5,6 Millionen geringfügig Beschäftigter bei 22 Mill. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entspräche bei rd. 1 Million Beschäftigten in der Region Stuttgart ca. 260.000 geringfügig Beschäftigten) würde den Wert etwas höher veranschlagen. Der niedrigere Wert ist auch aus der Sicht der Beschäftigung plausibel: in der Region Stuttgart liegt eine etwas höhere sozialversicherungspflichtige Erwerbs- und niedrigere Arbeitslosenquote vor als im Bundesdurchschnitt, so dass das sonstige Arbeitsangebot möglicherweise geringer ist.

Es stellt sich damit die Frage, ob die geringfügige Beschäftigung Hinweise auf eine steigende Nachfrage nach bestimmten Dienstleistungen erkennen lässt. Einen Indikator hierfür könnte die Expansion der geringfügigen Beschäftigung in den letzten 10 Jahren bieten. Die Angaben beziehen sich dabei auf die alten Bundesländer.

Von den großen Beschäftigungsbereichen der geringfügigen Arbeitsverhältnisse haben das Gastgewerbe (+172%), die öffentlichen Arbeitgeber (+160%), der Handel (+157%) und die private Haushalte (+83%) in den letzten 10 Jahren ihre Nachfrage nach diesen Arbeitskräften am stärksten ausgedehnt. Dagegen ist beim Reinigungsgewerbe ein Rückgang zu ver-

zeichnen. Dieser steht im Kontrast zum Zuwachs bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in dieser Branche. Demgegenüber stagnierte in den Bereichen Handel, öffentliche Hand und private Haushalte die Beschäftigung. In der Gastronomie ist dagegen ein Beschäftigungszuwachs festzustellen, doch blieb dieser weit hinter den Wachstumsraten der geringfügigen Beschäftigung zurück.

Hinsichtlich des Beschäftigungspotentials im Bereich niedrig entlohnter geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse ergeben sich einige grundsätzliche Fragen:

- In vielen Bereichen der einfachen Dienstleistungen besteht ein Spannungsverhältnis zwischen dem Wunsch nach Sicherheit und ausreichenden Einkommen für gering Qualifizierte einerseits und der Zahlungsbereitschaft der Nachfrager sowie der Konkurrenz zur Schattenwirtschaft andererseits.
- Arbeitsverhältnisse auf 630-DM Basis lösen dieses Dilemma durch Ausrichtung der Entlohnung an der Zahlungsbereitschaft von Arbeits- und Leistungsnachfragern. Offen bleibt dabei jedoch, wie mit entsprechend niedrigen Löhnen auf Dauer eine eigenständige Existenzsicherung und ein ausreichender Abstand zur Sozialhilfe gewährleistet werden soll.
- Versuche zur Stärkung der sozialen Sicherung im Bereich der geringfügigen Beschäftigung, etwa durch Verschärfung der Sozialversicherungspflicht stellen eine derzeit noch nicht abschätzbare Beeinträchtigung dieses Beschäftigungssegments dar.

Hieran schließt sich die Frage nach Möglichkeiten an, zumindest einen nennenswerten Teil dieser Beschäftigungspotentiale mit ihren teilweise sehr hohen Zuwachsraten für den regulären Arbeitsmarkt zu erschließen.

7.5 Handlungsfelder zur Förderung der Erwerbstätigkeit von Geringqualifizierten

Die bisherige Untersuchung sollte deutlich gemacht haben, dass es „die“ Geringqualifizierten ebenso wenig gibt wie allgemein anwendbare Patentrezepte. Statt dessen müssen sich Handlungsvorschläge zur Absicherung oder Verbesserung der Situation von gering qualifizierten Menschen an den Potentialen und Grenzen der Betreffenden ausrichten. Die im folgenden vorgestellten Modellversuche beziehen sich daher auf jeweils spezifische individuelle Voraussetzungen und Möglichkeiten. Die Vorschläge sind insofern nicht als Konkurrenten zu betrachten. Sie stehen keinesfalls im Wett-

bewerb mit den allgemeinen Hilfen zur Arbeit und den Beschäftigungsförderungsmaßnahmen, sondern stellen ergänzende Elemente einer Gesamtstrategie dar.

Konkret werden im Folgenden Ansätze zur Sicherung der vom Strukturwandel potentiell betroffenen, gering qualifizierten Arbeitskräfte diskutiert. Hieran schließt sich eine Diskussion der sehr vielfältigen Handlungsfelder an, die bei der (Wieder-) Eingliederung von Arbeitslosen mit ihren sehr unterschiedlichen Voraussetzungen nicht vernachlässigt werden sollten.

7.5.1 Möglichkeiten zur Erschließung und Sicherung von Arbeitsplätzen für Geringqualifizierte

Weiterqualifizierung und Vermittlung in vergleichbare Tätigkeitsbereiche

Die Weiterbeschäftigung in einem vergleichbaren Tätigkeitsbereich ist für Beschäftigte mit geringer Qualifikation sehr bedeutsam, da auch angelernte Kräfte im Laufe der Erwerbstätigkeit eine professionelle Identität ausbilden, an die man bei einer Weiterbeschäftigung in der gleichen oder einer ähnlichen Branche anknüpfen kann. Qualifizierungsmaßnahmen können auf diese Weise an den Erfahrungen der Vergangenheit anknüpfen.

Ein Wechsel vom Verarbeitenden Gewerbe zum Dienstleistungsbereich stößt demgegenüber überall in Deutschland auf vielfältige Hindernisse. Nach den Aussagen von befragten Praktikern aus der Region sind vor allem folgende Faktoren verantwortlich:

1. Die Entlohnung im Verarbeitenden Gewerbe – in der Region Stuttgart ist das häufig der Maschinen- und Fahrzeugbau – ist meistens besser als im Dienstleistungsbereich.
2. Die soziale Anerkennung einer Tätigkeit im Dienstleistungsbereich ist in der Regel geringer als die Anerkennung einer Arbeit im Verarbeitenden Gewerbe.
3. Die Arbeitszeiten im Dienstleistungsbereich unterliegen häufig kurzfristigen Änderungen, während die Schichtpläne großer Unternehmen verlässlicher sind.
4. Auch einfache Dienstleistungstätigkeiten setzen Fähigkeiten voraus, die erlernt werden müssen. Diese Fähigkeiten, insbesondere soziale Kompetenzen, unterscheiden sich teilweise deutlich von den Anforderungen im Verarbeitenden Gewerbe.

Priorität bei den Instrumenten zur Beschäftigungssicherung für geringqualifizierte Arbeitnehmer gebührt daher der Qualifizierung und der direkten Weitervermittlung in einen vergleichbaren Tätigkeitsbereich. Längerfristige Arbeitslosigkeit wirkt bei dieser am Arbeitsmarkt ohnehin benachteiligten Personengruppe als weiteres Beschäftigungshindernis.

Aus diesen Gründen bemüht sich zum Beispiel die Rebag⁸¹ in der Region Stuttgart als Koordinierungs- und Beratungsstelle die Arbeitsplätze im Unternehmen zu erhalten bzw. Unterstützung zu organisieren, dass Arbeitnehmer direkt in andere Betriebe weiter vermittelt werden können. Ein wesentliches Kennzeichen der Rebag ist die neutrale Beratung und Vermittlung von Unterstützung für alle an einem Anpassungsprozess beteiligten Parteien. Diesem präventiven Ansatz gebührt Priorität, weil die sozialen und finanziellen Kosten, die mit Arbeitslosigkeit verbunden sind, gar nicht erst auftreten.

Einen anderen Aspekt der Sicherung von Beschäftigung betonen Projekte berufsbegleitender Weiterbildung für Arbeitnehmer mit niedriger beruflicher Qualifikation. In Zusammenarbeit der Arbeitsämter mit Bildungsträgern (z. B. Bildungseinrichtungen der IHK Region Stuttgart) und z. T. weiteren Akteuren gibt es entsprechende Modellprojekte. Ein Beispiel könnte das Göppinger Modell zur Qualifizierung am Arbeitsplatz sein. Es sollen Arbeitslose innerhalb kürzester Zeit auf die Anforderungen im Betrieb vorbereitet und direkt am späteren Arbeitsplatz qualifiziert werden. Ein Job-Manager, der vom Bildungsträger gestellt wird, organisiert diese Aktivitäten. Neben dem Arbeitsamt und dem Arbeitgeber kooperieren in diesem Projekt die IHK-Bezirkskammer Göppingen und das IHK-Bildungszentrum GARB⁸².

Weitere Projekte, sei es auf der Basis von Einarbeitungszuschüssen oder im Rahmen des ADAPT-Programms zur Förderung des Wiedereinstiegs von Frauen in den Beruf, gibt es einige. Dabei fällt die Abgrenzung zu den im Folgenden ausführlicher dargestellten Instrumenten zur Erschließung neuer Tätigkeitsfelder schwer.

Die Unternehmen profitieren von Modellen mit hohem Weiterbildungsanteil vor allem dann, wenn sie einen steigenden Bedarf an spezifisch qualifizierten Mitarbeitern vorhersehen, der möglicherweise nicht oder nur schlecht über den Arbeitsmarkt zu decken ist. Zur Finanzierung dieser Projekte steht eine Reihe von Instrumenten zur Verfügung. Neben Mitteln der

⁸¹ Rebag steht für Regionale Beschäftigungsagentur. Die Rebag ist eine Initiative der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart.

⁸² GARB steht für Gemeinschaftsausbildungsstätte Ruit-Plochingen

Arbeitsverwaltung, unter Umständen auch Kurzarbeitergeld, werden oft auch Mittel des Europäischen Sozialfonds genutzt. Diese Ansätze einer vorausschauenden Personalentwicklung, die auch im Bereich gering qualifizierter Mitarbeiter wirksam wird, sind in der Region bislang relativ wenig entwickelt. Zu prüfen wäre, inwieweit die WRS die Akquisition von Mitteln des Europäischen Sozialfonds verstärkt unterstützen könnte.

Träger von Weiterqualifizierungs- und -vermittlungsinitiativen sollten regionale Akteure (Arbeitsämter, Kammern) sein; schließlich ist die Region Stuttgart meist als ein Gesamtarbeitsmarkt zu sehen, der über die jeweiligen Kreisgrenzen hinaus geht. Alles in allem sollten die für die Region Stuttgart besonders bedeutsamen Maßnahmen zur Weiterbeschäftigung und –qualifizierung von Geringqualifizierten, speziell im Verarbeitenden Gewerbe, künftig stärker gefördert und weiter ausgebaut werden. Neben dem Ausbau kommt auch in diesem Bereich der Kontinuität und der Werbung für die vorhandenen Instrumente hohe Bedeutung zu. Oft bleiben Instrumente ungenutzt, weil die Beteiligten nicht hinreichend informiert sind.

Die Forderung nach verstärkter Personalentwicklung für Geringqualifizierte sollte nicht mit Weiterbildung auf Vorrat verwechselt werden. Eine solche ist nicht möglich. Sinnvoll ist vielmehr gerade in diesem Bereich das Training der sozialen Kompetenzen, die im betrieblichen Alltag häufig vermisst werden und die unverzichtbar sind, wenn eine Option für einen Wechsel zum Dienstleistungsbereich bestehen soll. Angesichts des vergleichsweise hohen Anteils gering qualifizierter Arbeitskräfte im Verarbeitenden Gewerbe wäre auch zu prüfen, inwiefern die Arbeitsverwaltung, möglicherweise im Zusammenspiel mit Gewerkschaften und Kammern, Initiativen zur Vermittlung dienstleistungsrelevanter Qualifikationen an Erwerbstätige aus dem Verarbeitenden Gewerbe ergreifen könnte. Angesichts der erheblichen Hemmnisse, die sich derzeit einem Wechsel in den Dienstleistungsbereich entgegenstellen, sollten kurzfristig keine größeren Erfolge erwartet werden. Vielmehr bieten sich - aufgrund der Bedeutung dieser Frage für die Region - Modellprojekte an, die die Möglichkeiten und Grenzen des Übergangs vom Verarbeitenden Gewerbe zum Dienstleistungssektor präzise ausloten.

Erschließung neuer Arbeitsfelder für Geringqualifizierte

Die Weitervermittlung und –qualifizierung stößt dort an Grenzen, wo die Potentiale einer solchen Strategie durch den anhaltenden Abbau einfacher Arbeitsplätze mehr und mehr beeinträchtigt werden. Besondere Bedeutung kommt daher der Erschließung von neuen Arbeitsplätzen für Geringqualifizierte zu. Beispielsweise werden derzeit Modellversuche durchgeführt, in denen eine Koordinierungsstelle gemeinsam mit den Unternehmen eine optimale Erschließung des Potentials an einfachen Beschäftigungsmöglichkeiten zum Ziel hat.

Ein solcher Ansatz, der die Vermittlung Geringqualifizierter verbessern soll, wird derzeit in einem Modellprojekt des Arbeits- und Sozialministeriums Schleswig-Holstein erprobt. Befristet auf die Jahre 1999/2000 und begrenzt auf die beiden schleswig-holsteinischen Kreise Pinneberg und Steinburg sollen **zusätzliche** Arbeitsplätze für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit formal geringer Qualifikation durch Unternehmensberatung und einen Zuschuss zu den Lohnnebenkosten in den Unternehmen und Betrieben geschaffen werden und mit Arbeitslosen oder Sozialhilfeempfängerinnen bzw. -empfängern besetzt werden.⁸³ Kernstück des Projektes, das auch von den Tarifpartnern und deren Verbänden getragen wird, ist eine Koordinierungsstelle, die bei einem überbetrieblichen Ausbildungszentrum (Einrichtung der IHK Kiel) angesiedelt ist. Die Förderung dauert in der Regel ein Jahr, kann aber verlängert werden.

Im Idealfall entstehen dadurch Arbeitsplätze, bei denen erst nach einer längeren Anlaufphase deutlich wird, dass sie sich rechnen. Ein Vorzeigefall ist der Mitarbeiter in der Kfz-Werkstatt, der nicht mit der Reparatur der Autos befasst ist, sondern ausschließlich Serviceleistungen erbringt (z. B. Reinigen des Pkw, Abholen des Pkw), die nach geraumer Zeit zu einer Verbesserung der Wettbewerbsposition des Unternehmens beitragen und deren Beibehaltung sich auch nach Ablauf der Förderung für den Unternehmer bezahlt macht.

Ansätze zur Erschließung einfacher Arbeitsplätze werden auch in der Region praktiziert (Pro Arbeit: 1998). So dient die „Nichtgewerbliche Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerüberlassung“, die inzwischen von vielen Arbeitshilfeträgern praktiziert wird, dem Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt und häufig auch der Erschließung von Beschäftigungspotentialen. Ein besonderes Beispiel hierzu ist ein Konzept, das derzeit in einem Industrieunternehmen in Stuttgart erprobt wird. In diesem Modellprojekt, das von der Neue Arbeit gGmbH Stuttgart entwickelt wurde, sollen ständig zehn ehemals langzeitarbeitslose Sozialhilfeempfänger beschäftigt werden. Die Förderung sieht vor, dass das Unternehmen für die Überlassung der Arbeitskraft einen stufenweise ansteigenden Stundensatz (10 DM/12,50 DM/15 DM) bezahlt, den die Neue Arbeit (Arbeitgeber) um abnehmende Zuschüsse (7 DM/6 DM/5 DM) ergänzt. Dadurch erhält der Arbeitnehmer einen allmählich ansteigenden Stundenlohn (14 DM/15,50 DM/17 DM) bei gleichzeitig abnehmenden Zuschüssen.

Mit dem Projekt soll belegt werden, (1) dass es Arbeitsplätze gibt, die bei entsprechend niedrig gehaltenen Personalkosten von gewerblichen Ar-

⁸³ Aus einem Dokument des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Schleswig-Holstein vom 11.11.98.

beitgebern angeboten werden, (2) dass durch eine Kombination von Beschäftigung und intensiver Schulung die öffentlichen Kassen langfristig entlastet werden können, (3) dass diese Menschen sich entsprechend weiterqualifizieren und in die normale Lohnstruktur hineinwachsen können.

In die gleiche Richtung gehen die Bemühungen der SAVe GmbH (Stuttgarter Arbeitsvermittlung) oder von Hase und Partner (Kreise Esslingen und Ludwigsburg). Diese Institutionen bemühen sich um die Vermittlung von Sozialhilfeempfängern in den ersten Arbeitsmarkt und erhalten dafür vom Sozialamt eine Provision. Häufig erfolgt die Vermittlung zugleich mit der Vereinbarung von Lohnkostenzuschüssen, die zunehmend auch von Sozialämtern gezahlt werden. Auch für die Arbeitshilfeträger bestehen mittlerweile finanzielle Anreize, ihre Mitarbeiter möglichst schnell und dauerhaft in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Unter dem Aspekt der Erschließung neuer Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich kann eine Initiative von Exzet (Existenzgründerzentrum Stuttgart) gesehen werden. In Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt und verschiedenen anderen Geldgebern (u.a. Europäischer Sozialfonds) wurde unter dem Motto „EXZET Intensiv“ ein Förderprogramm organisiert, das zur gründlichen Vorbereitung und für einen guten Start aus der Arbeitslosigkeit in die Selbständigkeit im Dienstleistungsbereich dienen soll.

Obwohl versucht wird, die Zuschüsse möglichst flexibel zu gewähren, beklagen die verantwortlichen Stellen immer wieder, dass die vorhandenen Fördermöglichkeiten nicht ausgeschöpft werden.

Angesichts des wirtschaftlichen Strukturwandels, bietet es sich – im Unterschied zur vorherrschenden Praxis – an, die Erschließung neuer Arbeitsfelder nicht allein mit dem Ziel einer Integration von Arbeitsuchenden zu betreiben. Vielmehr kommt der Erschließung neuer Arbeitsfelder eine bedeutsame Funktion im Rahmen einer Strategie zur vorausschauenden Beschäftigungssicherung (noch) Erwerbstätiger zu.

Eine solche Strategie sollte angesichts des kreisübergreifenden Arbeitsmarktes auf regionaler Ebene koordiniert werden. Mit einer direkten, umfassenden Beratung und Unterstützung von Unternehmen sind die regionalen Akteure dagegen überfordert. Arbeitsämter und Arbeitsamtsdienststellen, Tarifpartner, Kammern und Verbände in den einzelnen Kreisen verfügen dagegen meist über genauere Informationen über die Situation in den Unternehmen vor Ort. Sie sind daher für die konkrete Umsetzung einer solchen Strategie besser geeignet.

7.5.2 Möglichkeiten zur Integration von Arbeitssuchenden durch Erschließung neuer Märkte im Dienstleistungssektor

Während Bewerber aus dem Verarbeitenden Gewerbe relativ selten Zugang zu Stellen im Bereich einfacher Dienstleistungen finden, bestehen Integrationschancen für Neu- und Wiedereinsteiger. Speziell für Jugendliche, manche Arbeitslose und Frauen nach der Kindererziehung kann die Entwicklung neuer Dienstleistungsmärkte interessante Perspektiven bieten. Voraussetzung hierfür ist in allen Fällen, dass die beschriebenen Voraussetzungen für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit im Tertiären Sektor erfüllt werden. Obwohl sich die Betrachtung im folgenden auf die Entwicklung neuer Märkte, wie sie insbesondere bei den hauswirtschaftlichen Tätigkeiten erwartet werden, konzentriert, werden Handel und Gastronomie auch in Zukunft die Dienstleistungsbereiche mit den meisten Beschäftigten ohne Berufsabschluss sein.

Entwicklung neuer Märkte für einfache Dienste

Um Arbeitsplätze für Geringqualifizierte im Bereich hauswirtschaftlicher Dienste zu schaffen, bedarf es einer längerfristigen Markterschließungsstrategie. Eine solche Strategie ist derzeit noch relativ schwer zu entwickeln, da die steuerliche Behandlung von Dienstleistungen für private Haushalte solche Leistungen für die Mehrzahl der Haushalte unattraktiv, bzw. die Erstellung der Leistungen in Schwarzarbeit vergleichsweise interessant macht. Langfristig sollte sich an diesen Regelungen etwas ändern. Kurzfristig und auf der regionalen Ebene sind sie allerdings als gegeben zu betrachten.

Vor allem in den Großstädten gibt es Ansätze, die Entwicklung hauswirtschaftlicher Dienstleistungen voranzutreiben: erstens bieten hier Beschäftigungsunternehmen ihre Dienste an, zweitens gibt es private Unternehmen, die im Randbereich zu solchen Dienstleistungen arbeiten und den Markt sehr genau beobachten, um entsprechende Angebote zu unterbreiten. So wird in der Wohnungswirtschaft seit einigen Jahren diskutiert, Leistungen anzubieten, die über die Vermietung der Wohnung hinausgehen (Putzdienste, kleine Besorgungen etc.).

Wie zügig ein solcher Markt entstehen kann und mit welchen Problemen er zu kämpfen hat, wurde im Pflegebereich deutlich. Der ganze Bereich hauswirtschaftlicher Dienstleistungen einschließlich der Pflege ist ein sehr junger Markt, dessen Funktionsfähigkeit weiter verbessert werden kann und sollte. Über die Integration der Beschäftigten hinaus sind dabei folgende Aspekte von grundlegender Bedeutung:

- Erschließung neuer Nachfrager und Entwicklung neuer Produkte

- Markttransparenz
- Qualität(ssicherung) der angebotenen Leistungen
- Professionalisierung
- Entwicklung geeigneter professioneller Identitäten und Karrieremuster

Soweit es sich dabei um Eigenschaften des Marktes also um Anforderungen an alle Anbieter, unabhängig vom einzelnen Unternehmen, handelt, kann das nicht von einzelnen privatwirtschaftlich arbeitenden Unternehmen geleistet werden.

Überregionale gesellschaftliche und wirtschaftliche **Rahmenbedingungen** sind von großer Bedeutung für die Entwicklung von Märkten für einfache Dienstleistungen. Dessen ungeachtet können auch die Region Stuttgart und ihre Kreise wichtige Voraussetzungen für die Erschließung von Beschäftigungspotentialen schaffen. Beispielsweise wird die Entwicklung von aussichtsreichen Karrieremustern im Bereich der haushaltsbezogenen Dienste derzeit durch den Konkurrenzdruck der geringfügigen Beschäftigung und der Schattenwirtschaft beeinträchtigt. Sozialversicherungsbeiträge und anderweitig höhere Kosten führen nur dann nicht zu unzureichenden Gewinnmargen oder Defiziten, wenn sie Leistungen ermöglichen, die sich durch eine bekanntermaßen herausragende Qualität und Attraktivität auszeichnen.

Einen Beitrag hierzu könnte die Einführung einer allgemein bekannten und anerkannten **Qualitätsgarantie** leisten. Anbieter, Verbände und – insbesondere in der Pflege – Krankenkassen könnten sich auf Standards einigen, die die Akzeptanz der Dienstleistungen insgesamt erhöhen und die Wettbewerbsposition für Anbieter guter Dienstleistungen verbessern.

Eine weitere Besonderheit einfacher hauswirtschaftlicher Beschäftigung sind die kurzzeitigen, häufig **wechselnden Einsatzorte bei unterschiedlichen Auftraggebern**. Dienstleistungspools eignen sich dabei besser als die individuelle Anstellung bei einem oder mehreren Auftraggebern, um den Wunsch der Auftraggeber nach einem dauerhaft verlässlichen Service zu befriedigen. Mit solch verbesserten Angeboten und insbesondere in Verbindung mit einer regional anerkannten Qualitätsgarantie dürfte es leichter fallen, neue Nachfragerkreise in der Region zu erschließen. Die Bündelung von Aufträgen für einzelne Beschäftigte, umfangreicherer Auftragsbestand und die verbesserte Leistungsqualität in einem Dienstleistungspool bilden außerdem bessere Voraussetzungen für die Professionalisierung und Qualifizierung formal gering qualifizierter Mitarbeiter. Dienstleistungspools können auf diese Weise die Voraussetzung für das Entstehen sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse bilden.

Allerdings gelingt es entsprechenden Beschäftigungsträgern in der Region Stuttgart derzeit noch nicht, die **Kosten** sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse ohne öffentliche Zuschüsse zu decken. Um dem Ziel einer vollständigen Kostendeckung möglichst schnell nahe zu kommen, sollten die Erfahrungen der auch in anderen Regionen durchgeführten Modellversuche zügig und eingehend ausgewertet werden und für bisherige sowie für die Konzeption neuer Vorhaben in der Region genutzt werden.

Mangelnde **Markttransparenz** stellt ein weiteres Hemmnis für eine optimale Markterschließung dar. Es erscheint notwendig, eine hinreichende Marktübersicht institutionell sicherzustellen. Da die Märkte für hauswirtschaftliche Dienste in der Regel kleinräumig organisiert sind, bieten sich Institutionen auf Kreisebene an. Für die hauswirtschaftlichen Dienste könnten die vor Ort tätigen Dienstleistungspools diese Aufgabe in Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaftsförderung übernehmen. Im Pflegebereich eignen sich die bestehenden dezentralen Informations-, Anlauf- und Kontaktstellen für die Verbesserung der Markttransparenz. Sie kommen auch als wettbewerbsschaffende und –erhaltende Institutionen in Frage, soweit sie für diese Aufgaben besser ausgestattet werden als bisher.

Integration von (Neu-)Einsteigern

Bereits in den vorangegangenen Abschnitten wurde deutlich, dass der Dienstleistungssektor derzeit weder in der Lage noch geeignet ist, geringqualifizierte Beschäftigte aus dem Verarbeitenden Gewerbe in größerem Umfang aufzunehmen. Erfolgversprechender ist es, Jugendlichen bei der Berufswahl verstärkt zu Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich zu raten und sie bei solchen Entscheidungen zu unterstützen.

Ein Projekt, um einerseits den Markt für hauswirtschaftliche Tätigkeiten zu erschließen und andererseits Arbeitsplätze für schwer vermittelbare Jugendliche zu schaffen, findet derzeit in Bremen statt. In einem Modellversuch⁸⁴ wurde eine berufliche Ausbildung zur Hauswirtschafterin im städtischen Bereich eingerichtet, die einen Tätigkeitsschwerpunkt „private Haushalte“ aufweist. „Der Modellversuch bezieht sich vorrangig auf benachteiligte Schülerinnen und Schüler, d. h. solche, die auf Grund von Defiziten den Hauptschulabschluss nicht erreicht haben und statt dessen der besonderen Förderung im Rahmen der B/BFS (Berufseingangsstufe/Berufsfachschule) bedurften.“ (Friese/Thiessen/Schweizer: 1998, S. 3) Damit wird die Personengruppe erreicht, die traditionell Einfacharbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe angestrebt hätte.

⁸⁴ Vorgesehene Laufzeit des Projekts: 1.1.96 – 31.12.99

Es handelt sich um eine schulische Ausbildung, die durch Praxisteile ergänzt wird: neben - über die Ausbildung verteilten - Praktikumsphasen gehen die SchülerInnen im ersten Ausbildungsjahr zur Arbeit in sogenannte Übungshaushalte, wo sie unter Anleitung hauswirtschaftliche Aufgaben übernehmen. Im zweiten Jahr arbeiten die Auszubildenden verstärkt im MOBS⁸⁵ - Vermittlungs- und Beratungsbüro mit. Dadurch wird eine gerade für diese Schülergruppe sehr wichtige Verbindung von praktischer Arbeit und schulischer Ausbildung ermöglicht.

Da die Ausbildung keinen Zugang zu einem etablierten Berufsfeld eröffnet, wird im Rahmen der Ausbildung sehr viel Wert auf die Entwicklung einer Beschäftigungsperspektive für die Schüler gelegt. In einigen Fällen wird die Zukunftsperspektive Selbständigkeit heißen.

Was die Ausbildung betrifft, gilt es, den SchülerInnen verschiedene Qualifikationen zu vermitteln: Sie benötigen die fachlichen Qualifikationen zur hauswirtschaftlichen Arbeit (Verpflegung, Reinigung, Wäschepflege und Einkauf/Beschaffung) und sie benötigen im gleichen Umfang die soziale Kompetenz, sich auf wechselnde Haushalte einzustellen und die Arbeit unabhängig von den persönlichen Eigenheiten des Auftraggebers gut auszuführen. – Nicht selten werden die hauswirtschaftlichen Dienstleistungen von Menschen in Anspruch genommen, die mit der Dienstleistung auch sozialen Kontakt wünschen. Schließlich ist gerade bei hauswirtschaftlichen Arbeiten Kundenorientierung unabdingbar und muss entsprechend erlernt werden.

Dabei stuft der Zwischenbericht zu diesem Projekt die Entwicklung der sozialen Kompetenz als unbedingt gleichrangig mit der fachlichen Kompetenz ein. Ebenfalls als Zwischenergebnis kann das wachsende Selbstvertrauen der SchülerInnen angesehen werden, die aufgrund der Ausbildung Sicherheit in der Rolle „HauswirtschafterIn in einem privaten Haushalt“ gewinnen.

Quantitativ wird durch dieses Projekt – genauso wie in vielen anderen Fällen – nur ein begrenzter Arbeitseffekt erzielt. Es können aber zwei wichtige Ziele erreicht werden: SchülerInnen, die Schwierigkeiten hatten, eine Berufsperspektive zu entwickeln, erhalten eine gute Ausbildung und das Tätigkeitsfeld „HauswirtschafterIn im Privathaushalt“ erfährt einen Professionalisierungsschub.

Ob das Projekt allerdings als uneingeschränkter Erfolg zu werten ist, wird sich erst einige Zeit nach Ablauf der Modellversuchs zeigen, und zwar

⁸⁵ MOBS steht für **M**obiler Haushalts**S**ervice.

daran, ob die Auszubildenden einer Tätigkeit in ihrem erlernten Beruf nachgehen.

Im Falle eines Erfolges sollte es allerdings möglich sein, vor dem Hintergrund der branchenspezifischen Erfahrungen in Bremen und regionaler Erfahrungen ein vergleichbares Projekt in Stuttgart umzusetzen. Einen wichtigen Baustein zu den regionalen Erfahrungen wird dabei das Göppinger Modell „Integration durch Ausbildung“ beisteuern können. In Göppingen, wo der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich relativ niedrig (45%) ist, wirbt eine Initiative der IHK zusammen mit anderen lokalen Akteuren recht erfolgreich für die Integration durch Ausbildung im Verarbeitenden Gewerbe (Ausbildung zum Teilezurichter). Dieses Göppinger Modell adressiert die Jugendlichen, für die eine „normale“ Lehre eine deutliche Überforderung wäre.⁸⁶ Diese Jugendlichen erhalten einen Ausbildungsvertrag mit dem Bildungszentrum der IHK, machen aber die praktische Ausbildung in betrieblichen Lehrwerkstätten. Der Erfolg der Initiative, die neben intensiver schulischer auch eine entsprechende sozialpädagogische Betreuung voraussetzt, wird durch die Kooperation der Berufsschule, des Arbeitsamtes und der IHK möglich.

In Stuttgart, wo Geringqualifizierte ohnehin relativ häufig im Dienstleistungsbereich arbeiten, sind mit den Heinzelfrauen und dem Hauswirtschaftlichen Servicezentrum Anna-Haag-Haus bereits wichtige Anfänge geleistet. Im September 1999 hat darüber hinaus ein Projekt der Staufen Arbeits- und Beschäftigungsförderung gGmbH in Göppingen begonnen, das sich vor allem an Frauen richtet und Weiterbildung im Bereich hauswirtschaftlicher oder gastronomierelevanter Fähigkeiten mit Einsätzen in Haushalten bzw. der Gastronomie kombiniert.

Bei den Modellen, die eine Erstausbildung bieten, ist es wichtig, dass die Ausbildung nicht nur für benachteiligte Jugendliche attraktiv ist, sondern in – möglicherweise allmählich wachsendem Umfang – auch andere Berufseinsteiger anzieht.

⁸⁶ Nach Aussage des IHK-Vertreters handelt es sich dabei um ca. 10% der Hauptschulabsolventen.

7.5.3 Voraussetzungen für eine Arbeitsmarktintegration Geringqualifizierter

Arbeitsanreize für geringqualifizierte arbeitsmarktnahe Bewerber

Die möglichst weitgehende Integration von gering qualifizierten Arbeitssuchenden ins Erwerbsleben setzt voraus, dass die Betroffenen ihre Situation durch die Arbeitsaufnahme merklich verbessern können. Derzeit besteht das Problem, dass vielen SozialhilfeempfängerInnen Einkünfte, die sie über einen niedrigen Freibetrag hinaus beziehen, zu 85% auf die Sozialhilfe angerechnet werden. Eine Sozialhilfeempfängerin, die – als Alleinerziehende mit einem Kind – einen Sozialhilfebedarf von 1800,- DM hat, kommt erst ab einem Bruttoeinkommen von rund 3000,- DM in die reguläre Besteuerung mit einer Grenzbelastung von ca. 40 % (20 Prozentpunkte für die Sozialversicherung und ca. 20 Prozentpunkte für Steuer). Bis zu diesem Bruttoeinkommen erzielt sie einen maximalen Zuverdienst von 365 DM.⁸⁷ Gerade bei fachlich wenig qualifizierten und langzeitarbeitslosen Erwerbspersonen dürfte es schwierig sein, dieses Einkommen im Rahmen eines regulären Beschäftigungsverhältnisses direkt nach der Einstellung zu erreichen. Ansonsten setzt es eine extrem hohe Arbeitsmotivation voraus, sich für netto 365 DM den Anstrengungen und Beschränkungen eines – in der Regel - Vollzeit-Arbeitsverhältnisses zu unterziehen.

An dieser sogenannten Sozialhilfefalle setzt das „Einstiegsgeld“ an. Einstiegsgeld wird im Rahmen eines Modellprojekts des Sozialministeriums Baden-Württemberg gewährt. Dieses Projekt findet unter der wissenschaftlichen Begleitung des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung in acht Kreisen Baden-Württembergs, darunter Esslingen und Böblingen, statt (Spermann 1998, Volkert 1999).

Befristet auf ein Jahr soll der Anrechnungssatz dort von 85% auf (in der Regel) 50% des Nettoeinkommens abgesenkt werden, so dass von einer Mark Bruttoeinkommen noch ca. 40 Pfennige übrig bleiben.⁸⁸ Nach einem Jahr fällt diese spezielle Förderung weg. Der vormals Langzeitarbeitslose

⁸⁷ Die Einkommenssituation verbessert sich etwas gegenüber dieser Modellrechnung, da es einen Anspruch auf die Berücksichtigung der Werbungskosten und in diesem Fall von Kinderbetreuungskosten gibt. – Es ist allerdings davon auszugehen, dass im Regelfall Kosten für die Betreuung der Kinder anfallen, wenn die Mutter eine Erwerbstätigkeit aufnimmt.

⁸⁸ Vom Bruttoeinkommen ist zunächst der Arbeitnehmeranteil zur Sozialversicherung (ca. 20%) abzuziehen. Vom verbleibenden Betrag wird die Hälfte auf die Sozialhilfe angerechnet, so dass von 1000,- DM Bruttoverdienst noch 400,- DM übrig bleiben.

hat entweder den Einstieg in die Berufstätigkeit geschafft und erzielt ein ausreichendes Einkommen, um von der Sozialhilfe unabhängig zu werden, oder die traditionellen Bedingungen der Sozialhilfe greifen wieder.⁸⁹ Um nach einem Jahr ein Nettoeinkommen oberhalb der Sozialhilfe zu erzielen, müssen in diesem Zeitraum deutliche Produktivitäts- und damit verbunden Lohnsteigerungen erzielt werden. Mit der Befristung auf ein Jahr werden Anreize zu einer solchen Höherqualifizierung gegeben und zugleich ein Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz verhindert.

Dieser Modellversuch zielt auf die Integration der langzeitarbeitslosen Sozialhilfeempfänger ab, die einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt finden können, der aber in der Einstiegsphase mit einem Einkommen unterhalb des Sozialhilfebedarfssatzes verbunden ist. Zu ihnen gehören u. a. AbsolventInnen von Qualifizierungs- und anderen Maßnahmen der Hilfe zur Arbeit, die nicht übernommen wurden, aber auch Alleinerziehende.

Im Mittelpunkt des Projekts steht die Frage, ob und in welchem Umfang man über eine Verbesserung der Anreizstrukturen Einstellungen in einfache Tätigkeiten fördern kann.

Ein besonderes Merkmal dieser Vorgehensweise, die sie von Einarbeitungszuschüssen etc. unterscheidet, ist, dass die Beantragung durch den Beschäftigten erfolgt und nicht durch den Arbeitgeber. Insofern setzt das Konzept voraus, dass der Adressatenkreis grundsätzlich in der Lage ist, eine Arbeit zu finden, wenngleich sich in der Praxis viele Sozialämter, zum Teil in Kooperation mit den zuständigen Arbeitsämtern um die Vermittlung bemühen.

Eine abschließende Bewertung lässt sich derzeit nicht abgeben, da es sich um einen Versuch handelt, der erst anläuft. Positiv hervorzuheben sind in jedem Fall folgende Aspekte:

- Die Sozialhilfefalle wird abgemildert; für langzeitarbeitslose Sozialhilfeempfänger entstehen Aussichten auf finanziell lohnende Erwerbstätigkeiten.
- Anders als bisher werden die Erwartungen an die Hilfeempfänger, sich aktiv um einen Arbeitsplatz zu kümmern, mit den Anreizen zur Erwerbstätigkeit besser in Einklang gebracht. Speziell für Absolventen von Hilfe zur Arbeit-Maßnahmen (z. B. Qualifizierungsprogramme), die keinen direkten Zugang zum ersten Arbeitsmarkt fanden und vergleichbar arbeitsmarktnahe Person, kann sich mit dem Einstiegsgeld

⁸⁹ Sollte die Beschäftigung insgesamt beendet werden, besteht Anspruch auf Leistungen des Arbeitsamtes.

eine neue Perspektive ergeben. Diese Aussichten mögen auch für Teilnehmer an Qualifizierungsprogrammen motivierend wirken. Darüber hinaus entstehen für Alleinerziehende lohnende Erwerbschancen, sofern die Frage der Kinderbetreuung gelöst wird.

- Zusätzliche Ausgaben fallen nicht an, da langzeitarbeitslose Sozialhilfeempfänger ansonsten nur äußerst selten ohne weitere Hilfen die Integration in den Arbeitsmarkt schaffen. Vielmehr spart die Kommune mit jedem Sozialhilfeempfänger, der Einstiegsgeld beantragt. Nach Ablauf des Experiments soll eine Antwort auf die Frage vorliegen, ob das Einstiegsgeld den Weg aus der Sozialhilfe in den ersten Arbeitsmarkt erleichtert.

Letzten Endes wird der Erfolg dieses Projekts maßgeblich davon abhängen, dass die Netzwerke aus Sozial- und Arbeitsverwaltung, Kammern und Gewerkschaften in den beteiligten Kreisen das Vorhaben weiterhin in konstruktiver Weise unterstützen. Außerdem bietet es sich an, dass der Verband Region Stuttgart bzw. die Wirtschaftsförderung die übrigen Kreise auch künftig über den Projektverlauf informiert. Diese Kreise erhalten damit die Möglichkeit, die Eignung eines solchen Konzepts für ihre eigenen Belange kurzfristig prüfen zu können. Von den Sozialverwaltungen in Böblingen und Esslingen verlangt dies, die Ergebnisse des Modellversuchs exakt zu ermitteln und zügig zu dokumentieren.

Basiskompetenzen und Qualifizierbarkeit als Voraussetzungen für die Arbeitsmarktintegration

Trotz der derzeit erkennbaren Entspannung am Arbeitsmarkt werden einige Problemgruppen kaum vom Aufschwung erreicht. Gründe hierfür sind der Mangel an erforderlichen Mindestqualifikationen, (gleichzeitige) physische und psychische Probleme, Sprachbarrieren etc.. Ohne die Vermittlung von Basiskompetenzen und Qualifizierung werden diese Personen keine hinreichende Arbeitsmarktnähe erreichen, um im Rahmen weitergehender Integrationskonzepte Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu erhalten. Maßnahmen der Arbeits- und Sozialverwaltung am zweiten Arbeitsmarkt, beispielsweise Qualifizierungsprojekte, Sprachkurse, Tagesstrukturierungsmaßnahmen u.ä. besitzen daher für diesen Personenkreis besondere Bedeutung.⁹⁰

Die möglichst umfassende Integration, aber auch Effizienzüberlegungen sprechen dafür, die Zusammenarbeit von Arbeits- und Sozialverwaltung in

⁹⁰ Eine ausführliche Darstellung der Hilfe zur Arbeit-Maßnahmen in der Region Stuttgart findet sich in Kirchmann/Klee (1999).

allen Kreisen der Region weiter auszubauen. Schließlich sehen sich diese Ämter oftmals sehr ähnlichen Aufgabenstellungen gegenüber und versuchen in vielen Fällen dieselben Arbeitslosen zu vermitteln.

In Kooperation mit der Arbeits- und Sozialverwaltung sowie mit den Kammern und Gewerkschaften sollten der Verband Region Stuttgart bzw. die Rebag auch weiterhin die Eignung arbeitsmarktpolitischer Pilotprojekte für die Region testen. Allgemein gilt es – nicht nur in der Region Stuttgart – die Wirksamkeit und Effizienz solcher Maßnahmen grundsätzlich und genauer als bisher zu evaluieren. Bei der Einführung neuer Programme in den Kreisen sollte eine fundierte Erfolgskontrolle in jedem Fall Teil der Gesamtkonzeption sein. Ein solches Vorgehen bildet die unerläßliche Voraussetzung, um tatsächlich erfolgreiche arbeitsmarktpolitische Innovationen zu erkennen und einer möglichst großen Zahl von Arbeitssuchenden zugute kommen lassen zu können.

Selbst mit dieser Vielfalt an zielgruppenbezogenen Integrationskonzepten wird man nicht alle Arbeitslosen erreichen können. In Phasen schnellen Strukturwandels wird es Erwerbspersonen geben, die auf absehbare Zeit kein ausreichendes Einkommen aus Erwerbstätigkeit erzielen können. Obwohl es das Ziel der Arbeitsmarktpolitik sein muss, den Umfang dieser Gruppe möglichst eng zu begrenzen, werden es ältere oder behinderte Menschen und Bewerber mit mehrfachen Beeinträchtigungen auch künftig schwer haben, eine lohnende, dauerhafte Anstellung zu finden. Sofern deren Qualifikation und Produktivität nicht ausreicht, um den eigenen Lebensunterhalt mit leistungsorientierten Löhnen zu sichern, stellt sich die normativ-politische Frage, ob für diese Gruppen eine Teilnahme am Erwerbsleben durch dauerhafte Subventionierung von Arbeitsplätzen gesichert werden soll.

7.6 Fazit

Einfache Tätigkeiten werden im Dienstleistungssektor eher die Ausnahme bleiben. Insofern gibt es keine Alternative zu den Bemühungen um die Qualifizierung der bislang gering qualifizierten Erwerbstätigen und um die Weiterbildung derjenigen, deren Qualifikation aufgrund des Strukturwandels veraltet ist.

Im Bereich hauswirtschaftlicher Tätigkeiten und haushaltsnaher Dienste im allgemeinen gibt es einen wachsenden Arbeitsmarkt, wobei die Geschwindigkeit und der Umfang des Wachstums maßgeblich von der steuerlichen Behandlung bzw. anderen wirksamen Instrumenten der Nachfrageförderung (z. B. Dienstleistungsgutscheine) abhängen werden. Andere Fak-

toren, die die Entwicklung beeinflussen werden, sind die demographische Entwicklung und das Erwerbsverhalten.

Um auf die Vielfalt der Angebote an hauswirtschaftlichen Diensten aufmerksam zu machen und die Markterschließung zu fördern, wäre eine deutlich verbesserte Marktübersicht hilfreich.

Mit dem Markt für diese Dienstleistungen müssen sich auch Qualitätsstandards entwickeln. Diese Standards werden für die meisten Beschäftigten eine Qualifizierung oder Ausbildung notwendig machen. Das wirkt zwar teilweise ausgrenzend auf andere Bewerber, ermöglicht aber eine professionelle Identität und eine berufliche Perspektive für die Erwerbstätigen als Voraussetzungen für ein attraktives Berufsbild.

Kurzfristig sind Versuche zur Professionalisierung von hauswirtschaftlichen Dienstleistungen in der Stadt Stuttgart am erfolgversprechendsten, da hier schon heute der größte Arbeitsmarkt für Geringqualifizierte im Dienstleistungsbereich besteht. An dieser Stärke kann man, wie einzelne Beschäftigungsförderungsjektprojekte zeigen, anknüpfen.

Angesichts der (steuer-)rechtlichen Rahmenbedingungen sind Unternehmen, die ausschließlich hauswirtschaftliche Dienstleistungen anbieten, bislang nur in Ausnahmefällen anzutreffen. Um diesen Markt trotzdem zu entwickeln, gibt es drei in der Praxis eng miteinander verbundene Vorgehensweisen:

- a) Beanspruchung von Fördermitteln. Häufig werden zumindest in der Anlaufphase sowohl die Projekte als auch die MitarbeiterInnen gefördert.
- b) Produktmix aus etablierten und neuen Produkten (Pflege und Hauswirtschaft; Hauswirtschaftliche Dienste in Verbindung mit Partyservice/Catering; Reinigung von Büros etc.).
- c) Einfache Serviceleistungen als Ergänzung zu anderen Produkten oder Tätigkeiten (z. B. Hausmeisterservice der Wohnungsgenossenschaft, Tagesmutter, Kofferträger am Bahnhof).

Während die wiederholt geforderten Veränderungen der Rahmenbedingungen für die Nachfrage privater Haushalte nach einfachen Dienstleistungen nicht auf der regionalen Ebene geleistet werden können, sind graduelle Angebotsverbesserungen, genauso wie die Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Marktes möglich und sinnvoll.

8. Literaturverzeichnis

- Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (Hrsg., versch. Jg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder.
- Bade, F.-J. (1987): Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen, Berlin.
- Bahnmüller, R. u.a. (1992): Betriebliche Weiterbildung in der Metallindustrie. Die Rolle von Personalmanagern und Betriebsräten, Tübingen.
- Bandemer (Hrsg. 1998): Handbuch zur Verwaltungsreform.
- Batz, U.; Grammel, R.; Iwer, F.; Vogl, G.; Volkert, J. (1998): Strukturbericht 1997/98. Zur wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Lage in der Region Stuttgart (hrsg. vom Verband Region Stuttgart, der IHK Region Stuttgart und der IG Metall Region Stuttgart). Stuttgart.
- Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit (1999): Fördermöglichkeiten aus dem Arbeitsmarktfonds im Rahmen des Beschäftigungspaktes Bayern, München, 3. Aufl. 1999.
- Beyer, L.; Hilbert, J.; Micheel, B. (1998): Herausforderung Dienstleistungspolitik. Strukturentwicklungen und Gestaltungspotentiale im tertiären Sektor. In: Bosch, G. (Hrsg.): Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt, Frankfurt am Main, S. 391-411.
- Biehler, H.; Genosko, J.; Sargl, M.; Sträter, D. (1999): Regionale Netzwerke und regionaler Arbeitsmarkt: kumulative Prozesse zirkulärer Verursachung? München (= IMU-Informationdienst 1/99).
- Bittner, S.; Strauf, S.; Weinkopf, C. (1999): Erfahrungen von Dienstleistungspools und Vermittlungsagenturen – Ergebnisse einer bundesweiten Befragung (Graue Reihe des Instituts Arbeit und Technik), Gelsenkirchen.
- Blancke, S.; Schmid, J. (1998): Die aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesländer im Vergleich. Programme, Konzepte, Strategien. Tübingen (= Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung, Occasional Papers Nr. 18).
- BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft (1996): Faktenbericht zur Automobilzulieferindustrie. Bonn.

- Bossard Consultants (1996): Kooperationen und Partnerschaften zwischen Lieferanten der ersten und zweiten Zulieferebene. Präsentation der Ergebnisse einer Befragung. Frankfurt.
- Braczyk, H.-J.; Schienstock, G.; Steffensen, B. (1996): Die Regionalökonomie Baden-Württembergs – Ursachen und Grenzen des Erfolgs. In: Braczyk, H.-J.; Schienstock, G. (Hrsg.): Kurswechsel in der Industrie. Lean Production in Baden-Württemberg. Stuttgart, S. 24-51.
- Brecht, R. (1992): Zur technologischen Wettbewerbsposition Baden-Württembergs. In: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 12/1992, S. 594-605.
- Brinkmann, C.; Schmitt, W. (1999): Evaluation und Potentiale zur Weiterentwicklung der „Freien Förderung“ nach § 10 SGB III. In: Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der BA, Nr. 1/99, S. 51-59.
- Bullinger, H.-J. (1998): Dienstleistung 2000plus. Zukunftsreport Dienstleistungen in Deutschland, Stuttgart.
- Bundesanstalt für Arbeit (1999): Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung Jugendlicher. Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit. Nürnberg (= Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der BA, Nr. 2/99).
- Bundesanstalt für Arbeit: Jahreszahlen des Arbeitsmarktes 1998.
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg. 1999): Dienstleistungszentren und -agenturen im Privathaushalt in Deutschland – Ein Überblick.
- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF, 1998): Faktenbericht 1998.
- Deutsche Bundesbank: Kapitalverflechtung mit dem Ausland, verschiedene Jahrgänge.
- Deutsche Bundesbank: Monatsberichte ab 1/98 fortlaufend.
- Deutsche Bundesbank: Zahlungsbilanzstatistik, Januar 1999.
- Dienstleistungen 2000plus (1998): Handlungsempfehlungen zur Stärkung des Dienstleistungssektors, Herausgegeben vom Beirat des Forschungsprojektes „Dienstleistungen 2000plus“, Berlin März 1998.

- DIW (1997): Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Rückstand beim Anteil von Dienstleistungstätigkeiten aufgeholt. Ein deutsch-amerikanischer Vergleich anhand von Haushaltsbefragungen. In: DIW-Wochenbericht, Nr. 34, 64. Jg, S. 613-617.
- DIW (1999): Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 17/99, 27/99 und 37/99, Berlin.
- Dobischat, R.; Lipsmeier, A. (1991): Betriebliche Weiterbildung im Spannungsfeld von Technikanwendung, Qualifikationsentwicklung und Personaleinsatz. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 24. Jg., Heft 2.
- Dostal, W. (1997): Trends, Märkte und Rahmenbedingungen der Neuen Selbständigkeit. Neue Arbeitsformen und Formen der Selbständigkeit. In: Neue Selbständigkeit: Formen und Märkte, Chancen und Förderstrukturen, Fachtagung im Haus der Wirtschaft, Stuttgart.
- Dreher, C. (1999): Gewerbeanzeigenstatistik – eine regionale Betrachtung. In: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 3/1999, S. 119 – 127.
- Drohse, P. (1996): Hausarbeit als Erwerbsarbeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 3-4, S. 40-46.
- Europäische Kommission (1997): Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie, Luxemburg.
- Ewers, A. (1999): Haushaltsnahe Dienstleistungen als innovativer Angebots- und Beschäftigungsfaktor. Konzepte der EU und die deutsche Situation. In: Sozialer Fortschritt, Heft 5, 48. Jg., S. 105-110.
- Fels, G. (1988): Zum Konzept der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. In: Jahrbuch für Sozialwissenschaft 39 (1988), S. 135-144.
- Finger, D. (1997): Dienstleistungsschecks in Europa – ein Modell für Deutschland? Beschäftigungseffekte und Kosten für die Volkswirtschaft: fünf Szenarien, Discussion-Paper FS 1 97-201, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Fischer, A.; Grammel, R.; Iwer, F.; Rehberg, F.; Vogl, G. (1995): Aufbruch aus der Krise? Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Lage der Region Stuttgart, Stuttgart.

- Fischer, A.; Grammel, R.; Iwer, F.; Rehberg, F.; Vogl, G. (1996): Krise als Normalität. Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Lage der Region Stuttgart, Stuttgart.
- Fischer, A.; Vogl, G. (1998): Frauenerwerbstätigkeit in der Region Stuttgart. München (= IMU-Informationdienst, Heft 8/98).
- Friese, M.; Thiessen, B.; Schweizer (1998): Mobiler Haushaltsservice (MOBS) – ein innovatives Konzept für die Ausbildung und Beschäftigung von Hauswirtschaftern/-innen, 2. Zwischenbericht zum Modellversuch und zur wissenschaftlichen Begleitung an den Senator für Bildung, Wissenschaft, Kunst und Sport, Bremen.
- G.I.B. (Hrsg. 1998): Dienstleistungsagenturen. Rahmenbedingungen und bisherige Erfahrungen, Dokumentation eines Workshops im Institut Arbeit und Technik, Gelsenkirchen am 5.11.97, Bottroper Dokumente 20.
- Gahlen, B.; Rahmeyer, F.; Stadler, M. (1986): Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. In: Konjunkturpolitik, 32. Jg., Heft 3, (1986), S.130-149.
- Gehrke, B.; Grupp, H. (1994): Innovationspotential und Hochtechnologie.
- Grammel, R.; Iwer, F. (1997a): Wachstum ohne Beschäftigung. Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in der Region Stuttgart im Jahr 1996, Stuttgart.
- Grammel, R.; Iwer, F. (1997b): Mögliche Arbeitsplatzeffekte durch Multimedia in ausgewählten Regionen Baden-Württembergs, Arbeitsbericht der Akademie für Technikfolgenabschätzung, Nr. 81, Stuttgart.
- Hellmer, F.; Friese, C.; Kollros, H.; Krumbein, W. (1999): Mythos Netzwerke. Regionale Innovationsprozesse zwischen Kontinuität und Wandel. Berlin.
- Hoffmann, E.; Walwei, U. (1999): Zusätzliche Arbeitsplätze für einfache Tätigkeiten gesucht – Überlegungen zu Beschäftigungsmöglichkeiten im Niedriglohnbereich (IAB-Werkstattbericht Nr. 12 / 2.8.1999).
- Hofmann, H.; Ochel, W.; Wilhelm, M. (1999): Beschäftigungspotentiale unternehmensbezogener Dienstleistungen. In: ifo Schnelldienst 15/99, S. 31-42.

- IG Metall (1998): Innovative Arbeitsplätze im Verkehrssektor am Beispiel der Automobilindustrie. Frankfurt (= Wirtschaft – Technologie – Umwelt).
- IHK Region Stuttgart (1997): Die Wirtschaftsregion Stuttgart. Strukturen und Potentiale, Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart, Stuttgart.
- IHK Region Stuttgart (1998): Bericht '97, Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart, Stuttgart.
- IHK Region Stuttgart (1999a): Statistik 99. Die Wirtschaft Baden-Württembergs und der Region Stuttgart. Stuttgart.
- IHK Region Stuttgart (1999b): Konjunkturbericht für die Region Stuttgart, versch. Monate.
- IHK Region Stuttgart (1999c): Sonderauswertung zur IHK-Umfrage für die Kreise in der Region Stuttgart, Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart, 1999.
- IHK Region Stuttgart (Hrsg.)(1999d): E-Business. Chancen für die Region Stuttgart. Management Summary. Stuttgart.
- IKB – Deutsche Industriebank (1998): IKB-Branchenbericht: 1997 – ein erfolgreiches Jahr für die deutschen Automobilzulieferer. Düsseldorf.
- IMF (1998): International Financial Statistics, versch. Jg., Washington.
- Innovationsbeirat der Landesregierung Baden-Württemberg (1998): Baden-Württemberg – ein Land im Aufbruch. Entwurf eines Leitbildes. Stuttgart.
- ISG (1997): Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik, Sozialversicherungsfreie Beschäftigung. Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung (2. Wiederholungsuntersuchung), Köln.
- Iwer, F.; Dispan, J. (1999): Regionale Politikkonzepte in der Region Stuttgart. Stuttgart (Manuskript).
- Iwer, F.; Grammel, R. (1998): Regionaler Strukturwandel und arbeitsorientierte Strukturpolitik in der Region Stuttgart. München (= IMU-Informationendienst Nr. 4/98).
- Iwer, F.; Rehberg, F. (1998): Mythos Region? Clusterstrukturen und Diffusion regionaler Politikmuster unter der Bedingung internationaler Re-

strukturierung. Referat auf dem internationalen Kongress für Soziologie, Freiburg (Manuskript).

Kantzenbach, E. (1993): Der Wirtschaftsstandort Deutschland im internationalen Wettbewerb. In: Wirtschaftsdienst 1993/XII, S. 625-632.

Karr, W. (1999): Kann der harte Kern der Arbeitslosigkeit durch einen Niedriglohnsektor aufgelöst werden? Analyse der Arbeitslosen nach Verweildauer und Reintegration. Nürnberg (= IAB-Kurzbericht, Nr. 3/99).

Kirchmann, A.; Klee, G. (1999): Hilfe zur Arbeit in Baden-Württemberg – Bestandsaufnahme und Bewertung von kommunalen Beschäftigungsmaßnahmen nach dem BSHG, Tübingen 1999.

Klös, H.-P. (1997): Dienstleistungslücke und Niedriglohnsektor in Deutschland. In : IW-Trends 3, S. 33-59.

Klös, H.-P. (1998): Arbeit plus Transfer. Zur Reform der kommunalen Beschäftigungspolitik, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik des IW, 243, Köln.

Kohn, K. (1998): Die Entwicklung der Beschäftigung in der deutschen Automobilindustrie vor dem Hintergrund der Globalisierung von Montage und Produktion. Konstanz (Dissertation).

Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Zukunftskommission: 1997): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Teil III, Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage, 1997.

Kössler, R. (1998): Entwicklungen im Außenhandel. In: Baden-Württemberg in Wort und Zahl 10/98, S. 506-512.

Kühl, J. (1997): Bestandspflege und Rekonstruktion von Betrieben als aktive Beschäftigungspolitik. In: WSI-Mitteilungen Nr. 9/1997.

Kujath, H. J. (1998): Regionen im globalen Kontext. In: Kujath, H. J. (Hrsg.): Strategien der regionalen Stabilisierung. Berlin, S. 13-37.

Kuratorium Deutsche Altershilfe (1995): Ambulante Pflegedienste in Nordrhein- Westfalen. Bestandsanalyse in typischen Regionen, Düsseldorf.

Landeszentralbank in Baden-Württemberg: Direktinvestitionen – Transaktionsstatistik – Bestandserhebung, verschiedene Jahrgänge.

- Mangold, M.; Caspar, S.; Hochmuth, U. (1996): Qualifizierung im Strukturwandel. Zur Bedeutung der Weiterbildung, Tübingen.
- Matheus, S. (1995): Dienstleistungsarbeit als Auffangnetz? Eine Analyse der Eintritte und Wechsel in Dienstleistungsarbeit mit Daten des Sozioökonomischen Panels, Discussion-Paper FS 1 95-202, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Meyer, T. (1999): Mehr Beschäftigung durch einfache Dienstleistungen? Einführung. In: WSI-Mitteilungen, 52. Jg., Heft 4, S. 217-222.
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Schleswig-Holstein (1998): Modellprojekt Geringqualifizierte in Schleswig-Holstein (unveröffentl. Schreiben).
- Morgan, K. (1996): Umkehrung der Zermürbung? Das baden-württembergische Automobil-Cluster. In: Braczyk, H.-J.; Schienstock, G. (Hrsg.): Kurswechsel in der Industrie. Lean Production in Baden-Württemberg. Stuttgart, S. 245-268.
- Münzenmaier, W. (1994): Produktions- und Beschäftigteneffekte des Automobilbaus und seiner Zulieferer. In: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg, Jg. 39, S. 43-61.
- Neitzel, M.; Schauerte, M.; Wegge, M. (1998): Automobil NRW – ein Bericht zu Branchentrends der Automobil- und Zulieferindustrie. Düsseldorf (= Metall im Dialog 3).
- Pabst (1999): Mehr Arbeitsplätze für Geringqualifizierte nach Einführung der Pflegeversicherung. In: WSI-Mitteilungen, 4/1999, S. 234-240.
- Porter, M.E. (1999): Unternehmen können von regionaler Vernetzung profitieren. In: Harvard Business Manager 3/1999, S. 51-63.
- Pro Arbeit 1998 (1998): Was kostet Arbeitslosigkeit? – Wie teuer darf Beschäftigung sein?, Dokumentation über Projektmesse, Workshops, Diskussion, Hrsg.: Stuttgarter Beschäftigungsunternehmen.
- Rawert, M. (1997): "Haushaltsnahe Dienstleistungen – eine europäische Initiative". In : zukunft im zentrum: "Hausarbeit als Erwerbsarbeit" – Eine Berliner Fachtagung zur Europawoche 1997", Berichte, Materialien, Dokumente, Berlin.
- Rehfeld, D. (1994): Produktionscluster und räumliche Entwicklung – Beispiele und Konsequenzen. In: Krumbein, W. (Hrsg.): Ökonomische und politische Netzwerke in der Region. Münster, S. 187-205.

- Rehfeld, D. (1998): Unternehmensstrategien zwischen Regionalisierung und Globalisierung. In: Kujath, H. J. (Hrsg.): Strategien der regionalen Stabilisierung. Berlin, S. 41-59.
- Richter, G. (1988): Stuttgart – Problemregion der 90er Jahre? München (= IMU-Studien 7).
- Rogg, W. (1998): „Wirtschaftsförderung braucht einen langen Atem“. In: Region Stuttgart aktuell. Infomagazin des Verbands Region Stuttgart 2/98, S. 9-11.
- Rübel, G. (1997): Arbeitszeitverkürzung oder längere Arbeitszeit? In: Wirtschaftsdienst, 1997, Heft 1.
- Schneekloth u.a. (1996): Hilfe- und Pflegebedürftige in privaten Haushalten. Endbericht, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 111.2, Stuttgart.
- Schüler, B.; Vintz, S. (1999): Gewerbliche DienstleistungsanbieterInnen für private Haushalte in Berlin. Eine Marktuntersuchung. In: zukunft im zentrum, Service-Gesellschaft für Beschäftigungs- und Qualifizierungsberatung gGmbH (Hrsg.), Berlin.
- Schumann, M. (1997): Die deutsche Automobilindustrie im Umbruch. In: WSI-Mitteilungen 4/97, S. 217-227.
- Scientific Consulting (1995): Restrukturierungstrends in der deutschen Automobilzulieferindustrie im internationalen Vergleich. Endbericht für das BMWi. Köln.
- Siehr, M. (1998): Die BioRegion Stuttgart/Neckar-Alb kommt voran. In: Region Stuttgart aktuell. Infomagazin des Verbands Region Stuttgart 2/98, S. 18-19.
- Spermann, A. (1998): Varianten des Einstiegsgeldes für Langzeitarbeitslose im Rahmen der experimentellen Einführung in Baden-Württemberg. In: IAW-Mitteilungen, Jg. 26, 2, S. 6-11.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg., versch. Jg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg., verschiedene Jahrgänge): Statistisches Jahrbuch für das Ausland.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg., verschiedene Jahrgänge): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland.

- Statistisches Landesamt (1998): Wirtschafts- und Sozialentwicklung 1997/98 in: Statistisch-prognostischer Bericht 1998.
- Statistisches Landesamt (1998b), Statistische Berichte Baden-Württemberg „Öffentliche Sozialleistungen“ 1998.
- Statistisches Landesamt: Baden-Württemberg in Wort und Zahl. Ab 1/98 fortlaufend.
- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft - Wissenschaftsstatistik (1997): Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft 1995 bis 1997.
- Sydow, J. (1992): Strategische Netzwerke. Evolution und Organisation. Wiesbaden (= Neue betriebswirtschaftliche Forschung, Bd. 100).
- Tessaring, M. (1994): Langfristige Tendenzen des Arbeitskräftebedarfs nach Tätigkeiten und Qualifikationen in den alten Bundesländern bis zum Jahre 2010. Eine erste Aktualisierung der IAB/Prognos-Projektionen 1989/91. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1, S. 5-19.
- Trabold, H: (1995): Die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. In: DIW, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 2, S. 169-185.
- VDA – Verband der Automobilindustrie (1998): Auto 1998. Jahresbericht. Frankfurt.
- Volkert, J. (1999a): Soziale Dienste und Umverteilung in Deutschland, Berlin 1999.
- Volkert, J. (1999b): Einstiegsgeld für Langzeitarbeitslose – Ein Modellversuch in Baden-Württemberg. In: Orientierungen, Juni 1999, S. 29-33.
- VRS; IHK (1998): Die Region Stuttgart im Standortwettbewerb. Stuttgart.
- Weidig, I.; Hofer, P; Wolff, H. (1998): Arbeitslandschaft der Zukunft. Quantitative Projektion der Tätigkeiten. In: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 213, Nürnberg.
- Weinkopf, C. (1998): Möglichkeiten zur Beschäftigungsförderung im Dienstleistungssektor. Das Beispiel haushaltsbezogener Dienstleistungen. In: Bosch, G. (Hrsg.): Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt, Frankfurt am Main, S. 458-482.

- Weiss, P. (1996): Europas Industrien im internationalen Technologiewettbewerb. In: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik 22 (1996), Heft 1, S. 71-96.
- Wilpert, C.; Helten, F.; Maimer, H. (1999): Neue Berliner Zielgruppen für haushaltsnahe Dienstleistungen. Eine Untersuchung zu neuen Bedürfnissen, Dienstleistungen und Markteintrittsstrategien. In: zukunft im zentrum, Service-Gesellschaft für Beschäftigungs- und Qualifizierungsberatung gGmbH (Hrsg.), Berlin.
- Wimmers, S.; Hauser, H.-E.; Paffenholz, G. (1998): Wachstumsmarkt Dienstleistungen, Wiesbaden 1999.
- Zahn, E.; Soehnle, K. (1996): Auswirkungen des Outsourcing von Dienstleistungen in der Region Stuttgart, Stuttgart.

Verfasser

Dr. Ulrike Batz (Diplom-Volkswirtin), Wissenschaftliche Mitarbeiterin beim IAW in Tübingen seit 1990. Arbeitsschwerpunkte: Standort und Außenwirtschaft sowie angewandte Ökonometrie.

Dr. Sigried Caspar (Diplom-Volkswirtin), Wissenschaftliche Mitarbeiterin beim IAW in Tübingen seit 1996. Arbeitsschwerpunkte: Wechselwirkungen zwischen Wirtschafts- und Siedlungsentwicklung, Fragen des Wohnungsmarktes und der Beschäftigungsentwicklung.

Jürgen Dispan (Diplom-Geograph), Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim IMU-Institut (Institut für Medienforschung und Urbanistik) in Stuttgart seit 1998 und beim Lehrstuhl Angewandte Geographie der Universität Tübingen. Arbeitsschwerpunkte: Stadt- / Regionalforschung, regionale Strukturpolitik, Raumplanung, angewandte Geographie.

Ralf Grammel (Sozialwissenschaftler M.A.), Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Berater beim IMU-Institut (Institut für Medienforschung und Urbanistik) in Stuttgart seit 1994. Arbeitsschwerpunkte: Struktur- und Regionalpolitik, industriesoziologische Forschung sowie Beratung bei wirtschaftlichen Angelegenheiten, Organisationsentwicklung und betrieblicher Standortsicherung / Umstrukturierung.

Frank Iwer (Wirtschaftsinformatiker), Leiter des Stuttgarter IMU-Instituts (Institut für Medienforschung und Urbanistik) seit 1994. Arbeitsschwerpunkte: Struktur- und Regionalpolitik, industriesoziologische Forschung sowie Beratung zu den Themen Technologiegestaltung, betriebliche Standortsicherung und bei wirtschaftlichen Angelegenheiten.

Dr. Jürgen Volkert (Diplom-Volkswirt), IAW-Geschäftsführer seit 1997, Arbeitsschwerpunkte: Wirtschaftswissenschaftliche Forschung und Politikberatung zu Außenwirtschafts- und Standortfragen sowie zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

Institute

Institut für Medienforschung und Urbanistik

Das IMU-Institut ist ein 1981 gegründetes, unabhängiges sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut mit Büros in München, Stuttgart, Nürnberg, Dresden und Berlin. Im Institut arbeiten insgesamt 25 wissenschaftliche MitarbeiterInnen, die ein breit gestreutes Profil durch alle sozialwissenschaftlichen Disziplinen aufweisen.

Der Forschungsschwerpunkt des IMU-Instituts liegt im Bereich der arbeitsorientierten Regional- und Strukturpolitik. Zentrale Aktionsfelder und Themenstellungen sind dabei:

- **Arbeit:** regionale Arbeitsmarkt- und Branchenanalysen, regionale Industrie- und Strukturpolitik, betriebliche Beratung zu Standortentwicklung und Unternehmensstrategien, Unternehmenskooperationen und Innovationsnetzwerke, Stadt- und Regionalentwicklung, Chancengleichheit für Männer und Frauen.
- **Umwelt:** räumlich-ökologische Planung, nachhaltige Regionalentwicklung, Agenda 21, Umweltvorsorgekonzepte, Bewertung von Nutzungskonkurrenzen.
- **Technik:** Einsatz- und Gestaltungsaspekte von Techniknutzung im Betrieb, Humanisierung der Arbeit, EDV-Systeme in Betrieb und Verwaltung.

Dabei ist das IMU-Institut von der Grundlagenforschung in diesen Feldern über die Umsetzung von Ergebnissen für regionale und betriebliche Strategien bis hin zur Beratung und Implementierung in Regionen und Unternehmen tätig. Forschungsprojekte des IMU-Instituts behandeln u.a. Veränderungen von Unternehmensstrategien und deren Auswirkungen auf interne und regionale Innovationsprozesse, die Entwicklung von Qualifikationsbedarfen, von Flächennutzungskonkurrenzen zwischen Industrie, Dienstleistungen, Wohnungsbau und ökologischen Bedarfen sowie räumliche und Arbeitsmarktfolgen neuer Medien. Ein Schwerpunkt ist dabei der Aufbau von branchenspezifischen Verbundprojekten und solchen entlang der Wertschöpfungsketten von Produkten (Unternehmensnetzwerken) sowie der Aufbau und die Leitung von Beratungs- und Qualifizierungseinrichtungen im Rahmen der Transformationsprozesse in den neuen Ländern.

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW)

Das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen (IAW) ist ein unabhängiges außeruniversitäres Forschungsinstitut. Seit mehr als vierzig Jahren betreibt es theoretisch fundierte angewandte Wirtschaftsforschung für die öffentliche Hand und private Auftraggeber.

Im IAW arbeiten 15 fest angestellte Wissenschaftler, die durch ein großes Netzwerk wissenschaftlicher Berater vorwiegend aus dem Hochschulbereich unterstützt werden.

Die Arbeitsschwerpunkte des Instituts sind:

- **Arbeit, Wohnen und Soziales**
- **Umwelt, Verkehr und Regionalentwicklung**
- **Öffentliche Finanzen, Standort und Außenwirtschaft**

Wesentliche Auftraggeber des IAW sind Bundes- und Landesministerien, wissenschaftliche Stiftungen und Verbände sowie die EU-Kommission. Aufträge aus Baden-Württemberg besitzen dabei schon immer einen besonderen Stellenwert für das Institut.

Die Forschungsaufträge reichen von theoretischer Grundlagenforschung über Studien zu zentralen Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung bis hin zur Beratung und Evaluierung von Modellprojekten insbesondere der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

Das IAW ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. (ARGE) und unterhält Kooperationsbeziehungen zu zahlreichen nationalen und internationalen Forschungsinstituten.

Die Herausgeber

Verband Region Stuttgart, Kronenstr. 25, 70174 Stuttgart
Telefon (07 11) 22 75 9-0, Telefax (07 11) 22 75 9-70
E-Mail: verband@region-stuttgart.de, Internet: <http://www.region-stuttgart.de>

Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH
Friedrichstr. 10, 70174 Stuttgart
Telefon (0711) 22 83 5-0, Telefax (0711) 22 83 5-55
E-Mail: wrs@region-stuttgart.de, Internet: <http://www.region-stuttgart.de>

Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart
Jägerstr. 30, 70174 Stuttgart
Postfach 10 24 44, 70020 Stuttgart
Telefon (07 11) 20 05-2 21, Telefax (07 11) 20 05-2 38
E-Mail: info@stuttgart.ihk.de, Internet: <http://www.stuttgart.ihk.de>

Bezirkskammern in:

Steinbeisstraße 11, 71034 Böblingen
Telefon (0 70 31) 62 01-0, Telefax (0 70 31) 62 01-50 oder -60
E-Mail: info@bb.stuttgart.ihk.de

Fabrikstraße 1, 73728 Esslingen
Telefon (07 11) 3 90 07-0, Telefax (07 11) 3 90 07-30
E-Mail: info@es.stuttgart.ihk.de

Franklinstraße 4, 73033 Göppingen
Telefon (0 71 61) 67 15-0, Telefax (0 71 61) 6 95 85
E-Mail: info@gp.stuttgart.ihk.de

Kurfürstenstraße 4, 71636 Ludwigsburg
Telefon (0 71 41) 1 22-0, Telefax (0 71 41) 1 22-35
E-Mail: info@lb.stuttgart.ihk.de

Bismarckstraße 8 - 12, 72622 Nürtingen
Telefon (0 70 22) 30 08-0, Telefax (0 70 22) 30 08-30
E-Mail: info@nt.stuttgart.ihk.de

Kappelbergstraße 1, 71322 Waiblingen
Telefon (0 71 51) 9 59 69-0, Telefax (0 71 51) 9 59 69-26
E-Mail: info@wn.stuttgart.ihk.de

IG Metall Region Stuttgart

Fronackerstraße 60, 71332 Waiblingen

Telefon (07151) 95 26-0, Telefax (07151) 95 26-22

Die örtlichen IGM-Büros:

IG Metall Esslingen

Julius-Motteler-Straße 12, 73728 Esslingen

Telefon (0711) 931805-0, Telefax (0711) 931805-34

IG Metall Geislingen

Burgstraße 3, 73312 Geislingen

Telefon (07331) 9546-0, Telefax (07331) 9546-20

IG Metall Göppingen

Poststraße 14A, 73033 Göppingen

Telefon (07161) 96349-0, Telefax (07161) 96349-49

IG Metall Ludwigsburg

Schwieberdingerstraße 71, 71636 Ludwigsburg

Telefon (07141) 4446-10, Telefax (07141) 4446-20

IG Metall Stuttgart

Sattlerstraße 1, 70174 Stuttgart

Telefon (0711) 6278-0, Telefax (0711) 16278-49

IGM-Büro Sindelfingen / Böblingen

Gartenstraße 10, 701063 Sindelfingen

Telefon (07031) 7983-0, Telefax (07031) 7983-30

IG Metall Waiblingen

Fronackerstraße 60, 71332 Waiblingen

Telefon (07151) 9526-22, Telefax (07151) 9526-22